



Landtag Mecklenburg-Vorpommern

9. Sitzung

7. Wahlperiode

Donnerstag, 9. März 2017, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Beate Schlupp
und Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke

Inhalt

Fragestunde	Torsten Koplin, DIE LINKE	13, 20
– Drucksache 7/327 –	Ministerin Birgit Hesse	15
	Dr. Gunter Jess, AfD	17
	Egbert Liskow, CDU	19
	Dirk Stamer, SPD	20
Stephan J. Reuken, AfD		4
Ministerin Birgit Hesse	Antwort der Landesregierung	
Dr. Gunter Jess, AfD	auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten	
Minister Harry Glawe	Enrico Komning, Fraktion der AfD,	
Minister Mathias Brodkorb	gemäß § 64 Absatz 3 GO LT	
Dirk Lerche, AfD	Gesichtserkennungssoftware zur	
	Erkennung von Mehrfachidentitäten	
	– Drucksache 7/176 –	21
Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT	Enrico Komning, AfD	21
zum Thema	Minister Harry Glawe	21
Umweltverschmutzung durch		
Windkraftanlagenüberreste		6
Ralf Borschke, AfD	Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Minister Christian Pegel	Abgeltungssteuer abschaffen –	
Dietmar Eifler, CDU	Kapitaleinkünfte und Erwerbs-	
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	einkünfte gleichbehandeln	
Philipp da Cunha, SPD	– Drucksache 7/286 –	21
Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT	Jeannine Rösler, DIE LINKE	21, 29
zum Thema	Minister Mathias Brodkorb	23
Universitätsmedizin Greifswald –	Egbert Liskow, CDU	24
Verantwortung der Landesregierung	Sandro Hersel, AfD	26
bei Finanzierung und Aufsicht	Tilo Gundlack, SPD	27
	B e s c h l u s s	29

**Eidesleistung der Mitglieder und
des stellvertretenden Mitglieds
des Landesverfassungsgerichts**

Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider	24
Konstantin Tränkmann	24
Dr. Claus Dieter Classen	24
Barbara Borchardt	24

**Antrag der Fraktion der AfD
Kleine Küstenfischerei stärken –
Stellnetzfisherei erhalten**

– Drucksache 7/280 –	29
Ralf Borschke, AfD	30
Minister Mathias Brodkorb	31
Burkhard Lenz, CDU	32
Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE	33
Andreas Butzki, SPD	34
Jürgen Strohschein, AfD	35

B e s c h l u s s	36, 97
--------------------------	--------

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Kontakt- und Informationsstellen für
Selbsthilfe bedarfsgerecht aufstellen
und fördern sowie deren Arbeit achten**

– Drucksache 7/287 –	36
Torsten Koplin, DIE LINKE	36, 42
Minister Harry Glawe	38, 42
Jörg Heydorn, SPD	39
Christel Weißig, AfD	40
Sebastian Ehlers, CDU	41

B e s c h l u s s	43
--------------------------	----

**Antrag der Fraktion der AfD
Für mehr Eigensicherheit der Polizeibeamten
in Mecklenburg-Vorpommern: Einführung
von Körperkameras in Pilotprojekten
und Videokameras in Streifenwagen**

– Drucksache 7/281 –	44
Nikolaus Kramer, AfD	44, 51, 52
Minister Harry Glawe	45
Manfred Dachner, SPD	46, 53, 54
Peter Ritter, DIE LINKE	49
Ann Christin von Allwörden, CDU	50
Torsten Renz, CDU	52
Dirk Lerche, AfD	53
Dr. Matthias Manthei, AfD	54

B e s c h l u s s	55
--------------------------	----

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Arbeitsmarktförderung in Vorpommern
und Ostmecklenburg**

– Drucksache 7/293 –	55
Sebastian Ehlers, CDU	55
Minister Harry Glawe	56, 60, 61
Enrico Komning, AfD	57, 61, 68
Jochen Schulte, SPD	61, 62
Leif-Erik Holm, AfD	62
Helmut Holter, DIE LINKE	63
Patrick Dahlemann, SPD	65, 66
Dr. Ralph Weber, AfD	66
Dietmar Eifler, CDU	67

B e s c h l u s s	69
--------------------------	----

**Antrag der Fraktion der AfD
Sicherheit durch Aufklärung –
Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden
konsequent ermöglichen**

– Drucksache 7/283 –	69
Enrico Komning, AfD	70, 77
Minister Harry Glawe	72
Martina Tegtmeier, SPD	72
Peter Ritter, DIE LINKE	74
Dr. Matthias Manthei, AfD	75
Ann Christin von Allwörden, CDU	76
Jörg Heydorn, SPD	77, 79

B e s c h l u s s	80
--------------------------	----

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Gleichstellung von Frauen und Männern
überall – Gleichstellungspolitisches
Rahmenprogramm endlich vorlegen**

– Drucksache 7/289 –	80
Peter Ritter, DIE LINKE	80, 88
Ministerin Stefanie Drese	82
Maika Friemann-Jennert, CDU	83
Holger Arppe, AfD	85
Nadine Julitz, SPD	87

B e s c h l u s s	89
--------------------------	----

**Antrag der Fraktion der AfD
Abschaltung von Windkraftanlagen
des Typs „DeWind D4/48-600“**

– Drucksache 7/284 –	89
Ralf Borschke, AfD	89
Minister Christian Pegel	90

Dietmar Eifler, CDU	92
Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE	93
Philipp da Cunha, SPD	93, 94, 96
Holger Arppe, AfD	94
Bert Obereiner, AfD	94
 B e s c h l u s s	 96

Nächste Sitzung

Mittwoch, 5. April 2017.....	96
------------------------------	----

Beginn: 9.05 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 9. Sitzung des Landtages. Ich stelle fest, dass der Landtag ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unserem Kollegen Holger Kliewe ganz herzlich zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD, CDU und DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir folgende Anmerkung. Während der gestrigen Sitzung sind unter Tagesordnung 13 die Mitglieder des Medienausschusses gewählt worden. Hierzu ist anzumerken, dass in Gruppe 4 auf Herrn Holger Timm 17 Stimmen entfielen. Am Ergebnis der Wahl von Frau Marleen Janew ändert sich aber nichts.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 14:** Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 7/327 vor.

**Fragestunde
– Drucksache 7/327 –**

Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur und bitte den Abgeordneten Stephan Reuken, Fraktion der AfD, die **Frage 1** zu stellen.

Stephan J. Reuken, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Vielen Dank für das Wort.

Frau Ministerin!

1. Der erste und bisher einzige Bildungsbericht für Mecklenburg-Vorpommern stammt aus dem Jahr 2011 und gab einen Überblick über die Lern- und Fördermöglichkeiten der frühkindlichen, allgemeinen und beruflichen Bildung und der sich daraus ergebenden Anforderungen. Die Grundlagen für die Erhebung haben sich in den letzten sechs Jahren erheblich verändert, sodass eine aktuelle Analyse für Mecklenburg-Vorpommern vorliegen sollte.

Frau Ministerin!

Beabsichtigt die Landesregierung die Erstellung und gegebenenfalls die Veröffentlichung eines zweiten Bildungsberichtes für Mecklenburg-Vorpommern und, wenn ja, bis wann?

(Ministerin Birgit Hesse beginnt ihre Rede
bei abgeschaltetem Mikrofon. –
Zurufe aus dem Plenum: Mikro!)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ja, bitte.

Ministerin Birgit Hesse: Guten Morgen, Herr Abgeordneter!

Nein, wir beabsichtigen keinen erneuten Bildungsbericht, da wir regelmäßig alle relevanten Daten auf unserem

Bildungsserver veröffentlichen und das insofern dann für jedermann zugänglich ist.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit und bitte den Abgeordneten Herrn Dr. Gunter Jess, Fraktion der AfD, die **Frage 2** zu stellen.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Vielen Dank für die Möglichkeit der Frage.

Zunächst die Frage zur Messehalle.

3. Die Messehalle von Mecklenburg-Vorpommern auf der diesjährigen Messe „Grüne Woche“ präsentierte sich attraktiv.

(Thomas Krüger, SPD: Genau.)

In der Halle befand sich unter anderem ein großer Ausstellungsstand, auf dem mehrere Urlaubsregionen unter dem Motto „Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern“ für sich warben. Die Urlaubsregion des Stettiner Haffs war auf diesem Stand nicht vertreten, sie warb separat als Tourismusverein „Mönkebude am Stettiner Haff“ innerhalb eines Ausstellungsstandes, der mit Produkten aus der Haffregion auftrat.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Einen Moment!

Dr. Gunter Jess, AfD: Sorry, ich habe die falsche ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich unterbreche Sie ungern, aber das ist die falsche Frage an den Minister. Sie haben zwei Fragen, und ich bitte Sie, zunächst die an den Wirtschaftsminister zu stellen – und Gesundheitsminister.

Dr. Gunter Jess, AfD: Ich bitte um Entschuldigung.

(Thomas Krüger, SPD: Das hätte er
aber auch beantworten können.)

Das wollte ich gerade sagen. Ich vermute, Sie hätten sie auch beantworten können.

Minister Harry Glawe: Man soll sich nicht alles anziehen, ne?

Dr. Gunter Jess, AfD: Dann also zur anderen Frage.

2. Nach Paragraph 15 Absatz 4 des Landeskrankenhausgesetzes von Mecklenburg-Vorpommern werden die Universitätsmedizin Rostock und Greifswald für die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einem prozentualen Anteil des jeweiligen Haushaltsansatzes in Höhe von 3,687 Prozent gefördert, davon die Universitätsklinik Rostock mit 2,369 Prozent und die Universitätsklinik Greifswald mit 1,318 Prozent.

Meine Frage ist:

Warum erhalten die beiden Universitätsklinika unterschiedliche Prozentsätze an Pauschalförderung?

Minister Harry Glawe: Sehr geehrter Dr. Jess! Zuerst muss ich feststellen, dass sich das Wirtschaftsministerium an Recht und Gesetz hält. Und der Paragraph 15 Absatz 4 hat die Voraussetzung geschaffen, um pauschale Fördermittel für die Universitäten in Rostock und in Greifswald bereitzustellen.

Dazu gibt es eine längere Geschichte. Bis zum Jahre 2006 war es völlig klar, dass Forschung und Lehre ein Teil ist, und der andere Teil sind die Versorgungsbetten. Dieses Thema wurde dadurch virulent, dass das Hochschulbauförderungsgesetz außer Kraft getreten ist und man eine Sonderregelung, einen Sondertatbestand, für Mecklenburg-Vorpommern brauchte. Dieser wirkte einige Jahre und da sind Zahlungen an die Universitäten in Greifswald und in Rostock erfolgt in Höhe von 870.000 Euro pro Jahr. Diese Pauschalen können eingesetzt werden, wie Sie es gesagt haben, für die Anschaffung von Geräten, aber auch kleine Baumaßnahmen et cetera sind daraus zu finanzieren.

Da die Haushalte unterschiedlich hoch sind in Rostock und in Greifswald, hat man am Ende festgestellt, dass man eine gesetzliche Regelung braucht, um die Universitäten an der Pauschalförderung weiter zu beteiligen, denn Versorgungsbetten sind ja sonst an allen anderen 37 Krankenhäusern, die wir haben, vorhanden. Der Gesetzgeber hat dann ermittelt, dass die Fördersumme in den letzten Jahren für Rostock 541.000 Euro beträgt, und dieses wurde ins Verhältnis gesetzt zur Fördersumme von rund 22,8 Millionen Euro pauschale Fördermittel im Landeshaushalt. Das ergibt dadurch einen pauschalen Fördersatz von 2,369. Und für die Universität Greifswald wurden in den Jahren durchschnittlich 301.000 Euro aus dem Haushaltsansatz für Pauschalfördermittel bereitgestellt. Das entspricht einem prozentualen Anteil von 1,318. Also 301.000 ins Verhältnis zu 22,8 Millionen ergibt diese prozentuale Verteilung. Dieses hat der Gesetzgeber dann im Gesetz geregelt und danach wird heute noch verfahren.

Dr. Gunter Jess, AfD: Erlauben Sie zwei Nachfragen?

Minister Harry Glawe: Bitte.

Dr. Gunter Jess, AfD: Die erste wäre: Auf welchen Haushaltsansatz bezieht sich diese Angabe? Das haben Sie eben erläutert: auf die jeweilige Fördersumme einer der beiden Klinika.

Die zweite Frage: Warum sind die Prozentanteile der Pauschalförderung der Universitätsklinik des Landes im Gesetz festgeschrieben? Das haben Sie ja eben auch versucht zu erläutern, aber das ermöglicht dann keine flexible Anpassung an veränderte Fördervoraussetzungen. Sie haben jetzt praktisch die Situation 2006 festgeschrieben auf alle Ewigkeit. Das halte ich für völlig ungeeignet.

Minister Harry Glawe: Also wir haben ein Gesetz gemacht, um die Universitäten bei der Pauschalförderung weiter zu bedenken. Die hätten sonst gar keine Förderung mehr bekommen. Also die Versorgungsbetten wurden de facto umgerechnet auf einen neuen Förderfall, und dieser Faktor, den habe ich Ihnen vorgetragen. Wenn Sie sozusagen eine andere pauschale Verteilung haben wollen, dann muss das Gesetz geändert werden. Die Verwaltung und die Landesregierung sind an Recht und Gesetz in dieser Frage gebunden. Und es war ei-

gentlich ein Vorteil für beide Universitäten – und ist ein Vorteil, bis heute.

Dr. Gunter Jess, AfD: Ich danke. Wir werden aktiv werden.

Minister Harry Glawe: Bitte, das ist dann ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also jetzt muss ich doch mal was sagen, denn unsere Geschäftsordnung sieht für die Fragestunde nicht vor, dass die Antworten kommentiert werden oder dass man Anmerkungen macht, das bewertet und so weiter. Also es geht wirklich nur um Frage und Antwort.

Dr. Gunter Jess, AfD: Aber „danke schön“ darf ich sagen?

Minister Harry Glawe: Herr Dr. Jess, es steht Ihnen frei, Gesetzesänderungen zu beantragen und durchzusetzen oder zumindest im Plenum vorzutragen.

Dr. Gunter Jess, AfD: Danke.

Minister Harry Glawe: Bitte.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich bitte nun den Abgeordneten Herrn Dirk Lerche, Fraktion der AfD, die Frage 4 zu stellen. Nein, Moment, das war jetzt verkehrt, jetzt bin ich hier schon durcheinandergekommen wegen der anderen Frage.

(Minister Harry Glawe: Doch, doch.)

Doch, das ist richtig, ne?

Ja, aber jetzt kommen wir zunächst zur Frage ..., jetzt kommen wir erst mal zu der **Frage 3** von Herrn Dr. Jess, das war jetzt durch diese Verwechslung. Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt und der Minister für Finanzen wird stellvertretend die Fragen beantworten.

Bitte schön, Herr Dr. Jess.

Dr. Gunter Jess, AfD: Danke schön.

Frau Präsidentin! Herr Minister! Sie haben wahrscheinlich vorhin schon mitgehört, jetzt noch einmal der Text:

3. Die Messehalle von Mecklenburg-Vorpommern auf der diesjährigen Messe „Grüne Woche“ präsentierte sich attraktiv. In der Halle befand sich unter anderem ein großer Ausstellungsstand, auf dem mehrere Urlaubsregionen unter dem Motto „Urlaubsland Mecklenburg-Vorpommern“ für sich warben. Die Urlaubsregion des Stettiner Haffs war auf diesem Stand nicht vertreten, sie warb separat als Tourismusverein „Mönkebude am Stettiner Haff“ e. V. innerhalb eines Ausstellungsstandes, der mit Produkten aus der Haffregion auftrat.

Ich frage die Landesregierung:

Sind die Tourismusverantwortlichen der Haffregion bezüglich einer Beteiligung am Stand „Urlaubsregion Mecklenburg-Vorpommern“ angesprochen worden und wie haben sie reagiert?

Minister Mathias Brodkorb: Werte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Meine Damen und Herren! Die Akquise für die Länderhalle Mecklenburg-Vorpommern erfolgt durch das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt. Es werden neben Unternehmen auch die Landkreise und Verbände sowie der Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern angeschrieben. Sowohl der Tourismusverband als auch der Landkreis Vorpommern-Greifswald betreiben ihrerseits Akquise in der Region, um Partner zu finden, die für die Präsentation am Stand geeignet sind.

Es liegt in der Entscheidung der Tourismusregion Stettiner Haff, sich für eine Präsentation entweder mit einem eigenen Landkreis oder mit dem Tourismusverband zu entscheiden. In den vergangenen Jahren ist die Tourismusregion Stettiner Haff stets am Stand des Landkreises präsent gewesen und hat sich zufrieden über die Präsentation gezeigt. Die Hintergründe dafür, warum es sich in diesem Jahr anders verhalten hat, sind mir nicht bekannt, es hätte vor Ort allerdings die Möglichkeit gegeben, das Verfahren der letzten Jahre fortzusetzen.

Dr. Gunter Jess, AfD: Ich danke sehr.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich darf nun den Abgeordneten Herrn Lerche bitten, Fraktion der AfD, die **Frage 4** zu stellen.

Dirk Lerche, AfD: Frau Präsidentin! Herr Minister!

4. Die Landeshauptstadt Schwerin hat den Zuschlag zu ihrer Bewerbung für die Ausrichtung der Bundesgartenschau 2025 erhalten. Die Machbarkeitsstudie liegt der Landesregierung vor. Laut Stadtvertretungsbeschluss sollen die Bewohner der Landeshauptstadt Schwerin am 24. September 2017 in einem geplanten Bürgerentscheid über die Durchführung der BUGA 2025 entscheiden. Nur durch eine klare Stellungnahme der Landesregierung im Hinblick auf eine mögliche Finanzierungsbeteiligung des Landes Mecklenburg-Vorpommern kann eine sachliche Wahlentscheidung der Bürger getroffen werden.

Bis zu welchem Termin ist von der Landesregierung geplant, die Landeshauptstadt Schwerin über die Höhe einer Finanzierungsbeteiligung des Landes zu unterrichten?

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Eine Entscheidung kann – eine abschließende Entscheidung – die Landesregierung dann treffen, wenn alle erforderlichen Unterlagen hierfür vorliegen. Dies setzt nicht nur eine Machbarkeitsstudie, sondern ein entsprechendes Stadtentwicklungskonzept voraus, das seriös die Fragen beantwortet, in welchem Umfang finanzielle Mittel erforderlich sind und welcher Partner in diesem Zusammenhang welche finanziellen Mittel beisteuern soll oder kann. Nach meiner Kenntnis ist es so, dass bisher nicht einmal die Eigenanteile der Stadt Schwerin gesichert sind und es kein Konzept darüber gibt, wie diese Eigenanteile der Stadt Schwerin erbracht werden sollen. Und solange derartige Arbeiten seitens der Stadt nicht erledigt sind, sieht sich auch die Landesregierung außerstande, hierzu Stellung zu nehmen, denn eine entsprechende Einschätzung der Landesregierung muss auch basieren auf der Eigenarbeit des Antragstellers, was seinen Finanzierungsanteil angeht.

Die Landesregierung möchte dabei ausdrücklich betonen, dass die letzte BUGA für die Stadt Schwerin einen enormen Entwicklungsschub in städtebaulicher Hinsicht gebracht, allerdings auch 30 Millionen Euro gekostet hat, jedenfalls seitens des Landes. Eine BUGA im nächsten Jahrzehnt bedürfte eines Kofinanzierungsanteils, der weit über diesen 30 Millionen liegt. Dies macht die Machbarkeitsstudie auch deutlich. Im Moment gibt es keine konkrete Perspektive der Landesregierung, wie derartige Mittel aufzubringen wären. Die Stadt Schwerin ist außerdem hoch verschuldet, sodass sich die Frage stellt, ob sie sich ein solches Projekt überhaupt leisten kann.

(Torsten Renz, CDU: Sehr richtig.)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass man im landesweiten Kontext der Frage nachgehen muss, ob dies verhältnismäßig ist, denn es gibt in diesem Land ja viele Städte und viele Regionen, die öffentliche Investitionen noch nötig haben an vielen Stellen, und es wäre schon eine außergewöhnliche Situation, wenn sich die Landesregierung oder das Land dazu entscheiden würde, in so relativ kurzer Zeit am selben Standort zwei BUGAs hintereinander mit erheblichen Beträgen mitzufinanzieren, während an anderer Stelle vielleicht Geld für die Wiederherrichtung von Schulen, Kindertagesstätten oder Straßen fehlt, und zwar in verschiedenen Regionen des Landes.

Deswegen möchte ich auch an dieser Stelle deutlich darauf hinweisen, dass im Moment kein Grund zu besonders großer Euphorie und Hoffnung besteht, dass das Land sich noch einmal entschließen würde, jedenfalls diesem Ansinnen der Stadt Schwerin nachzukommen, und ich vermute auch, dass eine Mehrheit der Abgeordneten dieses Hauses diese Skepsis und Vorsicht, die ich hier zum Ausdruck gebracht habe, aufgrund der Gründe, die ich dargelegt habe, teilt.

Dirk Lerche, AfD: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Wir sind damit am Ende der heutigen Fragestunde.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 15:** Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Umweltverschmutzung durch Windkraftanlagenüberreste“.

Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema Umweltverschmutzung durch Windkraftanlagenüberreste

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Borschke von der Fraktion der AfD.

Ralf Borschke, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor circa anderthalb Jahren ging ein Windpark bei Küstrow – das ist in der Nähe von Barth – vom Netz. Seitdem liegen diese Anlagen auf dem Acker und rosten vor sich hin.

(Thomas Krüger, SPD: Rotten? Rotten?)

Sie rotten vor sich hin, ja. Sie verrotten.

Die Trafostationen liegen offen und offensichtlich tritt hier auch Trafoöl aus. Eine von mir genommene Bodenprobe hat nach Prüfung durch ein unabhängiges Institut ergeben, dass eine Kontamination des Bodens vorliegt.

Über 27.000 Windkraftanlagen stehen mittlerweile in Deutschland, Tendenz steigend, und dank der politisch Verantwortlichen – auch in diesem Land – wird der Ausbau rücksichtslos vorangetrieben. Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was kommt eigentlich danach? Die durchschnittliche Lebensdauer eines Windrades soll 20 Jahre betragen. Häufig erfolgt ein sogenanntes Repowering aber schon früher. Die Entsorgung der alten Anlagen obliegt nun der Pflicht des Betreibers. Dieser muss allerdings erst seit einigen Jahren eine entsprechende Bürgschaft beim Bau der Anlagen hinterlegen, um zu vermeiden, dass am Ende der Steuerzahler für seinen Müll aufkommt – übrigens jene Bürger, die sowieso schon für dieses grüne Ideologienprojekt Milliarden zahlen dürfen.

Da ein vollumfängliches Recycling der Anlagen, insbesondere der Flügel, nicht möglich ist, umgeht man dieses Problem anscheinend durch den Verkauf ausgedienter Anlagen, wo möglich, auch ins Ausland. Sollen die neuen Eigentümer sich doch um den Sondermüll kümmern! Die bundesdeutsche Windkraftindustrie ist in diesem Fall das Imageproblem zumindest los. Wie eine Entsorgung in den Städten Russlands aussieht, werden wir uns denken können.

Auch im Fall von Kenz war offenbar der Verkauf der Anlagen vorgesehen. Fakt ist, eine ordentliche Entsorgung ist nach jetzigem Stand und in naher Zukunft nicht möglich, wie uns Ihr Ministerium, Herr Pegel, erst kürzlich selbst bestätigte. Sie werden wahrscheinlich jetzt argumentieren, lieber 30.000 Tonnen Kohlefasersondermüll deponieren anstatt Atom Müll. Dass es noch andere Möglichkeiten der Stromerzeugung gibt, vergessen Sie dabei offenbar hin und wieder.

(Thomas Krüger, SPD: Kohlekraftwerke!)

Zum Beispiel! Mensch, Herr Krüger, das war gut. Wunderbar!

(Thomas Krüger, SPD: Weil es Klimawandel ja nicht gibt. Deswegen können wir ja Kohlekraftwerke betreiben.)

Herr Krüger!

Und was passiert, wenn nun ein Betreiber seiner Entsorgungspflicht nicht nachkommt?

(Martina Tegtmeier, SPD:
Wie bei Atom üblich. –

Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Sie, Herr Minister Pegel, sind zuständig für die Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien in dieser Sache. Also kommen Sie Ihrer Pflicht nach und sorgen Sie dafür, dass sich solch eine Sauerei wie im Falle der vor sich hinammelnden Windkraftanlagen in Küstrow nicht wiederholt! Und dies scheint nicht der einzige Fall zu sein, da ich schon weitere Meldungen besorgter Bürger von ähnlichen Vorfällen erhalten habe. Also das Thema wird uns wahrscheinlich noch weiter beschäftigen.

(Torsten Renz, CDU: Wie viele Meldungen sind das in etwa?)

Auf den Paragraphen 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes muss ich Sie wohl kaum hinweisen. Die Krönung der Umweltsünde von Küstrow ist die Tatsache, dass der Betreiber der Anlage gleichzeitig der Landesvorsitzende des Bundesverbandes WindEnergie ist. An dieser Stelle fordern wir den sofortigen Rücktritt von Herrn Andreas Jesse.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Jesse,

(Jochen Schulte, SPD: Haben Sie ihm das auch schon gesagt?)

Herr Jesse ist seiner Pflicht, den Rückbau der Anlagen den zuständigen Behörden zeitnah zu melden, nicht nachgekommen. Stattdessen wurden die Anlagen auf dem Acker liegen gelassen. Auch hier erfolgten von Herrn Jesse anscheinend keinerlei Maßnahmen zur weiteren Entsorgung oder zur Zwischenlagerung, die übrigens ebenfalls einer Genehmigung bedarf.

Wenn Sie noch ein Fünkchen Glaubwürdigkeit des Bundesverbandes erhalten wollen, Herr Minister, unterstützen Sie unsere Forderung, Herrn Jesse seines Amtes zu entheben!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

So sieht also Umweltschutz und Verantwortung à la Windkraft aus.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Hier zeigt die Windkraftlobby ihr wahres Gesicht. Reines Profitstreben scheint hier wohl der Antrieb zu sein. Umweltschutz, Nachhaltigkeit, Klimaretung –

(Elisabeth Aßmann, SPD: Was? Klimaretung? Brauchen wir nicht. Brauchen wir nicht.)

wohl alles leere Phrasen zur Profitmaximierung. Darüber hinaus wird eine Zerstörung unserer Kulturlandschaft billigend in Kauf genommen.

Und bevor Sie jetzt wieder, Herr Minister, mit Ihren rührseligen Anekdoten über die Erwartungen der Krabbelgruppe Ihrer Kinder kommen,

(Rainer Albrecht, SPD: Ein bisschen mehr Respekt, bitte!)

frage ich Sie: Haben Sie denn auch mal in die Augen jener Kinder geschaut, deren Heimat durch den rücksichtslosen Abbau sogenannter Seltener Erden auf Dauer zerstört wird?

(Thomas Krüger, SPD: Wissen Sie, wie der Tagebau aussieht, wo Kohle abgebaut wird?)

Denn für Ihren sauberen Strom müssen anderswo ganze Landstriche verseucht werden.

(Elisabeth Aßmann, SPD:
Haben Sie ein Mobiltelefon?)

Das wird uns dann

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

wahrscheinlich noch als „nachhaltige Kreislaufwirtschaft“ verkauft.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Haben Sie mal
einen Kohletagebau gesehen?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung. Bitte schön, Herr Pegel.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Thomas Krüger, SPD: Da muss er lachen.)

Nein, ich freue mich nur, bei Ihnen zu sein.

(Beifall Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr gut!)

Ich erlaube mir mal, die Erfahrung jetzt gerade und der ersten Landtagssitzung der neuen Legislaturperiode zusammenzufassen: Erstens, ich stelle mich auf regelmäßige Reden ein. Zweitens, wenigstens eine Fraktion in diesem Hohen Hause lehnt die Energiewende in Bausch und Bogen, und zwar hochideologisch ab, ist dann aber gern geneigt zu sagen, die anderen sind die Ideologen – die Energiewende im Übrigen, die in der Bevölkerung längst eine breite Akzeptanz gefunden hat. Die Zweidrittelzustimmung in der Anfang Januar durch die „Ostsee-Zeitung“ durchgeführten repräsentativen Umfrage bei uns im Land darf ich dabei noch mal in Erinnerung rufen.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Die kam Ihnen gerade ziemlich unpassend, weil sie genau an dem Tag veröffentlicht wurde, als Sie hier rumkritisieren wollten.

Wenn es aber um das Gegensein geht, da sind Sie ja total stark drin, Herr Borschke. Gegensein ist Ihr zweiter Vorname. Wenn es um das Gegensein geht, um das Kontra zur Energiewende und zur Windenergie – das ist ja Ihr Hauptsteckenpferd –, dann doch bitte mit offenem Visier! Und dieses offene Visier, da würde ich fordern, dass Sie einen Antrag stellen, der klar benennt, was Ihnen tatsächlich wichtig ist, was Sie antreibt. Es geht nämlich um die tiefe Ablehnung der Energiewende und der Windkraft erst recht.

(Thomas Krüger, SPD: So ist das.)

Das ist im politischen Wettstreit im Übrigen völlig in Ordnung, das ist nichts Ehrenrühriges. Aber da muss man genau einen solchen Antrag stellen, keinen auf der Metalebene.

Aber wenn man einen klar auf das Dagegen gerichteten Antrag stellt, hat das natürlich Haken und Ösen. Da muss man sich nämlich den Argumenten stellen, die auch gegen den eigenen Antrag vorgebracht werden: den

Klimawandel – den gibt es ja nicht, habe ich verstanden –, den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie. Man muss die eigenen Alternativen benennen und die kritische Auseinandersetzung genau damit aushalten. Dann dreht sich das Blatt schneller, als mancher gucken kann, gegen die Gegner der Energiewende und der Windkraft, wenn man nämlich auf einmal sagen muss, dass man für Braunkohle ist, dass man für Atomenergie ist.

Und dann, das weiß ich, ist die Versuchung groß, vermeintlich moralisch durchsetzungsfähigere Gründe anzubringen. Da mag es total verlockend wirken, wenn man einer unzweifelhaft klimafreundlichen Technologie, die zudem für viele Menschen den weißen Ritter für den Atomausstieg in sich trägt,

(Heiterkeit bei Ralf Borschke, AfD)

möglichst große Unsympathie anheften kann. Dafür ist es aber ungeeignet, einen Einzelfall, der klare Konsequenzen im konkreten Fall erfordert – und das ist unstreitig so, das stelle ich hier unstreitig –,

(Ralf Borschke, AfD: Dazu komme ich heute noch!)

dass ein Einzelfall durch wiederholte Antragstellung zum Massenphänomen versucht wird hochzustilisieren. Das ist schlicht unanständig, was Sie hier tun.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Landtagssitzung im Januar zogen Sie eine havarierte Windkraftanlage heran, um die Erzeugung von Windenergie pauschal als hochgefährlich abzuurteilen. Heute Abend soll das dann im Übrigen in die zweite Runde gehen,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja.)

also es gibt ja erneut einen Antrag. Ein Glück, dass der Einzelfall passiert ist, sonst hätte die AfD nicht jedes Mal für die nächsten zehn Landtagssitzungen einen Antrag.

Heute nun wollen Sie die Windenergie

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

als großen Umweltverschmutzer in Verruf bringen.

Sie haben doch noch Redezeit, ganz ruhig, ich bin doch bei Ihnen!

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Und wieder ziehen Sie einen Einzelfall heran – ein Einzelfall, unstreitig, der klar gegen Regeln verstößt. Dafür wird es auf die Finger geben von den zuständigen Stellen und in den dafür vorgesehenen Verfahren. Was der Verband mit seinem Vorsitzenden macht, kann ich nicht beurteilen, das wird aber auch dort entschieden. Aber ich betone es noch mal: Es bleibt ein einzelner Vorfall, ein einzelner Vorfall im Vergleich zu Hunderten Windparks, die in Deutschland gefahrlos und sauber Strom erzeugen.

Das ist auch nicht die allererste Anlage, die rückgebaut wurde, dass man jetzt hier die Mär erzeugen könnte, bei

allen anderen Anlagen wird es genauso sein. Wir haben Hunderte von Anlagen, vor allen Dingen im Raum des Repowering, die rückgebaut sind und die natürlich ordnungsgemäß entsorgt worden sind. Und unter diesen Anlagen, die ausgedient haben – sie werden vorschriftsmäßig abgebaut, entsorgt in beinahe allen Windparks –, haben wir hier einen,

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

über den ich mich ärgere, wofür es auf die Finger gibt. Aber mehr bleibt es auch nicht: ein Einzelfall!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als pauschalen Beweis gegen die Umweltverträglichkeit von Windenergieanlagen wird jetzt hier versucht, diesen klar regelwidrigen Vorgang im Windpark Küstrow bei Barth zum Massenphänomen hochzustilisieren. Bekannt geworden ist dieser Vorfall bei der Landesregierung durch eine Presseanfrage am 15. Februar im zuständigen Landwirtschaftsministerium. Die zuständige untere Bodenschutzbehörde beim Landkreis Vorpommern-Rügen hat dann unverzüglich reagiert, die Kollegen vom Umweltamt haben den Standort besichtigt, im Übrigen mit folgendem Ergebnis: Eine Gefahr – und das war das zentrale erste wichtige Argument – für die Trinkwasserversorgung in der Region besteht nicht.

Das Staatliche Amt für Umwelt und Natur nahm dann den Eigentümer in die Pflicht, bis zum 31. März die Abfälle zu beseitigen und die Folgen der unsachgemäßen Lagerung – auch die Bodenverunreinigungen werden durch ein Gutachten festgestellt werden – zu beseitigen. Der Betreiber sicherte dem Amt für Umwelt und Natur zu, innerhalb dieser Frist zu reagieren und insbesondere die betroffenen Ackerflächen von einem zertifizierten – das ist für uns wichtig – Entsorgungsfachbetrieb vorschriftswidrig, nein, vorschriftsmäßig diesmal,

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

und schnellstmöglich beseitigen zu lassen. Die Aufträge sind bereits ausgelöst, auch das musste nachgewiesen werden, und nach Abschluss dieser Arbeiten wird der Betreiber ein akkreditiertes Prüflabor mit einer Bodenbeurteilung beauftragen. Abhängig vom Ergebnis der Begutachtung muss er dann die erforderlichen Maßnahmen einleiten. Die werden durchs Amt vorgegeben werden, wenn sich sodann entsprechende Bodenverunreinigungen feststellen lassen und insbesondere das Ausmaß feststellen lässt.

Sie sehen also, meine Damen und Herren, für derartige – nochmals – Einzelfälle haben wir alle erforderlichen Instrumente und wissen uns auch ihrer zu bedienen. Wir werden auch künftig für keinen Lebens- und Gewerbebereich und, als Verkehrsminister sage ich, gerade auch für keinen Verkehrsteilnehmer ausschließen können, dass es vereinzelt zu Regelverstößen kommt. Dann kommt es darauf an, dass wir Instrumente und Eingriffsbefugnisse haben, um darauf klar und konsequent reagieren zu können. Die haben wir hier und ich habe gerade dazu berichtet.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, den absoluten Ausschluss – auch das gehört der Ehrlichkeit halber dazu – jeglicher Regelverstöße werden wir nicht umgesetzt bekommen, und das gilt leider für alle Berei-

che unseres Lebens. Es wird immer wieder Autofahrer geben, die am Steuer telefonieren, allen Vorschriften und Strafen zum Trotz. Ich vermute, dass keiner deshalb sagt: Jetzt verbieten wir die Autos, sicher ist sicher. Wir werden auch unzureichende Altölentsorgungen in Fachwerkstätten leider immer mal wieder in Einzelfällen erleben. Auch andere Gewerbebetriebe mögen dazu verleitet werden. Wir werden auch deshalb nicht sämtliche Fachwerkstätten verbieten oder sämtliche Unternehmen und Gewerbebetriebe unter Generalverdacht stellen. Wir müssen diesen Verstößen, wenn sie passieren, nur adäquat begegnen können, und – noch mal wiederholt – das können wir. Das können wir mit Ordnungsrecht, das können wir mit entsprechenden Maßnahmen des vorsorgenden Ordnungsrechts, wir können es mit dem Ordnungswidrigkeitenrecht ahnden, wir sind da gut aufgestellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich an dieser Stelle aber noch einmal darauf verweisen, dass die Erzeugung von Strom durch unsere modernen Windkraftanlagen eine verhältnismäßig junge Technologie ist. Dass da immer noch an Verfeinerungen – im Übrigen gerade für die von Ihnen kritisierten Windradflügel und deren Entsorgung – gearbeitet wird, dass daran gefeilt wird, steht außer Frage. 1886 fuhr das erste Auto des Erfinders Carl Benz mit einem Verbrennungsmotor auf der Straße. Heute, mehr als 130 Jahre später, forschen die Hersteller immer noch an nicht wenigen Stellen daran, wie sie ihre Fahrzeuge sicherer und sauberer machen, und auch bei manchem Fahrzeugbauteil haben wir noch eine Restaufgabe zu lösen, wie wir es denn endgültig recyceln, damit wir nicht einige Dinge lagern müssen. Trotzdem gibt es immer noch, in der Regel im Übrigen verursacht durch menschliches Versagen, trotz aller Forschungsfortschritte der Kraftfahrzeugindustrie hin und wieder Unfälle – nein, leider häufig Unfälle, viel häufiger, als uns lieb ist –, es gibt in Einzelfällen auch leckende Tanks und Leitungen. Dennoch käme niemand in diesem Hause auf die Idee zu sagen, das Auto muss grundsätzlich verbannt werden.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

So, wie das Auto unverzichtbarer Bestandteil unserer Verkehre ist,

(Ralf Borschke, AfD: Das geht
am Thema vorbei, Herr Pegel.)

gibt es an der Windenergie als essenziellem Bestandteil der Energiewende keinen breitenwirksamen Zweifel –

(Ralf Borschke, AfD: Für die Autos
gab es keine Milliardensubventionen.)

Ihren Einzelzweifel habe ich ja zur Kenntnis genommen. Daran werden auch die mit solchen Anträgen und Aussprachen von Ihnen hier bemühten Diskreditierungsversuche nichts ändern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weil es aufgerufen ist: Das Recycling der Anlagen gelingt weitgehend, wie auch bei Autos im Übrigen. Ja, die Flügel sind noch unsere offene Flanke. Die werden zerkleinert und verbrannt, zum Teil wird aber auch unter gewissen Bedingungen – je nachdem, welcher Stoff eingesetzt wird – das Verbrennungsergebnis, die Asche, die kleine Glaspartikel enthält, hinterher wiederum in Zementsteinen mit

eingesetzt, um diese zu produzieren. Aber wir können in der Tat nicht für alle Rückstoffe, die da bleiben, schon ein komplettes Recycling anbieten – wie für nahezu kein anderes Produkt, das die Beteiligten in diesem Saal am Leibe tragen, als Brille mit sich führen oder als Kraftfahrzeug vermutlich heute Morgen oder in den letzten Tagen genutzt haben. Die Flügel sind zurzeit unser größtes Problem.

Und in der Tat – weil Sie es angesprochen haben – sind mir zu verbrennende Flügel und deren Asche lieber, als strahlenden Atommüll zu lagern. Ich habe verstanden, wir sind da unterschiedlicher Meinung. Ihren Keller bieten Sie gerne herzlich an, die Kolleginnen und Kollegen in Berlin beginnen gerade mit der Atommüllendlagersuche.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Ich möchte aber nicht daneben wohnen.)

Schlagen Sie doch einen Standort in diesem Land vor, dann werden Sie mal Widerstand spüren! Dann werden Sie mal ernsthaft Widerstand spüren! Da gebe ich Ihnen Brief und Siegel drauf.

Dass noch funktionstüchtige Anlagen gebraucht gehandelt und weiterverwendet werden, das ist zu begrüßen und nicht zu kritisieren. Im Rahmen des Repowering gibt es in der Tat gebrauchte Anlagen, die in anderen Ländern, an anderen Standorten noch Nutzen finden. Das ist mir lieber, als wenn die halb neu sofort verschrottet werden. Das ist auch bei Autos und vielen anderen Maschinen etwas völlig Übliches, dass man eine gebrauchte Maschine übernimmt und erst, nachdem sie ihre Lebenszeit wirklich durch hat, der Verwertung zuführt, die im Übrigen hier funktioniert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein kleiner Hinweis am Rande: Ich bin – nur so als Lernbeitrag des heutigen Tages – nicht für die Umsetzung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes zuständig. Diese Zuständigkeit liegt im Umweltministerium mit den nachgeordneten Staatlichen Ämtern für Landwirtschaft und Umwelt. Und ich bin auch nicht für die Vorstandswahlen des BWE zuständig. Das ist auch keine uns nachgeordnete Einrichtung, über die ich die Rechtsaufsicht mit den Kolleginnen und Kollegen führe. Ich gehe davon aus, dass Sie beim Parlamentarischen Abend des BWE teilnehmen werden, der in einigen Wochen stattfindet.

(Ralf Borschke, AfD: Ich freue mich schon.)

Das wäre ein geeigneter Rahmen,

(Ralf Borschke, AfD: Ich freue mich schon.)

um diese Frage noch einmal aufzuwerfen.

Ich würde im Übrigen für Folgendes plädieren: Wir können jetzt ja mal gemeinsam alle unsere Verkehrszentralregistrauszüge bei der nächsten Landtagssitzung mitbringen und vor uns auf den Tisch legen. Dann gucken wir mal, ob nicht auch in diesem Saale hier oder da der eine oder die andere dabei ist, die oder der sich auch schon mal vertan hat.

(Jochen Schulte, SPD: Nee, machen wir nicht.)

Und weil ich daraus keinen Vorwurf mache, glaube ich, jeder darf sich mal vertun, dafür gibt es auf die Finger,

dafür gibt es eine Regelstrafe, und dann muss man auch mal wieder einen Gang zurückschalten. Ich finde, die Skandalisierung, die Sie bemühen, die ist der eigentliche Skandal, die ist völlig aus der Spur. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich freue mich auf die Debatte.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch von meiner Seite hier einen guten Morgen für das Haus! Wir haben ja mit einer ...

(Jochen Schulte, SPD:
Guten Morgen, lieber Dietmar! –
Thomas Krüger, SPD: Morgen!)

Danke schön.

(Zuruf von Simone Oldenburg, DIE LINKE)

Wir haben ja eine lebendige Debatte – jetzt gerade mit einer Rede vom Minister – geführt zu diesem Antrag oder dieser Aussprache mit dem Thema „Umweltverschmutzung durch Windkraftanlagenüberreste“. Ich gehe noch mal auf die Ausgangssituation ein.

Herr Borschke, Sie sprachen von der Gesamtanzahl der Windkraftanlagen, die in der Bundesrepublik Deutschland in Betrieb sind. Und Sie nehmen in der Tat diesen Einzelfall aus meinem Wahlkreis – da, wo ich vor wenigen Wochen das Direktmandat errungen hatte –

(Minister Harry Glawe: Sehr gut!)

zum Anlass, hier eine Generaldebatte zu führen. Ich bin der festen Überzeugung, wenn die Vorwürfe zutreffen, und daran habe ich auch keine Zweifel, dass die zuständigen Ordnungsbehörden die Verursacher entsprechend zur Verantwortung ziehen werden. Das ist auch richtig so. Dafür gibt es Regularien, wie Anlagen zu betreiben sind.

Aber ich will auch den Aspekt aufgreifen, dass es einer der ältesten Anlagenbereiche ist, die in Betrieb sind und im Repowering sind. Wenn ich durch das Land fahre, sehe ich an vielen, vielen Stellen Veränderungen an den Anlagen, dass die umgebaut werden, und mir ist in der Tat kein weiterer Fall bekannt in dieser Dimension, in dieser Form. Deshalb ist ja Ihre Zielrichtung in der Aussprache eine ganz andere. Es geht Ihnen gar nicht um diesen Einzelfall im Wesentlichen, dass der aufgeklärt wird und dass die Ursachen und die Missstände beseitigt werden. Ohne Frage, Ihnen von der Fraktion der AfD geht es darum, die Generaldebatte zu führen und ein Stück weit die Betreiber der Anlagen unter Generalverdacht zu stellen. Und das machen wir einfach nicht mit, weil wir sehr wohl auf den Einzelfall und auf die Situation insgesamt abstellen.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Wenn wir das Thema „erneuerbare Energien“ ansprechen, so gibt es überhaupt keinen Zweifel mehr, der Atomausstieg ist beschlossen. Und wenn wir vernünftige und gute Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern weiterhin garantieren wollen, brauchen wir erneuerbare Energien.

Ich gehe auch auf diesen Aspekt noch ein, dass ganz Flinke dabei sind, auch noch den Kohleausstieg zu dem Atomausstieg zu machen. Dass das nicht funktioniert, da haben wir ja in den letzten fünf Jahren häufig hier im Haus debattiert, dass wir uns mit Weitblick und einem maßvollen Umgang damit auseinandersetzen müssen, denn sonst kann die Energieversorgung in diesem Land nicht mehr aufrechterhalten werden. Das betrifft nicht nur das persönliche Leben, sondern eben auch unsere gesamte Wirtschaft. Wir sind alle in der Verantwortung und in der Pflicht, vernünftige und sichere Energiebereitstellung und die Energiesicherheit zu gewährleisten. Da kann man nicht mit einem Generalverdacht ankommen und sagen, alle Windkraftanlagenbetreiber verhalten sich nicht normgerecht und die gesamte Technologie ist umweltunverträglich. Das funktioniert so einfach nicht.

Unsere Aufgabe ist – und da kann man Befürworter oder Gegner der erneuerbaren Energien sein –, unsere Aufgabe ist es doch, Lösungen zu finden, und ich habe bei all den Debatten, die wir im Haus in den letzten Wochen und Monaten hier geführt haben, von Ihnen in dieser Richtung nicht einen einzigen Lösungsvorschlag gehört. Das funktioniert nicht, da machen wir auch nicht mit. Wir sind gern bereit, mit allen zusammen Lösungen zu finden, die eine Energieversorgung gewährleisten, die die Energiesicherheit und die Versorgungssicherheit gewährleisten, und da sind wir mit dabei. Aber auf diese Art und Weise Anlagenbetreiber unter Generalverdacht zu stellen und die Energiewende insgesamt infrage zu stellen, glaube ich, ist mit der CDU-Fraktion nicht dauerhaft zu machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich bitte jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke, für die Fraktion DIE LINKE zu sprechen.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ehe ich mit dem eigentlichen Thema, das die Überschrift zum Ausdruck bringt, beginne, reizt mich natürlich die Rede von Herrn Borschke dazu, ein paar Vorbemerkungen zu machen.

Das Erste: Herr Borschke, die AfD war noch nicht im Parlament, da haben wir hier heftigst darüber diskutiert, ob wir in der Lübbtheener Gegend zulassen wollen, dass die MIBRAG Untersuchungen durchführt mit dem späteren Ziel, dort Braunkohle abzubauen. Sie konnten damals noch nicht wissen – eigentlich hätten Sie es schon damals wissen müssen, denn Sie leben ja schon längere Zeit in Mecklenburg-Vorpommern –, aber es hat einen Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung der ganzen Gegend gegeben.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Also wir wollten in Mecklenburg-Vorpommern nicht Mondlandschaften, wie in der Lausitz zum Beispiel, wo die Braunkohle nach wie vor abgebaut wird.

Das Zweite: Sie reden hier immer von einem unkontrollierten Ausbau der Windenergie. Das sind auch einfach Fake News, oder ich weiß nicht, wie ich das bezeichnen soll.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie mit der unkontrollierten Grenzöffnung.)

Wir arbeiten in den Regionalen Planungsverbänden intensiv daran, Windeignungsgebiete auszuweisen, die eben das Ziel haben, Windkraft nur an ganz bestimmten Stellen zuzulassen.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Das ist also ein Instrument zur Begrenzung von Windkraft und zur Steuerung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE – Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Es wäre schön ...

Herr Borschke, ich sitze in einem Planungsausschuss, ich bin bei diesen Prozessen beteiligt, Sie offensichtlich nicht. Es wäre schön, wenn Sie das mal begreifen würden.

(Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Und das Dritte: Also ich wundere mich ehrlich gesagt immer wieder darüber, dass es auch in diesem Hause Leute gibt, die anprangern, dass auch die Windbranche Geld verdienen will. Natürlich wollen die Profit machen! Das ist ihre Aufgabe, das sind Unternehmen. In Ihren Reihen sind ja auch Unternehmer, die selbstverständlich davon leben, dass sie Gewinn machen. Also das finde ich eine völlig absurde,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Alles nur für lau.)

eine völlig absurde Einstellung. Das muss ich Ihnen so sagen.

Und das Vierte: Sie besitzen ganz bestimmt auch ein Handy, Herr Borschke.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Im Handy sind auch Seltene Erden, die nicht bei uns in Mecklenburg-Vorpommern abgebaut werden. Also das sind doch alles Argumente, die keine sind!

Aber nun zu dem Thema, das Sie hier angesprochen haben.

Seit dem 9. Februar dieses Jahres ist dieser konkrete Fall, Umweltverschmutzung durch Windkraftanlagenüberreste, in der Öffentlichkeit bekannt. Herr Borschke von der Fraktion der AfD hat dazu eine entsprechende Kleine Anfrage an die Landesregierung gestellt, am 16. Februar berichtete der „Nordkurier“ und die „Ostsee-Zeitung“ tat das am 22. Februar. Der Presse war auch zu entnehmen, dass Herr Borschke Strafanzeige gegen Unbekannt

wegen Bodenverunreinigung gestellt hat und dass die Polizei ermittelt. Wie ich erfahren habe, liegt der Fall jetzt bei der Staatsanwaltschaft. Wir haben es also mit einem laufenden Verfahren zu tun und ich muss bekennen, dass es mir schwerfällt, konkret zu diesem Einzelfall und zu verantwortlichen Personen Stellung zu nehmen. Das wird das Gericht regeln.

Überhaupt finde ich, dass dieses Thema, da es sich ja um einen sehr konkreten Einzelfall handelt, ungeeignet für eine Debatte im Landtag ist. Eines möchte ich aber ganz klar herausstellen: Es muss zügig aufgeklärt werden und alle strafrechtlich relevanten Aspekte müssen, wenn es denn welche gibt, entsprechend geahndet werden.

(Thomas Krüger, SPD: So ist es.)

Das gilt übrigens nicht nur für durch den Rückbau von Windkraftanlagen verursachte Umweltschäden. Da muss ich für meine Fraktion und mich selbst sagen, bei allen fahrlässig oder vorsätzlich verursachten Umweltverschmutzungen muss so gehandelt werden, das ist zu ahnden. Und auch von denen gibt es leider viel zu viele.

Ich empfinde es persönlich als ziemlich bitter, dass es ausgerechnet in einer Branche, die sich dem Umwelt- und Klimaschutz verschrieben hat, diesen Vorfall gab, auch wenn es nur ein Einzelfall ist. Die Windbranche erleidet dadurch einen großen Schaden für ihr Image, das ist klar. Und diesen Imageschaden, den wollen Sie, meine Herren von der AfD, gerne vergrößern, denn ein anderes Ziel kann ich bei dem Antrag nicht erkennen.

Der Rückbau von Windkraftanlagen ist eindeutig geregelt, finanziell ist er ebenfalls durch klare gesetzliche Vorgaben abgesichert. Die Betreiber sind verpflichtet, Rückstellungen für den Rückbau von veralteten Anlagen zu bilden, genauso sind sie natürlich auch verpflichtet, eine umweltgerechte Entsorgung vorzunehmen. Jeder Betreiber von Windkraftanlagen, der sich nicht an diese Regeln und Gesetze hält, ist dafür zur Verantwortung zu ziehen. Punkt!

Ich weiß sehr wohl, dass es wie in allen Branchen und Lebensbereichen Verstöße gegen Gesetze und Vorschriften gibt. Vielleicht brauchen wir eine bessere Regelung zur Kontrolle des Rückbaus solcher Anlagen. Jede Vorschrift, jedes Gesetz taugt nur so viel, wie es durchgesetzt werden kann, und dazu gehört auch die Kontrolle. Das wäre aus meiner Sicht der richtige Ansatz für eine Debatte hier im Landtag. Der Einzelfall, wie hier beschrieben, darf nicht dafür herhalten, den Sinn der Energiewende im Allgemeinen und die Energieerzeugung mittels Windkraftanlagen im Speziellen infrage zu stellen. Dafür sind weder ich noch meine Fraktion zu haben. – Danke schön für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Dr. Schwenke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Philipp da Cunha für die Fraktion der SPD.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete!

Auf Antrag der Fraktion der AfD diskutieren wir heute über das Thema „Umweltverschmutzung durch Windkraftanlagenüberreste“. Erlauben Sie mir an dieser Stelle bitte einmal kurz, die aufgebrachten Punkte zusammenzufassen.

Wir sprechen immer noch über Windkraftanlagen, die nicht vorschriftsmäßig abgebaut und entsorgt wurden. Wie wir gerade gehört haben, waren Anfang der 1990er-Jahre noch nicht alle Regelungen zu Windkraftanlagen entsprechend ausreichend, selbst heute passen wir da noch an. Damals war die Technologie viel jünger, als sie es heute noch ist. So war bei der entsprechenden Anlage eine heute übliche Rückbauverpflichtung noch gar nicht Teil der Genehmigung. Jetzt, fast 25 Jahre später, liegen auf der Fläche, wo vorher die Windräder standen, noch die Betontürme inklusive der angrenzenden Traföhäuschen. Die anderen Bestandteile sind wohl abgebaut oder entsorgt worden.

Laut Aussagen des Betreibers verzögert sich die vollständige Beseitigung aufgrund von Vandalismus und Diebstahl und soll bis Ende April abgeschlossen sein. Weder Gemeinde noch Bürgermeister haben bisher irgendwelche Hinweise über eine Verschmutzung angezeigt oder gar eine Beschwerde bei der zuständigen Stelle eingereicht. Der Vorfall ist definitiv nicht schön und hoffentlich einer der letzten dieser Art.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich fühle mich inzwischen bei der Kombination „AfD und erneuerbare Energien“ ein wenig zurückversetzt in die Zeit der Inquisition. Es grenzt schon an Hexenverfolgung, mit welchem Eifer Argumente gesammelt werden, warum der Wechsel hin zu den erneuerbaren Energien so ein Teufelszeug ist. Und ich hoffe eigentlich sogar für Sie, dass Sie nicht einfach nur all jenes verteufeln, was Sie nicht verstehen. Wenn Ihnen dieses Thema so wichtig wäre und Sie es verstehen würden, dann könnten Sie auch Anträge stellen.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „Gefahr für Mensch und Umwelt durch unterschiedlichste Technologien und Methoden der Energieerzeugung“ ist ohne jeden Zweifel ein sehr wichtiges Thema. Das Verbrennen von fossilen Energieträgern wie Kohle, Öl, Gas führt zwangsweise mindestens zur Emission von CO₂, sofern man moderne Anlagen mit Schwefelabscheider und Filtern verwendet. Bei Wasserkraft greifen wir in den natürlichen Fließrhythmus von Gewässern ein. Elektromagnetische Felder in der Nähe von Stromleitungen sind der Gesundheit von Menschen nicht unbedingt zuträglich. Fotovoltaikanlagen sind im Brandfall brandgefährlich, und Fusionskraftwerke sind von solch theoretischer Natur, dass Ihnen über die möglichen Umweltgefahren valide heute niemand eine Auskunft geben kann. Fragen Sie da in 50 Jahren noch einmal nach!

Vergleichen Sie doch einfach mal den Rückbau von Windkraftanlagen und den Rückbau von Atomkraftwerken! Da bedarf es nicht einmal Fukushima, schon in Lubmin sehen Sie noch 20 Jahre nach Beginn der Arbeiten, wie kompliziert solch ein Rückbau ist.

(Thomas Krüger, SPD: Richtig.)

Was Windkraftanlagen angeht, können wir nach Ende der Laufzeit sogar fast davon ausgehen, dass sie restlos verschwunden sind. Es gibt leider auch Ausnahmen.

Wissen Sie, eine solche Betrachtung des Themas „Umweltgefahren der Energieerzeugung“, die einfach mal alle Bereiche in den Blick nimmt, wäre eine gute Debatte. Umweltgefahren, zu denen auch die Umweltverschmutzung gehört, muss man bei der Frage, wie wir die Energieversorgung unserer Gesellschaft in Zukunft sichern wollen, bei allen Optionen in den Blick nehmen. Man muss einzelne Aspekte gegeneinander abwägen, denn eines kann ich Ihnen, Werte Kolleginnen und Kollegen von der AfD, versichern: Es gibt keine einzige Form der Energieversorgung, die nicht auch mit Gefahren für die Umwelt verbunden wäre. Selbst der Mensch als hocheffizientes Kraftwerk wird in hohen Dosen problematisch. Darum gibt es nämlich flächendeckend Klärwerke in Deutschland und deshalb sollte sich auch niemand länger in luftdichten Räumen aufhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Bezug auf Umweltverschmutzung gehört die Windkraft aber zu einer der sichersten Technologien. Einmal in Betrieb, emittiert eine solche Anlage eigentlich nur noch Schall. Im tieffrequenten Bereich unterhalb von 100 Hertz wird dieser Schall mit einem Pegel emittiert, der in 300 Metern Entfernung noch so hoch ist wie die Schallemissionen einer Wiese bei 30 km/h Windgeschwindigkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, von der AfD wird aufgeworfen, dass sich die politisch Zuständigen keine Gedanken darüber gemacht haben, wie solche Anlagen entsorgt werden sollen. Fakt ist aber, dass bereits 80 bis 90 Prozent der in einer Windkraftanlage enthaltenen Materialien wiederverwertbar sind. Bisher wird ein Großteil der noch funktionsfähigen Anlagen weiterverkauft, beispielsweise ins Ausland. Sicherlich ist das kein goldener Weg, aber wir sprechen hier immer noch über eine recht junge Technologie. Den schwierigsten Teil der Entsorgung stellen aktuell die Verbundwerkstoffe dar, die vor allem in den Rotorblättern enthalten sind. Besonders in diesem Punkt arbeitet die Forschung daran, Lösungen zu finden. Ausgerechnet diese Rotorblätter sind aber in dem angesprochenen Windpark gar nicht mehr vorhanden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen mir dazu jetzt nicht vor.

Ich rufe dann auf den **Tagesordnungspunkt 16:** Aussprache gemäß Paragraf 43 Ziffer 2 der Geschäftsordnung des Landtages zum Thema „Universitätsmedizin Greifswald – Verantwortung der Landesregierung bei Finanzierung und Aufsicht“.

**Aussprache gemäß § 43 Ziffer 2 GO LT zum Thema
Universitätsmedizin Greifswald –
Verantwortung der Landesregierung
bei Finanzierung und Aufsicht**

Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 90 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Torsten Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Universitätsmedizin Greifswald, kurz UMG, ist ein Flaggschiff der medizinischen Versorgung im Land. Hier werden jährlich etwa 37.000 Patientinnen und Patienten stationär und 117.000 Patienten ambulant behandelt, angehende Mediziner ausgebildet und es wird zu wichtigen medizinischen Themen geforscht. Dort arbeiten fast 3.600 Beschäftigte. Im Frühjahr 2015 wurde bekannt, dass dieses Flaggschiff in Schieflage geraten ist. Für das Jahr 2014 attestierte man einen Verlust von 13,5 Millionen Euro, im Jahr darauf waren es gar 14,3 Millionen Euro Minus. Uns Abgeordnete liegen Dokumente vor, die davon ausgehen, dass sich bis 2019 der Gesamtverlust auf insgesamt circa 95 Millionen Euro summieren könnte. Die UMG ist zum Sanierungsfall geworden.

Über den Stand der Sanierung wurde jüngst der Finanzausschuss informiert. Mit Genugtuung war zu erfahren, dass es erste positive Effekte zu geben scheint. So erfreulich diese ersten Bestandsaufnahmen sind, so darf es nicht von den entscheidenden Fragen ablenken: Wie konnte es zu dieser Situation kommen und in welchem Maße trägt die Landesregierung durch Mängel in Aufsicht und Fürsorge Verantwortung für den Sanierungsfall UMG?

Diese Fragen sind aus mehreren Gründen berechtigt und wichtig. Die Universitätsmedizin als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist Teil der mittelbaren Landesverwaltung. Die Landesregierung sitzt mit drei Vertretern im Aufsichtsrat. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist Gewährsträgerin für die UMG, für alle Verluste hat es geradezustehen. Zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit hat das Land einen Kredit eingeräumt, dessen Volumen durchschnittlich mit 20 bis 30 Millionen Euro in Anspruch genommen wird. Und diese Fragen sind wichtig, weil es ohne Analyse des Handlungsversagens nicht zu den notwendigen Schlussfolgerungen für die zukünftige Entwicklung dieser bedeutenden Gesundheitseinrichtung kommen kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, aus Sicht der Linksfraktion ist der Landesregierung massives Aufsichtsversagen vorzuwerfen. Sie hat trotz frühzeitiger Signale, Hinweise und Kritiken schwerwiegende Versäumnisse zu verantworten. Der vollständige Verzehr des Eigenkapitals und die bisher bekannten Verluste in Höhe von 27,8 Millionen Euro gehen in politischer Hinsicht maßgeblich auf das Konto der Landesregierung.

Uns ist bewusst, dass die politischen Rahmenbedingungen für die Unikliniken bundesweit schlecht sind und dass die von uns LINKEN kritisierten Abrechnungen medizinischer Leistungen nach einem Fallpauschalensystem erfolgen, die den Besonderheiten der Unikliniken nicht entsprechen. Dennoch machen wir der Landesregierung in dreierlei Hinsicht schwere Vorwürfe:

Erstens. Die Landesregierung hat in konzeptioneller und strategischer Hinsicht total versagt.

Zweitens. Die Landesregierung hat auf die bedrohliche Entwicklung viel zu spät reagiert.

Und drittens. Die Landesregierung hat den Landtag nicht rechtzeitig und zuweilen gar falsch informiert.

Woran lassen sich diese Vorwürfe festmachen?

Zunächst etwas zum konzeptionell-strategischen Versagen. Die Landesregierung versäumt es seit Jahr und Tag,

ein ganzheitliches Konzept für die Versorgungsregion Vorpommern-Greifswald aufzustellen – dies, obwohl durch die Forschungen des Instituts für Community Medicine wohl für keine Region derart detaillierte Gesundheitsdaten vorliegen wie eben für Vorpommern-Greifswald. Die extreme wirtschaftliche Schieflage der UMG, der zwischen Karlsburg und Greifswald schwelende Konflikt um die Zuordnung der Herzchirurgie und das Drama um die Schließung von Abteilungen am Krankenhaus Wolgast sind allesamt Symptome ein und desselben Problems.

Auf die Liste der Fehlleistungen gehört eine chaotische Personalpolitik. Frau le Claire, kaufmännischer Vorstand an der Universitätsmedizin, erklärte am 23. Februar dieses Jahres vor dem Finanzausschuss, dass zu Beginn ihrer Tätigkeit am 1. Januar 2016 viele Leitungsstellen unbesetzt waren. Zu diesem Zeitpunkt brannte es auf dem Flaggschiff UMG jedoch schon lichterloh.

Dass in Sachen Personalbesetzung etwas im Argen liegt, stellte der Landesrechnungshof bereits 2012 fest. Der kaufmännischen Leitung wurde eine desaströse Amtsführung bescheinigt. Der damalige Vorstand, Herr Gotal, durfte ungeachtet dessen munter weitermachen. Er ging erst 2014. Die Nachfolge, Frau Langer, wurde nur kommissarisch eingesetzt. Das muss man sich mal vorstellen: das Schiff in Schieflage und eine entscheidende Stelle der Führungscrew erhält nur eingeschränkte Handlungsvollmachten!

Weitere Vorstände hatten in einer Zeit, in der die besorgniserregende Situation offensichtlich war, nur eine kurze Verweildauer im Vorstand, so Professor Dr. Zygmunt oder der kürzlich abgesetzte Dr. Wygold. Alle Personen nach Herrn Gotal hatten eine Amtsdauer von weniger als drei Jahren. Bedenkt man, dass Berufungsverträge für vier, fünf Jahre geschlossen werden und vorzeitige Beendigungen in der Regel mit Abfindungen einhergehen, wird klar, dass dem Land allein an dieser Stelle die mangelhafte Aufsicht und Fürsorge der Landesregierung bisher teuer zu stehen kam beziehungsweise noch zu stehen kommen dürfte.

Während die UMG mit der „Strategischen Agenda 2000“ eine eigene ambitionierte Unternehmensstrategie erarbeitet hat und umzusetzen gewillt ist, fragt man sich, warum die Landesregierung nicht auf eine weitere Anpassung dieses Führungsdokuments drängt, denn liest man die geltende Strategie, wird nicht erkennbar, dass das Haus in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten steckt und eigentlich die Prioritäten neu setzen müsste. Wen wundert es da, dass bereits der Landesrechnungshof das Bildungsministerium dringlich aufforderte, seine Leitungs- und Kontrollfunktion endlich wahrzunehmen?!

Die Landesregierung hat – und das ist unser zweiter großer Vorwurf – überhaupt viel zu spät reagiert. Eine mittelfristige Rückschau auf die Jahresabschlüsse zeigt, dass die UMG nach 2007/2008 in schwierige Fahrwasser geriet. Die Massage der Bilanzen bewirkte mit Ausnahme des Jahres 2012 bis 2013 noch ein positives Bild. Der Absturz kam im Jahr 2014. Er wurde vor allem darauf zurückgeführt, dass der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) viele bereits erbrachte Leistungen nicht anerkennen würde und folglich die Vergütungen hierfür ausblieben. Und die defizitäre Lage am Krankenhausstandort Wolgast wurde als weiterer maßgeblicher Grund für die extremen Verluste angeführt. Dass es Erlösverluste gibt, weil der MDK bestimmte abgerechnete

Leistungen hochkant stellt, ist nicht ungewöhnlich. Sie belaufen sich bundesweit durchschnittlich auf 1,5 bis 2 Prozent des Leistungsvolumens. Dass die UMG jedoch bereits über eine lange Zeit eine fast doppelt so hohe Ausfallquote und damit einen außergewöhnlichen und unverhältnismäßigen Forderungsausfall beklagen muss, davon nahm man im Aufsichtsrat offenbar keine Notiz.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Genau.)

Dass etwa in den immens wichtigen Bereichen des Krankenhauses, dem Controlling und der Codierung, also der korrekten Abrechnung von erbrachten Leistungen, etwas nicht rundläuft, muss doch mal jemandem aufgefallen sein. Oder ging das im – wie aus den Dokumenten des Finanzausschusses ersichtlich – sprichwörtlich herzlichen Verhältnis beim Schnittchenessen zwischen Vorstand und seinem Kontrollorgan, dem Aufsichtsrat, unter?

Der Landesrechnungshof hatte vor Jahren erhebliche Defizite beim Risikofrüherkennungsmanagement festgestellt. Das heißt, die Entscheidungsträger vor Ort gelangen nicht hinreichend an Informationen, die den Bestand des Krankenhauses gefährden. Zwischen dem Abschlussgespräch des Landesrechnungshofs mit Verantwortlichen der UMG und der Verabschiedung eines Sanierungskonzepts im Mai 2016 lagen reichlich fünf Jahre. Im Juni 2016 wurde dem Finanzausschuss eingestanden, dass die Risikovor-sorge an der UMG nicht angemessen war. Und wenn zu all dem noch stimmen sollte, was die „OZ“ am 2. November 2015 unwidersprochen berichtete, nämlich, dass es zumindest zeitweise eine Sondergenehmigung des Bildungsministeriums gab, die Geschäftsberichte der UMG nicht mehr zu veröffentlichen, passt eins zum anderen.

Womit ich beim dritten Vorwurf gegenüber der Landesregierung bin: Sie hat den Landtag nicht rechtzeitig und zuweilen falsch informiert. Obwohl dem Aufsichtsrat die bedrohliche wirtschaftliche Lage der UMG bereits länger bekannt war, bedurfte es im Mai 2015 einer Aufforderung aus dem Finanzausschuss heraus, dass die Landesregierung die Abgeordneten doch wohl mal unterrichten solle, wie es um das Krankenhaus stünde. Von sich aus hielt die Landesregierung bis dato eine Unterrichtung zur Sachlage nicht für angezeigt – fragt sich nur, warum. Hat die Landesregierung nicht auf dem Schirm, dass sie gemäß Artikel 39 der Landesverfassung Informationspflichten zu erfüllen hat? Im Kommentar zur Landesverfassung heißt es hierzu, ich zitiere: „So ist zu beachten, dass das Parlament in wesentlichen Fragen ... stets zu beteiligen ist, auch wenn sie administrativ vorbereitet und gesteuert werden ...“ Zitatende.

Geradezu bezeichnend für die Informationspolitik der Landesregierung zur UMG gegenüber den Abgeordneten sind die jeweiligen Aussagen zu den eingetretenen Verlusten und den Prognosen zum Wiedererreichen der schwarzen Null. Im Frühjahr 2015 hieß es, dass die Verluste auf Einmaleffekten beruhen würden. Dies hätte zur Folge, dass man bereits kurzfristig wieder in die Gewinnzone käme. Dann wurde gesagt, dass die Gewinnzone für 2017 zu erwarten sei. Im Januar 2016 wurde den Abgeordneten vermittelt, dass man ab 2018 wieder im Plus sei. Im November desselben Jahres wurde zugestanden, dass der Turnaround nicht vor 2020 erreicht werden könne.

Die scheinbar Korrektur der Angaben lässt darauf schließen, dass die Landesregierung bis in die jüngste

Vergangenheit hinein keinen blassen Schimmer von der Dimension der wirtschaftlichen Schieflage hatte. Last, but not least wurde den Mitgliedern des Finanzausschusses bei der Behandlung des Landesfinanzberichtes 2013 mitgeteilt, dass den Empfehlungen des Landesrechnungshofs Folge geleistet wurde und ein funktionierendes Risikofrüherkennungssystem erfolgreich installiert sei. Im Juni 2016 wurde demselben Ausschuss vorgetragen, dass die Risikovorsorge nicht angemessen sei, ergo die Risikofrüherkennung offenbar nicht erfolge. Somit stellte sich die dem Ausschuss drei Jahre zuvor gegebene Zusicherung glattweg als falsch heraus.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch einmal sagen, die Landesregierung hat in Bezug auf die UMG in konzeptioneller und strategischer Hinsicht völlig versagt, auf bedrohliche Entwicklungen zu spät reagiert und den Landtag nicht rechtzeitig und zuweilen falsch informiert. Die bereits attestierten Verluste in Höhe von 27,8 Millionen Euro sind die Verluste der Landesregierung. Sie trägt die politische Verantwortung. 27,8 Millionen Euro sind der bislang bekannte Preis für mangelnde Aufsicht und Fürsorge vonseiten der Landesregierung. Ich persönlich gehe davon aus, dass der Verlust nicht unter 8 Millionen Euro im Jahr 2016 attestiert werden wird.

Was steht zu tun?

Erstens. Die LINKE schlägt die Einrichtung einer Taskforce zur Rückkehr in die Gewinnzone vor. Die Umsetzung des Sanierungskonzepts sollte durch externen Sachverstand begleitet werden. Der alleinige Einsatz von Professor Dr. Schmidt von der Uniklinik Rostock, der hoch angesehen ist, dessen Mitwirkung sich dem Vernehmen nach aber auf die monatlichen Leitungsberatungen und Empfehlungen zum Einsatz des ärztlichen Dienstes beschränkt, kann es doch beim besten Willen nicht sein! Und im Übrigen, Professor Dr. Schmidt arbeitet in Rostock in der Funktion und dann in Greifswald. Das ist im Vergleich so, als wenn ein Bundestrainer zwei Bundesligavereine coacht, denn beide Unikliniken sind zwar Einrichtungen des Landes, stehen aber auch in einem Wettbewerb. Nur mal, um darüber nachzudenken, habe ich das Bild jetzt bemüht.

Zweitens. Das Sanierungskonzept der UMG, von dem es offensichtlich mindestens zwei Varianten gibt, wobei die, die den Abgeordneten des Finanzausschusses vorliegt, keine Zahlen beinhaltet – was ist das für ein Konzept, muss ich mal sagen –, muss mit zahlenmäßigen Zielvorgaben unteretzt werden. Erst wenn die Abgeordneten die operationalisierten Ziele kennen, können sie einschätzen, ob die eingeleiteten Maßnahmen wirklich greifen. Solange dies nicht geschieht, kann uns Abgeordneten, mit Verlaub, auch etwas vom Pferd erzählt werden. Und ich war schon sehr erstaunt, wie Abgeordnete der Koalitionsfraktionen geradezu euphorisch den ersten Bericht der kaufmännischen Leitung im Finanzausschuss entgegennahmen. Ich war mir nicht ganz sicher, ob sie verückt waren von der Frau le Claire

(Minister Harry Glawe: Na, na, na, na!)

oder ob die Situation sie so verückt hat. Also wir haben ja gar keinen Vergleich gehabt, was die Zielvorgabe war.

(Heiterkeit bei Egbert Liskow, CDU:
Wen meinst du denn jetzt?)

Zu sagen, 2016 sind wahrscheinlich 1,9 Millionen Euro Effekte gehoben worden, sagt doch erst mal noch gar nichts.

Drittens. DIE LINKE regt an, dass sich der Finanzausschuss im Rahmen eines Expertengesprächs mit den Verfassern des Berichts des Landesrechnungshofs zum Risikofrüherkennungssystem verständigt, a) um die an der UMG eingeleiteten Maßnahmen besser beurteilen zu können und b) um der Landesregierung Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Risikovorsorge geben zu können. Diese Empfehlung hat die Landesregierung übrigens bitter nötig.

Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Frau Birgit Hesse.

Ministerin Birgit Hesse: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich finde es richtig gut, dass wir heute diese Debatte führen können, und ich hoffe, Ihnen gleich zeigen zu können, dass wir gerade von Herrn Koplin ein Horrorszenario gezeigt bekommen haben, was bei Weitem nicht der Realität entspricht. Bevor ich also zu meiner eigentlichen Rede komme,

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Das sehen die Mitarbeiter ganz anders, Frau Hesse.)

Ach ja, Frau Schwenke, alles gut!

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ja, genau.)

Alles gut, nicht gleich aufregen!

Bevor ich zur eigentlichen Rede komme und ganz sachlich darstellen möchte, wie die Situation ist, sehr geehrter Herr Koplin, ein paar kurze Anmerkungen.

Erstens. Was Sie machen, ist, Sie fummeln in der Vergangenheit rum. Wir sind längst schon in der Zukunft und richten unseren Blick schon längst nach vorne.

Zweitens. Sie spicken Ihre Rede auch noch mit Falsch aussagen und Mondzahlen dazu.

(Susann Wippermann, SPD: Was?)

Die Mondzahl von 95 Millionen Euro – da wäre interessant, mal zu hören, woher Sie die haben.

Und weiter, Sie sagen, wir hätten und auch die Unime-dizin hätte nicht gehandelt auf Grundlage des Berichtes des Landesrechnungshofes. Dann empfehle ich Ihnen eine Lektüre, nämlich den Bericht des Landesrechnungshofes, wo ganz klar festgelegt und dargestellt wurde vom Landesrechnungshof, dass nach Prüfung durch den Landesrechnungshof festgestellt wurde, dass die UMG bereits 2014 für alle in der Ausgangsprüfung festgestellten akuten und erhöhten Risiken geeignete Maßnahmen ergriffen habe. Das sind nur ganz kurze Punkte, um mal darzustellen, was wir eben gerade gehört haben.

Sie haben auch vorgeworfen, dass diese Region kein Gesamtkonzept hätte. Auch das ist falsch. Im Zusammenwirken mit allen Akteuren vor Ort fand dort eine Konferenz statt, und es ist eine Modellregion, wo gerade dieses Gesamtkonzept der medizinischen Versorgung entwickelt worden ist. Informieren Sie sich einfach mal beim zuständigen Landkreis Vorpommern-Greifswald, bei dem Herrn Scheer, der wird Ihnen das bestätigen. So viel vielleicht ganz kurz mal vorab zu dem, was wir eben gerade gehört haben.

Was ist nun eigentlich los an der Uni Greifswald?

Erstens möchte ich noch mal betonen – und da bin ich Herrn Koplin dankbar, dass er das auch genauso gemacht hat –, wir haben mit der Universitätsmedizin Greifswald einen überaus erfolgreichen Wissenschaftsbereich, der zugleich auch gute, sehr gute Arbeit im Bereich der medizinischen Versorgung leistet. Das sollten wir alle hier einmal feststellen und auch anerkennen.

Und – das ist der zweite Punkt, der mir besonders wichtig ist – diese Landesregierung steht zu beiden Universitätsmedizinen in unserem Land. Weder Rostock noch Greifswald stehen für uns, stehen für mich zur Debatte. An beiden Standorten wird hervorragende Arbeit geleistet, daran gibt es nichts zu rütteln und das lassen wir uns auch nicht kaputtreden.

Die UMG ist ein Maximalversorger der Krankenversorgung in Vorpommern. Das haben wir bereits gehört. Fast 5.000 Beschäftigte, damit ist die UMG auch einer der größten Arbeitgeber in der Region Vorpommern.

(Egbert Liskow, CDU: Der größte!)

Und sie spielt bei Forschung und Lehre ganz weit vorne mit. Als Bestätigung dafür kann ich unter anderem die Beteiligung an der NAKO, Deutschlands größter Gesundheitsstudie, anführen. Nur die Besten forschen hier gemeinsam über die Vorbeugung, Erkennung und Behandlung der häufigsten Volkskrankheiten unserer Zeit, wie Krebs, Diabetes, Demenz oder Herzinfarkt. Dafür wurden sechs Deutsche Zentren der Gesundheitsforschung ins Leben gerufen. In zweien davon ist die UMG aktiv. Es ist also unbestreitbar: Die Universitätsmedizin Greifswald ist ein Leuchtturm der Region, und Leuchttürme müssen strahlen. Das sollte unser aller Bestreben sein.

Ich kann und möchte aber natürlich die wirtschaftlich schwierige Situation der UMG nicht verschweigen. Die Ursachen hierfür – ich sagte es bereits – sind vielschichtig und liegen einige Zeit zurück. So gab es 2010/2011 zwei große strukturelle Veränderungen für die UMG: Zum einen war es der räumliche Umzug in den Neubau, zum anderen war es die Fusion von Medizinischer Fakultät und Universitätsklinikum Greifswald. Beide Änderungen fanden fast gleichzeitig statt und stellten die Universitätsmedizin Greifswald wie wohl jedes Unternehmen vor enorme Herausforderungen. Überforderung und mangelnde Transparenz in dieser Phase – da stimme ich Herrn Koplin zu – führten dazu, dass sich defizitäre Strukturen entwickelten.

Im Grunde lassen sich hier rückwirkend drei Kernursachen feststellen:

Erstens. Die Erlöse wurden weit positiver dargestellt, als sie waren.

Zweitens. Dadurch wurden finanziell zu große Risiken eingegangen und unverhältnismäßige Eigenmittelinvestitionen getätigt.

Und drittens. Dazu gehörte auch ein Personalaufbau, der finanziell nicht gedeckt war.

Der Fokus der Landesregierung zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der UMG lag und liegt dementsprechend auf den Möglichkeiten, die in eigener Macht und im eigenen Verantwortungsbereich stehen. Hier haben – ich sagte es bereits – Landesregierung und Aufsichtsrat seit 2012 diverse strukturelle und personelle Maßnahmen ergriffen. 2012 gab es mit dem Landesrechnungshofbericht erste Anzeichen dafür, dass die Erlösdarstellung zu positiv war. In der Folge hat der Aufsichtsrat für mehr Transparenz gesorgt, mit dem Ziel, die tatsächliche Situation sichtbar zu machen. 2014, als die Dimensionen deutlich wurden, beauftragte der Aufsichtsrat umgehend ein Konsolidierungskonzept. Und als im Mai 2016 erkennbar war, dass Teile der Konsolidierung nicht ausreichten beziehungsweise nicht hinreichend umgesetzt wurden, hat der Aufsichtsrat sogleich das deutlich stringenter und alle Bereiche umfassende Sanierungskonzept beauftragt. Um die Universitätsmedizin Greifswald in ein modernes Unternehmen zu verwandeln, wurden seitdem tief greifende Maßnahmen ergriffen. Und das muss hier auch einfach zur Kenntnis genommen werden.

Notwendig dafür waren im ersten Schritt selbstverständlich auch personelle Wechsel im Führungsgefüge der Universitätsmedizin. Ziel dieser personellen Maßnahmen war es, die Kompetenz, insbesondere im wirtschaftlich-unternehmerischen Bereich, zu stärken. So hat der Aufsichtsrat für die maßgebliche Position des kaufmännischen Vorstands einen Krankenhausmanager gesucht und – Herr Koplin zeigte sich ja auch etwas beeindruckt – in Frau le Claire jemanden gefunden. Sie bringt Expertise im Bereich Sanierung und Finanzcontrolling mit und externe Kompetenz für moderne Unternehmensführung in die UMG ein. Sie selber konnten sich darüber im Finanzausschuss ein Bild machen und ich glaube, die Kompetenz von Frau le Claire ist an dieser Stelle unbestritten.

Auch bei weiteren Positionen im Aufsichtsrat der UMG erfolgten Wechsel, bei denen auf besonderen ökonomischen Sachverstand Wert gelegt wurde. Während im alten Aufsichtsrat kein einziger BWL-er saß, wurden nunmehr zwei Positionen zielgerichtet mit Professoren für Gesundheitsökonomie besetzt. Zudem wurde vor Kurzem mit Herrn Professor Schmidt – auch das hörten wir bereits – ein ärztlicher Beauftragter eingesetzt, der das Vorstandsteam bei der Sanierung unterstützt. Ich bin Herrn Professor Schmidt sehr dankbar, dass er uns seine Expertise hier an die Seite stellt, und kann überhaupt nicht nachvollziehen, wieso das kritikwürdig ist.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Das hat er doch gar nicht gesagt.)

Immerhin sind doch beide Universitätsmedizinen unsere, und dann ist es doch völlig normal, dass wir, wenn der eine Teil Unterstützung braucht, den bei unserem anderen Teil holen.

(Torsten Koplin, DIE LINKE: Aber der eine allein kann es doch nicht bringen.)

Insofern ist es doch absolut eine richtige Handhabung, zu sagen, wir unterstützen hier den Vorstand mit ärztlicher Perspektive, mit jemandem, der in Rostock den Weg gegangen ist, den wir jetzt auch in Greifswald einschlagen haben. Und in der Konsequenz kommt es logischerweise dann auch zu Einsparungsvorgaben und weiteren Umstrukturierungen. Dafür sind bereits erste positive Maßnahmen sichtbar, das dürfen wir doch nicht negieren.

So hat beispielsweise Herr Professor Hahnenkamp, der nun ebenfalls dem Vorstand angehört, im vergangenen Jahr die Prozesse und Wege im Anästhesiebereich deutlich verkürzt und optimiert. Und das hat nicht nur erhebliche Effizienzsteigerungen und somit Kostensenkungen zur Folge, sondern bringt besonders auch den Patienten viele Vorteile. Vielen Dank an Herrn Professor Hahnenkamp, denn bei allen Sanierungsmaßnahmen darf die Qualität der medizinischen Versorgung nicht leiden, im Gegenteil, wir sind stets bestrebt, hier Verbesserungen zu erreichen. Und wir sehen, wie gesagt, bereits erste zahlenmäßige Erfolge der Sanierung. Frau le Claire hat Ihnen das im Finanzausschuss vor zwei Wochen dargestellt. Bis die eingeleiteten Maßnahmen jedoch auch öffentlich sichtbar werden, dauert es naturgemäß ein wenig, doch ich bin sehr zuversichtlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, die Landesregierung hat die Ursachen für die wirtschaftliche Situation der Vergangenheit erkannt und ein System angelegt, um die Zukunft der UMG zu sichern. Und ich wiederhole mich gerne noch mal zu dem, was ich eingangs gesagt habe: Ich schaue nicht mehr zurück, wir haben längst analysiert, was los war. Wir schauen nach vorne, und das muss auch der Weg sein. Den eingeschlagenen Weg müssen wir jetzt konsequent fortsetzen. Doch auch hier bin ich optimistisch, denn ich habe mir vor Ort ein Bild der Lage gemacht, habe viele sehr intensive Gespräche vor Ort geführt. Dort begrüßt man die Lösung, die wir jetzt gefunden haben, vielmehr noch, es herrscht ein positiver Geist, der Wille zum gemeinsamen Handeln ist da und auch deutlich spürbar. Aus meiner Sicht sind damit die Weichen für die Zukunft gestellt. Die Region Vorpommern und das Land profitieren in vielfältiger Weise von den Leistungen der UMG.

Wenn es gelingt, die wirtschaftliche Situation zu verbessern – und dafür ist mit dem Sanierungskonzept der Weg klar vorgegeben –, wird die Universitätsmedizin Greifswald das Aushängeschild der medizinischen Versorgung, Forschung und Lehre in der Region bleiben. Daher bitte ich Sie, die Entwicklung der UMG sensibel zu behandeln und nachhaltig zu begleiten. Es bedarf einer länger andauernden Therapie, nicht nur, wie von Ihnen gefordert, einer kurzen Behandlung mit Finanzspritze. Die würde nur temporäre Symptome lindern, nicht aber einen dauerhaften Fortschritt bringen.

Von Ihnen wünsche ich mir Weitblick für den weiteren Weg und ein wenig mehr Vertrauen in unsere Leuchttürme, damit sie auch weiterhin strahlen können. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD
und Torsten Renz, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Ministerin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Jess für die Fraktion der AfD, Herr Dr. Jess, Entschuldigung.

Dr. Gunter Jess, AfD: Frau Präsidentin! Werte Kollegen! Liebe Landsleute! Als ich den Antrag der LINKEN, eine Aussprache zum Thema „Universitätsmedizin Greifswald – Verantwortung der Landesregierung bei Finanzierung und Aufsicht“, las, war ich zunächst schon etwas verwundert, denn natürlich hat die Landesregierung eine derartige Verantwortung für die Universitätsmedizin Greifswald. Nicht umsonst sind drei der neun Aufsichtsratsmitglieder Vertreter aus den entsprechenden Ministerien. Das haben wir inzwischen auch ausreichend gehört.

Auch die betriebs- und finanzwirtschaftlichen Kompetenzen dieses Aufsichtsrates können nicht angezweifelt werden, denn allein drei weitere Mitglieder sind Professoren für Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft beziehungsweise Gesundheitswirtschaft. Hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kompetenzen haben wir keine Zweifel, allerdings drängt sich schon die Frage auf, wie es trotz dieser fachlichen Kompetenz im Aufsichtsgremium der Universitätsmedizin in den letzten Jahren zu einer derartigen betriebswirtschaftlichen Negativentwicklung kommen konnte.

Und, Herr Koplin, ich muss Ihnen sagen, ich bin Ihnen durchaus dankbar, dass Sie eine so schonungslose und, ich würde auch sagen, manchmal vielleicht auch eine oppositionell besonders rücksichtslose Analyse versucht haben.

(Egbert Liskow, CDU: Leicht übertrieben.)

Genau, etwas leicht übertrieben.

Aber Sie haben sich wesentlich in der Vergangenheit bewegt, so, wie die Frau Ministerin das schon angedeutet hat, und die Entgegnungen der Frau Ministerin waren im Regelfall eigentlich auf die Zeit orientiert, als bereits reagiert worden war. Das heißt also, es ist eigentlich nicht so richtig kongruent, die jeweilige Entgegnung.

(Zuruf von Torsten Koplin, DIE LINKE)

Ich persönlich möchte aber folgende Positionen noch einmal besonders hervorheben. Bei der Beantwortung der Frage, wo die Ursachen für diese finanzielle Schiefentwicklung liegen, wird man auch die tiefer gehende Frage beantworten müssen, ob die derzeitigen Rahmenbedingungen insgesamt geeignet sind, die Universitätsmedizin in der jetzigen Ausgestaltung zu betreiben. Sollten nämlich die Rahmenbedingungen nicht stimmen, werden die konkreten betriebswirtschaftlichen Maßnahmen ins Leere laufen, das heißt, keine nachhaltigen Erfolge zeigen.

Die Rahmenbedingungen der Universitätsmedizin Greifswald sind meines Erachtens durchaus als eine Herausforderung anzusehen:

- ein begrenztes Einzugsgebiet durch die Randlage, mit der Ostsee im Norden, dem polnischen Nachbarn im Osten und der relativ geringen Bevölkerungsdichte im ländlichen Hinterland,
- eine zweite Universitätsmedizin in nur 90 Kilometer Entfernung in Rostock und ein weiterer Maximalversorger in Neubrandenburg,

- die geringsten Basisfallwerte Deutschlands in Mecklenburg-Vorpommern, gemeinsam mit Schleswig-Holstein,
- ein vergleichsweise niedriger Case Mix Index, das heißt ein entsprechend durchschnittlicher Krankheitschweregrad, der sich daraus ergibt, dass die Zuständigkeit des Universitätsklinikums auch für die Grund- und Regelversorgung in der Region vorhanden ist – ein Alleinstellungsmerkmal in Deutschland für eine Universitätsklinik –,
- eine fehlende Kardiochirurgie, sodass Therapieoptionen der internistischen Kardiologie möglicherweise beschränkt werden könnten.

(Torsten Renz, CDU: Also Herausforderungen im negativen Sinne, oder was?)

Das sind Herausforderungen, schwierige Herausforderungen, richtig.

Darüber hinaus treffen die Universitätsmedizin natürlich auch die politisch gewollten Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der DRG-Einführung, welche eine überbordende Bürokratie und IT-Abhängigkeit verursacht hat und somit zusätzliche Ressourcen bindet.

Nahezu alle der genannten zum Teil eher problematischen Rahmenbedingungen dürften einer kurzfristigen Beeinflussung entzogen sein, sodass Änderungen in diesem Bereich derzeit kaum in die Handlungsoptionen des Managements fallen dürften. Unabhängig davon haben sich die Landesregierung und der Vorstand der Universitätsmedizin Greifswald mehrfach zum Erhalt des Standortes Greifswald bekannt. Auch heute hat Frau Hesse wieder ausdrücklich darauf hingewiesen.

Finanzministerium und Vorstand der Universitätsmedizin haben in der Anhörung im Finanzausschuss am 23. Februar 2017 übereinstimmend erklärt, dass die wirtschaftliche Sanierung der Universitätsmedizin unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht infrage gestellt wird. Dies möchte ich hier noch einmal ausdrücklich festhalten. Es bleibt demnach als Handlungsoption des Managements primär nur die betriebswirtschaftliche Sanierung der Universitätsmedizin durch Effizienzsteigerung, betriebliche Optimierungsmaßnahmen und Kostenreduktion.

Und, Herr Koplin, da gebe ich Frau Hesse recht, die Betriebswirtschaftler neigen dazu, nicht nach hinten zu schauen und ausgiebige Analysen zu machen, die ich persönlich für außerordentlich erforderlich halte – deshalb auch Dank für Ihre kritischen Hinweise –, aber die Betriebswirtschaftler neigen dazu, in die Zukunft zu schauen und sich mit der Realität auseinanderzusetzen.

Dies ist bei dem angekündigten geplanten Defizit, meines Wissens 22 bis 24 Millionen Euro – wo Sie Ihre 95 Millionen Euro herhaben, Herr Koplin, kann ich auch nicht sagen –,

(Torsten Koplin, DIE LINKE:
Ich sage noch was dazu.)

durchaus als eine Herausforderung für den Vorstand und die Mitarbeiter der Universitätsmedizin anzusehen, auch wenn man berücksichtigt, dass neue Führungskräfte eines sanierungsbedürftigen Betriebes verständlicherweise dazu neigen, die Risiken des zu sanierenden Be-

triebes höher zu bewerten und entsprechende Rückstellungen vorzusehen, um erstens den Sanierungsdruck aufrechtzuerhalten und zweitens die Sanierungsleistung umso deutlicher hervortreten zu lassen. Mit diesem Hinweis soll die Arbeit des aktuellen kaufmännischen Vorstandes in keiner Weise herabgewürdigt werden, sondern einfach auf übliche Praktiken in diesem Bereich hingewiesen werden. Jeder nachhaltigen Sanierungstätigkeit ist meines Erachtens mit gehörigem Respekt zu begegnen.

Die nun anstehende betriebswirtschaftliche Effizienzsteigerung und Kostenreduktion beinhaltet nicht nur die Chance zur Sanierung, sondern auch deutliche Risiken:

- zum Beispiel für die Behandlungsqualität: Denken wir an „blutige Entlassungen“, Kostendämpfungsstrategien in der Diagnostik, Kostendämpfungsstrategien in der Therapie.
- oder für die Pflegequalität: So fehlt, abgesehen von der Intensivpflege, immer noch ein verbindlicher Personalschlüssel für Pflegeleistungen im Krankenhaus. Einsparungen sind dort besonders leicht zu erfüllen.
- und drittens für den universitären Charakter in Lehre und Forschung: Die Professoren versichern einem immer wieder, der universitäre Charakter in Greifswald gerät in Gefahr.

Um diese Risiken möglichst klein halten zu können, braucht die Unimedizin das klare Bekenntnis des Landes zum Standort, was wir heute gehört haben, aber auch eine Unterstützung in ganz konkreten Positionen, die im Folgenden genannt sein sollen.

Interessanterweise hat gerade der Gesamtpersonalrat der Unimedizin in der Anhörung im Finanzausschuss eine Aufstellung derartiger Punkte übergeben. Aus unserer Sicht können wir den größten Teil davon unterstützen. Wir würden sie wie folgt formulieren:

Erstens die Aufforderung an das Land, seinen Verpflichtungen aus der dualen Finanzierung nachzukommen, das heißt, eine erforderliche Wiederbeschaffung von Investivgütern sicherzustellen. Weil die Träger der Krankenhäuser ihren Verpflichtungen zur dualen Finanzierung nämlich nicht nachkommen, sieht die Realität so aus, dass viele Kliniken gezwungen sind, ihre veralteten Geräteausstattungen durch Leasing oder ähnliche Vertragsgestaltungen zu ersetzen. Dies führt dann zu einer zusätzlichen Belastung der Betriebskosten, Kosten, die in den DRG-Vergütungen nicht kalkuliert sind.

Zweitens, das ist die Aufforderung, dafür einzutreten, dass die Unterfinanzierung der Hochschulambulanzen beseitigt oder vom Land im Rahmen der Lehrfinanzierung ausgeglichen wird. Die Hochschulambulanzen der Universitätsklinik werden meines Wissens mit etwa 56 Euro pro Fall durch die Kassen finanziert, egal wie oft der Patient im Quartal vorstellig wurde und welche Maßnahmen unternommen wurden. Die Hochschulambulanzen sind für die Universitätsmedizin nicht ausfinanziert.

Drittens die Aufforderung zur Entlastung der Universitätsmedizin von der Kreditbelastung aufgrund ihres Engagements beim Bau einer neuen Mensa, stellvertretend für das Land. Die Universitätsmedizin Greifswald hat anstelle des Landes die Finanzierung einer Mensa am Berthold-

Beitz-Platz übernommen. Die Kreditfinanzierung belastet den Haushalt der Universitätsmedizin. Eine Ablösung dieser Verpflichtung durch das Land wäre anzuraten, zumal die Universitätsmedizin Rostock eine neue Mensa aus Landesmitteln finanziert bekommt.

Viertens die Prüfung, ob aufgrund der Neubaumaßnahmen für die Universitätsmedizin frei gewordene Landesliegenschaften veräußert und gegebenenfalls in die Gesamtfinanzierung eingebracht werden können.

Und fünftens die Überprüfung auf eine hinreichende Finanzierung für Lehre und Forschung durch das Land, um die Wettbewerbsfähigkeit der Universitätsmedizin sicherzustellen. Eine zunehmende Beschränkung auf Drittmiteleinwerbung stellt die Freiheit der Wissenschaft infrage und macht die Wissenschaftler zu Spendenakquisiteuren.

Ich fordere die Landesregierung auf, die soeben aufgeführten Punkte für einen Unterstützungsbedarf ernsthaft zu prüfen und ihren Verpflichtungen im Hinblick auf die duale Finanzierung, das heißt der Finanzierung von Ausrüstungsgegenständen, in ausreichendem Maße nachzukommen.

Ansonsten ist es vermutlich für die Zukunft der Universitätsmedizin am besten, wenn dem Vorstand und den Mitarbeitern nicht durch ein Übermaß an Interesse durch Parlament und diverse Kontrollinstitutionen die Sanierungsarbeit zusätzlich erschwert werden. Ich schließe mich da den Ausführungen von Frau Hesse an, die darum bittet, äußerst sensibel mit dieser Situation momentan umzugehen und dem Vorstand und den Mitarbeitern Ruhe zu geben, um ihre Sanierungsarbeit konsequent fortzusetzen. Die Anfänge sind gemacht, die Projekte, die Sanierungsprojekte, liegen vor, wir haben sie uns im Finanzausschuss ansehen können. Lassen Sie uns den nächsten Jahresabschluss und einen fundierten Sanierungsbericht abwarten! – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Egbert Liskow für die Fraktion der CDU.

(Thomas Krüger, SPD: Jetzt gibt es die Klarstellung vom Koalitionspartner.)

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Koplin! Kritische Betrachtungen sind wichtig und notwendig, aber wir sollten doch aufpassen, dass wir nicht skandalisieren, und das hat schon so ein klein bisschen davon gehabt. Ich finde es auch wichtig, dass wir diese Aussprache heute im Landtag noch mal führen, auch wenn wir schon am 23. Februar das Expertengespräch mit dem kaufmännischen Vorstand und dem Gesamtpersonalrat im Finanzausschuss hatten und wir natürlich schon als Finanzausschuss Ende 2016 – nein, im Januar 2016 war es ja – in der Universitätsmedizin in Greifswald waren, uns vor Ort umgesehen haben und da die ersten wichtigen Einblicke bekommen haben.

Ich glaube, das ist für uns ganz wichtig, dass man noch mal erwähnt, dass das Land für die universitären Leistun-

gen, die ja auch erbracht werden jedes Jahr – in 2016, glaube ich, 57,1 Millionen und 2017 57,4 Millionen –, an die Universitätsmedizin zahlt und dass natürlich noch viele andere Mittel für Anschaffungen von Großgeräten und Ähnlichem bereitgestellt werden. Man muss trotzdem sagen, dass das Defizit 2014 bei 13,5 Millionen und 2015 bei 14,3 Millionen lag. Wo es jetzt in 2016 liegen wird, werden wir mit dem Jahresabschluss im Sommer höchstwahrscheinlich hören und auch sehen, weil uns der Bericht dann entsprechend zugestellt wird.

Trotzdem, glaube ich, ist es wichtig, dass wir noch mal darüber reden, und die Linksfraktion hat heute ganz speziell in den Fokus gestellt, dass wir die Rolle des Aufsichtsrates betrachten: Welche spezielle Verantwortung hat der Aufsichtsrat und wie hat er versucht gegenzusteuern? Das sind natürlich immer wichtige Fragen und die muss sich auch ein Aufsichtsrat gefallen lassen.

Zunächst ist es aber zu begrüßen, und das haben wir ja auch im Finanzausschuss ziemlich deutlich gehört, dass wesentliche Anstrengungen unternommen werden in der Universitätsmedizin. Dass es nicht einfach ist, das wissen wir, und dass es natürlich auch immer sehr große Unruhe in eine Belegschaft bringt, das wissen wir auch. Jeder, der vor Ort Abgeordneter ist, kennt natürlich sehr viele Mitarbeiter. Frau Dr. Schwenke nickt hier und ich nehme mal an, Herr Pegel ist da auch involviert, wird informiert und von den Mitarbeitern angesprochen.

Das ist aber auch normal in einer solch schwierigen Situation schwerer Sanierungen eines verhältnismäßig großen Unternehmens. Man sagt ja dann immer, das ist ein großes Schiff, was man nicht so leicht umsteuern kann. Damit muss man natürlich sensibel umgehen, muss die Mitarbeiter mitnehmen, und das wurde uns auch in der Finanzausschusssitzung zugesichert, dass man versucht, alle wichtigen Fragen im Vorfeld mit den Mitarbeitern zu besprechen. Es klappt höchstwahrscheinlich nicht immer so, wie sich die Mitarbeiter das vorstellen. Das ist, glaube ich, auch normal, denn es gibt da natürlich sehr viele Bereiche und teilweise höchstwahrscheinlich auch konkurrierende Bereiche. Damit muss man leben in einer verhältnismäßig großen Universitätsmedizin. Also es gibt auch Interessen von einzelnen Kliniken, die da untergebracht sind, die sich eigene Ziele setzen, die sich aber in einem Großkonzept untersetzen lassen müssen, und es ist, glaube ich, ein verhältnismäßig schwieriges Unterfangen. Herr Dr. Jess, der selber mal da im Controlling war, hat es hier auch versucht zu beschreiben.

Wichtig ist natürlich, und das haben wir hier auch gehört, eine Sanierung wird nur dann funktionieren, wenn die Rahmenbedingungen insgesamt funktionieren, und das sind die DRGs, die in M-V besonders niedrig sind, nicht gerade hilfreich. Andererseits sehen wir, dass es bei der Universitätsmedizin in Rostock funktioniert. Deswegen wird ja auch von der Universitätsmedizin in Greifswald versucht, auf unterschiedlichen Wegen Einspareffekte zu erreichen. Da geht es um Kooperationen in bestimmten Bereichen, es geht aber auch darum, wie man im eigenen Haus Ressourcen heben kann.

Wir müssen einfach noch mal feststellen, dass es natürlich wichtig ist, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen gibt. Ich glaube, das ist auch für die Belegschaft ganz wichtig. Ich glaube nicht, dass irgendwo angedeutet worden ist, dass es so etwas geben wird. Dass natürlich die eine oder andere Stelle nicht wieder neu besetzt

werden kann oder es Umbesetzungen geben kann, das gehört dazu bei solchen Sachen. Auch dies erzeugt Unruhe in einem großen Unternehmen, aber man wird höchstwahrscheinlich nicht darum herumkommen.

Wichtig ist, und das haben wir gehört, dass die Zusammenarbeit mit der Universitätsmedizin Rostock erfolgt, dass man gute Erfahrungen übernehmen will. Andererseits ist auch heute noch mal klar die Aussage gekommen, dass die Unabhängigkeit der beiden Universitätsmedizinen gesichert ist und dass das Land dahintersteht. Ich glaube, das ist für uns als CDU-Fraktion und Koalition ganz wichtig, dass wir das auch noch mal hier so deutlich nach außen transportieren: Wir brauchen beide Universitätsmedizinen und wir brauchen auch für Vorpommern ein gesamtes regionales Medizinkonzept, wie wir damit entsprechend umgehen.

Ich glaube, und das haben wir auch im Februar im Finanzausschuss gehört, es gibt erste Anzeichen, dass die Konsolidierung auf einem leicht positiven Pfad ist. Uns wurden heute auch noch mal passend zum Tagesordnungspunkt über eine Pressemitteilung die ersten kleinen Erfolge mitgeteilt. Das ist, glaube ich, auch über den Ticker zu lesen. Die hatten wir aber schon im Finanzausschuss so gehört und ich bin dankbar, dass man in dieser Richtung die ersten Erfolge sozusagen schon erkennen kann. Schlimm wäre es ja, wenn es nicht so wäre, dann würde den Mitarbeitern und vor allem den Patienten und der Bevölkerung rund um Greifswald signalisiert werden, das ist nicht zu retten. Also ist es wichtig, dass die Erfolge zu erkennen sind und dass wir sehen, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich bin der Meinung – und ich kann das, glaube ich, auch für die Koalition und für die CDU-Fraktion sagen –, wir stehen an der Seite der Universitätsmedizin Greifswald. Wir werden versuchen zu überlegen, wo man gesondert helfen kann. Aber die Hausaufgaben müssen natürlich auch an der Universitätsmedizin selber gemacht werden, da kann man sie höchstwahrscheinlich nicht aus dieser Verantwortung entlassen. Wo wir helfen können, da werden wir helfen,

(Minister Harry Glawe: Jawohl! Richtig, Egbert.)

aber erst mal müssen die Hausaufgaben gemacht werden.

(Minister Harry Glawe: Genauso ist es.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche der Universitätsmedizin Greifswald viel Glück und Erfolg bei ihren Bemühungen.

(Beifall Patrick Dahlemann, SPD –
Minister Harry Glawe: Klatscht
da überhaupt noch einer?)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dirk Stamer für die Fraktion der SPD.

Dirk Stamer, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Ende vielleicht noch ganz kurz die wesentlichen Punkte dieser Diskussion zusammenfassen.

Erstens haben wir gehört, dass sich die Landesregierung ganz klar und eindeutig zu dem Standort der Universitäts-

medizin Greifswald bekennt. Das halte ich für sehr gut, muss ich sagen.

Zum Zweiten: Es wurde, wie wir auch gehört haben, eine sehr schonungslose Ursachenforschung betrieben. Der Istzustand der Universitätsmedizin ist also hier bekannt. Das ist zum einen mutig, zum Zweiten ist es richtig und zum Dritten ist es auch eine wesentliche Vorbedingung für ein erfolgreiches Projekt.

Zum Dritten: Das Sanierungskonzept, also der angestrebte Sollzustand der Organisation, ist ebenfalls klar und eindeutig definiert. Ist und Soll sind beide also erfasst.

Viertens. Die geplanten Maßnahmen – also der Weg vom Ist zum Soll –, wie zum Beispiel konsequente Personalplanung, Nutzung von Skaleneffekten, Steigerung der Effizienz der Prozesse, sind klar umrissen und zeigen bereits erste Wirkung. Sie führten zu ersten Einsparungen, wie wir heute in der Presse lesen konnten. Für erwähnenswert und zu begrüßen halte ich hier ebenfalls den Umstand, dass es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommen soll.

Fünftens. Aus Sicht des Projektmanagements haben wir es hier mit einem komplizierten oder besser gesagt vielleicht sogar mit einem komplexen Problem an dieser Stelle zu tun, das ein wirklich gutes und umfangreiches Multiprojektmanagement erfordert, da 13 Projektgruppen mit 40 Teilprojekten gleichzeitig zu managen sind. Aufgrund der geänderten personellen Besetzung sowohl durch erfahrene neue externe Kräfte als auch durch die intensive Einbeziehung des bestehenden Personals bin ich hinsichtlich des Projekterfolges zuversichtlich. Hier wurden bereits zwei kardinale Fehler des Projektmanagements elegant umschifft: Zum einen, die Mitarbeiter werden mitgenommen, und zum Zweiten, das Management steht hinter dem Projekt.

Sechstens. Derartig umfangreiche Transformationsprozesse, wie sie an der Universitätsmedizin derzeit geplant sind, brauchen vor allem zwei Dinge – einen guten Projektplan und Zeit. Die Maßnahmen haben wir heute diskutiert, geben wir nun der Universitätsmedizin noch die Zeit, damit sie den Sanierungsprozess erfolgreich zu Ende führen kann.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Koplin für die Fraktion DIE LINKE.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auf zwei Dinge will ich ganz kurz eingehen. Es war von „Mondzahlen“ die Rede, die ich hier angeführt hätte. Schauen Sie bitte in das uns vorliegende Sanierungskonzept!

(Andreas Butzki, SPD: Das waren Venuszahlen.)

Dieses Sanierungskonzept hat mehrere Säulendiagramme, die auch eine Prognose aufweisen bis in das Jahr 2019. Wenn man die saldiert

(Andreas Butzki, SPD: Rote Lampe!)

und kein Eigenkapital mehr da ist,

(Andreas Butzki, SPD: Rote Lampe!)

kommen Sie zu dieser von mir genannten Summe.

(Heiterkeit bei
Andreas Butzki, SPD: Oh, oh!)

Und weil der LINKEN genauso wie Ihnen

(Rainer Albrecht, SPD, und
Andreas Butzki, SPD: Rot! Rot!)

die Universitätsmedizin Greifswald so sehr am Herzen liegt, muss eine schonungslose Analyse her, damit wir gemeinsam in eine gute Zukunft kommen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache und rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18:** Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Enrico Komning, Fraktion der AfD, gemäß Paragraf 64 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landtages – Gesichtserkennungssoftware zur Erkennung von Mehrfachidentitäten, auf Drucksache 7/176.

**Antwort der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten
Enrico Komning, Fraktion der AfD,
gemäß § 64 Absatz 3 GO LT
Gesichtserkennungssoftware zur
Erkennung von Mehrfachidentitäten
– Drucksache 7/176 –**

Die Antwort der Landesregierung lag bereits am 13. Februar 2017 noch vor dem Antragsannahmeschluss für die Märzlandtagssitzung vor.

Ich bitte den ... Nein, ich bitte nicht den Minister nach vorne. Weil der Minister für Inneres und Europa für die heutige Sitzung entschuldigt ist, ist vereinbart worden, die Nachfragen schriftlich zu beantworten. Insofern weiß ich nicht, ob wir, ja, gut, wir können die Nachfragen hier entgegennehmen, aber mehr auch nicht. Dann bitte ich Sie, die Nachfragen zu stellen.

Enrico Komning, AfD: Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe zu der Beantwortung meiner dritten Frage in der Kleinen Anfrage Zusatzfragen, die ich wie folgt formuliere:

Werden ausnahmslos alle Antragsteller beim Landesamt für innere Verwaltung biometrisch erfasst?

Warum werden nur im Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern und nicht auch beim gleichfalls für Sozialleistungsanträge antragszuständigen Landesamt für Gesundheit und Soziales biometrische Daten mit der PIK, der Personalisierungsinfrastrukturkomponente, aufgenommen?

Welche biometrischen Daten werden im Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern erhoben?

Wie wird in Anbrucht der Erhebung von biometrischen Daten erst ab März 2016 sichergestellt, dass bei Antragstellung vor März 2016 keine Mehrfachidentitäten durch Asylbewerber angegeben wurden und so ungerechtfertigt Mehrfachleistungen erfolgen?

Die vorletzte Frage lautet: Sind die vor März 2016 in der Erstaufnahmeeinrichtung Stern Buchholz im Wege des Fast-ID-Verfahrens erhobenen Fingerabdrücke in das AKN – das ist das Integrierte Identitätsmanagement mit dem Ankunftsnachweis – überführt worden?

Und meine letzte Nachfrage: Wo und wie erfolgt im Rahmen des Integrierten Identitätsmanagements mit Ankunftsnachweis ein Abgleich der aufgenommenen biometrischen Daten?

Herr Glawe, ich weiß, Sie stünden hier zur Verfügung für den Minister für Inneres und Europa, aber wie die Präsidentin schon sagte ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, das haben Sie jetzt nicht auszuführen.

Minister Harry Glawe: Dann gehe ich wieder. Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Sie konnten Nachfragen stellen. Das Verfahren ist geregelt. Der Minister musste zwar hier stehen, es ist aber vereinbart worden, die Nachfragen schriftlich zu beantworten, weil Herr Glawe nicht der zuständige Minister ist.

Enrico Komning, AfD: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Damit ist der Tagesordnungspunkt 18 erledigt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 21:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Abgeltungssteuer abschaffen – Kapitaleinkünfte und Erwerbseinkünfte gleichbehandeln, auf Drucksache 7/286.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Abgeltungssteuer abschaffen –
Kapitaleinkünfte und Erwerbseinkünfte gleichbehandeln
– Drucksache 7/286 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Rösler für die Fraktion DIE LINKE.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Zeit für Gerechtigkeit“, ob dies schon heute trägt, wird sich zeigen. „Martin Schulz zieht mit dem Thema soziale Gerechtigkeit in den Wahlkampf“,

(Vincent Kokert, CDU: Martin wer? –
Tilo Gundlack, SPD: Unser
nächster Bundeskanzler. –
Unruhe und Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

„Martin Schulz kämpft für soziale Gerechtigkeit“, „Martin Schulz will für soziale Gerechtigkeit sorgen“, so die Schlagzeilen seit der großen Offenbarung der SPD.

Meine Damen und Herren, ob dies bis zu den Bundestagswahlen trägt, ist noch längst nicht ausgemacht, und

so bieten wir Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, eine super Gelegenheit, zu beweisen, wo Sie in Sachen Gerechtigkeit stehen.

(Vincent Kokert, CDU: Sehr gut!)

Nutzen Sie die Gunst der Stunde schon heute für ein ganz klares Votum zu unserem vorliegenden Antrag, denn Gerechtigkeit heißt vor allem Steuergerechtigkeit. Dazu gehört für uns nicht nur die Wiedererhebung der Vermögenssteuer, dazu gehört unter anderem auch die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Ein Votum für die Vermögenssteuer hatte wie vieles in der Großen Koalition keine Chance und hat es wohl auch in der Zukunft nicht. Wie verhält es sich aber bei der Forderung zur Abschaffung der Abgeltungssteuer? Wir dürfen gespannt sein.

Unser Antrag ist höchst aktuell. Morgen, am Freitag, berät der Bundesrat abschließend zu der Bundesratsinitiative des Landes Brandenburg. Mecklenburg-Vorpommern wird sich zu dieser Initiative verhalten. Ziel der Initiative ist es, Kapitalerträge wieder dem persönlichen Einkommenssteuersatz zu unterwerfen. Derzeit werden Einkünfte aus Kapitalvermögen, also etwa Zinsen oder Dividenden, einheitlich mit 25 Prozent besteuert statt mit dem persönlichen Steuersatz, der bei sehr hohen Einkommen bei 42 beziehungsweise 45 Prozent liegt. De facto sind also die 25 Prozent eine Flat Tax für reiche Wertpapierbesitzer. Sie zahlen seit der Einführung dieser Abgeltungssteuer deutlich weniger, als wenn sie ganz normal versteuert würden. Das ist eine klare Bevorzugung von Kapitaleinkommen gegenüber Arbeitseinkommen, und das ist schlicht und einfach ungerecht.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Sie werden sich erinnern, 2009 unter dem SPD-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück ist die Abgeltungssteuer eingeführt worden.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Die Begründung lautete damals, es müsse ein Anreiz geschaffen werden, damit Steuerhinterzieher und Steuerflüchtlinge zukünftig ihr Vermögen in Deutschland belassen und nicht weiterhin ihr Geld in Steueroasen schaffen. Steinbrück behauptete damals, 25 Prozent von X seien besser als 42 Prozent von nix.

(Torsten Renz, CDU: Ja, hat sich denn die Situation geändert seitdem?)

Ein Blick in die deutsche Steuerstatistik widerlegt diese Behauptung restlos.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Nahm die Bundesregierung vor der Abgeltungssteuer noch 13,6 Milliarden Euro ein, waren es ein Jahr später, 2009, als die Abgeltungssteuer schon wirkte, nur noch 12,4 Milliarden, 2010 nur noch 8,7 Milliarden und 2014 sogar nur noch 7,8 Milliarden Euro, also fast die Hälfte. Steuerhinterziehung und Steuerflucht konnten mit dieser Steuer nicht eingedämmt werden und die öffentliche Hand profitierte auch nicht von der guten Entwicklung an den Aktienmärkten, ganz im Gegenteil.

Meine Damen und Herren, mit der Abschaffung der Abgeltungssteuer ist die eine oder andere Frage sicher noch zu klären, etwa der Freibetrag. Dieser beträgt derzeit 801 Euro, für ein Ehepaar liegt dieser bei 1.602 Euro. Erst wenn dieser überschritten wird, werden Steuern fällig. Bei der derzeitigen Zinslage bedeutet dieser Freibetrag, dass man schon etwa 160.000 Euro auf der hohen Kante haben müsste, um überhaupt Steuern zahlen zu müssen.

(Torsten Renz, CDU: Dann machen wir am besten gar nichts, wenn das nichts hilft.)

Ob das noch unter „Kleinsparer“ fällt, darüber kann man sicherlich streiten. Also, wie hoch der Freibetrag ausfallen sollte, muss nach einer Grundsatzentscheidung diskutiert und entschieden werden.

(Zuruf von Beate Schlupp, CDU)

Die Bundesratsinitiative will, dass Kapitalerträge genauso besteuert werden wie Einkommen aus Arbeit, also nach dem persönlichen Einkommenssteuersatz. Es darf künftig zu keiner Privilegierung von Superreichen kommen. Darauf wird nach einer hoffentlich erfolgreichen Grundsatzentscheidung zu achten sein.

Das Verfahren im Bundesrat läuft. Der Antrag des Landes Brandenburg wurde federführend in den Finanzausschuss und mitberatend in den Wirtschaftsausschuss des Bundesrates überwiesen. Das Finanzministerium des Landes Brandenburg ließ verlautbaren, dass die Bundesratsinitiative die erste Hürde genommen hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Der Finanzausschuss des Bundesrates stimmte dem Vorschlag mit der Mehrheit von elf Ländern zu. Auch der Wirtschaftsausschuss gab die Empfehlung zuzustimmen. Finanzminister Brodkorb ließ die Öffentlichkeit wissen, auch Mecklenburg-Vorpommern habe dem Vorschlag im Finanzausschuss zugestimmt. Vom Wirtschaftsministerium wissen wir es leider nicht. Auf unsere Anfrage im Ministerium erhielten wir keine Auskunft. In diesem Fall hat das Finanzministerium mit offenen Karten gespielt. Allerdings glaube ich, dass die Medien nur deshalb informiert wurden, damit wir unseren Antrag zurückziehen.

(Torsten Renz, CDU: Nee, nee!
Sie wollen, dass die SPD Farbe bekennt!)

Aber vielleicht ist das ja nur eine kühne Behauptung von mir.

(Vincent Kokert, CDU: Fake News!)

Ich gehe davon aus, dass die SPD unseren Antrag heute voll und ganz unterstützen kann. Durch eine Zustimmung des Landtages zu unserem Antrag geben wir hier das richtige Signal für die morgige Entscheidung.

(Torsten Renz, CDU: Rückenwind, ne?!)

Allerdings ist uns noch nicht klar, wie die CDU zur Abschaffung der Abgeltungssteuer steht.

(Tilo Gundlack, SPD:
Die eiern noch ein bisschen rum.)

Bundesfinanzminister Schäuble zumindest ist kein Freund dieser Steuer, das wissen Sie sicherlich. Er hat sich schon mehrfach gegen die Abgeltungssteuer ausgesprochen.

(Torsten Renz, CDU: Zurzeit Einzelmeinung.)

Allerdings schiebt er die Umsetzung vor sich her.

(Zuruf von Tilo Gundlack, SPD)

Vom Grundsatz her kann sich also auch die CDU zu unserem Antrag bekennen. Wir werden daher genau hinhören, ob der Finanzminister auch für seine CDU-Ministerkollegen und für seinen Koalitionspartner hier heute sprechen kann.

(Torsten Renz, CDU:
Nein, in diesem Fall leider nicht.)

Uns ist schon bewusst, dass die Entscheidung im Finanzausschuss und Wirtschaftsausschuss des Bundesrates noch lange nicht bedeutet, dass auch im Plenum die Abstimmung 11 : 5 ausfallen wird. Auch so etwas soll es schon gegeben haben. Da hat sich der größere Koalitionspartner nicht an die Absprachen mit dem kleineren Partner gehalten. Wie auch immer, wir erwarten, dass die Landesregierung die Initiative zur Abschaffung der Abgeltungssteuer unterstützt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Finanzminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Mathias Brodtkorb.

Minister Mathias Brodtkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wie Sie eben feststellen durften, ist auch der Linkspartei nicht entgangen, dass ich mich vor Kurzem öffentlich für die Abschaffung der Abgeltungssteuer ausgesprochen habe, und das war kein Ausrutscher und auch kein Lippenbekenntnis.

(Torsten Renz, CDU: Tiefste Überzeugung.)

Im Finanzausschuss des Bundesrates hat die Mehrheit – und zwar die deutliche Mehrheit – der Finanzministerinnen und Finanzminister den Antrag aus Brandenburg unterstützt. Der erste Schritt in der politischen Diskussion ist aus meiner Sicht damit gemacht.

Die Mehrheit der Finanzminister will die Abgeltungssteuer wieder abschaffen, weil sie es für ungerecht hält, dass Vermögende unter Umständen weniger abführen müssen als Personen, die das gleiche Einkommen aus Lohn und Gehalt beziehen. Nun könnte man natürlich fragen, und das ist teilweise schon getan worden: Warum wurde die Abgeltungssteuer überhaupt einmal eingeführt? Ich denke, es gab damals Gründe, die dafür sprachen.

(Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Ihnen dürfte der berühmte Satz von Peer Steinbrück noch in Erinnerung sein, ich darf mit der Genehmigung der Präsidentin zitieren: „Besser 25 Prozent von X als 42 Prozent von nix.“

(Andreas Butzki, SPD:
Mathematisch stimmt das.)

Das Ziel der Einführung war damals, durch diesen niedrigeren Steuersatz einen Anreiz zu schaffen, sein Geld nicht in Steueroasen zu verschieben. Dieser Anreiz ist heute aus meiner Sicht nicht mehr nötig. Die Finanzverwaltungen des Bundes und der Länder haben in den vergangenen Jahren viele Steuerschlupflöcher geschlossen, den Informationsaustausch ausgeweitet und den Verfolgungsdruck auf Steuerhinterzieher erhöht. Die Grundlage für diese Privilegierung von Kapitaleinkünften ist damit meines Erachtens weggefallen.

Mit der Abschaffung der Abgeltungssteuer soll wieder der individuelle Steuersatz fällig werden, also der Satz, der auf das Arbeitseinkommen fällig wird. Ich unterstütze diese Position nicht deshalb, weil ich mir von einer Steuergesetzänderung höhere Einnahmen erwarte, ich rechne vielmehr damit, dass sich diese kaum verändern dürften. Wir unterstützen diese Initiative deshalb, weil es eine Frage von Steuergerechtigkeit ist.

(Thomas Krüger, SPD: Genau! Genauso ist es. –
Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Die Sozialdemokraten, sehr geehrte Frau Rösler.

Warum zahlen viele der hart arbeitenden Menschen bei uns im Land mehr Steuern auf ihr Einkommen als diejenigen, die ihr Geld für sich arbeiten lassen? Ich kann Ihnen diese Frage jedenfalls nicht plausibel beantworten. Daher freue ich mich, dass das Land Brandenburg die Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat.

Nun ist es allerdings so, dass wir uns in einer Koalition befinden und dass die SPD nicht allein entscheidet, wie das Land Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat abstimmen wird. Der Bundesfinanzminister hat angedeutet, dass er zunächst die Erfahrungen aus dem internationalen Datenaustausch abwarten will. Dieser ist Ende vergangenen Jahres beschlossen worden. Eine totale Verweigerungshaltung hört sich meines Erachtens anders an, sehr geehrte Frau Abgeordnete Rösler. Für den Moment bedeutet es aber auch, dass wir uns im Bundesrat enthalten werden, da die Union offenbar noch etwas Bedenkzeit braucht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, wenn also der vorliegende Antrag heute abgelehnt werden sollte, bedeutet das noch lange nicht, dass das Thema damit vom Tisch ist. Es ist der Beginn einer Debatte, an deren Ende die Abschaffung dieses Privilegs stehen könnte. Bis dahin sollten alle Parteien die Möglichkeiten nutzen, um für ihre Position zu werben. Meine Haltung zur Abgeltungssteuer ist hierbei eindeutig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der LINKEN, ich darf daher offiziell das Abstimmungsverhalten der SPD zu diesem Antrag bekanntgeben: Alle Abgeordneten der SPD-Fraktion werden im Herzen bei diesem Antrag mit Ja stimmen

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

und, wenn die Präsidentin zur Abstimmung aufruft, bei Nein die Hand heben. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE – Zurufe von
Dr. Ralph Weber, AfD, Vincent Kokert, CDU,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ich richtig unterrichtet bin, werden wir an diesem Punkt die Debatte unterbrechen, um den Tagesordnungspunkt 17, die Eidesleistung der Mitglieder und des stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts, durchzuführen.

Da wir momentan hierfür noch kein Mikrofon im Saal haben, unterbreche ich die Sitzung für zwei Minuten.

Unterbrechung: 11.03 Uhr

Wiederbeginn: 11.04 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 17:** Eidesleistung der Mitglieder und des stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts.

Eidesleistung der Mitglieder und des stellvertretenden Mitglieds des Landesverfassungsgerichts

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie haben am Mittwoch unter Tagesordnungspunkt 11 drei Mitglieder und ein stellvertretendes Mitglied des Landesverfassungsgerichts in geheimer Wahl bestimmt. Der Ministerpräsident des Landes hat den Gewählten heute die nach Paragraph 4 Absatz 3 des Landesverfassungsgesetzes vorgesehenen Urkunden ausgehändigt. Frau Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider, Herr Konstantin Tränkmann, Herr Professor Dr. Claus Dieter Classen und Frau Barbara Borchardt haben hier im Saal Platz genommen. Ich heiße Sie im Namen des gesamten Landtages herzlich willkommen.

Ebenfalls im Saal Platz genommen hat Herr Sven Nickels, der heute als Vizepräsident den Präsidenten des Landesverfassungsgerichts vertritt. Ich begrüße Sie ganz herzlich im Namen des gesamten Landtages.

Die Gewählten haben mir gegenüber schriftlich erklärt, dass sie die Wahl annehmen.

Nach Paragraph 9 des Landesverfassungsgesetzes haben die Mitglieder des Landesverfassungsgerichts und deren Stellvertreter vor Aufnahme ihres Amtes in öffentlicher Sitzung des Landtages den für Richter des Landes vorgesehenen Eid zu leisten. Dieser Eid ist in Paragraph 4 des Landesrichtergesetzes festgelegt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte die bereits Genannten jetzt zu mir.

Ich werde die Verpflichtung in der Weise vornehmen, dass ich Ihnen den Eid vorspreche und Sie bitte, danach

einzelnd zu mir ans Mikrofon zu treten, die rechte Hand zu heben und die Worte „Ich schwöre es“ nachzusprechen. Der Eid kann mit religiöser Bekräftigung „So wahr mir Gott helfe“ oder ohne sie geleistet werden.

(Die Anwesenden erheben
sich von ihren Plätzen.)

Die Mitglieder des Landtages haben sich schon Ihnen zu Ehren von den Plätzen erhoben.

„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.“

Dr. Ulrike Lehmann-Wandschneider: Ich schwöre.

Konstantin Tränkmann: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Dr. Claus Dieter Classen: Ich schwöre es.

Barbara Borchardt: Ich schwöre es.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle die Glückwünsche des gesamten Hauses zur Wahl und zur Annahme des mit Sicherheit nicht einfachen Ehrenamtes aussprechen und ich wünsche Ihnen natürlich für Ihre Aufgaben ganz viel Erfolg, bei Ihrer Arbeit stets auch ein wachsames Auge und weise Entscheidungen bei der Auslegung und Interpretation der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Alles Gute für Sie in diesem Amt!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, AfD, CDU und DIE LINKE –
Gratulationen –
Vizepräsidentin Beate Schlupp
übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie uns zu **Tagesordnungspunkt 21** zurückkommen.

Nach der Rede des Ministers folgt jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Liskow.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach der Rede des Finanzministers, ich weiß nicht, ob er als Finanzminister oder als Fraktionsvorsitzender der SPD gesprochen hat, aber er hat ja zum Schluss,

(Thomas Krüger, SPD: Bitte? Bitte?
Was war denn das für ein Satz?!)

aber er hat ja zum Schluss schon das Abstimmungsverhalten der SPD hier kundgetan,

(Thomas Krüger, SPD: Na sehen Sie,
wie eng wir mit unseren Ministern sind! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

indem er gesagt hat, die SPD stimmt mit dem Herzen so ab und in der Realität so ab.

(Thomas Krüger, SPD: So stimmen wir uns ab!)

Kommen wir mal wieder zur Realität, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Thomas Krüger, SPD: Die der Minister sehr gut vorgetragen hat.)

Mit dem Herzen bewegen wir immer schon viele Sachen.

(Andreas Butzki, SPD: Aber du kannst alles nachvollziehen, was der Minister gesagt hat?)

Ich würde jetzt mal zu meiner Rede kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktion DIE LINKE fordert mit dem vorliegenden Antrag „Abgeltungssteuer abschaffen – Kapitaleinkünfte und Erwerbseinkünfte gleichbehandeln“ die Landesregierung auf, die Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Abgeltungssteuer zu unterstützen. Diese Bundesratsinitiative – so steht es auch in der Begründung des Antrages – verfolgt das Ziel, Kapitaleinkünfte nach erfolgter Einführung des internationalen automatischen Informationsaustausches von Steuerdaten wieder dem persönlichen Einkommenssteuersatz zu unterwerfen. Dies heißt nichts anderes, als dass die steuerpflichtige Person auch bei Kapitalerträgen entsprechend der jeweiligen Einkünfte versteuert werden soll. Entsprechend des aktuellen Steuerrechts würde dies einen Steuersatz von bis zu 42 beziehungsweise 45 Prozent bedeuten, wogegen derzeit die Kapitalerträge mit 25 Prozent besteuert werden.

Die Abgeltungssteuer wurde unter dem damaligen Finanzminister der Großen Koalition Peer Steinbrück – das wurde schon gesagt – eingeführt. Intention der damaligen Bundesregierung war unter anderem, die Steuer- und Kapitalflucht einzudämmen und die Bereitschaft der Kapitalanleger zu erhöhen, Zinserträge in Deutschland zu versteuern. Auch das wurde hier bei der Einführung schon hinreichend erklärt.

Zum Hintergrund dieses Antrages gehört jedoch ebenso der Umstand, dass die Landesregierung aufgefordert werden soll, eine Bundesratsinitiative zu unterstützen, die vom Land Brandenburg initiiert wurde und die am Freitag zur Abstimmung steht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Bundesrat wurde der entsprechende Antrag federführend im Finanzausschuss und mitberatend im Wirtschaftsausschuss beraten. Beide Ausschüsse haben dem Plenum des Bundesrates empfohlen, die Entschließung anzunehmen. Auch unser Finanzminister – das hat er hier persönlich ja auch noch mal vorgetragen – ließ per Pressemitteilung vom 23. Februar 2017 verlautbaren, dass Mecklenburg-Vorpommern dieses Vorhaben unterstützt hat im Finanzausschuss. Unter anderem hieß es, dass es nicht gerecht sei, wenn Einkommen aus Kapitalertrag geringer besteuert werden als Einkommen aus Lohn und Arbeit. In diesem Jahr würde eine Vielzahl von Abkommen zum internationalen Austausch von Kontoinformationen geplant sein, die die Steuerflucht erschweren, so dass eine pauschale Abgeltung nicht länger zielführend ist. Nun sei der Bund am Zuge.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch wir kennen nicht, dass es Gründe gibt, die für eine Abschaf-

fung der Abgeltungssteuer sprechen würden. Es ist auch kein Geheimnis, dass eine Abschaffung der Abgeltungssteuer in der Union kein rotes Tuch ist. Es ist doch zu billig, wenn die Abgeltungssteuer für eine Neiddebatte erhalten soll.

Daneben gibt es gute Gründe, die für die Abgeltungssteuer sprechen. Diese werden in der Debatte oftmals einfach so unter den Teppich gekehrt. Zunächst: DIE LINKE gibt sich gerne als Partei der Steuergerechtigkeit. Das ist ihr gutes Recht, das macht die SPD ja auch,

(Thomas Krüger, SPD: Wir sind's ja auch! –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
Manfred Dachner, SPD, und Tilo Gundlack, SPD)

auch wenn die SPD es eingeführt hat unter ihrem Minister. Maßgeblich aktiv in Sachen,

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

maßgeblich ...

Hört doch mal zu!

(Tilo Gundlack, SPD: Ihr seid doch die Bösen!)

Maßgeblich aktiv war bei der ganzen Debatte der Steuergerechtigkeit aber unser Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Das erkennt ihr immer wieder so einfach.

(Tilo Gundlack, SPD: Das hat
doch damit nichts zu tun!)

Er war der wesentliche Initiator des internationalen Abkommens über den automatischen Informationsaustausch in Steuersachen, das 2014 in Berlin von mehr als 30 Finanzministern unterzeichnet wurde. Auch nach Bekanntwerden der sogenannten „Panama Papers“ hat er den internationalen Vorstoß der Steuerhinterziehung in Steueroasen maßgeblich vorangetrieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die SPD wird ja wieder etwas ruhiger.

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, wir wollen
deinen Argumenten lauschen,
aber wir hören nichts davon! –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Woran wir uns wohl in der Bundesratsinitiative selbst als auch im Antrag der LINKEN stören, ist insbesondere folgender Umstand: Die Abgeltungssteuer soll abgeschafft werden nach erfolgter Einführung des internationalen automatischen Informationsaustausches von Steuerdaten. Dies ist jedoch längst nicht überall geschehen. Auch der Finanzminister spricht davon, dass zahlreiche Abkommen geplant sind, also noch nicht in Kraft sind. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der Austausch daher überhaupt nicht vollständig umgesetzt. Wir sollten erst einmal sehen, dass der internationale Informationsaustausch vollständig in Kraft tritt und wie er dann funktioniert. Meines Erachtens gibt es keinen Anlass für einen Schnellschuss.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht unerwähnt bleiben sollte, dass eine Abkehr von der Abgel-

tungssteuer beziehungsweise die Wiedereinführung der progressiven Besteuerung einer Steuererhöhung für viele Sparer gleichkäme, denn schließlich wäre der Einkommenssteuersatz für die meisten Arbeitnehmer höher als 25 Prozent. Für die Abgeltungssteuer spricht im Übrigen auch, dass es eine vergleichbar einfache Steuer ist, was man ebenfalls nicht vergessen darf. Das Geld wird direkt an das Finanzamt abgeführt und man ist nicht auf die ordnungsgemäße und vollständige Angabe dieser Einkünfte in der eigenen Steuererklärung angewiesen.

Darüber, Lohneinkünfte und Einkünfte aus Kapital unterschiedlich zu besteuern, kann man trefflich streiten. Eine Überlegung, die relativ einfache Abgeltungssteuer einzubehalten und über prozentuale Höhen – man kann ja auch die Prozente erhöhen, man muss ja nicht 25 Prozent nehmen, man kann ja auch 30 oder 35 Prozent nehmen – oder über neue Freibeträge nachzudenken, wäre aus meiner Sicht die bessere Lösung.

Eine Neiddebatte, wie sie die LINKEN mit dem Verweis auf eine Privilegierung von Kapitalerträgen gegenüber dem Arbeitseinkommen entfachen wollten, ist jedoch aus meiner Sicht zu billig. Man sollte einfach sehen ...

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Was ist denn eine „Neiddebatte“?)

Liebe Frau Dr. Schwenke, wichtig ist doch, dass die Steuer gleichmäßig ist und dass die Leute ihre Kapitaleinkünfte vernünftig versteuern. Da kann man auch über eine einfache Steuer, die in bestimmten Höhen gestaltet wird, nachdenken.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Ach so?!)

Ja, das habe ich schon gesagt. Da muss man nicht die 25 Prozent nehmen, da kann man auch 30, 35 oder 40 Prozent nehmen. Aber die ist einfach und wird direkt von den Kreditinstituten oder von den Banken abgeführt, sodass es immer der einfachere Weg wäre als nachher in der privaten Steuererklärung,

(Andreas Butzki, SPD: Also auf jeden Fall soll alles auf einen Bierdeckel passen, ne?!)

wo auch wieder negative Einkünfte gegengerechnet werden können, und das sind gerade die Vermögenden, die das meistens sehr schnell machen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns für heute noch eine ausreichende Debatte zu diesem Thema.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Andreas Butzki, SPD: Aber der Beifall ist tosend! –
Vincent Kokert, CDU: Genau.)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Hersel.

Sandro Hersel, AfD: Wertes Präsidium! Verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Wir behandeln heute den Antrag der Fraktion DIE LINKE zur Abschaffung der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge. In welchen Sphären sich dieser Antrag bewegt, möchte ich kurz verdeutlichen: Wer sich als sicherer Anleger in Mecklenburg-Vorpommern in dem Bereich der Abgeltungssteuer bewegen möchte, braucht auf der hohen Kante einen Betrag von 800.000 Euro.

(Tilo Grundlack, SPD: Ah, Herr Liskow!)

Der Betrag ist nicht aus der Luft gegriffen. Frau Rösler sprach vorhin von 160.000, da hat sie anscheinend einen besseren Finanzberater als ich.

(Zurufe von Thomas Krüger, SPD,
und Torsten Renz, CDU)

Ich habe die Zahlen der Sparkasse Vorpommern zugrunde gelegt. Diese vergibt auf ihr altbewährtes Sparbuch derzeit einen Prozentsatz von 0,001 Prozent.

(Torsten Renz, CDU: Na wenn Sie das noch haben, dann können Sie mich auch noch als Berater nutzen! – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Das ist ein Tausendstel! Ein Tausendstel von 800.000 sind 800 Euro. So hoch etwa ist der Freibetrag bei den Zinseinkünften.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

In den letzten Wochen lasen wir bereits in der Presse, dass dieselbe Sparkasse Guthaben von Kommunen ab 100.000 Euro mit einem Straf- oder Negativzins belegen möchte. Der Schritt hin zum Privatkunden ist bei der anhaltenden katastrophalen Zinspolitik der Europäischen Zentralbank bedauerlicherweise nur noch eine Frage der Zeit.

Meine Damen und Herren, mit der sogenannten Unternehmenssteuerreform wurde 2007 ein umfangreiches Paket der damaligen Bundesregierung auf den Weg gebracht. Unter der Regie des damaligen SPD-Finanzministers Peer Steinbrück wurden insgesamt zwölf Steuergesetze sowie entsprechende Durchführungs- und Rechtsverordnungen geändert. Da wir gestern über faire Debatten gesprochen haben, will ich ein positives Zeichen setzen und Sie heute mit Details dieser Steuerreform verschonen. Einzig die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge ist für uns heute Thema.

(Torsten Renz, CDU: So steht es im Antrag.)

Da erlaube ich mir einen ganz kurzen Exkurs. Wenn wir von der Abgeltungssteuer sprechen, befinden wir uns im Bereich der Kapitalertragssteuer. Diese ist, genauso wie übrigens die Lohnsteuer, eine Erhebungsform der Einkommenssteuer. Die Abgeltungssteuer ist im weitesten Sinne eine Quellensteuer, der Kollege Liskow hat es gerade ausgeführt. Das bedeutet, dass zunächst die auszahlende Stelle den Steuerbetrag einbehält und an das Finanzamt abführt. Gleichzeitig, und damit kommen wir zu dem Punkt, wo das Kind seinen Namen bekommt, ist diese Steuer abgegolten. Die Steuerpflichtigen müssen diese also nicht mehr in der Einkommenssteuererklärung angeben.

Ich will das ganz kurz noch am Beispiel der Lohnsteuer erklären. Das ist für einige vielleicht etwas näher.

(Tilo Gundlack, SPD: Nö.)

Wenn Sie auf Ihren Lohn- oder Gehaltszettel, ich weiß, hier bei uns sieht das ein bisschen anders aus, wenn aber die Leute da draußen im Land auf ihren Lohn- oder Gehaltszettel schauen, dann haben sie oben ein Brutto, von dem man relativ gut leben kann. Dann kommen die Abzüge der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge, die der Arbeitgeber einbehält

(Torsten Renz, CDU: Haben wir jetzt Sozialkundeunterricht, oder was?)

und den zuständigen Stellen zuführt.

Ja, Herr Renz, das tut Ihnen vielleicht mal ganz gut.

(Torsten Renz, CDU: Ich folge Ihnen gerne.)

Was am Ende übrigbleibt,

(Torsten Renz, CDU: Na jetzt!)

das sogenannte Netto,

(Torsten Renz, CDU: Oha!)

ist dann schon gar nicht mehr so rosig und führt manchmal zu Frust bei vielen Bürgerinnen und Bürgern.

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Wenn Sie in diesem Fall keine weiteren Einnahmen neben der Arbeitnehmertätigkeit haben, entfällt auch die Abgabe der Einkommenssteuererklärung, da Sie ja bereits mit der Lohnsteuer Ihre Einkommenssteuer vorausgezahlt und abgegolten haben.

(Torsten Renz, CDU: Bis jetzt war alles richtig.)

Das spart Zeit und Nerven aufseiten des Steuerpflichtigen, aber auch aufseiten des Finanzamtes.

Ähnlich funktioniert es bei den Zinseinkünften. Wenn Sie auf Ihr Sparguthaben Zinsen erhalten, muss Ihre Bank oder Ihr Kreditinstitut pauschal 25 Prozent an das Finanzamt abführen.

(Torsten Renz, CDU: Auch korrekt.)

Nicht betroffen davon ist der eingangs erwähnte Freibetrag von 801 Euro.

(Torsten Renz, CDU: Es sei denn, Sie haben keinen Freistellungsantrag gestellt.)

Es ist schön, dass Sie das erwähnen. Wenn man keinen Freistellungsantrag hat, kann man das auch heilen, denn diese 25 Prozent sind keinesfalls in Stein gemeißelt. Ich empfehle da die Lektüre des interessanten Einkommenssteuergesetzes. Dort finden Sie in Paragraph 32d eine wunderbare Ausnahmeregelung, die dieses ganze Konstrukt „Abgeltungssteuer“ komplett aushebelt.

Insofern entpuppt sich Ihr Trumpf der Steuergerechtigkeit lediglich, wie man gerne beim Skat sagt, als „Luschenstich“.

(Torsten Renz, CDU: Das war ja ein Riesensprung jetzt!)

Ihr Ass, in der Tat diejenigen mit sehr hohem Einkommen, besteht allerdings darin, wenn Sie beispielsweise einen Grand spielen und dafür von Ihren Mitspielern nur noch die wertlosen Karten bekommen. Denn, sind wir mal ganz ehrlich, diejenigen, die wirklich viel verdienen, leisten sich einen Steuerberater und der hat noch ganz andere Kniffe in der Steuergestaltung als die von Ihnen hier kritisierte Abgeltungssteuer.

(Torsten Renz, CDU: Aber nur im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten!)

Das Steuerrecht ist im Grunde Herrschaftswissen. Es ist für Otto Normalbürger nur schwer zu durchschauen und in seiner Gesamtheit schon gar nicht zu fassen.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Hier, meine Damen und Herren von der LINKEN, können Sie wirklich mal Akzente setzen. Ein unkompliziertes und verständliches Steuerrecht wäre der erste Schritt hin zur sozialen Gerechtigkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Wo ist Ihr Vorschlag? Wo ist Ihr Vorschlag?)

Unerwähnt möchte ich auch die Folgen Ihres Antrages nicht lassen.

(Thomas Krüger, SPD: Da sind wir in der nächsten Landtagsitzung gespannt auf Ihren Vorschlag!)

Und da hört auch bitte der Herr Finanzminister Brodkorb hin!

(Zuruf vonseiten der Fraktion der SPD:
Bitte! So viel Zeit muss sein!)

Wenn Sie die Abgeltungssteuer ersatzlos streichen, verlagern Sie die Steuererhebung in die Finanzämter. Wer sich einmal intensiv mit der Besteuerung von Kapitalerträgen beschäftigt hat, weiß, wie aufwendig und komplex eine solche Steuererhebung ist. Da hilft Ihnen auch nicht das internationale Abkommen über den Austausch steuerrelevanter Finanzdaten.

Meine Damen und Herren von der LINKEN, Ihr Antrag schafft keine Steuergerechtigkeit. Ich erwähnte eingangs, in welchen Sphären sich Ihr Antrag bewegt. Denen, die dringend entlastet werden müssten, die Leistungsträger, also die Arbeitnehmerschaft, die kleinen und mittelständischen Unternehmen in Mecklenburg-Vorpommern, denen helfen Sie damit überhaupt nicht. Ihr Antrag bläht die Steuerverwaltung auf und führt zu erheblicher Mehrbelastung der Mitarbeiter in den Finanzbehörden. Konzentrieren Sie sich lieber auf eine grundlegende Steuerreform, lassen Sie uns mit überbordenden Ausnahmetatbeständen und Sonderregelungen aufräumen! Da hätte ich jetzt gerne Herrn Ritter angesprochen, ich würde das nämlich auch gerne mit ihm zusammen machen. Gestalten Sie endlich eine bürgerfreundliche und verständliche Steuerpolitik! Damit ist am Ende allen geholfen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Gundlack.

Tilo Gundlack, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erst mal, Herr Kollege Liskow, gab es hier heute keine Neiddebatte. Frau Rösler von der Fraktion DIE LINKE hat uns nur aufgefordert, dem Antrag beizutreten. Die Neiddebatte können wir gerne nachher bei anderen Tagesordnungspunkten klären oder in den nächsten Sit-

zungen. Das müssen wir heute nicht machen. Also da ein bisschen zurücktreten!

(Egbert Liskow, CDU: Jetzt ist er neidisch. –
Zuruf aus dem Plenum: Dann reden
Sie doch von keiner Neiddebatte! –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Nö, bin ich nicht.

Und zu dem, was Herr Hersel gerade sagte: Jetzt wissen wir, dass Sie Steuerfachangestellter sind. Das ist ein lobenswerter Beruf, der wird auch gebraucht, das merken wir ja gerade. Aber, ich glaube, er ist so trocken, dass die Kolleginnen und Kollegen um mich herum schon gefragt haben, wann Schluss ist. Ich hoffe, wir können das im Ausschuss klären. Da können Sie mit uns noch mal einen Exkurs machen dazu, was Sie jetzt genau meinen. Ich freue mich aber schon, so, wie mein Kollege Fraktionsvorsitzender fragte, wo ist der Antrag, auf den Antrag im Finanzausschuss.

Meine Damen und Herren, zunächst komme ich noch mal zum Anfang. Worum ging es überhaupt? Warum gibt es diese Vergünstigung von Peer Steinbrück? „Besser 25 Prozent von X als 42 Prozent von nix“,

(Torsten Renz, CDU:
Weiser Spruch! Weiser Spruch!)

hatte der frühere Minister Steinbrück die Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge ganz pragmatisch begründet. Er wollte Steuerflucht vermeiden, vielleicht sogar alte Sünder zurück nach Deutschland locken und versprach Anonymität.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Doch in der SPD bleibt die Vergünstigung unbeliebt und die Argumentation dazu finden viele bei uns inzwischen sehr, sehr brüchig,

(Zurufe von Sebastian Ehlers, CDU,
und Egbert Liskow, CDU)

denn mit Geld Geld zu verdienen, meine Damen und Herren, ist schon ein bisschen pervers.

Selbst der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat bereits vor einem Jahr das Ende der Abgeltungssteuer in Aussicht gestellt. Vor einem Jahr! Allerdings will und wird er sich Zeit lassen. Es ist aus seiner Sicht auch verständlich. Erst einmal wird abgewartet, wie der in diesem Jahr beginnende internationale Austausch von Kontodaten funktioniert. Er soll die Steuerflucht unterbinden. Vielleicht gibt es aber auch noch keine konkreten Pläne für eine Abschaffung, wer weiß es. Oder ist das Wahljahr 2017 dazwischengekommen und die CDU möchte nicht als Steuererhöhungspartei in den Wahlkampf ziehen?

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Das ist wohl eher der Grund, ne, Herr Kollege Liskow?!

(Vincent Kokert, CDU: Das ist ganz eng
in die Strategie der CDU eingebunden. –
Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber, meine Damen und Herren, die Tage der Abgeltungssteuer könnten gezählt sein, denn die SPD besteht

auf Abschaffung der Abgeltungssteuer. „Wir wollen die gleiche steuerliche Behandlung für Kapital und Arbeit.“

(Egbert Liskow, CDU: Koste es, was es wolle.)

Mit diesen Worten sprach sich Anfang 2017 der Chef der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann für eine Abschaffung der umstrittenen Abgeltungssteuer aus.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Weiter Thomas Oppermann: „Ich finde es falsch, wenn Arbeitseinkommen höher besteuert werden als Einkommen aus Kapital und Vermögen‘ ... Die Abgeltungssteuer habe ihren Sinn als wirksames Instrument gegen Steuerflucht gehabt.“

Der DGB fordert vor allem wegen grundsätzlicher Gerechtigkeitserwägungen die Abschaffung der Abgeltungssteuer. Stattdessen sollen Einkünfte aller Art wieder dem persönlichen Einkommenssteuersatz unterworfen sein.

Meine Damen und Herren, für den SPD-Teil der Landesregierung und für meine Fraktion darf ich sagen, dass wir diesen Antrag befürworten.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU,
und Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE –
Im Plenarsaal wird die Beleuchtung reguliert.)

Minister Brodkorb hat im Bundesratsfinanzausschuss dem Entschließungsantrag von Brandenburg zugestimmt.

(Zuruf aus dem Plenum: Und es
wird immer ein bisschen dunkler!)

Der Finanz- und der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates haben einstimmig der Beschlussvorlage zugestimmt.

(Egbert Liskow, CDU: Tilo ist schuld. –
Zuruf aus dem Plenum: Lichtspiele!)

Das Licht ist aus.

(Vincent Kokert, CDU:
Keine Abgeltungssteuer gezahlt!)

Keine Steuern gezahlt, ja, genau.

Meine Damen und Herren, abschließend ist festzustellen: Da die Große Koalition in Berlin für diese Legislaturperiode Steuererhöhungen ausgeschlossen hat, beharren Politiker der Unionsfraktionen in Bund und Land darauf, erst nach der Bundestagswahl das Steuerprivileg abzuschaffen. Ob sie allerdings die Gelegenheit dazu haben, wird sich zeigen – mag sein als Oppositionsfraktion, denn Bundeskanzler Martin Schulz wird diese Änderung sofort angehen.

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der CDU –
Vincent Kokert, CDU: Natürlich, Super-Martin! –
Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wir müssen den vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Koalitionsdisziplin leider ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Egbert Liskow, CDU: Ihr seid jetzt
alle Schulz, oder was?!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE die Abgeordnete Frau Rösler.

(Vincent Kokert, CDU: Da kann man
den LINKEN auch nur gratulieren! –
Torsten Renz, CDU: Da lacht das Herz!)

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich hatte es, wenn ich ehrlich bin, auch nicht anders erwartet. Da wird von der CDU wieder die Neiddebatte bemüht.

(Egbert Liskow, CDU: Nee, von euch!)

Die SPD entscheidet sich eher für die Hand statt das Herz, okay.

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

Aber es ist, glaube ich, ganz klar, Große Koalitionen stehen auf der Bremse, sie bringen nichts nach vorn.

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU,
und Torsten Renz, CDU)

Die SPD kann sich nicht mal in dieser Frage – noch dazu mit Rückenwind von Bundesfinanzminister Schäuble –

(Torsten Renz, CDU: Wir haben die
geringste Arbeitslosigkeit, solange
ich zurückdenken kann!)

gegenüber ihrem Partner durchsetzen. Enttäuschend, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Richtig, die Abgeltungssteuer ist eine Quellensteuer und die Finanzämter haben mit der Ermittlung der Steuer nichts zu tun. Aber einfach ist eben nicht gleich gerecht. Wenn das System umgestellt würde, müssten die Finanzämter auch entsprechend ausgestattet werden. Das ist gar keine Frage und das stellt für uns keine große Hürde dar, schließlich ist mit entsprechenden Mehreinnahmen zu rechnen.

Schaut man auf die Diskussion, die im Bund zum Thema „Abschaffung der Abgeltungssteuer“ geführt wird, gibt es zwar ein klares Bekenntnis dafür, versehen allerdings immer mit dem Aber – ja, wir wollen die Abgeltungssteuer auch abschaffen, aber der Zeitpunkt ist ungünstig, lasst es uns noch verschieben in die nächste Legislatur. Wir fragen uns: Warum eigentlich?

Und das Argument vom Kollegen Liskow in Bezug auf den Datenaustausch sticht auch nicht. Die Abkommen der Finanzminister zum Austausch der Steuerdaten wirken ab 2017

(Egbert Liskow, CDU: Da wollen
wir doch mal abwarten!)

und inzwischen werden mit den USA und bereits mit über 100 weiteren OECD-Staaten Kontoinformationen über ausländische Einkünfte ausgetauscht.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Selbst wenn dieser Austausch etwas später richtig in Gang kommen würde, werden damit nach und nach Steuerhinterzieher mit Geld im Ausland aufliegen. Das Bankgeheimnis ist praktisch tot. Damit entfällt das Argument,

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

das einst für die Abgeltungssteuer erhalten musste. Also was hindert Sie daran zu handeln? Zeit für Gerechtigkeit ist jetzt und nicht erst morgen. Die Gerechtigkeitslücke besteht jetzt und nicht erst morgen. Also seien Sie dabei und sorgen Sie heute schon für ein Stück Gerechtigkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und noch ein Wort zur AfD.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz.

Jeannine Rösler, DIE LINKE: Nein, jetzt nicht.

(Sebastian Ehlers, CDU: Oh, schade!)

Das linke Steuerkonzept sieht im Übrigen im Gegensatz zu anderen vor, dass der Steuerbauch deutlich abgemildert wird. Danach sinkt nach unserem Konzept – wir haben zumindest eins, im Gegensatz zu Ihnen, Herr Hersel – der Durchschnittssteuersatz für Haushalte bis zu 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ganz, ganz deutlich. Erst darüber steigt der Steuertarif stärker an. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE –
Torsten Renz, CDU: Zum Schluss die
Frage? Zum Schluss die Frage?)

Nein.

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Frau Rösler gestattet offensichtlich keine Nachfrage des Abgeordneten Renz.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/286. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/286 mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU und AfD, bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Kleine Küstenfischerei stärken – Stellnetzfisherei erhalten, Drucksache 7/280.

**Antrag der Fraktion der AfD
Kleine Küstenfischerei stärken –
Stellnetzfisherei erhalten
– Drucksache 7/280 –**

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der AfD der Abgeordnete Herr Borschke.

Ralf Borschke, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahrhunderten prägt die Fischerei das Bild unserer Küste. Unzählige Generationen unserer Fischerfamilien lebten mit und von dem Meer – ein mitunter hartes Dasein im steten Ringen mit den Kräften der Natur. Und so prägten sie das Bild unserer Heimat entschieden mit. Von der Flensburger Förde bis hoch an das Kurische Haff entwickelte sich eine vielfältige, den unzähligen natürlichen Ausprägungen der Ostsee angepasste Fischerei,

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

die wir mit Fug und Recht als Kulturgut unserer Heimat bezeichnen dürfen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Richten wir einmal den Blick auf unsere zahlreichen kleinen Hafenstädte. Sie sind ein prägender Teil des Landesbildes und bestechen durch ihre Architektur und den Charme ihrer gewachsenen Strukturen. Dazu gehören eben auch jene kleinen Fischkutter vielfältiger Bauarten und Ausprägungen, die in den Hafenbecken vor Anker liegen, die nun aber drohen zu verschwinden – Werkstätten und Betriebsorte für die kleinen Familienunternehmen, in denen häufig drei Generationen zur gleichen Zeit ihrer harten Arbeit nachgingen. Am Strand und in den Häfen warteten zahlreiche mittelständische Unternehmen auf die Anlandung der Fänge, um diese fangfrisch zu verarbeiten – einst ein wichtiger Industriezweig und Arbeitgeber in unserem Lande.

Heute steht es jedoch schlecht um eben jene Kutter- und Küstenfischer in Mecklenburg-Vorpommern. Nach der Wende waren noch rund 1.000 Betriebe registriert, die beinahe ausschließlich im Haupterwerb ihre Familien ernährten. Seitdem geht es abwärts. Die Anzahl der haupterwerblichen Fischereibetriebe liegt heute noch bei knapp 200, ergänzt von rund – oder nicht mal – 100 nebenberuflich Tätigen, Tendenz weiter fallend. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Neben der Umstellung auf die freie Marktwirtschaft dürften diese vornehmlich im Bereich der mangelnden Zukunftsperspektiven liegen. Immer weniger junge Leute entscheiden sich heute dafür, in die Fußstapfen ihrer Vorfahren zu treten und in diesem harten Beruf ihr klägliches Auskommen zu verdienen. Wer mag es ihnen verdenken? Der Stundenlohn beträgt oftmals nur wenige Euro. Bleibt der Fang ganz aus, sieht es noch düsterer aus.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind Zeugen eines langsamen Sterbens eines Berufsstandes mit nicht abschätzbaren Folgen für das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine Menschen. Neben dem wirtschaftlich doch eher kleinen Beitrag leisten die Fischer einen umso wichtigeren Beitrag zum Tourismus in unserem Lande. Urlauber von nah und fern möchten das Flair der Fischerei in den Häfen ebenso wie den fangfrischen Fisch vor Ort nicht vermissen.

Umso erschreckender ist es, welche Ideen in der links-grünen Denkfabrik der Umweltschutzministerin Hendricks ersonnen werden. Angetrieben von mächtigen Naturschutzverbänden und Lobbyvertretern international agierender Umweltschutzunternehmen soll unserer heimischen Küstenfischerei ihre Existenzgrundlage entzogen werden. Immer wieder wird der Ruf dieser beinahe militanten Organisation laut, die Stellnetzfi-

scherei in weiten Teilen unserer Küstengewässer zu verbieten.

Wie üblich wird mit halben Wahrheiten, starken Übertreibungen und emotionalen Bildern gearbeitet, um die Zustimmung in der Bevölkerung zu gewinnen, jene Bevölkerung, die häufig weitab der Küsten in Städten wohnt und kaum ein Bild hat von den Gegebenheiten vor Ort. Wir kennen dieses Problem nur allzu gut aus der Landwirtschaft. Darüber hinaus hat eine Allianz verschiedener Verbände am 27. Januar 2015 Klage am Verwaltungsgericht Köln eingelegt, um die Grund- und Stellnetzfisherei in ausgewählten Natura-2000-Gebieten zu unterbinden.

Aber schauen wir uns doch die Argumente für ein solches Verbot an. Betroffen wäre übrigens hauptsächlich die kleine Küstenfischerei in unseren Boddengewässern. Angeblich verenden unzählige Schweinswale in den Stellnetzen, die somit zu einem raschen Aussterben der Population beitragen würden. Tatsächliche Beweise gibt es aber nicht und diese werden in der Diskussion auch nicht geliefert. Es stellt sich sogar die Frage, inwieweit die Schweinswale überhaupt in den Boddengewässern existieren. Lediglich ein Einziehen zur Heringssaison ist wahrscheinlich. Dann aber sind die Maschen der Stellnetze zu klein, damit sich die Tiere darin verfangen können. Dabei ist es selbstverständlich, dass Anstrengungen unternommen werden, um die leider stark bedrohten Schweinswale zu schützen, aber nicht auf dem Rücken der heimischen Fischer. Hier wäre zum Beispiel das Anbringen von Pingern denkbar. Es gibt viele Möglichkeiten dafür.

Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei den Wasservögeln ab. Eine im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz erstellte Studie ergab gewaltige Zahlen an Beifängen, hochgerechnet anhand ermittelter Fallzahlen. Eine freiwillige Videoüberwachung auf mehreren Kuttern zeichnete ein anderes Bild. Ergebnis: Es gab kaum unerwünschte Beifänge von Wasservögeln. Generell muss hier die Frage gestellt werden, wie die 300 verbliebenen Küstenfischer im Jahr 2016 die Wasservögel und Schweinswale ernsthaft gefährden können, wenn deren Bestände durch eine seit Jahrhunderten betriebene nachhaltige Fischerei nicht im Ansatz in Gefahr waren. Hier wird in nicht belegbaren Behauptungen dramatisiert und in übertriebenen Sachverhalten versucht, eine ideologisch bedingte Politik durchzusetzen. Auch dieses Bild kennen wir aus der Landwirtschaft.

Auf die betroffenen Menschen, jene hart arbeitende Fischer und ihre Familien, wird hier bewusst keine Rücksicht genommen. Das ideologische Postulat einer unberührten Natur zählt mehr als die Schicksale der Familie. In krasser Weise wird Naturschutz gegen den Menschen betrieben. Und somit müssen wir in aller Deutlichkeit darauf hinweisen, ein Verbot der Stellnetzfisherei in den Küstengewässern Mecklenburg-Vorpommerns würde das Ende der kleinen Küstenfischerei bedeuten. Lassen Sie uns also gemeinsam für die Interessen unserer Fischer und ihrer Familien eintreten

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

und ein Zeichen setzen, dass wir ihnen und der Küstenfisherei den Rücken stärken!

Ich beantrage namentliche Abstimmung. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorzusehen. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst in Vertretung des Ministers für Landwirtschaft und Umwelt der Finanzminister Herr Brodkorb.

Minister Mathias Brodkorb: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Da ich heute die Ehre habe, den Kollegen Backhaus zu vertreten, freue ich mich darüber, die Gelegenheit zu haben, Ihnen hier einen dorsch- und heringspolitischen Fachvortrag präsentieren zu dürfen.

Die Kutter- und Küstenfischerei des Landes Mecklenburg-Vorpommern kann wirtschaftlich auf ein durchschnittliches Jahr 2016 zurückblicken. Der Jahresgesamterlös von 10,28 Millionen Euro liegt leicht über dem Jahresdurchschnittserlös der Jahre 2011 bis 2015. Ausschlaggebend dafür war die sich erholende Heringsfischerei des Landes. Durch eine moderat gestiegene Heringsquote und gute Quotentausche konnte die Kutter- und Küstenfischerei unseres Landes in 2016 knapp 12.800 Tonnen Ostseehering anlanden – eine Fangmenge, die an die vergleichsweise guten Jahre vor 2010 erinnert. Auch der Erlös von 4,92 Millionen Euro deutet darauf hin, dass in der Heringsfischerei insgesamt wieder Geld verdient werden kann. Es ist sehr erfreulich, dass wir nach jahrelangen Einschränkungen weiterhin mit moderat steigenden Heringsquoten rechnen können.

Die für 2017 vom EU-Ministerrat festgesetzte achtprozentige Quotenerhöhung stimmt bei dieser Fischart verhalten optimistisch.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Wieder einmal zeigt sich, dass es richtig war, die Fischerei möglichst vielseitig auszurichten. Mit der Aktivierung der Heringsschleppnetzfisherei und der Verbesserung der Absatzwege durch die Schaffung der ersten Heringsverarbeitungsstufe in Sassnitz-Mukran ist es vielen Betrieben besser als in Schleswig-Holstein gelungen, einer einseitigen Abhängigkeit von der Dorschfischerei entgegenzuwirken. Nur gut, denn für den für Mecklenburg-Vorpommern ebenfalls wichtigen Dorschbestand der westlichen Ostsee sind bis zur nachhaltigen Fischerei noch einige Anstrengungen zu unternehmen. Zu diesem Thema habe ich jedoch – beziehungsweise Herr Backhaus natürlich – bereits im Januar dieses Jahres ausführlich im Agrarausschuss berichtet. Heute möchte ich auf die Fischerei in Natura-2000-Gebieten etwas näher eingehen.

In Schutzgebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone der Ostsee hatte das Bundesamt für Naturschutz bereits im Jahr 2011 in Zusammenarbeit mit dem Thünen-Institut für Ostseefischerei zum Schutz von Seevögeln, Schweinswalen und ausgewählten Habitaten fischereiliche Managementpläne aufgestellt, die unter anderem die Einschränkung der Schlepp- und Stellnetzfisherei vorsahen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hatte sich ausgiebig mit den Planungen befasst. Es konnte dabei nicht plausibel gemacht werden, dass die Fischerei zu erheblichen Beeinträchtigungen für relevante Habitate, Lebensräume oder Arten in den jeweiligen

Gebieten führen kann. Die Agrarminister der Küstenländer hatten das Bundesministerium gebeten, bei den fischereilichen Managementmaßnahmen in den Natura-2000-Gebieten von einer zu überarbeitenden Fassung auszugehen. Aber neue Vorschläge zur Einschränkung der Erwerbsfischerei in der AWZ der Ostsee wurden bislang nicht vorgelegt.

Das Thema „Fischereimanagement in Natura-2000-Gebieten der Ostsee“ besitzt dennoch eine hohe Aktualität. Dies ist nicht zuletzt auch daraus zu ersehen, dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit erst kürzlich mit Verordnungsentwürfen zur Unterschutzstellung der acht gemeldeten FFH-Gebiete als Naturschutzgebiete in den deutschen ausschließlichen Wirtschaftszonen von Nord- und Ostsee das Freizeitangeln pauschal verbieten möchte. Für die Ostsee sind aus Sicht unseres Bundeslandes die FFH-Gebiete Kadetrinne, Pommersche Bucht/Rönnebank von besonderer Bedeutung. Beide FFH-Gebiete grenzen direkt an Natura-2000-Gebiete des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Die Kadetrinne ist im Großteil der Fläche identisch mit einem Verkehrstrennungsgebiet mit nahezu andauerndem Schiffsverkehr. Vor diesem Hintergrund erscheint das beabsichtigte ganzjährige Verbot der Freizeitfischerei wegen Störung von Schweinswalen durch unspezifischen Bootsverkehr in unbekanntem Ausmaß und unbekannter Wirkung sehr fragwürdig. Im Umfeld der Kadetrinne befinden sich traditionell beliebte Angelreviere, die insbesondere von den Häfen der Stadt Rostock und dem Umland gut zu erreichen sind.

Auch in der Region Pommersche Bucht/Rönnebank hat es in den zurückliegenden Jahren zunehmend Existenzgründungen und Investitionen in die marine Infrastruktur gegeben. Große Bereiche der Pommerschen Bucht und der Rönnebank werden seit Jahren durch diverse Bootsangler, die insbesondere das langsame und geräuschlose Driftangeln oder das Trolling mit langsam fahrenden Booten ausüben, genutzt. Laut einem Beschluss der Agrarminister aus dem Jahr 2011 müssen zunächst nachweisliche Auswirkungen der Fischerei erbracht werden.

Das Landwirtschaftsministerium hat sich im Rahmen seiner Stellungnahme mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass das Verbot der Freizeitfischerei erst nach Abschluss der durch den Ordnungsgeber ohnehin beabsichtigten systematischen Erfassung gegebenenfalls durch differenzierte Regelungen zur Freizeitfischerei ersetzt werden kann. Nach mir vorliegenden Informationen strebt das BMUB für die Freizeitfischerei nunmehr gebietsspezifische Lösungen an, was ich noch mal ausdrücklich begrüßen möchte. Für die Stellnetzfisherei in Schutzgebieten der AWZ liegen, wie bereits gesagt, keine aktuellen Vorschläge vor. Daher stellt sich die Frage, ob es, wie es die AfD darstellt, zu einem späteren Zeitpunkt zu einem Verbot der Stellnetzfisherei in der AWZ der Ostsee kommen wird beziehungsweise ob das überhaupt beabsichtigt ist. Aus den Minister Backhaus vorliegenden Unterlagen kann das jedenfalls nicht entnommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Minister Backhaus kann Ihnen daher versichern, dass sich das Land M-V weiterhin für die Umsetzung der vorgenannten Grundsätze und die Stellnetzfisherei starkmachen wird. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lenz.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Eigentlich wollte ich mich ziemlich kurzfassen, nachdem der Finanzminister für den Herrn Landwirtschafts- und Umweltminister ausführlich zu dem Thema Stellnetzfisherei gesprochen hat, aber ich möchte zum besseren Verständnis für alle doch an meinem Redemanuskript festhalten und noch mal ausführlich zu dem Thema Stellung nehmen. Die Stellnetzfisherei ist nämlich neben der Leinen- und Reusenfisherei ein wichtiger Bestandteil der sogenannten stillen Fisherei, die sich seit Jahrhunderten als besonders nachhaltig und umweltschonend bewährt hat. Sie ist gerade an unserer Ostseeküste mit einer langen, langen Tradition verbunden und trägt auch wesentlich zum Einkommen der Kutter- und Küstenfischer bei.

Die Stellnetzfisherei wurde in den letzten Jahren insbesondere seitens des NABU – da gab es Mitte des letzten Jahrzehnts eine seltsame Wendung beim NABU, denn bis dahin bezeichnete der NABU die sogenannte stille Fisherei als ökosystemgerecht und nachhaltig, seit Mitte des letzten Jahrzehnts allerdings gab es da eine Wendung – gemeinsam mit dem BUND, aber auch dem Bundesamt für Naturschutz, da mit dieser stillen Fisherei angeblich eine Gefährdung der marinen Säuger und der Seevögel hervorgerufen, kritisiert, auch vom NABU. Dazu gab es, wie gesagt, eine kleine Änderung in der Auffassung.

Diese Gefährdungen, meine Damen und Herren, konnten trotz verschiedener Maßnahmen – darauf sind meine Vorredner schon eingegangen –, wie der Überwachung der Kutter- und Küstenfisherei mittels Kameras an Bord, bisher nicht belegt werden. Und die Bellebaum-Studie, die den Beifang in den Netzen darstellt und statistisch hochgerechnet hat, ist mittlerweile von allen beiseitegelegt worden. Die findet keine Akzeptanz mehr, nirgendwo. Vielmehr sehen die Kutter- und Küstenfischer die Behauptungen der Umweltverbände und des Bundesamtes als nicht gerechtfertigt an und lehnen deshalb auch die daraus resultierenden Vorgaben ab.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, fest steht allerdings, dass mit der Richtlinie 2008/56 des Europäischen Rates zur Schaffung eines Ordnungsrahmens für Maßnahmen der Gemeinschaft im Bereich der Meeresumwelt ein nationales Maßnahmenprogramm zum Meeresschutz vereinbart wurde. Diese Richtlinie setzt einen Ordnungsrahmen für einen umfassenden Schutz der Küsten- und Meeresgewässer in Europa. Jeder Mitgliedsstaat hat eine Meeresstrategie zu entwickeln, um einen guten Umweltzustand für seine Meeressäuger zu erreichen. Ziel der Richtlinie ist die Erreichung eines guten Zustandes der Meeresumwelt bis zum Jahr 2020.

Für die deutsche Nord- und Ostsee – ich spreche jetzt nicht von Küste – wurden sieben übergeordnete Umweltziele festgelegt. Diese gelten als Richtschnur zur Erreichung des gesunden Umweltzustandes. Der erste Entwurf des Maßnahmenprogramms für die Nord- und Ostsee wurde bereits am 31. März 2015 veröffentlicht. Eine

Maßnahme ist unter dem Umweltziel 3 als Themenkomplex zum Schutz mariner Arten und Lebensräume vor den Auswirkungen menschlicher Aktivitäten aufgeführt. Eine weitere Maßnahme soll dem Schutz wandernder Arten in marinen Bereichen dienen. Genau zu diesen Maßnahmen zählt insbesondere auch ein Verbot der bisher als besonders nachhaltig und ökosystemgerecht geltenden Stellnetzfisherei.

Mecklenburg-Vorpommern hat sich im Rahmen der Anhörung bereits im vergangenen Jahr eindeutig für die Stellnetzfisherei positioniert. Das hatte der ausführende Minister auch schon deutlich gemacht. Meine Fraktion hat diesbezüglich den Kontakt zur Bundestagsfraktion gesucht und deutlich auf die zuständige Bundesumweltministerin eingewirkt. Innerhalb der AWZ ist die Bundesregierung und somit das zuständige Bundesumweltministerium mit seinen nachgeordneten Behörden verantwortlich. In den Küstengewässern des Landes entscheidet die Landesregierung.

Und, Herr Borschke, in den Boddengewässern gibt es keine Schweinswale.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Da gibt es keine Schweinswale und es geht auch nicht um den Schutz der Schweinswale in den Boddengewässern. Ich hatte gerade am Wochenende die Möglichkeit, mit jemandem vom Bundesamt für Naturschutz zu sprechen, der sich allein um den Schutz der Seevögelpopulation gekümmert hat. Also Schweinswale spielen in diesem Falle keine Rolle.

(Ralf Borschke, AfD:
Herr Lenz, ich freue mich auf
die Zustimmung aller Fraktionen.)

Bisher wurden alle erdenklichen Maßnahmen ergriffen, um die Stellnetzfisherei sowohl innerhalb der AWZ als auch in den Küstengewässern des Landes zu erhalten. Gleichzeitig haben wir uns dafür ausgesprochen, dass die Freizeitfisherei und die Gewinnung – und jetzt hören Sie zu! – von Rohstoffen wie Sanden und Kiesen auch in Zukunft in den betroffenen Gebieten möglich sein müssen. Des Weiteren muss die Möglichkeit der Verklappung von Baggergut gemäß Paragraph 4 des Hoch-See-Einbringungsgesetzes in den künftigen Schutzgebieten ermöglicht werden.

Der von Ihnen vorgelegte Antrag, meine Damen und Herren von der AfD oder meine Dame und die Herren von der AfD, kommt zu spät und berücksichtigt weder die Freizeitfisherei noch die wirtschaftlichen Belange der Rohstoffgewinnung oder der Verklappung von Baggergut. Meine Fraktion ist bereits seit Anfang des vergangenen Jahres mit den Vertretern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, des Verbandes der Kutter- und Küstenfisherei, dem Landesanglerverband und dem Bundesministerium für Landwirtschaft und Ernährung aktiv geworden, um nachteilige Auswirkungen der Unterstellung von Meeresschutzgebieten abzuwenden. Derzeit – das hat der Minister auch schon gesagt – hat die Bundesumweltministerin Änderungen an ihren Verordnungsentwürfen zugesagt, aber es liegen noch keine vor. Inwieweit diese Änderungen ausreichen, um die wirtschaftliche, touristische, aber auch fischereiliche Entwicklung an der Ostsee- und Nordseeküste zu sichern, bleibt noch sehr fraglich.

Meine Fraktion wird sich auch weiterhin auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Ausweisung von Schutzgebieten innerhalb der AWZ nicht dazu führt, dass die wirtschaftliche Entwicklung der Küstenregionen unseres Landes gefährdet wird. Ihr Antrag, sehr geehrte Kollegen der AfD, trägt dazu allerdings nicht bei. Er kommt zu spät und greift ganz einfach zu kurz. Deshalb lehnen wir ihn ab. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Dr. Weiß.

Dr. Wolfgang Weiß, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich könnte man es ganz kurz machen,

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

denn der Titel des Antrages lautet: „Kleine Küstenfischerei stärken – Stellnetzfisherei erhalten“. Er suggeriert damit, irgendjemand wollte die Stellnetzfisherei verbieten. Hingegen stellt der Antrag selbst nur auf die Stellnetzfisherei in den Ostseeschutzgebieten ab. Beim Deutschaufsatz bedeutet so etwas, Thema verfehlt,

(Beifall Andreas Butzki, SPD: Richtig.)

von der abwertenden Haltung gegenüber Schutzgebieten ganz zu schweigen.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Aber ich will mich hier nicht so einfach aus dem Staub machen. Die Anfangsbewertung der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie – ein bisschen kompliziert, 31 Buchstaben hat das Wort – lautet: „Die deutschen Meeresgebiete befinden sich in keinem guten ökologischen Zustand ... Nord- und Ostsee sind stark ... strapaziert. Fischfang, Bergbau, ... Einträge durch die Flüsse, Schifffahrt ... Müll belasten“ unsere „Meere“. Die empfindlichen Ökosysteme der Ostsee sind stark beschädigt. Das weltweit größte Brackwasser – das ist unsere Ostsee nun mal – ist eines der am stärksten verschmutzten Weltmeere. Die Altlasten der Weltkriege sind da noch nicht einmal erwähnt.

Laut EU-Richtlinie müssten Maßnahmen zur Gesundung der Ostsee umgehend umgesetzt werden. Gut, das ist der rechtliche Befund, aber es gibt auch eine ökologische Sicht. Es ist höchste Zeit, denn rund ein Drittel der heimischen Meerestier- und Pflanzenarten ist gefährdet, auch die Fischbestände – eine dramatische Bilanz. Mehr noch: Selbst in den ausgewiesenen Natura-2000-Schutzgebieten unseres Landes findet eine uneingeschränkte fischereiwirtschaftliche Nutzung statt, der Minister wies darauf hin.

(Andreas Butzki, SPD: Genau.)

Unsere Nationalparke sind da keine Ausnahme. Leider hat Mecklenburg-Vorpommern noch nicht all seine Hausaufgaben gemacht, wenn es um den Schutz der Meere geht. Ich verweise nur auf die Selbstverpflichtung Deutschlands zur Ausweisung der HELCOM-Meeresschutzgebiete. HELCOM ist die Helsinki-Kommission. Im Jahre 2010 einigten sich die HELCOM-Vertragsstaaten darauf, ein

ökosystembasiertes Fischereimanagement in der gesamten Ostsee einzusetzen, die Ostsee gar zu einem Modell für gutes Umweltmanagement zu machen. Es ist zwar richtig, dass HELCOM nur Empfehlungen aussprechen kann, Mecklenburg-Vorpommern ist aber meines Wissens nach das einzige deutsche Bundesland, das noch nicht eine HELCOM-Schutzgebietsausweisung gemeldet hat.

Warum? Wird hier – eine rhetorische Frage – etwa Naturschutz wirtschaftlichen Interessen geopfert? Wenn ja, dann würde sich der vorliegende Antrag gut in die Kette von Konflikten einpassen, denn seine elementare Forderung lautet doch, ich übersetze: Es darf keinerlei Einschränkung bei der wirtschaftlichen Nutzung der Meere geben, selbst nicht in Schutzgebieten. Als Argumente werden jahrhundertlange Traditionen beschworen und es wird der Untergang der Küstenfischerei als Ganzes angemerkt. Wir haben das vorhin ganz deutlich gehört.

Die andere Seite der Medaille beleuchtet die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage 18/8677 im Bundestag auf die Frage nach den Faktoren, die zur Gefährdung von Arten beitragen. Ich zitiere: „Die Fischerei, der Eintrag von Nährstoffen und organischem Material sowie Klimaänderungen beeinflussen signifikant den Zustand der marinen Ökosysteme“, wobei der Bestand der Fischer ausdrücklich nicht gefährdet werden soll, wenn es darum geht, Konsequenzen daraus abzuleiten. Unter Fischerei ist hier ganz konkret auch die Stellnetzfisherei in Schutzgebieten angesprochen.

Anders aber als im AfD-Antrag behauptet, will nicht einmal die Bundesregierung ein totales Verbot der Stellnetzfisherei. Ihre konkreten Absichten für die Meeresschutzgebiete beschrieb die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Bundestagskollegin Kirsten Tackmann, Fraktion DIE LINKE. Auf Bundestagsdrucksache 18/9199 heißt es, ich zitiere – und das ist vielleicht das, Herr Lenz, was Sie bisher vermisst haben, diese klare Aussage aus dem Ministerium –: „11 Prozent der Deutschen AWZ sollen ganzjährig für Stellnetze gesperrt werden, weitere 9 Prozent sollen über 8 Monate ... gesperrt bleiben und nur „0,1 Prozent“ aller Flächen dieses Gebietes „sollen für jegliche Fischereitechniken gesperrt“ bleiben. Soweit der Bund. 80 Prozent der potenziellen Fanggebiete sollen in keiner Form eingeschränkt bleiben. Das klingt kaum nach einem Verbot der Stellnetzfisherei.

Und Mecklenburg-Vorpommern? Soweit mir bekannt ist, gibt es entlang unserer Küste rund 120 genehmigte Standorte der Stellnetzfisherei. Allerdings werden viele dieser Standorte gar nicht genutzt, einige nur zeitweilig im Jahr und andere Standorte sind nicht ertragreich. Da drängen sich doch Fragen auf:

Erstens. Warum verzichten Fischer nicht auf ertragsarme, wenig oder überhaupt nicht genutzte Standorte? Das wäre doch ein gutes Kompromissangebot.

(Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Ja.

Zweitens. Warum führen Einschränkungen, gleich welcher Art, für die kleine Küstenfischerei im Speziellen und die Fischerei im Allgemeinen immer gleich zum Untergang der ganzen Branche?

Drittens. Ist es wirklich so schwierig, den Sinn von Schutzgebieten zu begreifen, wo Fische laichen und wo sich ihre Kinderstuben befinden?

Die mir bekannten Antworten irritieren nicht weniger als die Fragen. Ich kenne seit 1990 in den öffentlichen Wahrnehmungen kaum etwas anderes als den Untergang des Berufsstandes. Ich bin selbst in der Familie davon betroffen. Aktuell steckt man in der Tat in der vielleicht schwierigsten Lage seit 1990, aber nicht wegen der Einschränkung der Fischerei in Schutzgebieten. Andererseits bezweifelt niemand, dass in den letzten Jahrzehnten sehr viel für nachhaltige Fischereiwirtschaft getan worden ist, offensichtlich aber nicht genug für eine ökologische Gesundung der Meere.

Es ist aber auch kein Geheimnis – Herr Lenz, da werden Sie mir natürlich sehr schnell zustimmen, wir erkennen unsere Fischer am Gang –, dass es zumindest mit einigen Vertretern des Berufsstandes schwierig ist, gute Lösungen im Einvernehmen zu finden. Dazu kommt noch eine ganz einfache Wahrheit, die mancher nicht haben will: Jahrhundertelanger Raubbau am Bestand hat dazu geführt, dass die heutige Fischergeneration bei gestiegenem Bedarf an Fisch die Fehler der Vergangenheit ausbaden muss.

Die Zusammenfassung passt in einen einzigen Satz: Die Gesellschaft muss endlich akzeptieren, dass die ausschließliche Ausrichtung auf kurzfristige Wirtschaftsinteressen nicht zur Gesundung der Meere beiträgt und dadurch die Fischer viel stärker gefährdet werden, als es der vorliegende AfD-Antrag beschwört. Meine Fraktion wird den Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Butzki.

Andreas Butzki, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt heute der AfD-Antrag „Küstenfischerei stärken – Stellnetzfisherei erhalten“ vor. In Ihren Ausführungen – Dr. Weiß hat es gerade gesagt – sind Sie gar nicht darauf eingegangen. Ich würde einfach empfehlen: Lesen Sie sich mal Ihre beiden Antragspunkte durch! Wir haben in den Reden von meinen beiden Vorrednern beziehungsweise auch von Minister Brodtkorb, der in Vertretung von Minister Backhaus die Rede gehalten hat, gehört, dass ein Stellnetzverbot in den Ostseeschutzgebieten gar nicht vorgesehen ist und es auch keine Anzeichen dafür gibt.

Über welche Gebiete reden wir hier überhaupt? In Vorbereitung auf diese Debatte habe ich sehr viele intensive und für mich wirklich höchstinteressante Gespräche geführt, um mir vor Ort ein realistisches Bild bei den Fischern oder bei der Fischerei in Mecklenburg-Vorpommern zu verschaffen. Wir diskutieren über die Küstenfischerei in der Ostsee. Wir haben verschiedene Zonen, das haben wir heute schon mal gehört: Wir haben die Dreimeilenzone, hier ist für die Fischereiaufsicht das Land Mecklenburg-Vorpommern verantwortlich. Hier befindet sich auch ein Großteil der Stellnetze und vieler Reusen. Bis zur Zwölfeilenlinie beziehungsweise darüber hinaus in der AWZ ist der Bund verantwortlich. Auch hier findet Küstenfischerei statt. In diesem Bereich – auch das haben wir heute schon mehrfach gehört – befinden sich die Kadetrinne

nördlich von Rostock sowie die Pommersche Bucht mit der Rönnebank und dem Adlergrund. Diese Flachwassergebiete sind natürlich auch für die Berufsfischerei sehr interessant.

Mir lagen die beiden Verordnungen über die Festsetzung der Naturschutzgebiete Kadetrinne und ein weiterer Entwurf zur Pommerschen Bucht/Rönnebank des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit vor. Bei beiden Entwürfen – in Paragraph 4 und einmal in Paragraph 8 – steht unter „Verbote“ in Punkt 3, ich zitiere mit der Erlaubnis der Präsidentin: „Die Verbote des Absatzes 1 gelten nicht für den Flugverkehr, die Schifffahrt, die nach internationalem Recht erlaubte militärische Nutzung ... sowie die berufsmäßige Seefischerei ...“ Ich denke, damit ist alles erklärt.

Deshalb verstehe nicht nur ich nicht, warum wir diesen Antrag benötigen. Das ist ein typisches Verfahren der AfD. Vielmehr will die Fraktion ein Problem herbeireden, welches gar nicht besteht. Dann will man sich als großer Kümmerer profilieren, man sei eben die einzige Fraktion, die hier Probleme erkennt und versucht, sie zu lösen.

(Zuruf aus dem Plenum: Richtig.)

Was Sie dabei aber machen, ist, Sie verunsichern die Leute und die Fischer vor Ort.

(Jürgen Strohschein, AfD: Weil ihr blind seid.)

Aber das, ...

Das war natürlich ein sehr spannender Zwischenruf.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die gestern
eingeforderte Debattenkultur.)

... aber das ist bei Ihnen eine angewandte Methode. Die Leute werden Ihnen das auf Dauer auch nicht abnehmen.

In der Fischerei, besonders bei der Kutter- und Küstenfischerei, gibt es Probleme, das haben wir heute auch schon mehrfach gehört. Aber wie wir beispielsweise am Montag in der Zeitung lesen konnten, läuft die Stellnetzfisherei an der Ostseeküste in diesem Jahr sehr gut an.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Durch die Anhebung der Quote und der guten Qualität der Heringe kann auch in diesem Jahr mit guten Erträgen gerechnet werden.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Die SPD-Landtagsfraktion

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

wird die Küstenfischerei unter Naturschutz ...

Herr Borschke, bleiben Sie doch mal ruhig! Ich denke, Sie sind Fachmann?! So benehmen Sie sich überhaupt nicht, von Ihrem Vortrag vorhin ganz abgesehen. Das war auch mehr als eine dürftige Leistung, die Sie angeboten haben.

Für uns gilt, mit dem Vorhandenen sorgsam umzugehen, es wertzuschätzen und zu pflegen. Das gilt für die Fi-

scherei und auch für den Schutz der Natur. Die Landesregierung, insbesondere Minister Backhaus, hat sich bereits auf Bundesebene dafür eingesetzt – wie wir heute gehört haben –, einem Verbot von Stellnetzen entgegenzuwirken, indem er die Ausnahmeverbote für richtig hält. Ich habe Ihnen den entsprechenden Punkt aus dem Verordnungsentwurf vorgelesen.

Ich habe zwar noch eine ganze Menge Redezeit, will das aber hierbei bewenden lassen. Herr Lenz hat schon gesagt, Ihr Antrag kommt zu spät. Die Regierung hat gehandelt, die Fraktionen haben gehandelt, auch in Zusammenarbeit mit den Bundestagsfraktionen. Deshalb benötigen wir diesen Antrag nicht und er wird von der SPD-Fraktion abgelehnt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Bevor ich den Redner der AfD-Fraktion, Herrn Strohschein, aufrufe, möchte ich ihn darauf hinweisen, dass ich seinen Zwischenruf im genannten Kontext als unparlamentarisch zurückweise.

Jetzt haben Sie das Wort, Herr Strohschein.

Jürgen Strohschein, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Bürger und Abgeordnete! Das hört sich hier heute so an, als gäbe es gar keine Probleme mit unseren Fischern.

(Andreas Butzki, SPD:
Das hat ja auch keiner gesagt.)

So hört es sich von Ihnen an.

(Elisabeth Aßmann, SPD: Dann
haben Sie nicht zugehört. – Zurufe von
Christian Brade, SPD, und Andreas Butzki, SPD)

In Wirklichkeit sieht es doch anders aus. Jedes Jahr kommen neue Verordnungen, alles wird reduziert und immer wieder werden die Fischer zu neuen Umweltbelastungen aufgelistet.

(Zurufe von Elisabeth Aßmann, SPD,
und Susann Wippermann, SPD)

Das, meine Damen und Herren, ist doch die Tatsache. Warum zahlen Sie denn die Umweltprämie? Doch nicht, um den Fischerberuf zu erhalten. Um ihn zu vernichten!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dann wird hier argumentiert, Sie sehen die Probleme mit der Stellnetzfisherei gar nicht. In der Nordsee ist es schon umgesetzt,

(Andreas Butzki, SPD: Wir sprechen
von der Ostsee. Mecklenburg-Vorpommern
liegt an der Ostsee. – Thomas Krüger, SPD:
Wir sind hier in Mecklenburg-Vorpommern.)

die Ostsee wird folgen, spätestens nach der Wahl. Davon sind wir auch überzeugt.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Wir sind für Rechtssicherheit für unsere Fischer und die nachfolgende Generation. Somit wäre es ein gutes Sig-

nal an die kommende Generation der Fischer, damit ihr Beruf auch Zukunft hat.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Die Landespolitik muss sich vor sie stellen, meine Damen und Herren.

(Andreas Butzki, SPD:
Das haben wir doch gemacht.)

Ja,

(Andreas Butzki, SPD:
Haben Sie nicht zugehört?)

die Tatsachen sehen anders aus.

(Andreas Butzki, SPD: Nee, das
stimmt nicht. – Thomas Krüger, SPD:
Das sind alternative Tatsachen, ne?!)

Ich muss leider noch mal auf die Schweinswale zurückkommen, weil die Umweltlobby auch diese immer wieder herbeiführt. Schweinswale haben ihr Hauptverbreitungsgebiet in der westlichen Ostsee.

(Andreas Butzki, SPD: Das stimmt.)

Es ist kaum möglich, ausgewachsene Schweinswale und Robben in den dünnen Netzen zu fangen, denn diese werden sofort zerrissen. Anders sieht es natürlich mit jungen Schweinswalen aus. Sie gehen aber aufgrund ihrer runden und glatten Oberfläche selten in die Stellnetze, und wenn, dann können sie oft lebend wieder aus den Netzen entnommen werden. Insbesondere lassen diese Netze durch eine gezielte Auswahl der Maschenweite ein sehr selektives Fangen zu.

Dann das Problem „Wasservögel verenden in den Stellnetzen“: Sicherlich kommt es vor, dass auch ein Wasservogel im Stellnetz verendet, aber über die Größenordnungen gehen die Meinungen stark auseinander. 1991 hatten wir, wie es Herr Borschke schon angeführt hatte, noch weit über 1.000 Fischer, gegenüber heute 280. Damals wurde natürlich automatisch viel mehr mit Stellnetzen und Reusen gefischt. Wir hatten keinen Rückgang von Wasservögeln, ausgenommen der Kormoran. Aufgrund einer Genehmigung zur begrenzten Reusen- und Stellnetzfisherei, die ich hatte, habe ich innerhalb von 16 Jahren ein Blässhuhn in meinem Netz gehabt.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Frechheit!)

Wasservögel können unter Wasser sehr gut sehen und gehen so leicht nicht ins Netz. Der Rückgang aller Vögel ist den Beutegreifern wie Fuchs, Marder, Waschbär und Rabenvögeln zu verdanken, um nur einige zu nennen.

(Andreas Butzki, SPD, und
Tilo Gundlack, SPD: Auf der Ostsee.)

Nicht die Fischer müssen sanktioniert werden, sondern die Beutegreifer müssen reduziert werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Das ist erst mal wichtig. Hier soll wieder einmal der Hebel an der falschen Stelle angesetzt werden und die Fischer haben ihr Nachsehen. Das ist es.

(Andreas Butzki, SPD: Herr Strohschein, sprechen Sie doch mal zu Ihrem Antrag! Der heißt „Küstenfischerei“. Sprechen Sie doch mal zu Ihrem Antrag!)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Einen Moment, Herr Strohschein.

Ich weise die Fraktionen darauf hin, dass jeder noch Redezeit hat, ausgenommen die Fraktion DIE LINKE, aber da kommt der ganze Protest auch nicht her. Wenn es also irgendwas klarzustellen gilt, dann empfehle ich, noch mal hier ans Mikrofon zu treten und sich zu äußern.

Jetzt können Sie fortfahren, Herr Strohschein.

Jürgen Strohschein, AfD: Herrn Dr. Weiß würde ich natürlich folgenden Vorschlag machen: Er sollte mal für ein Jahr Fischer werden und von diesem Geld auch leben. Dann werden wir ihn mal fragen, wie seine Auffassungen sind.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ich denke, dann würde er sich auch um 180 Grad gedreht haben.

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE:
Wenn keine Fische mehr da sind, kann auch ein Fischer nicht mehr weiterfischen.)

Außerdem sollte die Regierung ganz klar und deutlich sagen, ja, wir sind für die Fischer, wir wollen den Fischerberuf erhalten. Sagen Sie das! Oder sagen Sie ihnen, wir wollen euch nicht haben!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Wir wollen
den Fischerberuf erhalten.)

Denn in Wirklichkeit sieht es doch so aus, als wenn sie ihn nicht haben wollen.

(Andreas Butzki, SPD: Herr Strohschein,
wir wollen den erhalten.)

Ja,

(Andreas Butzki, SPD: Ja.)

nur mit Worten, aber nicht mit Taten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Andreas Butzki, SPD: Nein, das stimmt
nicht, es gibt kein Stellnetzverbot. –
Ralf Borschke, AfD: Da sind wir uns doch einig.)

Die Fischer sind Ihnen doch in Wirklichkeit ein Dorn im Auge.

(Andreas Butzki, SPD: So ein Schwachsinn!)

Sie wollen doch in Wirklichkeit Ihre ökologischen Spinnereien ausleben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, ich schließe die Aussprache.

Die Fraktion der AfD hat gemäß Paragraph 91 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung zum Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/280 eine namentliche Abstimmung beantragt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nun mit der Abstimmung. Dazu werden Sie hier vom Präsidium namentlich aufgerufen und gebeten, vom Platz aus Ihre Stimme mit Ja, Nein oder Enthaltung abzugeben. Damit Ihr Votum korrekt erfasst werden kann, bitte ich Sie, sich nach Aufruf, wenn möglich, von Ihrem Platz zu erheben und Ihre Stimme laut und vernehmlich abzugeben. Darüber hinaus bitte ich alle im Saal Anwesenden, während des Abstimmungsvorganges von störenden Gesprächen Abstand zu nehmen. Ich bitte nunmehr die Schriftführerin, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung
wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Jörg Heydorn und
Birgit Hesse werden nachträglich
zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es weitere Mitglieder des Hauses, die sich noch an der Abstimmung beteiligen wollen? – Das ist offensichtlich nicht der Fall, von daher schließe ich die Abstimmung. Ich bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen, und unterbreche für zwei Minuten.

Unterbrechung: 12.24 Uhr

Wiederbeginn: 12.27 Uhr

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die unterbrochene Sitzung und gebe das Abstimmungsergebnis bekannt.

An der Abstimmung haben insgesamt 63 Abgeordnete teilgenommen. Mit Ja stimmten 18 Abgeordnete, mit Nein stimmten 45 Abgeordnete, niemand enthielt sich der Stimme. Von daher ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/280 abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfe bedarfsgerecht aufstellen und fördern sowie deren Arbeit achten, auf Drucksache 7/287.

Antrag der Fraktion DIE LINKE
Kontakt- und Informationsstellen für
Selbsthilfe bedarfsgerecht aufstellen
und fördern sowie deren Arbeit achten
– Drucksache 7/287 –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion DIE LINKE der Abgeordnete Herr Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Meine Fraktion bringt erneut einen Antrag in den Landtag ein, bei dem es um die Gefährdung, respektive um die Sicherung einer jahrelan-

gen professionellen und engagierten Arbeit im Bereich der sozialen Beratung geht, die in den letzten Wochen durch das kurzatmige und gleichermaßen kurzfristige Handeln der Landesregierung gefährdet scheint. In der Vergangenheit ging es dabei oft um die Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung, heute geht es um die Kontakt-, Informations- und Beratungsstellen der Selbsthilfe in Mecklenburg-Vorpommern, abgekürzt KISS.

Betroffen von nicht bedarfsgerechten Entscheidungen der Landesregierung wären im Falle der KISS neben den Beschäftigten in den bisher geförderten fünf Beratungsprojekten vor allem viele erkrankte Menschen, die sich in Selbsthilfegruppen zusammengefunden haben, um mit ihrer Krankheit klarzukommen und diese im besten Fall zu besiegen, oder aber es geht darum, ihre sozialen Probleme zu bewältigen. Diese Selbsthilfegruppen zu unterstützen, zu beraten und zu betreuen, ist die Aufgabe der KISS.

An den Standorten Ludwigslust, Schwerin, Gägelow bei Wismar, Rostock, Stralsund, Güstrow/Teterow, Neubrandenburg und Neustrelitz werden mit jeweils 0,5 bis 2 Stellen in unterschiedlicher Stundenzahl landesweit bei unterschiedlichen Trägern insgesamt circa 900 Selbsthilfegruppen betreut. Bei meiner Aufzählung haben Sie mitbekommen, dass es jenseits von Stralsund, Güstrow und Neubrandenburg, also im östlichen Landesteil, gar keine Beratungsstelle gibt. Damit hat dann auch der zweite und der dritte Teil unseres Antrages zu tun. Dass es im östlichsten Landesteil keine Beratungsstelle gibt, das liegt nicht etwa daran, dass die Menschen dort gesünder wären, sondern daran, dass circa 60 Selbsthilfegruppen im Landkreis Vorpommern-Greifswald unter sehr schwierigen Bedingungen von Rostock aus betreut werden.

Es fehlt also an Kontakt-, Informations- und Beratungsstellen für Selbsthilfe in Greifswald, Anklam und Pasewalk und gegebenenfalls auch in Waren, wenn wir den Betroffenen landesweit flächendeckend Hilfe und Unterstützung anbieten wollen. Und bevor Sie in Ihren Erwidern möglicherweise vor einer Wunsch-dir-was-Mentalität der LINKEN warnen wollen, möchte ich noch einige Ausführungen zur Arbeit der aktuell acht KISS im Land machen und Ihnen deren Arbeit näherbringen.

Selbsthilfe bei oder nach Erkrankung ist ein wichtiges Element, eine wichtige Säule des Gesundheitswesens in Mecklenburg-Vorpommern und in Deutschland. Selbsthilfe als ergänzende, selbstständige Form der Beratung und Unterstützung für alle Bürgerinnen und Bürger mit gesundheitlichen oder sozialen Problemen ermöglicht Teilhabe und Interessenvertretung zugleich. Es geht also um die Hilfe in besonderen schwierigen Lebenslagen und es geht um dadurch gewonnene Lebensqualität.

Die Anzahl der Menschen mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen sowie sozialen Problemlagen steigt aus verschiedenen Gründen. Ursächlich dafür sind die Veränderungen in unserer Arbeits- und Lebenswelt, die daraus resultierenden gesundheitlichen Situationen der Bevölkerung, der medizinische Fortschritt und nicht zuletzt auch die Politik, die ja die Rahmen abbildet, sowohl die der Regierungsparteien der Bundes- oder auch der Landesebene. Dies alles hat mit zwingender Logik Auswirkungen auf den Bedarf für Ratsuchende und die Bedeutung von Beratungsstellen. Wir Abgeordnete haben dafür zu sorgen, dass Menschen mit Hilfebedarf

nicht alleingelassen werden, sondern unterstützt durch gute Rahmenbedingungen sich einander helfend organisieren können.

Im konkreten Fall nun, der Anlass für unseren Antrag ist, sind zum einen die Rahmenbedingungen unsicher und zum anderen wird das ehrenamtliche Engagement herabgewürdigt.

Da wahrscheinlich nicht alle mit der Sachlage vertraut sind, will ich Sie kurz aufklären: Im Rahmen des Bundesprogramms „Förderung sozialer Selbsthilfe in den neuen Bundesländern“ entstanden Anfang der 90er-Jahre fünf KISS, die dann entsprechend der Förderrichtlinie des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus dem Jahr 1997 weiter durch das Land gefördert wurden. Im Haushalt des Landes sind seit Jahren ein entsprechender Titel und Mittel eingestellt. Seit dem Jahr 2013 sind dies 112.500 Euro, die auf diese fünf Beratungsstellen beziehungsweise Träger verteilt werden.

Die gleichbleibende Höhe der Förderung gibt schon einen Hinweis auf ein Problem, das darin besteht, dass bei der Förderung durch das Land über Jahre hinweg Preis- und Lohnsteigerungen unberücksichtigt blieben und im Zweifel durch die Träger aufgefangen werden mussten oder müssen. Auch wenn die Träger – wie alle anderen Antragsteller auf Fördermittel des Landes auch – trotz langjähriger Förderung keinen Rechtsanspruch auf die jährlichen Zuweisungen haben, konnten sie sich seit nunmehr beinahe 20 Jahren auf die Förderung verlassen. Es gab keine größeren Probleme. Man hatte sich auf die Förderung eingestellt, auch wenn der Eigenanteil laut Richtlinie mindestens zehn Prozent betragen soll, was bei einem mit der Richtlinie geforderten kostenlosen Dienstleistungsangebot, insbesondere für kleine Träger, immer schwierig zu realisieren ist. Wie gesagt wurden bisher fünf Beratungsstellen aus dem Haushaltstitel gefördert. Die Anträge werden regelmäßig im Herbst des Vorjahres gestellt. So war es auch 2016.

Zu Beginn dieses Jahres wurden die Träger darüber informiert, dass eine weitere Beratungsstelle einen Antrag auf Förderung gestellt habe und deshalb die bisherige Förderung für alle gesenkt werde, um nunmehr alle sechs Antragsteller bedienen und fördern zu können. Das heißt, im laufenden Haushaltsjahr sollten die Träger zaubern und die geplanten Ausgaben irgendwie senken oder sich woanders Geld beschaffen. Völlig unberücksichtigt lässt das zuständige Landesamt – wie auch regelmäßig bei den Schuldnerberatungsstellen –, dass die Träger oftmals an langfristige Arbeits-, Miet- und Leasingverträge gebunden sind und diese nicht mal eben einfach so und schon gar nicht einseitig ändern können.

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sie, meine Damen und Herren, und auch ich genießen die Selbstverständlichkeit einer sicheren Finanzierung unserer Tätigkeit. Bei den Beratungsstellen ist das anders. Sie werden über Jahre hinweg als Projekte gefördert und sie können nicht sicher sein, in welchem Umfang. Ich halte das für eine nicht verantwortliche Art und Weise des Umgangs mit den Beschäftigten und den Trägern und ich halte dies auch nicht für eine geeignete Form der Anerkennung der geleisteten Arbeit, die dort getan wird.

Deshalb fordern wir in unserem Antrag, die bisher geförderten Kontaktstellen auch im Jahr 2017 mindestens in Höhe des Vorjahres zu fördern. Die Mittel für die Bewilli-

gung weiterer Anträge müssen zusätzlich zur Verfügung gestellt werden. Außerdem fordern wir die Landesregierung auf, die Richtlinie insgesamt zu überarbeiten und an die Bedarfe anzupassen. Das müsste dann wiederum Niederschlag im nächsten Doppelhaushalt finden. Darüber hinaus soll die Landesregierung die Bedarfe an den KISS ermitteln und vorhandene weiße Flecken sowie personelle Unterdeckungen abdecken beziehungsweise ausräumen.

Dies alles muss unbedingt in Zusammenarbeit und Abstimmung mit den gesetzlichen Krankenkassen im Land geschehen, da diese zur Selbsthilfeförderung verpflichtet sind und alle acht Beratungsstellen im Land auch von diesen gefördert werden. Was nicht geht, sind kurzfristige und einseitige Änderungen am bisher Bestehenden und Praktizierten.

Der letzte Punkt unseres Antrags bezieht sich auf die offensichtliche Geisteshaltung eines Mitarbeiters im Innenministerium des Landes, die öffentlich wurde und die aus Sicht meiner Fraktion – und ich hoffe, Sie schließen sich dieser Einschätzung an – absolut inakzeptabel ist. Inakzeptabel ist auch der Umgang mit dem Vorfall durch den Innenminister des Landes selbst.

Der Fall ist Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, sicherlich aus der Medienberichterstattung bekannt. Für diejenigen, denen der Fall nicht oder nicht mehr geläufig ist, möchte ich den Vorfall kurz beschreiben:

(Manfred Dachner, SPD: Den kennen wir.)

Ein seit Jahren ehrenamtlich in der Selbsthilfe engagierter Mann aus Wolgast –

(Manfred Dachner, SPD: Das stand alles in der Zeitung. Das konnte man selber lesen.)

er leitet eine Selbsthilfegruppe, Herr Dachner, „Angst und Depression“ – wandte sich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung für die Arbeit der Selbsthilfegruppe an den Innenminister.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Der Ehrenamtliche tat also das, wozu uns der Ministerpräsident und auch der Innenminister selbst tagein, tagaus auffordern: Er engagierte sich und brachte sich ein. Er erhielt eine Antwort aus dem Umfeld des Ministers, wonach das Anliegen zuständigkeitshalber an das Sozialministerium weitergeleitet wurde, womit der Hilfesuchende nicht einverstanden war, weil er sich Hilfe vom Vizeregierungschef erhoffte, was er dem Mitarbeiter auch mitgeteilt hatte.

In einer internen Mail, so heißt es in verschiedenen Printmedien, wurde der Hilfesuchende von dem Mitarbeiter des Innenministers als „kranker Typ“ bezeichnet, den er am Wochenende vor Ort auf seine Weise therapieren wolle. Dies, meine Damen und Herren, ist ein Skandal an sich, völlig inakzeptabel und auf rechtliche Relevanz zu prüfen,

(Manfred Dachner, SPD: Richtig.)

jedoch nicht das Ende des unsäglichen Vorfalls. Statt sich für die Wortwahl zu entschuldigen, entschuldigte sich der Mitarbeiter zunächst für den irrtümlichen Ver-

sand der Mail an den Betroffenen. Indem er dies tat, statt sich unverzüglich für seine infame Beleidigung zu entschuldigen, bekräftigte er de facto zunächst seine ungeheuerliche Wortwahl und sein Vorhaben.

Herr Innenminister, ich stelle Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht unter Generalverdacht, aber solch ein Gedankenunrat in Ihrem engsten Umfeld macht besorgt. Und wenn Ihr Mitarbeiter nicht weiß, wie man sich zu benehmen und achtungsvoll miteinander umzugehen hat und nicht die Courage aufbringt, sich aufrichtig zu entschuldigen, dann müssen Sie als sein Dienstherr angemessen reagieren. Ich fordere Sie auf, Haltung zu zeigen und deutlich zu machen, dass dieses Vorkommnis nicht die Spur einer Duldung erfährt und dass die Geisteshaltung dieses Mitarbeiters – ich komme zum Schluss – mit der Kultur des Umgangs im Innenministerium mit dem Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern unvereinbar ist.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Am deutlichsten käme dies durch eine Entschuldigung durch Sie zum Ausdruck. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE und Bernhard Wildt, AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Im Ältestenrat ist eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vorgesehen. Ich höre und sehe dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Herr Glawe.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die gesundheitsbezogene Selbsthilfe hat in unserem Gesundheitssystem einen festen Platz gefunden und ergänzt in vielfältiger Weise die professionellen Angebote der Gesundheitsvorsorge. Nach Auffassung des Sachverständigenrates der konzertierten Aktionen im Gesundheitswesen ist Selbsthilfe Ausdruck sozialer Emanzipation und gelebter Einzel- und Mehrverantwortung. Sie ist ein wichtiges Instrument zur Verbesserung der Arzt-Patienten-Beziehungen.

Die Hilfe zur Selbsthilfe wird auch in den kommenden Jahren eine große Rolle bei der Alltagsbewältigung spielen. Selbsthilfe hat einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft. Immer mehr Menschen sind gesundheitlich sozialen und seelischen Schwierigkeiten ausgesetzt und sie sollen die Chance haben, sich auch in Selbsthilfegruppen zu organisieren, um dann die Bewältigung von Lebensschicksalen und Lebenshilfen zu erfahren und sich gegenseitig Bewältigungsstrategien dazu zu überlegen beziehungsweise diese auszutauschen.

Sie verdient aber auch eine hohe Anerkennung und Wertschätzung. Die Netzwerke der Selbsthilfe haben sich als verlässliche Partner in der Gesellschaft erwiesen und sozialer Isolation und Ausgrenzung ist zu begegnen, Menschen sind zu mobilisieren, sich aus der Selbstbetroffenheit heraus mitverantwortlich zu engagieren. Dass hier Außerordentliches geleistet wurde, beweisen die auch mit Hilfe der Selbsthilfekontaktstellen und Selbsthilfeorganisationen entstandenen Selbsthilfegruppen in Mecklenburg-Vorpommern.

Nach der Gesundheitsberichterstattung des Robert Koch-Institutes gibt es in Deutschland 70.000 bis 100.000 Selbsthilfegruppen mit fast jedem gesundheitlichen und sozialen Themenbereich. Das wären rechnerisch etwa 1.400 bis 2.000 Gruppen in Mecklenburg-Vorpommern. Mangels einer Meldepflicht kann ich Ihnen allerdings die genaue Zahl der Selbsthilfegruppen für unser Bundesland nicht mitteilen. Bei den KISS, wie Kollege Koplin es gesagt hat, sind 900 Selbsthilfegruppen registriert, die beraten und begleiten. Dass Deutschland angesichts dieser hohen Zahl von Selbsthilfegruppen eine Spitzenposition innerhalb Europas einnimmt, ist jedoch ein Fakt. Dies beruht nicht zuletzt auf der Förderung der Selbsthilfe durch die Sozialversicherung, die Kommunen und das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Dass DIE LINKE sich dieses Themas annimmt, finde ich, ist richtig. Andererseits verwundert es mich ein wenig, denn die Richtlinie ist seit 20 Jahren in Kraft. Sie stellten selbst zwei Sozialministerinnen, die dieses Thema hätten schon längst in die Richtung bewegen können, die Sie jetzt einfordern.

(Beifall Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Koplin, ich könnte es mir einfach machen und auf die Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage, Drucksache 7/269, verweisen. Da haben wir schon alles beantwortet. Aber ich wiederhole es hier gern im Plenum noch mal: Die wachsende gesellschaftliche Anerkennung der Sozialhilfe hat der Bundesgesetzgeber zuletzt im Jahr 2015 durch das Präventionsgesetz unterstrichen. Durch den neuen Paragraphen 20h wurden im Fünften Sozialgesetzbuch und damit im Krankenversicherungsrecht weitere Verbesserungen vorgenommen. 1,05 Euro pro Einwohner stehen jetzt zusätzlich in Mecklenburg-Vorpommern zur Verfügung. Das ist eine Steigerung von 65 Prozent, und wenn man das hochrechnet, sind das erhebliche Summen von knapp über 7 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, aktuell stehen allein diese Förderansätze einerseits zur Verfügung, andererseits muss man wissen, das Land, die Kommunen, die Gemeinden, die Rentenversicherungsträger und auch die Krankenkassen fördern gerade Selbsthilfegruppen und auch die KISS. Bei den Kontakt- und Informationsstellen ist es ja so, dass es dort einen gesellschaftlichen Konsens gegeben hat und weiterhin gibt. Herr Koplin hat nicht alle anerkannten KISS aufgezählt. Er hat Nebenstellen genannt, die nicht durch das Land gefördert werden. Er hat da sozusagen die Reihenfolge so ein bisschen durcheinandergewürfelt, aber das können wir ja noch korrigieren. Insgesamt, das ist richtig ausgeführt worden, sind 112.000 Euro im Haushalt veranschlagt.

Zu dem Vorwurf, das Land würde jetzt die fünf KISS-Stellen nicht mehr in der Höhe fördern, wie sie vorgesehen sind – das sind nämlich die Stellen in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg, Stralsund und Güstrow –, ist Folgendes zu sagen: Neustrelitz hat einen Antrag gestellt, um aus dem im Haushalt verfügbaren Topf weitere Mittel zu bekommen. Das können wir aber nur machen, wenn die Finanzierung in dieser Frage gesichert ist, und sie ist mit dem Haushalt 2017 nicht gesichert. Von daher werde ich diesem Ankündigungsschreiben des LAGuS, was Sie zitiert haben, nicht entsprechen. Wir bleiben bei der bewährten Förderung und alles andere müssen die Träger mit den anderen Möglichkeiten in den Kommunen,

in den Landkreisen, in den Gemeinden, mit den Versicherungen oder auch mit den Krankenkassen besprechen.

Es gibt weitere Außenstellen in Bützow und in Teterow. Neustrelitz ist genannt worden, Ludwigslust mit Außenstelle in Hagenow und Wismar. Neustrelitz, Ludwigslust und Wismar sind damals – vor 20 Jahren – nicht in die Förderung aufgenommen worden. Das war ein allgemeiner Konsens, der durch Städte- und Gemeindetag, Landkreistag, Landesregierung und alle Beteiligten an diesem System ausgehandelt wurde. Dieser ist auf Empfehlung der UN-Konvention nicht in die Förderkulisse hineingekommen und so ist es 20 Jahre gelaufen. Wenn man jetzt in Neustrelitz das Ansinnen hat, aufgenommen zu werden, muss das haushälterisch abgesichert werden.

Daher, denke ich, müssen wir darüber nachdenken, ob wir das erstens verhandelt kriegen, zweitens ist der Landesgesetzgeber, sprich das Parlament, am Ende am Zug, um – wenn alle der Überzeugung sind, Nachbesserungen vorzunehmen und auch den Wirtschafts- oder jetzt in dem Falle den Gesundheitsminister mit den Mitteln auszustatten – dann auch die KISS in Neustrelitz zu fördern. Ich sage Ihnen aber jetzt schon voraus: Wenn Sie Bedarfe schaffen, werden Sie erleben, dass alle einen Antrag stellen, und dann brauchen wir den doppelten Haushaltsansatz zu dem, was wir heute haben. Also, meine Damen und Herren, die Dinge sind so genannt und besprochen worden.

Ich will darauf hinweisen, dass alle Antragsteller natürlich ein Gesamtfinanzierungskonzept vorlegen müssen. Wenn das stimmt, kriegen Sie natürlich auch das zugesagte Geld, das im Haushalt steht, im Jahre 2017. Von daher verstehe ich jetzt die Aufregung eigentlich nicht.

Andererseits werde ich Ihnen zum Thema Selbsthilfegruppen und zu der Frage, wie wir im östlichen Landesteil, speziell in Vorpommern, mit der KISS und mit der Verstärkung von Personal umgehen, eine Antwort im Haushaltsansatz 2018/2019 liefern. Von daher können Sie sozusagen diesen Antrag getrost als erledigt betrachten. In dem Sinne alles Gute, Herr Koplin, bei Ihren Recherchen! – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Heydorn.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Was soll ich jetzt nach diesen ausführlichen Darlegungen unseres Gesundheitsministers noch zu dem Thema sagen?

(Heiterkeit vonseiten
der Fraktionen der SPD und CDU –
Manfred Dachner, SPD: Danke. –
Torsten Renz, CDU: Nichts.)

Na, ein bisschen muss man schon noch sagen.

Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir die Frage gestellt, welcher Zweck damit verfolgt wird.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das ist ja wohl klar.)

Herr Koplin von den LINKEN saß meines Wissens in der 5. Legislaturperiode im Landtag, hat mehreren Aus-

schüssen vorgesessen und ist ein alter Fahrensman, der weiß, wie das Ganze funktioniert. Insofern hat es mich ein bisschen überrascht, warum so ein inhaltlicher Antrag zur Selbsthilfe zum jetzigen Zeitpunkt kommt. Als ich dann aber bis zu Ende gelesen habe, ist mir schnell aufgefallen, worum es hier wirklich geht. Mit dem Antrag geht es darum, noch mal ganz deutlich auf den Vorgang im Innenministerium aufmerksam zu machen. Das will ich nicht zu meinem Thema machen. Das ist letztendlich Sache des Innenministers.

Ansonsten kann man fast sagen, unser Gesundheitsminister hat die Dinge korrekt ausgeführt. Also ich bin mit Ihnen inhaltlich nicht so weit auseinander, Herr Koplin. Selbsthilfe gewinnt an Bedeutung. Gerade in ländlich peripheren Räumen ist das Thema „Prävention durch Selbsthilfe“, egal ob im Bereich von Primär- oder Sekundär- und Tertiärprävention, eine wichtige Geschichte.

Es stimmt auch, dass wir, was die Kontakt- und Informationsstellen angeht, weiße Flecken auf der Landkarte haben und wir das an der einen oder anderen Stelle sicherlich noch verbessern können. Nur, das ist eine Geschichte, die im Haushalt für den Doppelhaushalt 2018/2019 geklärt werden muss. Aber Sie sind ja so ein bisschen schlingelmäßig nach vorn gegangen und haben so getan, als wenn die Existenz der Kontakt- und Informationsstellen hier akut auf dem Zettel steht. Das ist ja nicht der Fall.

Ich bin auch seit Anfang der 90er-Jahre mit dem Thema vertraut und habe selbst in dem einen oder anderen Modellvorhaben, was damals durch den Bund finanziert worden ist, mitgewirkt. Wir haben das quasi nahtlos aufgegriffen sowie fortgeführt und es ist nicht so, dass bei uns in Mecklenburg-Vorpommern die Mittel für die Förderung der Selbsthilfe, die sich nicht nur aus Landesmitteln refinanzieren, sondern auch aus anderen Quellen, zurückgegangen sind. In anderen Bundesländern gibt es einen deutlichen Rückgang zu konstatieren. In Brandenburg, glaube ich, waren es annähernd 30 Prozent, um die die Mittel zurückgegangen sind. In der Zeit von 2007 bis 2013 haben wir in Mecklenburg-Vorpommern einen Zugewinn von 11 Prozent der Mittel gehabt. Das geht aus einer Studie hervor, die über die Selbsthilfe selbst initiiert worden ist. Insofern gehe ich davon aus, dass diese Zahl auch nicht infrage gestellt wird.

Auch wenn man sich die Entwicklung auf der Bundesebene ansieht, muss man sagen, das ist ins SGB V aufgenommen worden, die Verpflichtung der Krankenkassen zum Thema „Finanzierung von Prävention“. Also da sind die Dinge schon auf dem richtigen Weg. Alles andere – das heißt, was wir inhaltlich zur Förderung der Selbsthilfe künftig machen werden – entscheidet sich bei der Verabschiedung des nächsten Doppelhaushaltes. Wenn man der Meinung ist, dass wir auf der einen Seite mehr Kontakt- und Informationsstellen in die Gesamtförderung aufnehmen und auf der anderen Seite auch ein Interesse daran haben sollten, weiße Flecken auf der Landkarte abschließend zu beseitigen, dann wird das – und da bin ich mit dem Minister völlig einig – nur dadurch möglich sein, dass man in nicht unerheblichem Umfang mehr Geld zur Verfügung stellt, was auf der anderen Seite nicht wirklich dramatisch ist, weil wir hier mit etwas über 100.000 Euro Förderung dabei sind. Meines Erachtens könnte es da ruhig noch ein bisschen Spielraum nach oben geben. Nur, das müssen wir nicht heute hier verhandeln.

Wie gesagt, um die andere Geschichte mit dem Personal im Innenministerium soll sich meines Erachtens der Innenminister kümmern. – Insofern bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der AfD die Abgeordnete Frau Weißig.

Christel Weißig, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Mitbürger von Mecklenburg-Vorpommern! Werte Abgeordnete! Sie möchten mehr Kontaktstützpunkte ins Leben rufen. An erster Stelle fordern wir, die bestehenden Kontaktstützpunkte mehr zu fördern und zu unterstützen. Greifswald, Anklam, Pasewalk oder Wolgast können keine Kontakt- oder Informationsstellen anbieten. Dort werden die Menschen mit ihren Nöten alleingelassen. Sie müssen sich in Selbsthilfegruppen allein organisieren.

(Minister Harry Glawe: Das stimmt doch nicht!)

Insgesamt stellt das Land im Haushaltsplan rund 112.000 Euro zur Verfügung. 20.000 Euro darf eine Kontaktstelle laut Förderrichtlinie pro Jahr beantragen, sollte sie förderwillig sein. Wie war das noch? Ein Staatssekretär könnte diesen Bedarf für Hilfe suchende Menschen locker finanzieren. Wir, die AfD, fordern die Landesregierung auf, sich für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern so einzusetzen, wie sie es auch für andere Schutz und Hilfe suchende Menschen tut. Man wird es Ihnen danken und Sie verhindern eine Neiddebatte, die so manche Kontaktstelle wiederum überflüssig macht.

Zu der Forderung von den LINKEN-Kollegen, weitere Kontaktstützpunkte ins Leben zu rufen: Menschen, die aus eigener Kraft ihre Lebenssituation in den Griff bekommen wollen, sind berechtigt, sich dafür Hilfe bei den Kontaktstützpunkten zu holen. Viel wichtiger ist, die bestehenden Einrichtungen und sozialen Mitarbeiter zu stärken und zu erhalten.

Ich habe einen Stapel Briefe mit herzerreißenden gemalten Bildern mit der Bitte zu helfen erhalten. Die Kinder wollten ihre „Tanten“ in der Schule behalten. Sie sollen nicht fortgehen. Sie trösten, helfen in Schwierigkeiten, haben immer ein offenes Ohr für die Kinderseelen. Für diese Frauen ist kein Geld mehr da, um sie weiterzubeschäftigen. Wir brauchen keine neuen anonymen Kontaktstellen. Wir müssen die vorhandenen stärken, gut bezahlen und unterstützen und sollten nicht den Kindern ihre lieb gewonnenen Ansprechpartner, die ihre ganze Kraft, Hilfe und Wärme den suchenden Kinderherzen widmen, wegnehmen.

Und wenn es um Anonymität geht, so gibt es eine beliebte kostenfreie Telefonnummer, die jedes Kind anrufen kann. Es gibt nur wenige Kinder, die nicht mit einem Smartphone umgehen können oder keines besitzen. Wir können nicht immer wieder neue Institutionen schalten und Altbewährtes fallen lassen, nur, weil man das Rad immer wieder neu erfinden möchte. Es ist traurig genug, dass die Familien- und Schulpolitik von CDU und SPD erst „Kummertanten“ produziert hat. Nun sind Gott sei Dank hilfreiche gute Geister zur Stelle. Lasst uns das Flehen der Kinder erhören und ihre warmherzige Anlaufstelle erhalten und fördern, ihre lieb gewonnenen Ansprechpartner erhalten!

Es heißt, die AfD hat nur einfache Lösungen zu bieten oder gar keine. Der neue Staatssekretär für Vorpommern verdient in zwei Monaten ungefähr so viel, wie eine Kontaktstelle laut Förderrichtlinie für ein Jahr an Zuschuss beantragen darf,

(Torsten Renz, CDU: Das haben Sie doch gestern schon gesagt. – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

rund 20.000 Euro, vorausgesetzt, sie ist förderfähig. Geld ist vorhanden, nur an falscher Stelle. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Beate Schlupp: Das Wort hat jetzt für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Ehlers.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also ich bin hier nicht der Verteidiger vom Kollegen Dahlemann, aber da muss man den Ball zur AfD zurückspielen. Wenn Sie sich mal anschauen, wie teuer der Untersuchungsausschuss, den Sie gerade auf den Weg gebracht haben, jedes Jahr ist, da können wir uns noch fünf Staatssekretäre on top leisten.

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Mit der 1 Million Euro, die wir hier jedes Jahr ausgeben, hätten Sie nicht nur Kontakt- und Informationsstellen fördern können, sondern auch noch viele andere soziale Wohltaten. Also da bitte ich doch um etwas mehr Sachlichkeit an der Stelle, werte Kolleginnen und Kollegen von der AfD.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Als ich mir den Antrag angeschaut habe, habe ich mir zunächst die Frage gestellt, wie viele Stuhlkreise bei den LINKEN notwendig waren, um zu diesem Antrag zu kommen, denn Ihr Ziel war ja völlig klar, Sie wollen das Thema „E-Mail aus dem Innenministerium“ hier in den Landtag bringen. Das ist Ihr gutes Recht. Das hätten wir als Opposition wahrscheinlich ähnlich gemacht. Das kann man so machen. Aber das jetzt mit diesem Thema zu verknüpfen, das, finde ich, ist schon eine sehr spannende Herangehensweise.

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

Ich finde, das hat auch ein wenig mit der Wunsch-dirwas-Mentalität zu tun, Herr Koplin. Das werden wir Ihnen auch nicht vorwerfen, sondern wir werden mal ein bisschen Ihr Handeln auf dem Feld in den letzten Jahren reflektieren. Da zeigt sich doch relativ schnell, dass das hier ein billiger Versuch ist, sich an dem Thema hochzuhebeln und der Landesregierung etwas vorzuwerfen, was nicht haltbar ist. Und ich glaube, nach der Rede von Harry Glawe hätten Sie jetzt eigentlich den Mumm haben müssen, Ihren Antrag zurückzuziehen.

Was schon gesagt wurde, ist richtig. Die Richtlinie ist von 1997. 2001 wurde sie geändert, also damals unter Rot-Rot. 1997 hat noch eine Große Koalition unter anderen Vorzeichen regiert. Wenn ich mir das mal anschau, auch die Zahlen sind ja genannt worden: 112.500 Euro im Jahr seit 2013 im Haushalt eingestellt. Und dann habe

ich natürlich gedacht, wir schauen mal in die Protokolle der Finanzausschusssitzungen der letzten Haushaltsberatungen. Da hätte ich erwartet, dass es dort von den LINKEN eine Reihe von Anträgen gibt zum Thema „Bessere und auskömmliche Finanzierung der Beratungsstellen, Kontakt- und Informationsstellen“. Das war natürlich nicht der Fall.

Von daher versuchen Sie mal nicht die Leute hinter die Fichte zu führen und tun jetzt nicht so, als wenn Sie hier der Rächer der Enterbten an der Stelle wären! Sie haben da, wo es konkret möglich war zu handeln, nicht gehandelt. Stattdessen haben wir jetzt seit einigen Jahren diese Finanzierung. Der Minister hat angekündigt, dass wir darüber in den Haushaltsberatungen reden werden, auch darüber, wie das im östlichen Teil des Landes künftig weitergeht. Dazu lade ich Sie herzlich ein, dass wir dieses gemeinsam in den Haushaltsberatungen tun. Dort nämlich ist der richtige Ort und der richtige Zeitpunkt und nicht heute und hier in der Landtagsdebatte.

Ich meine, inhaltlich ist zu den Kontakt-, Beratungs- und Informationsstellen viel Richtiges gesagt worden. Diese leisten wirklich sehr wertvolle Arbeit. Das kenne ich selbst auch hier aus Schwerin. Die KISS macht seit vielen Jahren eine gute Arbeit und ich glaube, der Bedarf wird in den kommenden Jahren steigen. Deswegen muss man darüber reden. Von daher ist es, denke ich mal, auch vernünftig, wenn wir uns in den Haushaltsberatungen damit beschäftigen.

Wenn DIE LINKE dann beantragt, dass ein CDU-Minister mehr Geld zur Verfügung hat, dann werden wir diesen Vorschlag natürlich offen diskutieren, davon können Sie ausgehen. Aber nach den ganzen Darlegungen der Fakten aus der Situation im Land und nach der klaren Aussage des Ministers, wie mit dem Antrag aus Neustrelitz umgegangen wird, bleibt ja eigentlich unterm Strich nur noch der letzte Punkt Ihres Antrages, die E-Mail aus dem Innenministerium. Und da will ich an der Stelle ganz klar sagen: Wenn es dort Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich bei den Ministerien oder wo auch immer nicht so benehmen, wie es vielleicht die gute Kinderstube vorsieht, ist das natürlich trotzdem ein Vorgang, der nicht akzeptabel ist. Das ist, glaube ich, simpel. Da gibt es keine zwei Meinungen, auch in diesem Haus nicht. Selbst, wenn man so etwas denkt, sollte man es nicht aufschreiben und auch nicht so handeln. Von daher gibt es auch an der Stelle keine zwei Meinungen, aber Sie wollen natürlich eine Entschuldigung des Ministers. Das ist völlig klar, dass die Opposition so etwas fordert.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das ist auch gerechtfertigt in dem Fall. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist eine
Sache des Anstands in dem Fall.)

Ja, Herr Ritter, jetzt kommt nämlich gleich der Return. Herr Ritter, Sie hängen die moralische Messlatte wie immer sehr hoch, und wenn Sie auf der einen Seite fordern, dass sich der Innenminister – das gilt ja wahrscheinlich auch für jeden anderen Minister – für jedes Fehlverhalten eines Mitarbeiters entschuldigen soll, dann spiele ich den Ball mal gekonnt zu Ihnen zurück und sage: Dann erwarte ich, dass Sie sich als LINKE – und Herr Koplin, habe ich ja gelesen, ist designierter Landesvorsitzender –

(Torsten Renz, CDU: Auch noch!)

natürlich auch künftig für jedes Fehlverhalten Ihrer Mitglieder entschuldigen.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Und da muss ich gar nicht so weit zurückschauen, wir haben Sie ja mehrfach dazu aufgefordert, ich muss nur mal das Stichwort „Wismar, Julian Kinzel“ nennen an der Stelle, der hier öffentlich Polizei und Justiz hinter die Fichte geführt hat, der die Vortäuschung einer Straftat begangen hat. Da sind Herr Bartsch und Herr Holter groß ins „Nordmagazin“ gelaufen, bundesweit ...

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das ist kein Mitarbeiter der Fraktion. –
Peter Ritter, DIE LINKE: Der ist verurteilt
worden, ne? Da hat ja wohl ein
Prozess stattgefunden.)

Ja, ja, ja, aber Sie werfen uns hier Dinge vor und halten es selbst nicht für nötig – und wir haben Sie mehrfach aufgefordert –, sich dafür zu entschuldigen, dass Sie die Öffentlichkeit hinter die Fichte geführt haben.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Deswegen sollten Sie jetzt hier die moralische Messlatte nicht zu hoch hängen, denn wenn Sie dem Innenminister vorwerfen, dass er sich nicht für das Fehlverhalten eines seiner Mitarbeiter entschuldigt, dann muss ich Ihnen vorwerfen, dass Sie sich nicht für das Fehlverhalten von einem Ihrer jungen Nachwuchskader entschuldigen, und dann sollten Sie ...

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Das ist kein Mitarbeiter der Fraktion.)

Das hat damit nichts zu tun.

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Natürlich hat das damit was zu tun.)

Ich habe ja Herrn Koplin als kommenden Parteivorsitzenden angesprochen und von daher erwarte ich, dass man sich künftig, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist
ziemlicher Quatsch, was Sie erzählen!)

dass DIE LINKE dort künftig mit gutem Beispiel vorangeht.

(Zuruf von Jeannine Rösler, DIE LINKE)

Ja, bei einigen geht das ja sogar.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ich hab selten so einen Unsinn gehört.
Ich hab Sie wirklich für klüger gehalten.)

Wenn einer Ihrer Mitglieder künftig Mist baut, dann erwarte ich natürlich auch, dass DIE LINKE mit gutem Beispiel vorangeht und sich im ganzen Land entschuldigt.

Der Mitarbeiter hat sich entschuldigt und der Minister hat die Dinge dazu erklärt,

(Jeannine Rösler, DIE LINKE:
Er hat sich nicht entschuldigt. –
Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

aber ich glaube, es ist jetzt nicht zwingend notwendig, dass der Minister sich entschuldigt. Wie gesagt, Sie sollten die Messlatte nicht ganz so hoch hängen, denn manchmal ist es dann schwierig, die Latte nicht selbst zu reißen. Meine Erwartung ist eigentlich, dass Sie den Antrag heute zurückziehen, weil zur Sache ist, glaube ich, hier alles gesagt. Von daher bedarf es heute keiner weiteren Befassung. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Es hat noch einmal ums Wort gebeten der Minister für Gesundheit und Wirtschaft. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einen kleinen Einwurf zu Kollegin Weißig machen.

Ich hatte vorhin erklärt, dass es eine Regelung für Vorpommern geben wird, also für den Haushalt 2018 und 2019. Ich will noch mal darauf hinweisen, dass es schon ein Modellprojekt gibt, das verstetigt wird, und da hat die Landesregierung in den letzten zwei Jahren 20.000 Euro für die KISS in Stralsund bereitgestellt, die die Beratung für Greifswald, Pasewalk, Anklam, und wen Sie auch immer nehmen, in der Region begleitet.

Es geht ja bei den KISS-Kontaktstellen darum, dass mit den Modellprojekten Kontakte zu den verschiedenen Verbänden, Vereinen et cetera hergestellt werden, andererseits zu den Versicherungsträgern, zum Landkreis und zu den Gemeinden. Es ist die Aufgabe einer KISS, auch dafür zu sorgen, dass ein Konzept erstellt wird, das die Selbsthilfegruppen in die Lage versetzt, sozusagen sich fachlich zu organisieren und sich zu treffen. Von daher sehe ich die Kritik überhaupt nicht, dass Greifswald, Anklam und Pasewalk nicht versorgt sind. Sie sind doppelt versorgt, einmal über die KISS in Rostock, ...

Ja, Herr Professor, da brauchen Sie gar nicht in den Mond zu gucken, sondern ...

(Heiterkeit bei Sebastian Ehlers, CDU –
Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Ja, es scheint so zu sein.

... zweitens werden sie auch noch aus Stralsund beraten, sodass eigentlich die Region sehr gut durch KISS-Mitarbeiter beraten wird. Die Selbsthilfegruppen haben jederzeit die Möglichkeit, sich dort fachlichen Rat einzuholen, und dieser fachliche Rat wird durch die Landesregierung finanziell begleitet. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Minister.

Das Wort erhält für die Fraktion DIE LINKE Torsten Koplin.

Torsten Koplin, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte ganz gern auf

einige Redebeiträge eingehen und zunächst etwas zu Ihnen, Herr Wirtschaftsminister Glawe, sagen. Also mich hat das sehr gefreut, dass Sie die KISS würdigen, so, wie wir das tun, wie andere das hier auch getan haben. Sie haben dann die Pirouette gedreht und gesagt, 1997 ist die Förderrichtlinie auf den Weg gebracht worden und wir hätten in der Regierungsverantwortung derzeit auch nichts getan.

Dazu will ich mal ganz kurz etwas sagen. Indem ich bereits in der Einbringung darauf verwiesen habe, dass der Sachverhalt so ist, steckt natürlich auch eine gewisse Selbstkritik dahinter. Das ist gar keine Frage. Dass Sie aber versuchen, sich einen schlanken Fuß zu machen, und sagen, das war für uns jetzt nicht der Anlass, in elf oder zehn Jahren zu handeln, ist dann doch ein bisschen billig.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Im Übrigen ist es so, Auslöser der Aufregung, wie das hier wörtlich gesagt wurde, ist nicht der Antrag der LINKEN gewesen, Auslöser der Aufregung ist der Brief aus dem LAGuS aus dem Januar dieses Jahres gewesen, womit ich bei Herrn Ehlers wäre.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Selbstverständlich haben Sie recht, wenn Sie jetzt schauen und sagen, wo hat DIE LINKE in der Haushaltsberatung 2016/2017 die Prioritäten gesetzt, ...

(Sebastian Ehlers, CDU: Hört, hört!)

Gar keine Frage, das ist ja alles nachweisbar und dazu stehen wir auch.

... dass man ganz einfach durch besondere Ereignisse manchmal auf Dinge hingewiesen wird, wo man selbst meint, es läuft, in Ordnung, es läuft gut so, und jetzt hatten wir diesen Zwischenfall. Selbstverständlich gibt es zwischen der Situation, die entstanden ist, weil ein Mitarbeiter aus dem Innenministerium sich derartig inakzeptabel verhalten hat, und der KISS einen Zusammenhang. Wir haben dann genauer hingeguckt und gesagt, es gibt offensichtlich doch Handlungsbedarf, den wir selbst vorher so nicht gesehen haben, das ist keine Frage.

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Aber in den Haushaltsberatungen 2015 konnten wir ja noch nicht wissen, dass 2017 im Januar eine derartige Situation aufkommt, bei der man sagt, dieses Geld stellen wir zur Verfügung, und wenn dort eine weitere Beratungsstelle dazukommt, dann müssen die sich untereinander einigen. In anderen Fällen, Herr Minister, auch in Ihrem Haus, sucht man immer nach Lösungen und man findet kreative Lösungen, es gibt Gestaltungsspielraum im Haushaltsvollzug. Das wissen Sie, das wissen wir,

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

das ist eine Frage des politischen Willens, der offensichtlich hier jetzt nicht aufgebracht werden soll.

Herr Heydorn hat ebenfalls die KISS gewürdigt und dann angemerkt, wir würden etwas vom Innenminister mit

diesem Antrag wollen. Na ja, selbstverständlich, selbstverständlich! Auch unsere Haltung ist in der Sache gefragt. Der Einzige, der sich geäußert hat zu diesem Vorfall, ist Herr Ehlers gewesen, bedauerlicherweise mit dem Schlenker, dass Sie sagten, wenn man das schon denkt, dann solle man sich aber nicht erwischen lassen. Nein, das ist nicht akzeptabel und ein solches Denken ist auch nicht akzeptabel,

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Helmut Holter, DIE LINKE: Richtig.)

weil es etwas mit dem Menschenbild zu tun hat.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Das ist klar, dass wir das hier politisch thematisieren, aber es ist auch eine Frage der Kultur. Sie selbst haben interessanterweise und berechtigt gestern auf die Kultur des Umgangs im politischen Raum hingewiesen, dann gehört das auch dazu. Das ist unsere Auffassung.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Schauen Sie mal auch hinter sich!)

Zu dem, was Frau Kollegin Weißig gesagt hatte, denke ich mal, es ist ein gewisses Missverständnis, denn die KISS, die im Übrigen keine anonyme Einrichtung ist, sondern wie gesagt für die Selbsthilfe insgesamt zur Verfügung steht, hat sie offensichtlich, so meine Wahrnehmung, in einen Topf geworfen oder verwechselt mit der Schulsozialarbeit. Dazu haben wir in der Tat eine ganze Reihe Petitionen bekommen mit dem von Frau Weißig beschriebenen Inhalt.

Also es bleibt dabei: Was wir einfordern mit dem Antrag, ist erstens, dass die Situation für 2017 geklärt wird,

(Minister Harry Glawe: Die ist geklärt.)

und zwar nicht zum Nachteil der KISS, die es jetzt bereits gibt, und zweitens, dass man grundsätzlich noch mal darangeht. Das ist für uns die Erkenntnis aus der Befassung mit dem Thema insgesamt, dass man sich noch mal grundsätzlich mit den Bedarfen beschäftigt. Drittens sollte sich bemüht werden, mit dem Haushalt 2018/2019 auch weiße Flecken an dieser Stelle auszuradiieren und sie zu füllen. Das ist unser Anliegen.

Es bleibt dabei, dass wir erwarten, dass der Innenminister sich zu dem Vorkommnis verhält und sich entschuldigt. Dabei bleiben wir. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Weiteres Wortbegehrt liegt mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/287. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/287 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion der AfD, bei Gegenstimmen der Fraktionen der SPD und CDU abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Für mehr Eigensicherheit der Polizeibeamten in Mecklenburg-Vorpommern: Einführung von Körperkameras in Pilotprojekten und Videokameras in Streifenwagen, auf Drucksache 7/281.

**Antrag der Fraktion der AfD
Für mehr Eigensicherheit der Polizeibeamten
in Mecklenburg-Vorpommern: Einführung
von Körperkameras in Pilotprojekten
und Videokameras in Streifenwagen
– Drucksache 7/281 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete der AfD-Fraktion Herr Kramer.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Bürger! Stellen Sie sich bitte die kürzlich von der Wochenzeitung „Die Zeit“ berichtete Situation vor. Frau Präsidentin, ich bitte, zitieren zu dürfen. „Zwei Polizisten kontrollieren einen 24-jährigen Rumänen in der Dortmunder Nordstadt. Schnell rotet sich eine wütende Gruppe zusammen und bedrängt die Beamten. Die verlieren die Kontrolle über die Situation, Flaschen fliegen. Erst als Verstärkung eintrifft, türmen die Angreifer.“

Dieser Vorfall ist eines von vielen Beispielen der grassierenden Gewalt gegen Polizeibeamte. Er zeigt uns die Verrohung der Gesellschaft, die auch vor dem Hintergrund der Migrationskrise zu sehen ist. Wir erleben seit vielen Jahren, wie unsere Ordnungskräfte insbesondere von Zuwanderergruppen massiv herausgefordert werden.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD)

Da die Landesregierung beschlossen hat – bis heute –, eine insgesamt schwache Abschiebep Praxis zu verfolgen, werden bei fortdauernder Einwanderung ähnliche Effekte auch in unseren Städten noch stärker zu beobachten sein. Die importierte Gewalt ist auf unseren Straßen bereits häufig zu sehen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das jüngste Beispiel dieser Art konnten wir unlängst in Schwerin beobachten, wo in der Hamburger Allee sieben Syrer zwei Landsleute schlugen und mit Messern attackierten. Die in unserem Bundesland in den letzten Wochen geschehene Gewalt ist ein weiterer Riss in der Fassade Ihrer Beschwichtigungspolitik, wonach unsere Polizeikräfte gut ausgestattet und wirklich auf das vorbereitet seien, was ihnen abverlangt wird.

Um eine Vorstellung dessen zu bekommen, rate ich Ihnen, schauen Sie einmal nach Schweden. Dort erleben wir die Probleme, die außerhalb der Kontrolle der Polizei liegen. Wenn in kurzer Zeit eine große Gruppe kultur-fremder Menschen in urbane Zentren gelangt, sich den Risikofaktoren des Wohlfahrtssystems, der Arbeitslosigkeit und einer daraus folgenden ethnischen Spaltung durch Wohnen auf engster Fläche aussetzen muss, dann gelangt der Staat an seine Grenzen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Im Übrigen, schon die Wiedereinführung der Grenzkontrollen durch das Land Schweden beweist dies zur Genüge. Dieser Staat hat die in solchen Milieus entstehende Gewalt mit seinem Monopol zu bekämpfen. Fehlen

dann die nötigen Polizeieinheiten, kommt es darauf an, die vorhandenen Beamten so auszustatten, dass sie bestmöglich ihren Dienst erfüllen können. Die Beamten müssen in die Lage versetzt werden, stärker auftreten zu können, damit die Aufklärungsquote und Abschreckungswirkung zugleich steigen und Bilder, wie sie kürzlich in Bremen zu sehen waren, in Mecklenburg-Vorpommern gar nicht erst entstehen können.

Laut dem „Weser-Kurier“ bot sich der Polizei in Bremen in der vergangenen Silvesternacht folgendes Schauspiel: Mehrere Unbekannte attackierten einen Streifenwagen, der im Bereich der Grohner Düne unterwegs war. Er wurde laut Polizeibericht mit Böllern und Flaschen beworfen. Eine Flasche durchschlug die Seitenscheibe des Einsatzfahrzeuges, es musste ausgetauscht werden. Die Beamten blieben unverletzt – zum Glück. Die Täter entkamen unerkannt.

Eine im Streifenwagen installierte Videokamera hätte Abhilfe schaffen und solchen Sachbeschädigungen kostengünstig entgegenwirken können. Wissenschaftliche Studien beweisen, dass der Einsatz dieser Technik den Beamten in den Brennpunkten helfen kann. In einem in Hessen erfolgten Feldtest wurde eine um 38 Prozent reduzierte Zahl – ich wiederhole: eine um 38 Prozent reduzierte Zahl – von Angriffen auf Polizeibeamte festgestellt. Hinzu kommt eine verbesserte Fähigkeit zur Deeskalation, die Reduktion von polizeilichen Zwangsmaßnahmen und allgemein weniger Straftaten.

Meine Damen und Herren, Ihre Politik macht es erforderlich, dass wir jetzt wirksam handeln. Es ist notwendig, Körperkameras an Kriminalitätsschwerpunkten in Pilotprojekten schnellstmöglich einzuführen und die Streifenwagen der Landespolizei mit Videokameras auszustatten. Während die allgemeine Personalsituation der Landespolizei weiterhin desolat erscheint, war in den letzten Jahren ein ernüchternder Anstieg von tätlichen und verbalen Angriffen auf Polizisten auch und vor allem im Landkreis Vorpommern-Greifswald zu beobachten. Daher weist besonders die Polizeiinspektion Anklam hinreichende Gründe auf, um als Ort eines Pilotprojektes infrage zu kommen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Und das waren wahrscheinlich alles Ausländer, was?)

Darüber hinaus sind die Städte Rostock und Schwerin als Orte für entsprechende Pilotprojekte von besonderer Relevanz. Gerade in diesen Städten, wo zuletzt häufiger Gewalttaten – auch durch junge Ausländer – stattfanden, ist schnelles und effektives Handeln der Polizei zu ermöglichen. Symptomatisch hierfür ist nicht zuletzt die notwendig gewordene Polizeipräsenz am Schweriner Marienplatz.

In Mecklenburg-Vorpommern ist der Einsatz von Körperkameras insbesondere sinnvoll, um der stetig zunehmenden Gewalt gegen Polizeibeamte zu begegnen. Der Einsatz der Kameras ist geeignet, um präventiv auf Störer zu wirken und sie von ihrem Handeln abzuhalten. Zum anderen ist er geeignet, durch die Dokumentation von begangenen Straftaten diese durch ein zusätzliches Beweismittel effektiver verfolgen zu können. Hier möchte ich jedoch betonen, dass es darum geht, sowohl be- als auch entlastende Beweise zu ermitteln.

Meine Damen und Herren der Landesregierung, Ihre Lippenbekenntnisse im Koalitionsvertrag stehen auf

geduldigem Papier. Das Sicherheitsgefühl der Bürger verfällt dauerhaft und Sie üben sich in einer Mentalität des Aufschiebens und Wartens. Wir sind die konstruktive Opposition,

(Heiterkeit bei Tilo Gundlack, SPD –
Manfred Dachner, SPD: Oh! –
Zuruf von Enrico Komning, AfD)

die zur Milderung Ihrer innerpolitischen Trägheit

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

eben Ihre Vorschläge aufgreift und vorantreibt. Nehmen Sie den Auftrag der Bürger endlich ernst und setzen Sie konkrete Konzepte um!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Manfred Dachner, SPD: Das ist
die Spitze des Eisberges.)

Wir bieten Ihnen hier die Probe aufs Exempel an: Erkennen Sie die Zeichen der Zeit oder verfallen Sie auch bei diesem Antrag in eine ideologische Blindheit?

Im Jahr 2015 sind deutschlandweit 64.400 Attacken auf die Polizei registriert worden, was einer Zunahme um mehr als 5.000 Taten im Vergleich zum Jahr 2013 entspricht. Die Gewalt gegen Polizeibeamte hat auch in Mecklenburg-Vorpommern zugenommen, wenn man sich die neueren Zahlen anschaut. So stiegen die Attacken auf 560 Angriffe, womit wiederum ein Plus von 20 Vorfällen zu sehen ist. Jeder Angriff ist einer zu viel.

Die Bild- und Videoaufzeichnung bei Polizeieinsätzen am Körper des Beamten oder in Einsatzfahrzeugen dient zuallererst der Eigensicherung unserer Polizeikräfte. Wir folgen dabei dem Gewerkschafter Jürgen Wolfahrt, der die Bedeutung von Körperkameras herausgestellt hat. Ich zitiere: „Aus jeder denkbaren Perspektive liegt der Schutz der Polizei im überwiegenden Allgemeininteresse. Gewalt gegen die Polizei fördert nicht die freie Entfaltung der Persönlichkeit ... und schützt auch nicht seine Menschenwürde.“

Wer nicht genügend neue Stellen bei der Landespolizei bilden und einstellen kann, wer also elementare Notwendigkeiten eines handlungsfähigen Rechtsstaates unterminiert, der muss umso dringender dafür sorgen, dass die Polizeikräfte jeden Tag ihren Dienst für die Sicherheit der Menschen in unserer Heimat leisten können. Unsere Polizisten müssen so ausgestattet werden, dass in Extremsituationen eine bestmögliche Eigensicherung möglich ist. Dies ist eine Mindestanforderung für die Attraktivität des Polizeiberufs. Es sind die Kollegen da draußen, die ihre Haut zu Markte tragen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Werte Abgeordnete von der Linkspartei, uns ist auch klar, dass Sie bei unserem Antrag schnell Bauchschmerzen aufgrund von Fragen zum Datenschutz haben werden. Selbstverständlich sind diese sehr ernst zu nehmen. Daher plädieren wir von Anfang an dafür, die Pilotprojekte mit dem Datenschutzbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu beraten, eng abzustimmen und für eine transparente und technisch hochwertige Datensicherheit zu sorgen. Dabei müssen wir die Felder Datenerhebung, Datenspeicherung und gegebenenfalls

deren weitere Nutzung im Blick behalten sowie über eine diesbezügliche Ermächtigungsgrundlage nachdenken.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Die entsprechenden Erlaubnistatbestände sind noch zu diskutieren. Meine Fraktion folgt dabei der Devise, dass sie auf das Schutzgut der Eigensicherung generell besteht, Aufzeichnungen auf Vorrat ohne Gefahrenlage jedoch keine Grundlage besitzen dürfen. Darüber hinaus sind die Polizisten in den von uns angestrebten Pilotprojekten zu kennzeichnen.

Meine Damen und Herren! Liebe Bürger! Wir wollen keinen Überwachungsstaat, wir wollen aber auch keine No-go-Areas, wie sie heute in vielen europäischen Staaten zum Alltag geworden sind. Uns geht es darum, den Männern und Frauen unserer Landespolizei die Möglichkeit einer effektiven Eigensicherung zu schaffen. Mecklenburg-Vorpommern muss im bundesdeutschen Vergleich zum Vorreiter bei der Ausstattung der Beamten und damit Teil einer attraktiven Polizeipersonalpolitik werden. Nur so werden wir die derzeit noch eher schlechten Arbeitsbedingungen schnell in eine Einstellungs- und Ausstattungsoffensive überführen können – für die Sicherheit unserer Polizisten, die unsere Bürger schützen, für eine friedliche Gesellschaft in einer lebendigen Demokratie, denn in jeder Uniform steckt in erster Linie auch ein Mensch. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort hat zunächst in Vertretung des Innenministers der Minister für Wirtschaft, Tourismus und Gesundheit Herr Glawe gebeten.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE:
Also Innenminister kann wirklich jeder hier
in diesem Land. – Zuruf aus dem Plenum)

Minister Harry Glawe: Leider nicht mehr.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die AfD fordert die Einführung von Bodycams für Polizisten und von Videokameras in Streifenwagen, und das Plenum fragt sich: Was soll das? Ich zitiere den Koalitionsvertrag, den haben Sie ja gerade als sozusagen nicht arbeitsfähig bezeichnet. Sie werden staunen, was jetzt kommt, Herr Kollege!

(Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU)

Für die CDU und die SPD steht fest: „Für die Landespolizei sollen in einem Pilotprojekt BodyCams für den Einsatz an Kriminalitätsschwerpunkten angeschafft und in Streifenwagen eine Videokamera zur Eigensicherung installiert werden.“

(Torsten Renz, CDU: Mehr geht nicht. –
Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Die Vorbereitungen für diese Vorhaben laufen bereits, in rechtlicher, einsatztaktischer und technischer Hinsicht. Das

Innenministerium hat für den Doppelhaushalt 2018/2019 bereits entsprechende Haushaltsmittel angemeldet, für das Jahr 2018 und 2019 insgesamt 70.000 Euro für das Pilotprojekt Bodycams und 280.000 Euro für Front- und Heckstreifenkameras in Funkstreifenwagen zur Videoeigensicherung.

Das können Sie, liebe Kollegen von der AfD, natürlich nicht wissen, aber uns zu unterstellen, dass wir nichts tun,

(Rainer Albrecht, SPD:
Sie könnten ja mal fragen.)

das ist eigentlich auch

(Tilo Gundlack, SPD: Dumm.)

ein Ding aus dem Tollhaus, ne?! Aber es steht im Koalitionsvertrag, eine kurze Frage im Innenausschuss hätte garantiert bei Ihnen auch Erhellung gebracht, denn der Innenminister ist in der Frage sehr auskunftsfreudig. Das soll ich Ihnen extra noch mal übermitteln. Und er ist gerne bereit, den aktuellen Sachstand noch intensiver mit Ihnen zu besprechen.

Es stellt sich also die Frage: Wozu dieser Antrag? Warum fordern Sie etwas, was längst angeschoben ist, was beschlossen wird?

(Manfred Dachner, SPD: Da gibt es keinen Grund für. – Susann Wippermann, SPD: Das ist doch immer so.)

Wollen Sie tatsächlich die beiden Projekte als Erfolg für sich selbst reklamieren? Fangen Sie endlich an, eigene Ideen zu entwickeln, und schreiben Sie nicht laufend aus dem Koalitionsvertrag von SPD und CDU ab!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU – Tilo Gundlack, SPD:
Mehr können sie ja nicht.)

Meine Damen und Herren, wenn wir aber schon einmal bei diesem Thema sind, gebe ich Ihnen gerne ein paar Informationen mit auf den Weg. Der Einsatz von Bodycams ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht flächendeckend im täglichen Streifendienst vorgesehen. Wie auch in anderen Bundesländern soll der Einsatz auf örtliche Kriminalitätsschwerpunkte begrenzt werden. Dazu gehören Brennpunkte, aber auch besondere Anlässe wie ein Fußballspiel oder Plätze, wo sich Jugendliche gelegentlich ausleben. Mit dem Pilotprojekt werden wir die Praxistauglichkeit der Bodycams prüfen und dann über den weiteren Einsatz befinden. Wir sind übrigens gut beraten, die Entscheidungen, ob und wo Bodycams eingesetzt werden sollen, der Polizei selbst zu überlassen. Ich glaube nicht, dass die Politik bei der Bewertung größeren polizeilichen Sachverstand hat als die Experten selbst. Meine Damen und Herren, die Beamten sind in der Lage, das selbst einzuschätzen und auch umzusetzen.

Bei den Videokameras und Streifenwagen ist die Situation folgende: Die Rahmenverträge für die Funkstreifenwagen sehen diese optimale Ausstattung bereits vor, aber erst einmal müssen dafür die notwendigen Haushaltsmittel bereitgestellt werden. Da die Installation und Nutzung dieser Videokameras nicht ganz einfach ist, muss das Projekt umfangreich begleitet und technisch

vorbereitet werden. Dies ist nach gegenwärtigen Planungen im Jahre 2018 möglich.

Dazu noch ein Hinweis: Der Landesdatenschutzbeauftragte wird bei solchen Vorhaben standardmäßig einbezogen, von daher hätten Sie sich Ihren Hinweis im Antrag auch sparen können.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Im Übrigen: Dem Innenminister ist nicht ganz klar, wie die AfD denn nun überhaupt zur Videotechnik steht,

(Manfred Dachner, SPD: Das wissen wir.)

denn Ihre Kollegen, gerade in der Bürgerschaft hier in Schwerin, haben sich ja über die Anschaffung teurer Kamertechnik auf dem Marienplatz genau andersherum geäußert, als Sie das im Plenarsaal oder im Hohen Haus hier in Mecklenburg-Vorpommern tun.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig.)

Also Sie müssten vielleicht sich dann auch mal untereinander abstimmen, was Sie nun wirklich wollen.

(Manfred Dachner, SPD:
Ja, das können sie ja nicht.)

Meine Damen und Herren,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

jetzt ist hier aber auch, denke ich, genug darüber philosophiert. Wir haben, ganz klar, die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung im Blick, und wir stellen uns den Herausforderungen, um das Sicherheitsgefühl der Menschen klar zu heben. Von daher sind wir dazu bereit, auch wenn Sie immer glauben, uns treiben zu müssen. Das brauchen Sie nicht, wir handeln schon und Sie laufen jetzt mittlerweile hinterher. Das müsste Ihnen langsam mal auffallen. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Herr Minister.

Für die SPD-Fraktion erhält das Wort der Abgeordnete Dachner.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Als ich den Antrag der AfD las, dachte ich tatsächlich, Sie würden sich mit einer politisch sachlichen Debatte zur Beschaffung der Bodycams beschäftigen, denn wir sind uns einig, wir brauchen sie. Wir brauchen sie, und ich denke mal, niemand hier aus dem Plenarsaal wird sagen, wir brauchen sie nicht. Insofern war es sicherlich schon erst mal ein guter Wille.

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Aber das, was Sie dann, Herr Kramer, eingangs Ihrer Rede gesagt haben, das schlägt dem Fass den Boden aus. Sie beginnen Ihren Antrag damit, dass Sie auflisten, dass es ausschließlich Ausländer waren, die Sie bewogen, die Bodycams zu beschaffen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es. –
Nikolaus Kramer, AfD: Dann
haben Sie nicht zugehört.)

Ausschließlich haben Sie diese Beispiele genannt.

(Andreas Butzki, SPD:
Das kann man ja nachlesen.)

Das können Sie ja nachlesen.

Und dann sprechen Sie von „importierter Gewalt“. Wissen Sie, ich glaube, ich habe ein paar Polizeieinsätze mehr erlebt als Sie. Und wissen Sie, wie viele Deutsche Polizisten angegriffen haben? Damit entschuldige ich gar nichts, auch nicht die Angriffe der Ausländer. Und ich sage Ihnen eins deutlich: Wer Polizisten angreift und wer hier eine Straftat begeht – aus, Ende –, der hat hier nichts zu suchen, der ist auszuweisen. Das sollten wir mal eindeutig festhalten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der AfD, CDU und Martina Tegtmeier, SPD)

Und die Gefährder erst recht – also damit wir gleich eine Basis haben. Aber alles, was Sie dann machen, da bin ich froh, Herr Kramer, dass Sie – ich kann mir das gar nicht vorstellen von Ihnen, wie Sie sich gewandelt haben –, ich bin ja froh, dass Sie hier im Plenarsaal sitzen und nicht ein Polizist auf der Straße sind.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE)

Wie wollen Sie Ihrer Neutralitätspflicht nachkommen mit so einer Auffassung? Das ist für mich unfassbar!

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

Jeder Mensch hat hier die gleichen Rechte in Deutschland und die gleiche Würde. Und das, was Sie hier tun,

(Dr. Matthias Manthei, AfD: Wollen
Sie wieder ein Berufsverbot fordern?)

das ist in der Tat nicht in Ordnung.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Lesen Sie mal
die Stellungnahme der GdP Thüringen!)

Da will ich ...

Also Sie, glaube ich einfach, haben im Antrag nicht solide, politisch nicht sauber und fachlich falsch, unseriös und natürlich auch populistisch gearbeitet, und das in dem ganzen Antrag, und das will ich Ihnen vielleicht in einigen Teilen sagen.

Der Antrag kam natürlich zu spät, das hat der Minister gesagt, es ist im Koalitionspapier schon enthalten. Und wenn Sie es übernehmen, ist es ja auch nicht so schlecht, wir brauchen tatsächlich die Körperkameras. Aber, meine Damen und Herren, das fällt Ihnen wahrscheinlich über Nacht ein. Das will ich Ihnen gar nicht zum Vorwurf machen, aber in der Politik muss man auch vorausschauend arbeiten können. Sie schreiben am 04.09. in Ihrem Wahlprogramm kein Wort zur Eigensicherung. Zur Eigensicherung – das Allerwichtigste, was ein

Polizist am ersten Tag lernt – schreiben Sie kein Wort, und hier treten Sie auf, als wenn Ihnen die Eigensicherung und Bodycams das Allerwichtigste wären, wovon Sie jemals gehört haben. Wie stimmt das mit Ihrer inneren Auffassung überein, frage ich mich. Aber dennoch dürfen Sie das hier beantragen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Danke schön.)

Aber ich will Ihnen nur sagen, dass Sie wahrscheinlich immer nur von Tag zu Tag politisch denken können.

(Tilo Gundlack, SPD: Wenn überhaupt. –
Heiterkeit bei Torsten Renz, CDU:
Von zwölf bis Mittag, hieß das früher.)

Dann kommen Sie im Punkt 1 dazu, dass Sie einfach behaupten, die Fallzahlen hätten sich in der Qualität erhöht – in den Schwerpunkten, ohne die Schwerpunkte überhaupt zu benennen. Sie bleiben den Menschen schuldig, wo diese Schwerpunkte sind und wo die Fallzahlen sich erhöht haben, und kommen dann mit der Grenzöffnung. Dabei wissen Sie ganz genau, wenn Sie die Wahrheit sagen würden, dass die Kriminalität spürbar abgenommen hat. Das heißt nicht, dass jeder Mensch sich hier im Land sicher fühlt. Sie hat spürbar abgenommen. Es gibt ja hier vergleichbare Zahlen aus dem Jahr 2014.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Ich sage Ihnen, Anfang der 90er-Jahre –

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

ich muss es kurz machen, ich habe ja nicht lange Redezeit – hatten wir 12.800 Straftaten, auf 100.000 Einwohner umgerechnet, heute haben wir 6.800, fast halbiert. Und da reden Sie von Kriminalitätserhöhung? Das ist doch fast unglaublich! Wir haben mit 28 Prozent,

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

28 Prozent Aufklärung begonnen 1991 und jetzt liegen wir bei 61, über dem Bundesdurchschnitt! Das ist eine unheimlich gute Arbeit der Polizei.

Aber – das will ich Ihnen auch sagen,

(Zuruf von Dr. Matthias Manthei, AfD)

das will ich Ihnen auch sagen – die Polizei ist natürlich der Garant der Sicherheit, doch was Sie jeden Tag tun, wenn Sie sagen, die Kriminalität ist gestiegen, die Menschen fühlen sich hier unsicher, dann negieren Sie die Arbeit nicht nur der Polizei schlechthin, sondern die Polizisten müssen sich doch beleidigt fühlen, dass ihre Arbeit nicht zum Erfolg geführt hat.

(Tilo Gundlack, SPD: Schämen sollten Sie sich!)

Aber ich sage Ihnen, wie viele Menschen sich hier gesellschaftlich engagieren – Ordnung und Sicherheit ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und es arbeiten so viele Menschen in Präventionsräten, in der Verkehrswacht, in den Wohngebieten, in der Initiative Nachbarn für Nachbarn,

(Dr. Ralph Weber, AfD: In Bürgerwehren.)

im Sicherheitsgewerbe, in den Opferberatungsstellen wird Prävention geleistet. Ich könnte das unendlich fortführen. Wenn Sie sagen, die Kriminalität ist gestiegen, dann sagen Sie, sie alle, Hunderte und Tausende von Menschen haben hier im Land nichts getan. Alles für die Katz, sie können ihre Arbeit einstellen. Das kann doch nicht Ihr Ziel sein!

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Und zur Grenzöffnung: Ja, natürlich gab es und gibt es bei den Fallzahlen in bestimmten Deliktfeldern eine Erhöhung. Die kann man nicht bestreiten, die will ich auch gar nicht bestreiten. Ich will auch keine andere Zahl, die sich erhöht hat, bestreiten. Nein, aber mit der Schließung der Grenzen werden Sie die Kriminalität nicht verhindern, niemals. Und auch einen Terroristen werden Sie nicht hindern, hier nach Deutschland zu kommen.

(Zuruf von Dr. Gunter Jess, AfD)

Also die Grenzschießung bringt Ihnen als Allheilmittel, wie Sie es darstellen, gar nichts.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Und das, was Sie vorschlagen in Ihrem Punkt, als Schwerpunkte Anklam und Rostock und so,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Schwerin.)

wissen Sie, wir sind doch hier im Parlament und nicht auf der Dienstgruppenleitersitzung. Das muss doch wohl das Ministerium entscheiden, wo sie die Schwerpunkte sehen. Also da bin ich schon erstaunt, können Sie natürlich auch sagen.

Jetzt zu einigen, ich habe hier geschrieben „Taschenspielertricks“, aber das nehme ich gerne zurück und sage, keine gute Formulierung.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Sagen Sie einfach „Tricks“!)

Also Sie schreiben auf Seite 2: „Anstatt – wie vielfach gefordert und ... beschlossen – nur auf statische Überwachungskameras zu setzen, die keine aktive Verhinderung von Straftaten sicherstellen können, ist die konkrete Handlungsfähigkeit der im Dienst eingesetzten Beamten zu stärken.“ Da frage ich Sie: Wer fordert denn die statischen Überwachungskameras vielerorts? Wir als Landtag nicht, überhaupt nicht. Haben Sie das schon mal gehört? Nein, meine lieben Freunde der AfD, Sie schreiben das in Ihr Parteiprogramm rein, in Ihr Wahlprogramm. Sie befürworten, Sie schreiben doch wörtlich, „wir befürworten ...“ den Einsatz von Videoüberwachungskameras. Da stellen Sie hier die Frage?!

Und dann kommt als nächste Formulierung, diese Bodycam-Einführung würde „wissenschaftlichen Studien zufolge“ – der Einsatz der Geräte – schnell zur „verbesserten Sicherheitslage“ führen. Wissen Sie, es gibt gar keine wissenschaftliche Studie. Das finde ich ja schon merkwürdig. Wie kommen Sie zu einer so falschen Aussage? Wem wollen Sie damit etwas suggerieren? In Hessen gibt es sehr gute Erfolge, da gebe ich Ihnen recht, Herr Kramer, und die sind mittlerweile auch in den Regelbetrieb übergegangen, auch in Ordnung. Aber jetzt hat Rheinland-Pfalz begonnen mit einer wissenschaftlichen Beglei-

tung, einer sozialwissenschaftlichen und rechtswissenschaftlichen. Und warum? Weil wir hier nicht in der Bananenrepublik leben, sondern weil es nur so rechtlich natürlich untergesetzt werden kann. Ich kann doch nicht sagen, jetzt nehmen wir eine Kamera und jeden, der uns hier begegnet und uns nicht gefällt – übertriebenermaßen –, den werden wir mal aufnehmen. Nein, es gibt natürlich eine Rechtsschutzgarantie mit Artikel 19 unseres Grundgesetzes, und da geht es nicht so, wie Sie es hier in dem Antrag schreiben, nach der Aufnahme, nach dem Einsatz sind sofort die Bilder zu löschen, die Tonaufzeichnungen und auch die anderen Aufzeichnungen.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Das ist eben strittig, also rechtswissenschaftlich strittig. Fragen Sie mal den Professor Zöller, Strafrecht an der Uni Trier! Er sagt, da müssen wir sicherlich noch nachverhandeln, denn jedem Bürger muss nach der Rechtsschutzgarantie auch gewährt werden, dass er weiß, was mit seinem Bild als Nichtbetroffener – als Nichtbetroffener – passiert ist. Ich möchte gerne mal sehen, wenn Sie da unten mehrfach auf Bild aufgenommen werden und nicht wissen, was damit passiert, wenn es anschließend gelöscht ist. Nein, jeder Bürger hat das Recht, auch nachzuschauen und sich durch die Verwaltung sagen zu lassen, was soll das jetzt.

So, das ist nicht geklärt. Unser Ordnungs- und Sicherheitsgesetz hat genau diese Passage, wir dürfen die Kameras einsetzen, wir dürfen Ton und Bild aufnehmen und Aufzeichnungen machen, aber es steht die unverzügliche Löschung drin. Diese unverzügliche Löschung ist nicht ausdiskutiert und das wollen wir tun. Also der Erfahrungsaustausch ist die billigste Investition, und da sind wir im Land dabei.

Wissen Sie, und warum, das will ich Ihnen auch sagen. Es gibt vier Systeme von diesen Kameras, vier Systeme, davon ist eins schon mal gestrichen worden, weil es nicht in Ordnung ist, weil einige Länder das nicht annehmen. Wir sind auch mit einigem nicht einverstanden, auch mit dem Anschalten und dem Abschalten nicht, mit dem Löschen dieser Daten. Genau das wollen wir, wir wollen eine Datensicherheit für die Bürger haben und da können wir nicht einfach sagen, der Beamte schaltet mal aus, der löscht das mal kurz. Das wollen wir nicht und dabei sind wir.

Wissen Sie, große Länder, wenn die 14.000 und 40.000 Polizeibeamte haben, beginnen jetzt mit diesen Probephasen und das werden wir auch tun. Bei diesem, genau bei diesem Punkt sind wir. Wir haben dieses Thema erkannt, Sie haben es ja auch erkannt. Darüber freue ich mich auch, dass Sie das so miterkannt haben. Sie müssen es nur fachlich sauber unterstützen, dann bin ich doch gar nicht gegen Ihren Vorschlag. Es ist nicht so, dass ich mit Ihnen gar nicht zusammenarbeiten will. Wir haben zum Beispiel im Petitionsausschuss eine gute Zusammenarbeit. Warum soll das nicht woanders auch klappen? Aber hier wollen Sie den Leuten immer erzählen, wir sind die Größten, wir setzen uns für die Sicherheit ein und wir wollen die CDU rechts mit Sicherheit überholen.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Das tun wir auch.)

Das werden Sie niemals schaffen. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Es erhält das Wort für die Fraktion DIE LINKE Herr Ritter.

(Helmut Holter, DIE LINKE: Jetzt lass mal eine Geschichte hören, Peter!)

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kramer erzählt ja immer gerne Geschichten, wenn er seine Anträge einführt. Eine dieser Geschichten ist das Märchen von der Überfremdung unseres Bundeslandes und die daraus resultierende Gewalt gegen die Polizei. Ich will Ihnen auch mal eine Geschichte erzählen, um vielleicht zu versuchen nachzuweisen, dass das damit überhaupt nicht im Zusammenhang steht.

Im November 1969,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Ach, die 68er!)

zugegeben schon ein paar Tage her, bin ich das erste Mal in ein Fußballstadion gegangen, bei meinem damaligen Lieblingsklub, immer noch mein heutiger Favorit.

(Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

Stahl Riesa, Kollege, Stahl Riesa.

Es war ein Spiel gegen Vorwärts Berlin, und die gegnerischen Fans, wie man so schön sagt, wurden vom Bahnhof zum Stadion links und rechts von Polizei begleitet. Es gab Übergriffe auch auf Polizeibeamte, natürlich auch auf gegnerische Fans. Ich habe mich an diesen Auseinandersetzungen nie beteiligt, denn auch mein Vater war im Stadion, nicht als Fan, sondern als Polizist mit einer Kamera, und er hat alle die fotografiert, die einen Stein ins Spielfeld geschmissen haben, andere verprügelt haben oder sonst was. Am nächsten Tag ist der ABV – für alle, die es nicht wissen: der Abschnittsbevollmächtigte – mit diesem Bild zu dem Betroffenen gegangen und hat gesagt, du Stadionverbot, hier Beweis.

Also die Geschichte, dass es Gewalt gegen Polizei nur gäbe, weil wir Ausländerinnen und Ausländer im Land haben, oder dass es hier eine exorbitante Zunahme deshalb gäbe, die stimmt einfach nicht. Und deswegen sagen auch wir als LINKE ganz deutlich, Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte und überhaupt Gewalt gegen andere Menschen und Dinge ist abzulehnen, ist kein Mittel der Auseinandersetzung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der AfD, DIE LINKE und Manfred Dachner, SPD)

Deswegen, sehr geehrter Herr Komning, deswegen ist es unredlich, genau diese Geschichte von der Gefahr der Überfremdung unseres Landes immer wieder als Begründung zu nehmen, um irgendwelche Gefährdungspotenziale in unserem Land herzustellen. Die Verknüpfung zwischen Sicherheitspolitik und Flüchtlingspolitik ist falsch.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Es gibt keinen Zusammenhang?)

Nein, es gibt keinen Zusammenhang, weil das zwei getrennte Politikfelder sind. Und jeder, der etwas anderes

unterstellt, redet falsch Zeugnis, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE – Zuruf von Christoph Grimm, AfD)

Deshalb wird meine Fraktion diesen Antrag wieder ablehnen, auch wenn der Herr Kramer versucht hat, uns mit der Problematik des Datenschutzes eine Brücke zu bauen.

Ich stelle ja auch gar nicht in Abrede, dass Herr Kramer Erfahrungen hat aus seiner aktiven Zeit als Polizeibeamter. Ich erinnere mich an gemeinsame Gesprächsrunden, als es darum ging, dass die Einsatzzüge besondere Lagen in Mecklenburg-Vorpommern aufgelöst worden sind, wo die GdP und meine Fraktion dagegen waren, und da haben wir eine gemeinsame Position gehabt. Damals hat allerdings Herr Kramer nicht solche Märchen zur Begründung herangezogen wie heute, seitdem er in der AfD Politik macht. Und das,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Schauen Sie doch mal in die Kriminalitätsstatistik!)

und das, ...

Dazu komme ich noch, Herr Professor Weber.

... und das, Herr Kramer, ist eben keine Basis der Zusammenarbeit. Wenn man die fachliche Basis verlässt und sozusagen eine politische Wertung vornimmt, die sich von meiner politischen Wertung deutlich unterscheidet, werden wir auch bei solchen fachlichen Themen nie zusammenkommen.

Hinzu kommt, dass in dem sogenannten 5-Punkte-Programm der AfD für die Stärkung der inneren Sicherheit kein Platz für Bodycams, Streifenwagen mit Videokameras oder gar den Landesdatenschutzbeauftragten war. Lesen Sie doch noch mal Ihr vielfach gerühmtes 5-Punkte-Programm! Ich warte immer noch darauf, dass Sie das mal einbringen in den Landtag. Aber Sie schämen sich wahrscheinlich, das hier einzubringen, weil nämlich die wesentlichen Elemente in diesem Programm fehlen, um persönlich öffentliche Sicherheit in diesem Land zu stärken. Dafür sei nach Auffassung der AfD wichtig, ich zitiere wörtlich, ein „rasches und entschlossenes Handeln ohne Rücksicht auf politische Korrektheit“. Ein rasches und entschlossenes Handeln ohne Rücksicht auf politische Korrektheit ist laut AfD gefragt. Ja, was ist denn das für eine Grundlage für politische Arbeit hier im Landtag? Ohne Rücksicht auf politische Korrektheit?! Handeln ohne Rücksicht auf politische Korrektheit heißt, Sie handeln ohne Rücksicht auf Fakten, ohne Rücksicht auf Tatsachen und dafür mit dem Schüren von Vorurteilen und Verbreiten von Halbwahrheiten. Das ist Ihr Politikstil und da werden wir nie eine gemeinsame Basis finden!

Aber das Problem ist hier nicht die AfD – jeder blamiert sich selber so gut, wie er kann –, das Kritikwürdige an solchen Anträgen ist die negative Wirkung auf das Sicherheitsempfinden unserer Bürgerinnen und Bürger. Wenn dies in Kenntnis einer völlig anderen Faktenlage geschieht, dann ist das gefährlich und das gilt es zu verhindern.

Meine sehr verehrten Damen und Herrn, ich bewerte die Polizeiliche Kriminalstatistik mit Sicherheit nicht über Wert, aber ich muss sie zur Kenntnis nehmen, wenn ich

mich zur Sicherheitslage äußere, Herr Professor Weber, und das würde ich Ihnen auch mal empfehlen. Durch die PKS jedenfalls wird der vorliegende Antrag in keiner Art und Weise unterstützt. Und wenn hier von „Grenzöffnung“ und „gestiegenen Fallzahlen“ die Rede ist, dann kann ich doch nicht ignorieren, dass der Lagebericht des Bundeskriminalamtes, „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung“, solche Aussagen nicht stützt. Darauf habe ich gestern schon verwiesen. Nun ist es vielleicht zu viel verlangt, von gestern zu heute diesen Bericht noch mal zu lesen, aber bevor Sie im nächsten Monat wieder solche Anträge einbringen, lesen Sie den BKA-Bericht vielleicht noch mal. Die Unterstellungen der AfD decken sich einfach nicht mit den Fakten der BKA-Ermittler und deshalb werden wir hier nie zusammenkommen, weil – selbst wenn es fachlich Übereinstimmung gibt – die politische Wertung uns deutlich trennt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich die Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern beschreiben will, dann gehören dazu selbstverständlich auch Fragen der technischen Ausstattung der Polizei, also Schutzwesten der höchsten Schutzklasse, SK1-Helme, neue Pistolen oder Maschinenpistolen für Streifenwagen und überarbeitete Ausbildungskonzepte zur Reaktion auf bewaffnete Gewalttäter und einsatzbezogenes Training für Terror- und Amoklagen. Das stellt niemand infrage. Dies alles ist laut dem Inspekteur unserer Landespolizei, Wilfried Kapischke, in Umsetzung. Natürlich bedarf es da unserer kritischen Begleitung, auch das wird eine Oppositionsfraktion nie infrage stellen. Aber wenn die AfD in ihrem Antrag eine deutliche Verschlechterung der Sicherheitslage in unserem Land unterstellt, dann geht eben so was nur unter Ausblendung der Faktenlage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch der Kollege Dachner und der Minister in Vertretung des Innenministers haben das angerissen: Die Aufgaben der parlamentarischen Opposition sind in unserer Landesverfassung geregelt. Demnach soll die Opposition unter anderem das Regierungsprogramm kritisch bewerten, von einem Kopieren oder Abschreiben des Koalitionsvertrages habe ich selbst in der Kommentierung unserer Landesverfassung nichts gefunden, aber das ist offensichtlich die Grundlage Ihrer Arbeit. Es geht vielmehr für eine Opposition darum, eigene Programme zu entwickeln, eigene tragfähige Alternativen zu entwickeln und nicht irgendwelche Schauergeschichten hier im Landtag zu erfinden. Deshalb ist die AfD-Fraktion von diesem formulierten Verfassungsauftrag meilenweit entfernt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf dem letzten Treffen der innenpolitischen Sprecher der Linksfractionen im Bundestag und in den Landtagen – ich weiß nicht, ob es das bei der AfD auch gibt, also im Bundestag ja noch nicht, aber vielleicht die Landtagsinnenpolitiker der AfD – haben wir uns über die verschiedenen Pilotprojekte der Einführung von Bodycams verständigt, unter anderem in Berlin, wo jetzt ein Pilotverfahren gestartet wird, oder die Erfahrungen aus Hessen. Diese Erfahrungen machen deutlich, dass es unterschiedliche Herangehensweisen an den Einsatz von Bodycams gibt.

Also wir verstehen unter den Kameras kleine, am Körper angebrachte Kameras, die die Polizeistreifen digital flankieren sollen. Während nun aber diese Technik in Deutschland, auch in den Modellprojekten, bislang unter dem Aspekt der polizeilichen Eigensicherung zur Anwendung kommen soll, wird damit etwa in den USA zugleich

die Dokumentation des Polizeihandelns praktiziert. Amerikanische Erfahrungen sprechen dafür, dass durch die visuell dokumentierten Polizeieinsätze Waffeneinsatz und wechselseitige Anzeigen rückläufig seien. Auch das sind Erfahrungen, die doch aufzugreifen sind, weil sich niemand gegen die Einführung von Bodycams sperrt.

Also diese Zweckerweiterung der Bodycams – polizeilicher Selbstschutz einerseits und Kontrolle rechtsstaatlichen Handelns andererseits – ist auch Gegenstand der Beratungen in Hessen, das kann man doch nicht ausblenden. Insofern wäre es durchaus sinnvoll gewesen, die AfD-Fraktion hätte im Innenausschuss einen Antrag gestellt, dass der Innenminister genau über diese Erfahrungen der anderen Bundesländer unterrichtet, denn ich gehe davon aus, dass diese Fragen auf der IMK eine Rolle spielen. Auch hier geht der Antrag über diese Erfahrungen großzügig hinweg und bietet somit keine Entscheidungsgrundlage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, langer Rede kurzer Sinn: Das, was die AfD hier versucht, hat weder etwas mit der realen Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern zu tun, weil die Ursachen auch für Kriminalitätsentwicklung und für Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte ganz andere sind als hier beschrieben. In Mecklenburg-Vorpommern ist man auf dem Weg, in anderen Bundesländern laufen Erprobungsphasen. Wir sollten uns also auch diese Erfahrungen anschauen und gemeinsam im Innenausschuss über die weiteren Schritte uns unterrichten lassen durch das Innenministerium. Das ist eine logische Herangehensweise, alles andere, wie es auch hier dargestellt und vor allen Dingen begründet worden ist, lehnt meine Fraktion ab. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Für die CDU-Fraktion erhält Frau von Allwörden das Wort.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist nur wenige Tage her, dass unser Land wieder Zeuge von Gewalttaten gegen Polizeibeamte geworden ist. Am 22. Februar wurde ein Beamter in der August-Bebel-Straße in Rostock von einem Betrunkenen brutal angegriffen. Der Beamte musste anschließend seinen Dienst abbrechen und sich in medizinische Behandlung begeben.

Gewalttaten gegen Polizeivollzugsbeamte sind ein deutschlandweites Problem, diesem müssen wir unbedingt entgegenwirken. Körper- und Fahrzeugkameras sind hingegen ein Schritt in die richtige Richtung. Doch Bodycams alleine werden bei Weitem nicht ausreichen, um die Sicherheitslage in M-V zu verbessern. Nicht immer kann ein Beamter zeitnah vor Ort sein und in das Geschehen eingreifen, deshalb sind eben auch die statischen Kameras an öffentlichen Plätzen von großer Bedeutung. Denn erst, wenn mehrere Maßnahmen zusammen eingesetzt werden können, entfalten sie ihr volles Potenzial, sodass sich Beamte und Bürger allgemein wieder sicher fühlen. Ihre Fraktion hat einen entsprechenden Antrag für die Installation von Kameras auf dem Marienplatz in der Schweriner Stadtvertretung ja bereits abgelehnt.

Nun aber zu Ihrem Antrag, an dem es doch einiges auszusetzen gibt. Im Gegensatz zu Ihren Kollegen aus dem Sächsischen Landtag, die einen ähnlichen Antrag schon im letzten Jahr eingebracht haben, machen Sie sich nicht einmal ansatzweise in Ihrem Antrag Gedanken über die rechtlichen Grundlagen des Einsatzes von Aufnahmegegeräten in Mecklenburg-Vorpommern. Gerade wenn Sie Geräte fordern, die schnell einsetzbar sein sollen, müssen Sie sich doch selbst Gedanken machen, wie Sie diesen Antrag so schnell wie gefordert umsetzen können. Aber das Handwerkliche überlassen Sie wie immer den anderen Fraktionen. Einfach die hessische Gesetzgebung zu zitieren, ohne diese mit einer eigenen Bewertung der Rechts- und Gefahrenlage in Mecklenburg-Vorpommern zu versehen, ist für die Umsetzung Ihres Antrages nur wenig hilfreich.

Abgesehen von diesen Mängeln in der Umsetzung des Antrages hätte ich gehofft, dass Sie sich als Oppositionspartei mit dem Koalitionsvertrag auseinandersetzen. Wir als CDU und SPD haben uns nämlich in unserem Koalitionsvertrag – wir haben es schon gehört – eben auf genau so ein Pilotprojekt bereits geeinigt. Für Sie aber zitiere ich dann auch gerne noch mal aus dem Koalitionsvertrag Nummer 374: „Für die Landespolizei sollen in einem Pilotprojekt BodyCams für den Einsatz an Kriminalitätsschwerpunkten angeschafft und in Streifenwagen eine Videokamera zur Eigensicherung installiert werden.“ Sie wollen also ein Projekt ins Leben rufen, dessen Umsetzung bereits versprochen wurde.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Versprochen! –
Martina Tegtmeier, SPD: Und in Arbeit ist.)

Und wie wir ja heute auch gehört haben – wenn Sie zugehört haben, was der Wirtschaftsminister Herr Glawe für den Innenminister hier vorgetragen hat –, sind die Mittel bereits in den Haushalt eingestellt und die Projekte angelaufen. Auch erst am 20. Februar hat sich meine Fraktion übrigens am Rande unserer Klausurtagung ganz ausdrücklich für die Einführung von Bodycams ausgesprochen.

Was leisten Sie denn für parlamentarische Arbeit, wenn Sie in Ihren Anträgen für die Landtagssitzungen nur das CDU-Wahlkampfprogramm oder den Koalitionsvertrag und alte Anträge Ihrer Kollegen erarbeiten?

(Christian Brade, SPD:
Zum wiederholten Male.)

Ich möchte jetzt an dieser Stelle nicht ausdrücklich das Wort „Arbeitsverweigerung“ benutzen, aber dieser Gedanke ist mir durchaus in den Sinn gekommen.

Ich fasse also zusammen: Bei dem Antrag handelt es sich um einen nachgemachten sächsischen Landtagsantrag, der ein bereits seit Monaten von der Koalition beschlossenes und fast umgesetztes Projekt fordert. Grundsätzlich freue ich mich, wenn die Opposition das Handeln der Regierungsfractionen unterstützt und gutheißt, aber einem Oppositionsantrag, der sich allein dadurch auszeichnet, dass die Ideen der Regierungsfraction zu eigenen gemacht werden, werden wir nicht zustimmen. Meine Fraktion wird Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Marc Reinhardt, CDU: Jawohl.)

Ich sagte es gestern schon, ich sage es heute gern noch mal: Die CDU ist die Partei der Sicherheit. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Frau Abgeordnete.

Es erhält noch mal für die AfD-Fraktion Herr Kollege Kramer das Wort.

Nikolaus Kramer, AfD: Frau Präsidentin, vielen Dank.

(Torsten Renz, CDU:
Wir ziehen den Antrag zurück.)

Das hätten Sie gern.

(Torsten Renz, CDU: Das wäre logisch und vernünftig. – Ann Christin von Allwörden, CDU:
Das wäre logisch und consequent.)

Lauschen Sie einfach meinen Ausführungen und dann kommen wir zu einem Ergebnis.

Der Vorwurf des Abschreibens ist nicht haltbar.

(Heiterkeit bei Ann Christin von Allwörden, CDU)

Uns geht es darum, die Prozesse zu beschleunigen. Bis 2018 ist es eine lange Zeit.

(Torsten Renz, CDU: Wie sind Sie denn auf die Idee gekommen? Sie kannten das Thema doch gar nicht vorher.)

Natürlich wollen auch wir keine flächendeckende Ausstattung. Das habe ich übrigens gesagt, hätten Sie zugehört. Und wir schreiben auch Ihnen nicht vor, wo, wer, wann und was, wir unterbreiten hier lediglich Vorschläge und Angebote, Herr Dachner, und diese Angebote sind dann dementsprechend in den Dienststellen zu kommunizieren.

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Wir verlassen uns natürlich auf die Fachkompetenz der Polizeibehörde und des Innenministeriums.

Und, Herr Dachner, zu Ihnen: Ich kann Ihnen versichern, dass ich in meiner bisherigen polizeilichen Tätigkeit dem Neutralitätsgebot immer unbedingt nachgekommen bin.

(Manfred Dachner, SPD: Habe ich nicht bestritten. Habe ich nicht bestritten.)

Natürlich, das haben Sie doch vorhin infrage gestellt und haben gesagt, dass Sie froh sind, dass ich nicht mehr Polizeibeamter bin, sondern hier,

(Jochen Schulte, SPD: Wir freuen uns darüber, dass Sie Abgeordneter sind!)

und haben meine politische Neutralität infrage gestellt. An dieser Stelle sei es mir dann auch gestattet, mich dahingehend zu äußern. Danke.

Herr Dachner, schauen Sie doch mal in die Medien!

(Andreas Butzki, SPD:
Die ganze Lügenpresse!)

Die mediale Sensibilität für Migrantengewalt ist ein Dauerthema und auch ich habe vorhin in meiner Einbringung nicht darauf abgestellt,

(Manfred Dachner, SPD: Das war
doch eure Lügenpresse immer.)

dass die Gewalt ausschließlich durch Ausländerkriminalität hier hervorgerufen wird.

(Andreas Butzki, SPD:
Jetzt wird die Zeitung zitiert, das
finde ich einen spannenden Moment.)

Ja.

(Andreas Butzki, SPD:
Sonst ist es ja die Lügenpresse. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Herr Dachner, Sie berufen sich auf Fallzahlen Anfang der 90er-Jahre

(Martina Tegtmeier, SPD: Im Vergleich zu
heute. – Zuruf von Andreas Butzki, SPD)

und Ihrer Meinung nach ist Grenzsicherung also sinnlos. Wir haben aber 2017 und nicht 1993.

(Andreas Butzki, SPD: Vergleiche! –
Manfred Dachner, SPD: Haben Sie nicht
zugehört? Ich habe „bis heute“ gesagt.)

Sie hätten sich besser informieren sollen, denn natürlich gibt es wissenschaftliche Studien. Schauen Sie in die USA, schauen Sie nach Großbritannien! Gerne reiche ich Ihnen die nach.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Manfred Dachner, SPD)

Herr Ritter, das Märchen „Überfremdung unseres Bundeslandes“ schreiben Sie. Ich habe lediglich konkrete Beispiele genannt und ich habe nicht gesagt, dass diese Gewalt ausschließlich von Ausländern ausgeht, wie eben gerade schon mal erwähnt.

(Zurufe von Andreas Butzki, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Wenn Sie keinen Zusammenhang zwischen Migration und Gewalt erkennen, dann verschließen Sie Ihre Augen vor der Realität.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In Ihrer Welt gibt es also keine brennenden Vororte wie in Stockholm, Silvester in Köln hat für Sie nie stattgefunden.

(Susann Wippermann, SPD: Doch. –
Martina Tegtmeier, SPD: Reden wir von
der Polizei in Köln oder von unserer hier?)

Politische Korrektheit ist die verblendete Sichtweise auf die Realität der Menschen.

Und im Übrigen zu der von Ihnen angesprochenen Podiumsdiskussion, Herr Ritter: Diese fand im Jahr 2010 statt.

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Einen Moment, einen Moment!

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Renz?

Nikolaus Kramer, AfD: Gerne.

Torsten Renz, CDU: Danke, Herr Kollege.

Ich habe eine Frage zum Thema „Abschreibevorwurf“: Ist in Ihrem Wahlprogramm 2016 das Wort „Körperkamera“ beziehungsweise „Videokameras in Streifenwagen“ enthalten?

(Manfred Dachner, SPD:
Nein, kann ich Ihnen vorlesen.)

Nikolaus Kramer, AfD: Das kann ich Ihnen nicht mit Sicherheit sagen. Ich denke, eher nicht.

Torsten Renz, CDU: Danke schön.

Nikolaus Kramer, AfD: Sehr gerne.

2010 war die Auflösung der EBL schon beschlossene Sache, Herr Ritter. Vor allem aber fand die unkontrollierte Massenzuwanderung zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht statt.

Frau von Allwörden unterstellt uns, wir hätten uns den Koalitionsvertrag nicht durchgelesen, und Frau von Allwörden berichtet, dass Sie in Ihrer Fraktionsklausur über die Projekte gesprochen haben. Ja, wo bleiben denn Ihre Anträge?

(Susann Wippermann, SPD: Die brauchen
wir nicht mehr. – Vincent Kokert, CDU:
Das wird doch schon umgesetzt,
da brauchen wir keine Anträge mehr.)

Es steht im Koalitionsvertrag drin, ja, es läuft. Aber wann, wann?!

(Ann Christin von Allwörden, CDU:
Ja, jetzt. Es läuft bereits.)

Also ich sehe draußen noch keine Polizeibeamten mit Kameras herumlaufen.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Wie schon vorhin erwähnt, Koalitionspapier ist geduldig.

Zu den Vorwürfen, die AfD-Fraktion würde abschreiben:

(Marc Reinhardt, CDU: Fünf, setzen!)

Ich kann Ihnen das mal erklären, wie das bei uns läuft.

(Dirk Friedriszik, SPD: Da sind wir aber
gespannt. – Zuruf von Torsten Renz, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, sich etwas zu maßigen. Lassen Sie den Redner erst mal ausreden! Sie

haben alle noch Redezeit, Sie können sich noch mal hier ans Pult stellen.

Nikolaus Kramer, AfD: In unserer Fraktion sitzen 18 Experten zu jedem Themengebiet.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE: Ja?)

Diese Menschen in der AfD-Fraktion kennen sich nicht erst seit dem 4. oder 5. September 2016, wir kennen uns von Anfang an, seit es die AfD gibt. Natürlich treffen sich die jeweiligen fachpolitischen Sprecher mit den fachpolitischen Sprechern der anderen Bundesländer und auch mit den zukünftigen fachpolitischen Sprechern in den sechs Landtagen, wo die AfD noch nicht vertreten ist, was wir aber sukzessive ändern werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Da gibt es Wahlen vorher.)

Und natürlich arbeiten wir jetzt schon mit den fachpolitischen Sprechern einer starken Bundestagsfraktion zusammen. Da ist es doch nur logisch, dass die Anträge in jedem Bundesland für sich gestellt werden, und es ist doch auch logisch, dass diese Anträge ähnlich sind,

(Susann Wippermann, SPD: Dann haben die anderen abgeschrieben?!)

weil wir jetzt schon netzwerken und zusammenarbeiten.

(Thomas Krüger, SPD: Sie geben zu, dass Sie abschreiben?)

Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Ums Wort gebeten hat der Abgeordnete Herr Lerche für die Fraktion der AfD.

Dirk Lerche, AfD: Wertes Präsidium! Liebe Bürger im Land! Liebe Abgeordnete! Ich möchte nur kurz klarstellen, warum die AfD-Fraktion in der Stadtvertretung Schwerin – ich bin auch noch Stadtvertreter in Schwerin – sich gegen die Videoüberwachung auf dem Marienplatz ausgesprochen hat,

(Vincent Kokert, CDU: Interessante Frage.)

weil das hier angesprochen wurde. Wir begrüßen Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten. Auf dem Marienplatz finden nicht regelmäßig Raubüberfälle statt, es werden da auch nicht regelmäßig Brieftaschen gestohlen oder Handtaschen gestohlen,

(Torsten Renz, CDU: Sie sagen doch selbst immer, dass das ganze Land dem Untergang geweiht ist, und jetzt plötzlich nicht. Das ist ja unglaublich!)

sondern es gibt ein temporäres Problem zwischen Gruppen von Jugendlichen.

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Na, und?)

Und wenn wir jetzt die Kameras da installieren, dann werden diese Jugendlichen sich in der Helenenstraße oder im Lobedanzgang einfinden, sie werden sich nicht mehr am gleichen Platz treffen und aufeinander einschlagen

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Das gilt für andere Kriminalitätsschwerpunkte aber auch.)

und dann haben wir gar nichts gekonnt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Ann Christin von Allwörden, CDU: Das gilt für andere Kriminalitätsschwerpunkte aber auch.)

Die Stadt Schwerin muss viel Geld auch noch für diese Videoüberwachung bezahlen, wo die Stadt Schwerin eh überschuldet ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Torsten Renz, CDU: Also sind Sie jetzt gegen Videoüberwachung?)

Wir sind für Videoüberwachung bei Kriminalitätsschwerpunkten.

(Vincent Kokert, CDU: Aber nicht am Marienplatz. – Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Wie viele Überfälle gab es in der Vergangenheit dort, wie viele Handtaschen wurden gestohlen,

(Ann Christin von Allwörden, CDU: Körperverletzung ist aber auch Kriminalität.)

und so weiter.

(Torsten Renz, CDU: Sie stellen doch dar, dass das ganze Land bald untergeht aufgrund der Kriminalität. Wenn es konkret wird, dann ist es plötzlich nichts.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege Dachner, wollten Sie nun noch mal sprechen? Ich habe das nicht so ganz vernommen. Ja? Okay.

Dann hat Herr Dachner für die Fraktion der SPD noch mal das Wort.

Manfred Dachner, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vielleicht einige Antworten auf Herrn Kramers Rede. Und zwar habe ich niemals Ihre Neutralität, Herr Kramer, als Polizeibeamter im aktiven Dienst hier zur Kritik gestellt,

(Nikolaus Kramer, AfD: Dann nehme ich Ihre Entschuldigung an.)

sondern ich habe ausschließlich Ihre Äußerungen, zum Teil fremdenfeindlichen Äußerungen, in der Vergangenheit und hier in Rede gestellt und bin froh, dass Sie hier sind und nicht auf der Straße, wenn Sie dieses Denkverhalten haben.

(Beifall Elisabeth Aßmann, SPD)

Wenn Sie meinen, dass Sie mit diesem Antrag, den Sie gestellt haben, während wir die Bodycams schon längst in unserem Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, das Ganze beschleunigen wollen, dann müssen Sie das im

Antrag auch sagen, „beschleunigen“, und Sie müssen es nicht darstellen, als wenn dieses nicht existieren würde.

Und wenn Sie sich hier als Ausrede nach meiner Rede zu eigen machen, dass es wissenschaftliche Untersuchungen gibt, dann gucken Sie in Ihren Antrag, da beziehen Sie sich ausschließlich auf Hessen. Der Eindruck kann nicht nur gewonnen werden, sondern es ist auch so, dass Sie dort das Sicherheits- und Ordnungsgesetz zitieren und sagen, ja, mit dem Datenschutzbeauftragten muss man zusammenarbeiten und dann müssen anschließend die Daten gelöscht werden. Genau das, das habe ich Ihnen hier versucht zu sagen, ist eben nicht so.

Diese rechtswissenschaftlichen Untersuchungen, die Sie jetzt anführen, in den USA und woanders, wissen Sie, das können wir uns doch nicht zu eigen machen. Haben die anderen Länder, die Sie meinen, die Sie sonst nicht nennen, das gleiche Grundgesetz, das gleiche Sicherheits- und Ordnungsgesetz? Jedes Land hat bei uns ein anderes. Also das kann ich doch jetzt nicht als Ausrede gelten lassen.

Die Kriminalitätsbelastung – also das tut mir jetzt hier leid, Ihr Kollege Dr. Jess hat es ja gesagt, wir sollen nicht immer rückwärtsgewandt schauen. Das wollen wir auch nicht, aber wir wollen die Leistungen der Polizeibeamten und der Menschen in unserem Land würdigen, die sich tagtäglich für Sicherheit und Ordnung einsetzen. Und die kann man nicht schlechtreden, indem man sagt, wir leben hier nur von Verbrechern umgeben.

Dann sagen Sie an anderer Stelle, die Gewalt in Deutschland hat zugenommen, die Gewalt ist so dermaßen explodiert, dass wir uns nicht mehr sicher fühlen. Aber es ist ja in der Tat nicht so. Dafür muss man nicht unbedingt in die Statistik gucken. Aber, und das haben Sie leider hier unterschlagen in Ihrer Rede, von 1990 habe ich angeführt, wo wir angefangen haben, mit welchen Anstrengungen wir gearbeitet haben, viele, viele Menschen in diesem Land und auch die Polizei, und wo wir jetzt angekommen sind mit der Häufigkeitszahl der Kriminalität. Ich sage es Ihnen gerne noch einmal, wir hatten auf 100.000 Einwohner 12.800 Straftaten, und jetzt haben wir 6.700. Ich nenne Ihnen das Beispiel Bayern, die liegen bei 5.000 und etwas mehr. Da müssen wir uns noch ein bisschen strecken, um da hinzukommen. Aber das sind doch Leistungen, sowohl der vielen Beamten hier im Land als auch der vielen Menschen hier im Land. Und wenn das Sicherheitsgefühl diesen Rückgang an Straftaten nicht überall und bei jedem widerspiegelt, ist das doch eine andere Geschichte, dann müssen wir über das subjektive Sicherheitsgefühl reden, wie wir es steigern wollen. Aber das war nicht Ihr Antrag heute. Das ist ja auch, kann ja auch nicht möglich sein.

Also ich will gerne noch einmal Herrn Kramer sagen, es wäre gut, wenn Sie einen Antrag einbringen und vorher durchdenken, was Sie hier vorbringen wollen. Ich habe Ihnen nicht gesagt, dass wir niemals zusammenarbeiten wollen. Wenn Sie einen sachlichen, guten Antrag haben und die Bodycams eingeführt werden, dann können wir uns gerne auch ...

(Der Abgeordnete Manfred Dachner spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Manthei? (Zustimmung)

Dr. Matthias Manthei, AfD: Danke schön.

Ich habe eine Frage. Sie haben ja nun dargestellt, dass die Kriminalität drastisch gesunken ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten. Wie erklären Sie sich dann die drastische Zunahme der Waffenscheine und dass viele Bürger ihre Häuser immer mehr meinen, selber absichern zu müssen, weil sie sich nicht mehr auf den Staat verlassen können?

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Manfred Dachner, SPD: Ja, ist richtig. Also ...

(Zuruf aus dem Plenum: Zuhören!)

Ja, genau.

Also das kann man sich unter anderem nicht an den Zahlen erklären. Das ist wohl richtig, das wissen Sie auch. Sie sind ja einer von den Experten, die hier benannt wurden. Und das streite ich auch gar nicht ab, dass Sie auch Experten unter sich haben in den Fachgebieten. Natürlich hat sich das Sicherheitsgefühl bei vielen Menschen negativ entwickelt. Das ist doch unsere gemeinsame Aufgabe. Wenn Sie jeden Tag als AfD hier auftreten und der Öffentlichkeit sagen, wie unsicher Sie sich fühlen, dass die Kriminalität gestiegen ist und dass jeder Ausländer hier kommt und die Menschen zusammenschlägt – und diese Beispiele, die Sie hier genannt haben, waren doch nur Ausländerbeispiele –, wenn Sie dann die Medien zitieren, die Sie sonst als Lügenpresse bezeichnen, und plötzlich finden Sie die Presse auf Ihrer Seite, dann müssen Sie sich doch nicht wundern, dass die Menschen sich immer unsicherer fühlen!

Und dann will ich Ihnen noch ein Beispiel sagen:

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Gerne. Das wissen Sie ja auch.

Wer fühlt sich hier im Land am unsichersten?

(Zuruf aus dem Plenum: Stehen bleiben!)

Wer fühlt sich in diesem Land am unsichersten? Die, die am meisten an Straftaten erfahren, nämlich die 25- bis 35-Jährigen, oder die 60- bis 80-Jährigen? Die, die meisten Straftaten erfahren und selber Straftäter sind in dem Alter, die fragen Sie mal, die fühlen sich überhaupt nicht unsicher in Deutschland. Aber die Menschen, die über 60 und 80 sind, die in der Mobilität nicht so wehrhaft sind wie andere, die müssen sich unsicher fühlen, wenn sie jeden Tag im Fernsehen, im Kino, von Ihnen und überall hören, dass sie unsicher sind.

(Unruhe und Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

Und diese Tausenden Betrugsfälle, die zunehmen, die Tausenden Betrugsfälle, die zunehmen, das muss ja zur Unsicherheit führen. Deshalb lassen Sie uns zusammenarbeiten, das subjektive Sicherheitsgefühl zu stärken. Das ist ein breites Feld, da hätten wir genug zu tun. Und schüren Sie nicht diese Ängste!

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Ann Christin von Allwörden, CDU: Richtig.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/281. Wer diesem zustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/281 bei Zustimmung durch die Fraktion der AfD, ansonsten Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt den **Tagesordnungspunkt 6** auf: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Arbeitsmarktförderung in Vorpommern und Ostmecklenburg, Drucksache 7/293.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD
Arbeitsmarktförderung in Vorpommern
und Ostmecklenburg
– Drucksache 7/293 –**

Das Wort zur Begründung erhält der Abgeordnete der CDU-Fraktion Herr Ehlers. Herr Ehlers, Sie haben das Wort.

Sebastian Ehlers, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute steht das Thema Arbeitsmarkt auf Initiative der Koalition auf der Tagesordnung des Landtages. Wenn man sich die Zahlen von der letzten Woche anschaut, die Arbeitsmarktzahlen für Februar 2017, dann sind die wiederum sehr erfreulich. Aktuell, ich kann es noch mal wiederholen, sind es 84.900 Arbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern. Das bedeutet ein Minus von 10.200 oder 10,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Wir sind erstmals seit der Wiedervereinigung unter 85.000 Arbeitslose in einem Februar, und, was aus meiner Sicht sehr viel wichtiger ist, im vergangenen Jahr und im Vergleich zum Vorjahres-Februar sind 8.200 neue Jobs in Mecklenburg-Vorpommern entstanden. Ich glaube, das sind zunächst einmal gute Nachrichten, die wahrscheinlich die Unterstützung aller Fraktionen hier im Hohen Haus finden.

Ein Grund – dieser kleine Exkurs sei mir aufgrund der aktuellen Debatte gestattet –, ein Grund für diese gute Entwicklung am Arbeitsmarkt ist natürlich auch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, die Agenda 2010, denn ich glaube, da wurden die richtigen Weichen gestellt. Deutschland ist vom kranken Mann Europas wieder zur wirtschaftlichen Lokomotive geworden.

(Vincent Kokert, CDU: Dank Gerhard Schröder.)

Das Signal, was nach draußen geht, ist relativ klar. Jeder wird gebraucht, egal in welchem Alter. Deswegen sollte man sehr aufpassen, dass man jetzt nicht durch irgendwelche unklugen Vorschläge Leute vom Arbeitsmarkt abhält. Ich habe ja Verständnis dafür, dass Kollegen der SPD, die bisher mehr im Umfeld Brüssel bekannt sind, bundespolitisch etwas bekannter werden müssen, aber ich finde auch, eine stolze Partei wie die SPD, die älteste in Deutschland, sollte mit diesem Kapitel ihrer Geschichte, nämlich dem Kapitel Gerhard Schröder, etwas stolzer umgehen, es etwas mehr vor sich hertragen und nicht immer so bescheiden sein

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

und die Erfolge hier kleinreden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Zuruf von Jochen Schulte, SPD)

Ja, da bin ich sehr gespannt, Herr Schulte. Das erwarte ich auch von Ihnen. Die SPD im Land hat sich ja bisher noch nicht geäußert zu den Vorschlägen von Herrn Schulz. Da bin ich sehr gespannt.

Kommen wir zum Antrag. Ich glaube, das, was wir heute vorlegen, ist begründet und lässt sich auch an Zahlen darlegen. Denn wenn Sie sich den Arbeitsmarkt, den aktuellen Bericht dazu anschauen, können wir davon ausgehen, dass wir einen geteilten Arbeitsmarkt haben. Da muss ich mir nur mal die aktuellen Zahlen anschauen: Landkreis Vorpommern-Rügen – Arbeitslosenquote von 13,4 Prozent, Landkreis Ludwigslust-Parchim – 7 Prozent. Experten sprechen so ab einer Größe von 5 Prozent und weniger schon von einer Vollbeschäftigung. Von daher sind wir in Teilen Westmecklenburgs wirklich auf einem sehr guten Weg in Richtung Vollbeschäftigung. Wenn Sie sich die Zahlen über die Jahre anschauen – das sind ja keine einmaligen Effekte hier –, wenn man mal zurückgeht bis 2014, können Sie eigentlich feststellen, dass die Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald immer etwa 3 Prozent hinter dem Landesschnitt hingen und der Landkreis Mecklenburgische Seenplatte ungefähr 2,5 Prozent.

Von daher, glaube ich, ist es richtig und wichtig, dass wir heute hier das Thema ansprechen. Und ich glaube, es ist auch wichtig, in dieser Debatte mit einigen Legenden aufzuräumen. Es ist wichtig für unsere Fraktion, noch mal zu betonen – eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit, aber so manche Äußerung und manche Berichterstattung zwingt mich quasi dazu, es zu betonen –, dass wir das ganze Land im Blick haben.

Da kann ich auch einen Blick auf unser Wahlprogramm empfehlen, und ich zitiere, dort haben wir festgehalten: „Obwohl Mecklenburg-Vorpommern in den letzten Jahren wirtschaftlich insgesamt ein gewaltiges Stück vorangekommen ist, sind einige Regionen in Vorpommern und in Mecklenburg nach wie vor durch eine bestehende Strukturschwäche gekennzeichnet. Um Zukunftsperspektiven für diese Regionen zu sichern, spricht sich die CDU daher dafür aus, einen zusätzlichen Staatssekretär in der Staatskanzlei mit der Aufgabe zu betrauen, sich um die regionale Entwicklung strukturschwacher Räume zu kümmern.“ So viel auch zu der Legende, dass es eine Forderung der CDU war, explizit für Vorpommern jemanden zu nehmen. Das wurde ja hier vom Pult schon behauptet. Ich finde, das ist eine gute Gelegenheit, mal mit dieser Legende aufzuräumen.

Dass wir beide Landesteile im Blick haben, das zeigt ja auch, dass ein Abgeordneter aus Westmecklenburg den Antrag heute einbringt und dass mein Freund und Kollege Dietmar Eifler aus Vorpommern nachher in der Aussprache zu dem Thema reden wird. Also wir haben das auch in der Fraktion gut verteilt.

Lassen Sie mich noch sagen, die „Schweriner Volkszeitung“ hat heute mit dem Antrag aufgemacht, als Titelgeschichte, das finde ich erst mal sehr gut. Und ich habe eigentlich auch eine hohe Übereinstimmung mit der IHK

und mit meinem Freund Rolf Paukstat, dem Chef des Unternehmerverbandes, aber an der Stelle bin ich mal nicht seiner Meinung, weil ich glaube, wir müssen schon zur Kenntnis nehmen, auch als Westmecklenburger, dass die Rahmenbedingungen hier ungleich besser sind. Das liegt vor allem natürlich an der Nähe zu Hamburg. Wir waren letzte Woche – einige von Ihnen waren dabei – in Hamburg zur Unterzeichnung des Beitritts Westmecklenburg-Schwerins und des Altkreises Parchim zur Metropolregion. Das sind natürlich entscheidende Standortvorteile.

Und das sehen Sie auch, wenn Sie sich mal so einzelne Gebiete rauspicken wie Megapark Gallin/Valluhn an der A24 – den werden die meisten von Ihnen kennen –, Industriepark Schwerin. Dort konnten wir am vergangenen Freitag den Flugzeugsitzerhersteller ZIM begrüßen, 80 neue Arbeitsplätze, das Unternehmen BVS Blechtechnik wird sich mit 25 Arbeitsplätzen ansiedeln. Wir haben bald über 1.000 Arbeitsplätze im Industriepark Schwerin. Das ist natürlich eine Größenordnung, und die siedeln sich dort ja nicht an, weil hier in Schwerin so schöne Luft und so schöne Seen sind, sondern vor allem aufgrund der Lage, der Nähe zu Hamburg, zum Hamburger Hafen. Das sind die Gründe, die natürlich hier einen Standortvorteil bilden, der nicht von der Hand zu weisen ist.

Deswegen glaube ich – und wir sind ja Gott sei Dank nicht mehr in Zeiten, wo die Planwirtschaft regiert, sondern die Marktwirtschaft –, dass natürlich die Unternehmen sich in erster Linie an solchen Faktoren orientieren. Deswegen halte ich den Vorwurf, der jetzt aus Teilen Mecklenburgs kommt, wir tun zu viel für Vorpommern und lassen Mecklenburg – oder Westmecklenburg speziell – außer Acht, an der Stelle nicht für gerechtfertigt. Das muss ich hier auch mal so ganz klar und deutlich sagen.

Und ich will betonen, dass wir uns im Antrag ganz genau auf die ländlichen Gestaltungsräume, die im Landesraumentwicklungsprogramm festgelegt sind, beziehen. Da sind natürlich, wenn Sie da mal reinschauen, überwiegend im östlichen Landesteil, aber natürlich auch in der ganzen Region Goldberg, Sternberg, also in Teilen Westmecklenburgs, strukturschwache Regionen. Um die wollen wir uns kümmern und unsere Forderungen sind dort klar an der Stelle.

Das sind drei Punkte, die wir Ihnen heute zur Beschlussfassung vorlegen, und zwar zunächst einmal eine regionale und sektorale Analyse des Arbeitsmarktes, als zweiten Schritt die Entwicklung eines Maßnahmenpaketes für eben diese genannten Regionen in allen Landesteilen von Mecklenburg-Vorpommern und dann ein Bericht an den Landtag bis Ende 2018.

Also, weil der Vorwurf hier auch häufig kommt, wir reden alles schön, was auf dem Arbeitsmarkt so passiert, das wird ja wahrscheinlich auch gleich die Entgegnung der Opposition sein, die nehme ich schon mal vorweg, das tun wir nicht, sondern wir greifen hier heute ein Problem auf, was sich jetzt über die letzte Zeit entwickelt hat, und ich glaube, das ist der richtige Ansatz, hier ranzugehen. Es ist noch mal ganz wichtig zu betonen, dass wir – und das ist ja für Landtagsabgeordnete eine Selbstverständlichkeit, denn wir haben auf unserer Visitenkarte das Kürzel „MdL“ stehen und nicht Mitglied einer Stadtvertretung oder eines Kreistages – natürlich das gesamte Land im Blick haben müssen. Deswegen auch hier ganz klar: Wir kümmern uns um alle strukturschwachen Regionen, ob sie in Mecklenburg oder in Vorpommern sind. In die-

sem Sinne freue ich mich auf die Debatte und werbe jetzt schon mal um Unterstützung für unseren Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat ums Wort gebeten der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Glawe, Sie haben das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein kurzer Blick auf den Arbeitsmarkt lässt erkennen, dass die Förderung des ersten Arbeitsmarktes weiter eine hervorragende erste Priorität genießen muss und soll. Wir haben in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit deutlich reduziert und allein im letzten Jahr haben wir zusätzliche Arbeitsplätze – das sind immerhin 8.200 gewesen im Jahre 2016 – schaffen können. In besonderer Weise sind Beschäftigungszuwächse im Bereich von Gesundheit und Sozialem, dem verarbeitenden Gewerbe, dem Gastgewerbe und dem Handel festzustellen. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist in einem Jahr um zehn Prozent gesunken. Und das sind alles Dinge, die in besonderer Weise auch dadurch entstanden sind, dass wir als Land die Rahmenbedingungen so gestalten, dass Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt entstehen, Neuansiedlungen und Erweiterungen von Unternehmen gelingen und damit die Leistungsfähigkeit des Landes zunimmt. Das Bruttoinlandsprodukt steigt.

Andererseits geht es natürlich auch darum – und da komme ich auf den Antrag von SPD und CDU zur Konzipierung einer regionalspezifischen Arbeitsmarktförderung des Landes auf der Drucksache 7/293, dieser stößt natürlich in meinem Haus auf besondere Zustimmung, denn wir müssen uns auch der Tatsache stellen –, dass wir gerade regionalspezifische Arbeitsmarktförderung in der Zukunft intensiver betrachten müssen. Deswegen brauchen wir dieses Jahr die komplette Analyse, um dann Handlungsfelder einzunehmen, die für die Praxis auch taugen.

Bereits in den vergangenen Jahren hat die Landesregierung dies über die vier Regionalbeiräte, räumlich aufgestellt entsprechend den Planungsregionen Vorpommern, Mecklenburgische Seenplatte, Region Rostock und Westmecklenburg, sowie mithilfe von mehreren Förderinstrumenten, zurzeit sind dies Strukturentwicklungsmaßnahmen, Integrationsprojekte, Familiencoachingprojekte und Kleinprojekte, auch in diesem Jahr, also 2017, weiter umgesetzt.

Der Fakt Mobilität kommt als eine bestimmte, spezifische Arbeitsmarktförderung dazu. Diese Förderung berücksichtigt die regionalen Besonderheiten der unterschiedlichen Landesteile beziehungsweise der einzelnen Gebiete Mecklenburg-Vorpommerns mittels zweier wichtiger Punkte: einerseits dadurch, dass sich die gesamten vier Regionalbeiräte im Jahr 2014, und zwar ausgehend von

sozioökonomischen Analysen, spezifische Arbeitsmarkt- und Regionalentwicklungsprogramme gegeben haben – auf dieser analytischen Grundlage erfolgte die Umsetzung der jeweiligen Förderregionen in einzelnen Regionalbeiräten –, andererseits wurde den besonderen Herausforderungen insbesondere in den östlichen Landesteilen Mecklenburg-Vorpommerns dadurch Rechnung getragen, dass in Vorpommern mit 30 Prozent – hören Sie zu: 30 Prozent! – und in der Mecklenburgischen Seenplatte mit 26 Prozent die Budgetansätze der dortigen Regionalbeiräte höher sind als in den westlichen Landesteilen wie den Regionen Rostock und Westmecklenburg. Da sind es jeweils 22 Prozent. Dabei sieht man schon, dass man strukturschwächere Regionen im Auge hat, um insgesamt dort den Arbeitsmarkt zukünftig zu beleben. Für diese bisherigen Ausprägungsformen der regionalspezifischen Arbeitsmarktförderung des Landes stehen auch durch die EU Fördermittel in Höhe von 45 Millionen Euro aus Mitteln des Sozialfonds bereit.

Die bisherigen Erfahrungen bei der Umsetzung der oben genannten Programme der vier Regionalbeiräte in Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass aus unserer Sicht zwei wesentliche Erfolgsfaktoren für die lokale und regionale Arbeitsmarktentwicklung zu beachten sind:

1. die Regionalisierung von Förderinstrumenten des Landes und die damit verbundenen sachgerechten Fördermittentscheidungen entsprechend den jeweiligen Bedarfen beziehungsweise Möglichkeiten
2. die zielgerichtete Abstimmung von Maßnahmen- und Ressourceneinsätzen zwischen den Akteuren vor Ort, beispielsweise zwischen den Regionalbeiräten und der Arbeitsagentur, den Jobcentern und natürlich auch den LEADER-Arbeitsgruppen

Die Landesregierung wird vor diesem Erfahrungshintergrund die Regionalisierung weiterer Förderinstrumente des Landes prüfen. Daraufhin ist die Landesregierung aktiv geworden und wird noch weitere Abstimmungsprozesse in den einzelnen Landesteilen begleiten. Beide Erfahrungen sollen im Übrigen Teile des noch im Jahre 2017 zu entwickelnden Maßnahmenpaketes zugunsten einer regionalspezifischen Arbeitsmarktförderung des Landes werden.

Wir stellen uns den Weg so vor, dass wir regionale und lokale, passfähige und zielgerichtete regionalspezifische Arbeitsmarktförderungen des Landes aufbauen. Nach Schaffung der erforderlichen personellen und sachlichen Voraussetzungen in meinem Haus soll bis Mitte des Jahres 2017 eine umfassende, räumlich differenzierte Analyse der regionalen und sektoralen Arbeitsmärkte in Mecklenburg-Vorpommern erstellt werden. Darauf aufbauend wird unter Einbeziehung der relevanten Ressorts und Abteilungen der Landesregierung in Abstimmung mit den Arbeitsagenturen und den Jobcentern im Land der Entwurf eines Maßnahmenpaketes zugunsten einer regionalspezifischen Arbeitsmarktförderung im Land entwickelt.

Im Herbst 2017 sollen die Arbeitsmarktanalyse und das Maßnahmenpaket auf Arbeitsmarktgesprächen in den jeweiligen vier Regionalbeiräten vorgestellt werden und dann sollen in einem Arbeitsmarktforum ergänzende Diskussionen geführt werden, um zu einem Gesamtkonzept für Mecklenburg-Vorpommern in den einzelnen

Regionen zu kommen, das speziell auf die jeweilige Region abgestimmt ist. Nach Abschluss dieser wichtigen Arbeitsschritte kann somit zum Ende des Jahres 2017 mit der schrittweisen Umsetzung des gesamten abgestimmten Maßnahmenpaketes begonnen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund der zahlreichen Herausforderungen am Arbeitsmarkt und natürlich in besonderer Weise in ländlich-peripherer gelegenen, strukturschwächeren Gebieten müssen wir davon ausgehen, dass die mit dem Maßnahmenpaket zu erarbeitenden Aktivitäten zugunsten einer regionalspezifischen Arbeitsmarktförderung sowohl kurz-, mittel-, aber auch langfristiger Natur sein werden. Dementsprechend werden diese Maßnahmen nach derzeitiger Planung mit dem Jahre 2018 nicht abgeschlossen sein. Daher werden wir 2018 auch nur einen Zwischenbericht vorlegen, denn wir sehen uns in der Pflicht, die nächsten fünf, wenn nicht sogar mehr Jahre im Auge zu haben, um gerade in den strukturschwächeren Regionen mehr Arbeitsplätze zu schaffen, mehr Infrastruktur zu entwickeln und damit dazu beizutragen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse auch dort weiterhin als das entscheidende Ziel für die nächsten Jahre gesehen werden.

Meine Damen und Herren, von daher glaube ich, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Wir werden uns in dieser Frage auch mit Langzeitarbeitslosen, mit neuen Programmen und auch mit Bürgerarbeit in der Zukunft beschäftigen, neben dem Thema „Stärkung des ersten Arbeitsmarktes, Ansiedlung und Erweiterung von Unternehmen“ und natürlich unter Einbeziehung der regionalen und der lokalen Akteure vor Ort. Das ist ganz entscheidend. Wir müssen natürlich Mittelstand, Handwerk, aber auch größere Unternehmen mitnehmen und wir wollen die Werbung über „Invest in MV“ in Deutschland, in Russland, in Polen, in Österreich, in der Schweiz und in Italien weiter ausbauen, um Neuansiedlungen gerade in strukturschwächeren Regionen für Mecklenburg-Vorpommern zu generieren.

In dem Sinne, glaube ich, sind wir gut aufgestellt, für die Zukunft gewappnet und ich freue mich, dass die SPD-CDU-Koalition diesen Antrag auf den Weg gebracht hat. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Philipp da Cunha, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Komning für die Fraktion der AfD.

Enrico Komning, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Meine Damen und Herren Kollegen! Liebe Bürger dieses Landes! Um es vorwegzunehmen, wir haben Wahlkampf und allein zu öffentlichkeitswirksamen Zwecken will die Landesregierung nun beschließen, dass strukturschwache Regionen des Landes in den Fokus gerückt werden. Da frage ich mich, liebe Landesregierung: War es nicht bisher auch Ihre Aufgabe, insbesondere die Aufgabe des Wirtschaftsministeriums und der Arbeitsämter, sich um die Arbeitsmarktförderung und um die optimale Allokation der Arbeit zu kümmern?

(Manfred Dachner, SPD: Es gibt doch gar keine Arbeitsämter, die sind doch abgeschafft worden.)

Bis zur Bundestagswahl wird jetzt eine lustige Bühnenschau inszeniert, die dem Zuschauer – man könnte ihn auch den Wähler nennen – suggerieren soll, dass die Landesregierung sich nun endlich um die vernachlässigten Regionen kümmern wird,

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

und ein Parlamentarischer Staatssekretär für Vorpommern erscheint auf der Bühne. Und obwohl dieser selbst noch nie am wahren Wirtschaftsleben teilgenommen hat, soll dieser Mann nun für Vorpommern und die sogenannten ländlichen Gestaltungsräume nun ganz viele Jobs zaubern.

(Manfred Dachner, SPD: Aber Sie!
Aber Sie, Herr Komning, ne?)

Hokuspokus Fidibus – so funktioniert das offensichtlich aus Sicht der Regierung.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Manfred Dachner, SPD: Sie nicht, Herr Komning,
Sie waren in der Wirtschaft, ne, Herr Komning?)

Ich habe sehr wohl zugehört. Ich will auch gleich kurz auf die Rede des Wirtschaftsministers eingehen. Sie sprachen von Regionalisierung von Förderinstrumenten, regional-spezifischer Arbeitsmarktförderung, die es anzugehen gilt. Es ging um eine Diskussion, die bis Ende 2017 abgeschlossen sein soll, und dann soll endlich mit der Realisierung der Maßnahmen begonnen werden.

Da muss ich mich doch wirklich fragen: Was haben Sie denn die letzten zwei Legislaturperioden gemacht, wenn Ihnen das alles erst jetzt und heute einfällt? Hätten Sie Ihren Job dort richtig gemacht,

(Dietmar Eifler, CDU:
60 Prozent weniger Arbeitslose!)

dann müssten wir uns heute gar nicht darüber unterhalten, dass es so wirtschaftsschwache Regionen in Mecklenburg-Vorpommern gibt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Arbeitsmarktförderung, sektorale Analysen, Maßnahmenpaket und Fachministerium – das hört sich ja alles zunächst mal recht gut an, aber ich denke, wir brauchen keine sektoralen Analysen, die ebenfalls nur Geld verschlingen werden und zu keinen nennenswerten neuartigen Erkenntnissen führen. Wir haben da draußen Hunderte von Bürgermeistern,

(Patrick Dahlemann, SPD: Sie nicht!)

Kommunalpolitikern und Dutzende Verbände und Kammern. Rufen Sie doch da einfach mal an! Die erzählen Ihnen dann schon, was es Neues gibt und wo der Schuh drückt.

Und warum steht die Zielsetzung eigentlich erst bei 2018? Ich frage mich, was daran so lange dauern soll.

(Minister Harry Glawe: Sie hören ja nicht zu.)

Es gibt ein geflügeltes Wort: „In silvam ligna ferre.“ So ungefähr würde es Horaz, der römische Dichter, Ihnen

sagen. Sie tragen Holz in den Wald, Sie verrichten eine unnütze Arbeit, liebe Landesregierung.

In der Begründung Ihres Antrages heißt es, es soll auf Mittel des Einzelplans 06 und unter Umständen „auf Mittel Dritter“ zurückgegriffen werden. Und da ich nicht davon ausgehe, dass diese „Mittel Dritter“ freiwillige Spenden oder Diätverzicht der CDU- und SPD-Abgeordneten sein sollen,

(Jochen Schulte, SPD: Sie können ja
mal mit gutem Beispiel vorangehen! –
Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

werden wohl auch diese Drittmittel irgendwie vom Steuerzahler eingetrieben werden müssen. Und dazu darf ich mal was erklären:

(Thomas Krüger, SPD: Machen
Sie mal einen Gegenvorschlag!)

Es ist ein ökonomisches Gesetz, ...

Der Gegenvorschlag kommt gleich, Herr Krüger.

... es ist ein ökonomisches Gesetz, dass eine Regierung nichts geben kann, was sie nicht jemandem anderen vorher genommen hat. Eine Fördermaßnahme wird eben niemals von der Landesregierung aus eigenen Mitteln bezahlt. Die Landesregierung fördert immer ausschließlich auf Kosten des Steuerzahlers,

(Thomas Krüger, SPD: Wie denn sonst?)

also auf Kosten kreativer Unternehmer und fleißiger Arbeiter, denen sie ihre Gewinne und Löhne vorenthält. Politische, öffentlichkeitswirksame Förderungen sind eine beliebte Methode staatlicher Freigiebigkeit, sie fügen der Menge der verfügbaren Ressourcen aber eben nichts hinzu. Sie machen einige Leute kurzfristig reicher, aber nur in dem Maße, in dem Sie in der Vergangenheit andere ärmer machten oder in der Zukunft machen werden.

(Susann Wippermann, SPD:
Das sind doch Hirngespinnste.)

Und was wir brauchen, das kann ich Ihnen sagen: Wir brauchen eine Abschaffung des ausgearteten Umverteilungsstaates zugunsten eines Staates mit mehr Eigenverantwortung und Kompetenz bei der Wirtschaft.

(Heiterkeit bei Manfred Dachner, SPD:
Das kennen Sie noch von der FDP, ne?)

Der Staat soll sich beschränken auf den Schutz von Personen und Eigentum und nach Bedarf Infrastruktur schaffen, soziale Stütze, Familienförderung und Bildung bereitstellen. Senken Sie die Gewerbesteuern, reduzieren Sie die Grundsteuern, verkleinern Sie die üppigen Haushalte, machen Sie Staatsposten wieder zu Ehrenämtern und setzen Sie sich im Bundesrat dafür ein, dass alle Arten von Steuern und Zwangsabgaben gesenkt werden! Dabei ist es völlig egal, ob Energiesteuer, Umsatzsteuer, Kaffee-steuer oder Zwangsabgaben fürs Fernsehen. Verringern Sie die Regulierungen, setzen Sie sich für einen Stopp der Russlandsanktionen ein, schmälern Sie die Bürokratie, lassen Sie die Menschen einfach freier agieren!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und vielleicht nehmen Sie sich das Bruttogehalt des Parlamentarischen Staatssekretärs von 12.800 Euro

(Jochen Schulte, SPD: Das ist das dritte Mal, dass Sie das heute verteilen.)

und geben das an die Leute in Torgelow zurück.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

So entlastet man, liebe Kollegen, Arbeiter und Wirtschaft, eröffnet frische Kapazitäten für Investitionen und den ersten Arbeitsmarkt.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Ich versichere Ihnen, dass die private Wirtschaft, clevere Unternehmer, deren risikobedachte Buchhalter und natürlich unsere fleißigen und produktiven Arbeiter hier im Handumdrehen die Wirtschaft beflügeln, denn jedes private Wirtschaftssubjekt kann Gelder profitabler, sinnvoller und direkter investieren als die staatliche Umverteilungsmaschinerie, die selbst nichts produziert, aber Geld verbraucht und verschwendet.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Jochen Schulte, SPD: Schön, was er jetzt sagt. – Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Und jetzt mal ein paar Zahlen: Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum in Mecklenburg-Vorpommern betrug in den letzten zehn Jahren, also während der letzten zwei Legislaturen, lächerliche ein Prozent jährlich. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern ist das katastrophal. Blickt man in die östlichen Nachbarregionen, die mit wenig Steuern belastete Woiwodschaft Westpommern zum Beispiel, so hat man dort ein Wirtschaftswachstum von durchschnittlich fünf Prozent jährlich in den letzten zehn Jahren.

(Jochen Schulte, SPD: Womit wird das bezahlt? Mit Steuermitteln und Geld von der EU!)

In ein paar Jahren haben uns unsere polnischen Kollegen eingeholt, obwohl ihnen nie großartig Finanzmittel aus dem Westen zur Verfügung standen.

(Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

Und kommen Sie mir, Herr Ehlers, nicht mit irgendwelchen manipulativ interpretierten Arbeitslosenzahlen!

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

Die statistische Arbeitslosigkeit sinkt fast ausschließlich durch die reduzierte Zahl an potenziellen Erwerbsfähigen in Mecklenburg-Vorpommern im Alter von 15 bis 65 Jahren.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Wer ist schuld daran, dass es immer weniger Erwerbsfähige gibt?

(Sebastian Ehlers, CDU: Mehr Jobs. Was sagen Sie dazu?)

Schuld daran ist die Landesregierung, die eben nichts dafür tut, dass die arbeitsfähige Bevölkerung hier im Land bleibt, sondern dass diese Bevölkerung abwandert.

(Susann Wippermann, SPD: Ja, wie kriegen wir das verhindert?)

Und das daraus folgende Ergebnis schreiben Sie sich im Rahmen der Arbeitslosigkeitsstatistik auf die Fahne. Na, herzlichen Dank!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

In dieser Statistik werden noch nicht einmal alle Erwerbslosen gezählt. Zahlreiche Asylforderer, ausländische Geduldete, Fortbildungsteilnehmer über 58 Jahre, Ein-Euro-Arbeiter und Flüchtlinge sind nämlich nicht mit eingerechnet, genauso wie Freiwilliger Wehrdienst, Bundesfreiwilligendienst und Jugendfreiwilligendienste nicht mit hineingerechnet werden.

(Susann Wippermann, SPD: Die sind doch nicht arbeitslos.)

Im Bundesländervergleich rangiert Mecklenburg-Vorpommern trotz dieser statistischen Kosmetik fast immer auf den hintersten beiden Plätzen.

Und wieso verbreiten Sie eigentlich kontinuierlich solche Fantastereien, wie zum Beispiel, es gehe uns so gut wie noch nie oder die Arbeitslosigkeit sei durch Maßnahmen der Regierung bekämpft worden? Das wird vielleicht subjektiv verzerrt so wahrgenommen durch den technologischen Fortschritt, der uns immer leistungsfähigere Elektronik, schnellere Logistik und größere Produktauswahl bringt, aber an jenem Fortschritt haben jedenfalls CDU und SPD keine Teilhabe. Man sollte eher sagen, trotz CDU und SPD haben wir uns zufriedenstellend entwickelt.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Meine Damen und Herren, der kritische Punkt der sozialen Versorgung wird in Bälde erreicht sein. Da wird nämlich genau ein Bürger in Mecklenburg-Vorpommern genau für einen anderen Bürger komplett mitwirtschaften müssen. Auf einen erwerbsfähigen Bürger kommt dann zum Beispiel ein Rentner, ein Kranker, ein Asylant, ein Kind oder ein Arbeitsloser, für den er eine Versorgung zu erarbeiten hat. Und was nun? Ihr großer Wirtschaftsplan ist es also, einen Staatssekretär mit Bediensteten einzustellen, eine unsinnige Analyse durchzuführen und dann den Haushalt umzuschichten nach all den Jahren des kläglichen Versagens Ihrer Regierungskoalition.

Wie kommen Sie eigentlich darauf, dass Ihr sogenanntes Fachministerium und – Herr Dahleemann, nehmen Sie es nicht persönlich – ein 28-jähriger, erwerbsunerfahrener Politiknachwuchs ohne jegliche Qualifikation jetzt auf einmal diese Probleme lösen sollen? Ich denke, hier wird nur leeres Stroh gedroschen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Meine AfD-Fraktion wird sich zu diesem Antrag nur enthalten, denn die Grundausrichtung des Antrages ist richtig, die Umsetzung allerdings offensichtlich nicht Erfolg versprechend. Der wahlkampfbedingte Populismus – und auch den müssen Sie sich nun mal vorhalten lassen –,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das war eine schöne Wahlkampfrede.)

der sich hier als ein trauriges ökonomisches Besserstellungsverprechen verbalisiert,

(Dirk Friedriszik, SPD: Wahlkampf betreiben Sie hier gerade.)

hängt vielen Leuten immer mehr zum Halse heraus.

(Dirk Friedriszik, SPD: Das, was Sie da betreiben, ist eine populistisch inszenierte Wahlkampfrede.)

Es wird dazu führen, dass besonders die CDU und die SPD an Rückhalt verlieren,

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

und es ist dem Volk klar, dass dieser Antrag ein Offenbarungseid ist. Er beweist, dass das Handeln der bisher in Mecklenburg-Vorpommern regierenden Parteien – und damit meine ich nicht nur die aktuell regierenden, sondern ich meine damit sowohl die CDU, die SPD als auch DIE LINKE – seit Jahrzehnten eben nicht nur für einen abgehängten, sondern darüber hinaus auch für einen zweigeteilten Arbeitsmarkt gesorgt hat. Das Handeln der letzten Regierungen hat nicht für einen natürlichen, sich ausgleichenden und flächendeckenden Markt gesorgt, sondern letztlich für dessen Marktversagen. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Ich bitte, darauf zu achten, dass von den Besucherbänken Beifallsbekundungen nicht gestattet sind.

Es hat noch mal ums Wort gebeten der Minister ...

(Dr. Ralph Weber, AfD: Trotzdem danke!)

Bleiben Sie bitte ruhig!

Der Minister hat noch einmal das Wort.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Also, Herr Komning, Sie sind ja ein blanker Populist vor dem Herrn.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Dirk Friedriszik, SPD: Bravo!)

Das ist ja nicht zu toppen, was Sie uns hier an Realitätsferne bieten.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig.)

Im Land Mecklenburg-Vorpommern haben die Unternehmer in den letzten zehn Jahren 50.000 neue Arbeitsplätze entwickelt, auch mit Förderung des Landes, mit Förderung der EU, mit Förderung des Bundes. Dass Sie das hier kleinreden, das ist schon eine starke Nummer!

Die Arbeitsmarktförderung ist doch ganz richtig, wir müssen da, wo strukturschwache Regionen festgestellt werden, mehr reinstecken, um die Leute in Arbeit zu bekommen. Dass Sie das hier kleinreden und den Leuten

auf der Tribüne noch erzählen, was Sie alles hinkriegen! Sie haben bis jetzt keinen einzigen Vorschlag gemacht, wie Sie was entwickeln wollen. Sie haben alles nur schlechtgeredet, Sie haben dieses Land schlechtgeredet, Sie haben die Leistungen der Menschen schlechtgeredet.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU –

Dirk Friedriszik, SPD: Genau. – Sebastian Ehlers, CDU: Sehr richtig.)

Ich finde, eigentlich müssten Sie sich mal entschuldigen für solche Dinge, die Sie hier vortragen. Es ist blanker Wahlkampf und Sie sind, glaube ich, Kandidat für den nächsten Bundestag. Das wollen Sie wahrscheinlich hier nutzen. So können wir miteinander nicht umgehen.

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD, und Sebastian Ehlers, CDU)

Und wenn Sie hier behaupten, Herr Kollege, wenn Sie hier behaupten, ...

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Jetzt habe ich das Wort, nachher können Sie noch mal nach vorn kommen.

... wenn Sie hier behaupten, dass wir im Einzelplan 06 Mittel eingestellt haben, um die Arbeitsmarktförderung voranzubringen, um auch die Entwicklung der Wirtschaft voranzubringen, das ist natürlich richtig, dass wir Drittmittel einfordern, das ist normal. Die Bundesanstalt für Arbeit ist immer ein Partner, mit dem wir reden. Die GAB ist immer ein Partner auf der Bundesebene, mit dem wir reden können. Und das hier sozusagen zu torpedieren und zu unterstellen, wir würden nur Mittel umschichten, ist doch völliger Unsinn.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Nee, das ist die Wahrheit!)

Wir holen Mittel ins Land, um mehr Arbeit, mehr Wertschöpfung und mehr Beschäftigung hinzukriegen, Wirtschaftswachstum. Das Bruttoinlandsprodukt ist jedes Jahr um 2,2 Prozent im Land Mecklenburg-Vorpommern gewachsen. Das nehmen Sie bitte mal zur Kenntnis! Dann können Sie nicht der Großen Koalition vorwerfen, dass wir untätig waren und nichts geleistet haben. Das ist einfach total falsch.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Es ist eine Tatsache, dass in den letzten zehn Jahren 50.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Es ist eine Tatsache, dass in den letzten fünf Jahren 30.000 neue geschaffen worden sind. Also ich weiß nicht, wo Sie Ihren Sachverstand abgegeben haben.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Ich würde eher sagen, an der Garderobe, wie das so früher unter Alkohol der Fall war.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU – Manfred Dachner, SPD: Der hat noch nie welchen gehabt, den braucht er auch nicht abzugeben.)

Und uns hier vorzuwerfen, dass wir ein gestörtes Verhältnis zu Russland haben, das können Sie diesem Land nicht vorwerfen! Das können Sie diesem Land nicht vorwerfen!

(Zuruf von Enrico Komning, AfD)

Sie haben es gesagt.

Wir haben sogar Ansiedlungen von Unternehmen aus dem Leningrader Gebiet, aus Sankt Petersburg in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben viele russische Unternehmen, die in Wismar, Rostock oder Malchin et cetera zu Hause sind, auch in Lubmin, Deutsche Ölwerke zum Beispiel. Also das müsste Ihnen doch zu denken geben.

Zur Entwicklung des Tourismus in Vorpommern haben wir gerade die neuen Zahlen gestern gehört. Allein auf der Insel Usedom und in der Region dort sind es über eine Million Gäste, die hier Urlaub machen,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

sich erholen, die dafür sorgen, dass Arbeitsplätze, Professor Weber, gesichert und ausgebaut werden. Oder nicht? Wollen Sie das bestreiten? Das können Sie nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Das ist noch nicht entschieden, er schwankt noch.)

Also, meine Damen und Herren, Vorpommern ist im Tourismusbereich, ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Minister, einen Moment!

(Minister Harry Glawe spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Gestatten Sie eine Zwischenfrage? – Nein, hat er gesagt.

Minister Harry Glawe: Sie können stehenbleiben, ich komme gleich zu Ihnen.

... in der Medizintechnik und Ansiedlung weiter auf einem guten Weg, das Land auch in diesem Bereich bekannter und wettbewerbsfähig zu machen, um gut bezahlte Arbeitsplätze zu entwickeln.

So, bitte schön.

Enrico Komning, AfD: Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre Ausführungen.

Ich habe eine Zwischenfrage: Herr Minister, wie erklären Sie sich, dass Ihre Regierungskoalition, die ja nun schon eine ganze Weile an der Regierung ist ...

(Manfred Dachner, SPD: Wie lange denn?)

Wie bitte?

(Manfred Dachner, SPD: Wie lange?)

Das wissen Sie doch selbst. Das ist jetzt wohl ein Scherz.

(Manfred Dachner, SPD: Das ist schon eine ganze Weile.)

Wie erklären Sie sich, dass es dennoch in Mecklenburg-Vorpommern Regionen gibt, die Sie erst jetzt fördern wollen im Rahmen eines Sonderprogrammes, im Rahmen eines neuen Fachministeriums? Wie konnte es erst dazu kommen, dass das notwendig wird?

Minister Harry Glawe: Herr Kollege, die entscheidende Frage ist ja, wir haben in Vorpommern auch in strukturschwachen Regionen immer etwas mehr Probleme als in den Regionen, die boomen, so wie die Region Schwerin, Nordwestmecklenburg, Stralsund oder die Insel Rügen.

(Jochen Schulte, SPD: Rostock.)

Oder Rostock.

Das müssen wir jetzt in besonderer Weise angehen. Es gibt weiter die Förderinstrumente in strukturschwachen Regionen, kleinere mit bis zu 40 Prozent fördern zu können, um dort auch Arbeitsplätze zu schaffen. Nichtsdestotrotz müssen wir jetzt hineingehen, um einerseits den Arbeitsmarkt, die Arbeitskraft zu fördern und zweitens auch Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben. Was Sie daran kritisieren, verstehe ich nicht.

Man muss doch auch in der Politik flexibel sein. Wenn man Schwächen erkannt und ausgemacht hat, dann muss man sie angehen. Zum Angehen gehören die Analyse und dann die Frage, wie wir herangehen wollen. Dazu brauchen wir einen breiten gesellschaftlichen Diskurs und dann wird entschieden, in welche Richtung gegangen wird, wie wir insgesamt strukturschwache Regionen in den nächsten fünf bis zehn Jahren deutlich heranführen wollen an gleichwertige Lebensverhältnisse. Das kann man doch nicht kritisieren, finde ich jedenfalls.

(Jochen Schulte, SPD: Doch, kann man. Das sieht man doch an der AfD.)

Herr Komning, wenn Sie diesen Wahlkampf so führen wollen, dann, verspreche ich Ihnen, treffen wir uns öfter, auch in der Region, wo Sie auftreten. – Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Manfred Dachner, SPD:
Da sind Sie zumindest zu zweit.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Herr Minister.

Der Herr Minister hat seine angemeldete Redezeit um sieben Minuten überschritten. Diese Zeit steht den Oppositionsfractionen zusätzlich zur Verfügung.

(Vincent Kokert, CDU:
Also nicht dem Kollegen Schulte.)

Jetzt hat das Wort der Kollege Schulte für die SPD-Fraktion.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß gar nicht, warum Herr Minister Glawe sich eben so echauffiert hat. Ich fand die Rede von dem Herrn Kollegen Komning gut, denn das ist das erste Mal gewesen, dass die AfD in diesem Haus tatsächlich ihr ordnungspolitisches, nationalliberales, menschenfeindliches – nein, menschenfeindlich will ich nicht sagen, bevor Sie mir ins Wort fallen –, arbeitnehmerfeindliches Weltbild,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Ooh!)

das ansonsten nur durch ihre Parteiprogramme geistert, hier auch offen vorgetragen hat.

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

Wenn ich die Rede des Kollegen Komning richtig verfolgt habe – und, Herr Kollege Holm, ich gehöre zu denen in diesem Haus, die Ihnen tatsächlich, Ihnen und Ihren Fraktionskollegen, zuhören, ich achte da schon auf jedes Wort, das Sie sagen –, dann habe ich es ganz genau gehört, wie er sagte, man müsste endlich dazu kommen, dass der Umverteilungsstaat abgeschafft werden sollte. Der Staat sollte eingeschränkt werden, er sollte sich nur noch auf den Schutz des Eigentums beziehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, was heißt das denn? Wenn man das zu Ende denkt – und die AfD in ihrem Parteiprogramm denkt es ja immer wieder zu Ende –, dann bedeutet das, dass in Deutschland und damit auch in diesem Land zum Beispiel das Arbeitslosengeld I abgeschafft wird. Das heißt, wenn jemand arbeitslos wird, steht er auf der Straße und kann im Endeffekt entweder bei seinen Verwandten oder bei anderen Leuten betteln gehen.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Das ist das, was die AfD will. Sie will Bettler in diesem Land produzieren und nichts anderes, und ich bin ...

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Der Abgeordnete Jochen Schulte spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage? (Zustimmung)

Leif-Erik Holm, AfD: Mich würde mal persönlich interessieren, damit Sie mich auf den neusten Stand versetzen können, wo Sie in unserem Grundsatzprogramm diesen Punkt gefunden haben, dass wir das Arbeitslosengeld abschaffen wollen.

Jochen Schulte, SPD: Herr Kollege Holm, ich brauche da gar nicht auf Ihr Grundsatzprogramm zu rekurrieren, ich nehme die Äußerung Ihres Kollegen Komning vor fünf Minuten in diesem Haus. Da steht das gesprochene Wort. Herr Kollege Holm, vielleicht hören Sie einfach mal Ihrem Fraktionskollegen zu, wenn er hier redet. Ich tue das.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

Und, meine Damen und Herren, es ist auch bezeichnend, wir haben es nun in den Monaten dieser Landtagsdebatten immer wieder erlebt, dass hier große Luftblasen von den Kollegen und der Kollegin der AfD produziert werden und kritisiert wird,

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD: Jetzt gerade.)

was alles anders gemacht werden müsste, und am Ende des Tages ist es dann wie eben, dann wird gesagt, nein, wir wollen keine Entscheidung treffen, wir stimmen nicht dafür, wir stimmen nicht dagegen, wir enthalten uns.

Herr Kollege Komning, meine Dame, meine Herren von der AfD, es wäre wenigstens ehrlich gewesen, wenn Sie nach dieser Rede, die Sie hier gehalten haben, gesagt hätten, wir stimmen gegen diesen Antrag, weil wir grundsätzlich dagegen sind, dass zum Beispiel aus Steuermitteln oder aus Mitteln der Bundesagentur für Arbeit Arbeitsplätze in diesem Land neu geschaffen werden, Menschen in diesem Land qualifiziert werden, dass sie eine Chance haben, tatsächlich Arbeit zu finden. Wenn Sie das nicht wollen, dann ist das eine politische Entscheidung. Das werden am Ende des Tages Ihre Wählerinnen und Wähler beurteilen müssen. Aber dann sagen Sie es wenigstens offen in diesem Haus und verstecken sich nicht dahinter, dass Sie bestimmte Themen wieder nicht mitentscheiden wollen!

Und, sehr geehrter Kollege Ehlers, auch zu Ihnen noch ein Satz, bevor ich mich zu dem Antrag in der Sache, allerdings etwas verkürzt, äußern werde. Herr Kollege Ehlers, natürlich ist es so, dass man immer wieder darüber nachdenken muss, ob die Agenda 2010 tatsächlich heute noch das richtige Instrument in dieser Form ist. Das unterscheidet vielleicht auch von jemandem wie Martin Schulz oder anderen Mitgliedern der SPD. Ich gehöre zu denen, die sich immer dafür eingesetzt haben, dass es diese Agenda 2010 gibt, aber ich gehöre auch zu denen, die immer gesagt haben, wenn es Novellierungsbedarf, wenn es Anpassungsbedarf gibt, dann soll man sich dem nicht verweigern. Man wird eben auch mit der Zeit klüger.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Sehr geehrter Herr Kollege Ehlers, das gilt selbst für Teile der CDU. Noch im Jahre 2008 haben die Koalitionsparteien in Berlin – und das war auch die CDU – zum Beispiel die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose auf 24 Monate verlängert. Das hätte ja gar nicht passieren dürfen, wenn man nicht in der Lage wäre zu sagen, was vielleicht angepasst geändert werden muss. Und ich finde, es ist eine gute Überlegung, tatsächlich heute zu sagen, wir wollen auch mehr Geld für Qualifizierung in die Hand nehmen. Da sehe ich dann offensichtlich auch einen Gleichklang zwischen dem Landeswirtschaftsminister und den Forderungen der SPD auf Bundesebene.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zu dem Antrag noch mal zurückkommen. Wir haben – und Herr Minister Glawe hat es dargelegt – in diesem Land eine durchaus bemerkenswerte Erfolgsgeschichte, wenn man sich die Arbeitsmarktentwicklung anguckt. Wir haben 2005 auf dem Höhepunkt der Arbeitslosigkeit eine Zahl von 211.000 Arbeitslosen in diesem Land gehabt. Heute – darüber kann man streiten, wie das einzelne Beschäftigungsverhältnis ausgestattet ist – sind es 60 Prozent weniger. Wenn man die Zahlen aus diesem Jahr nimmt, die Zahlen des Vorjahresmonats, und mit denen des Februars vergleicht, dann sind – daran wird deutlich, dass es nicht um einen demografischen Wandel geht – nach Aussagen der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit in diesem Zeitraum 8.200 Arbeitsplätze mehr geschaffen worden.

Meine Damen und Herren, auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen – und ich glaube, das ist für alle Beteiligten in diesem Haus wichtig – ist in Relation zum Februar 2016 gesunken. Für die 85.000 Arbeitssuchenden, die immer noch zu viel sind, war die Voraussetzung, Arbeit zu fin-

den, in diesem Land noch nie so gut, wie das heute der Fall ist. Aber, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, zur Wahrheit gehört auch, dass – und das gilt nicht nur für Mecklenburg-Vorpommern, das gilt für das gesamte Bundesgebiet – es nicht nur statistische Unterschiede regional gibt, sondern dass es höchst reale Unterschiede gibt. Während wir in der westlichen Landeshälfte inzwischen einschließlich des Landkreises Rostock eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von knapp 8,5 Prozent haben und damit – auch das muss man mal ganz deutlich sagen – nur noch knapp über dem Bundesdurchschnitt liegen, das hätten wir vor 15 Jahren in diesem Land doch überhaupt nicht zu träumen gewagt, müssen wir feststellen, dass wir im Durchschnitt im Osten des Landes immer noch bei knapp 13 Prozent liegen.

Und, meine Damen und Herren, natürlich ist weder im Westen dieses Landes alles Gold, was glänzt, und genauso wenig ist im Osten dieses Landes alles nur schwarz und grau. Aber wenn man die Situation betrachtet, ist es so, dass die Schwerpunkte für eine entsprechende Strukturentwicklung im Osten dieses Landes über die Breite gesehen schwieriger sind – Herr Minister Glawe hat zu Recht darauf hingewiesen –, als sie das in weiten Teilen im Westen dieses Landes sind.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich kann es daher nur begrüßen, wenn das Wirtschaftsministerium jetzt bereit ist zu sagen, wir schauen, an welcher Stelle wir mit gezielten Maßnahmen tatsächlich dazu kommen können, dass mehr Menschen in Arbeit kommen. Dazu gehören natürlich auf der einen Seite Strukturentwicklungsmaßnahmen, dazu gehören aber auch Qualifizierungsmaßnahmen, denn wir haben im Osten des Landes durchaus Arbeitsplätze, die besetzt werden könnten, nur, wir müssen die Menschen, die Arbeit suchen, und die Arbeitsplätze, die frei sind, zusammenbringen. Und wenn wir sie zusammenbringen, dann müssen wir auch darüber nachdenken – das ist etwas, was wir als SPD-Fraktion vor dem Hintergrund dieses Antrages auch vom Wirtschaftsministerium erwarten –, wie wir die entsprechende Mobilitätserhöhung bei denen, die jetzt noch keine Arbeit haben, durch Unterstützung fördern können.

Lassen Sie mich noch einen Satz dazu sagen, Herr Minister Glawe, meine Damen und Herren. Ich glaube – bei aller Kritik, die immer wieder auftaucht an der Person des Parlamentarischen Staatssekretärs, an dem Umstand, dass diese Funktion geschaffen worden ist –, gerade an diesem Punkt zeigt sich, dass es auf der einen Seite eine sinnvolle Lösung ist, wenn durch das Wirtschaftsministerium aus seiner Kenntnis der Dinge, und damit meine ich nicht nur den Bereich Arbeitsmarktpolitik, sondern insbesondere auch den Bereich Wirtschaftspolitik, diese fachlich bezogenen Kenntnisse zusammenfließen mit den regionalspezifischen Kenntnissen, die der Parlamentarische Staatssekretär unzweifelhaft in diese Arbeit einbringen kann. Daran allein zeigt sich, wie sinnvoll eine entsprechende Lösung sein wird.

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren durchaus viel erreicht. Wir haben erreicht, dass die Menschen in diesem Land nicht nur mehr Arbeit gefunden haben, wir haben erreicht – auch wenn wir manchmal unseren Koalitionspartner dazu mehr liebevoll umarmen mussten, damit es in die richtige Richtung geht, ...

(Vincent Kokert, CDU: Dagegen weigere ich mich entschieden, Herr Schulte.)

Dich würde ich auch nie liebevoll umarmen.

(Heiterkeit bei Simone Oldenburg, DIE LINKE – Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

... dass wir sie dann vielleicht nicht ganz so liebevoll umarmen mussten, manchmal dann eher prügeln –, dass es in die richtige Richtung geht, was die Frage von Lohnsteigerung angeht, zum Beispiel durch die Schaffung eines vergabespezifischen Mindestlohns.

Aber auch den Weg sind wir gegangen und wir freuen uns darüber, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU jetzt gemeinsam mit uns den Weg gehen wollen, dass tatsächlich mehr Menschen zum Beispiel durch Qualifizierungsmaßnahmen in diesen speziell geprägten Räumen mit den entsprechenden strukturellen Problemen Arbeit finden.

(Sebastian Ehlers, CDU: Das ist ein guter Antrag, Herr Schulte.)

Herr Minister Glawe, Sie haben das Wort „Bürgerarbeit“ hier in die Debatte eingeführt. Auch da – und ich bin gespannt, wie das konkret umgesetzt werden soll durch das Ministerium – finde ich es gut vor dem Hintergrund der jahrelangen Debatten, die zwischen SPD und CDU geführt worden sind, in welcher Form, ich nenne das jetzt mal Bürgerarbeit, Menschen auf kommunaler Ebene in Arbeit gebracht werden können, und dass diese Idee jetzt von Ihnen aufgenommen wurde. Ich bin gespannt, Herr Minister Glawe, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wie das dann entsprechend finanziell untersetzt wird.

Meine Fraktion ist sehr zufrieden mit dem Antrag und ich kann nur dafür werben, dass sie eine breite Unterstützung in diesem Haus findet. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Burkhard Lenz, CDU)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Für DIE LINKE erhält jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Holter.

Helmut Holter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor einiger Zeit sagte jemand zu mir, das politische Koordinatensystem ist durcheinandergekommen. Heute kann ich feststellen, der Mann hat recht. Solange die SPD federführend für die Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern zuständig war, war eine solche Rede, wie ich sie heute von Harry Glawe gehört habe, hier nicht möglich.

(Sebastian Ehlers, CDU: Sehen Sie!)

Und als die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD abgeschlossen waren, habe ich gedacht: Mein Gott, Harry Glawe wird Arbeitsminister!

(Sebastian Ehlers, CDU: Gott sei Dank!)

Was soll daraus werden?! Heute sage ich: Gott sei Dank, Harry Glawe ist Arbeitsminister!

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU – Sebastian Ehlers, CDU: Ja, richtig.)

Aber, lieber Harry, pass auf, dass du nicht eines Tages mit Helmut angesprochen wirst!

(Heiterkeit bei Harry Glawe, CDU)

Das, was Sie, Herr Minister, hier vorgetragen haben, hat natürlich ein paar Erinnerungen bei mir hervorgerufen.

Es gab zu Zeiten der rot-roten Koalition ein Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramm. Und ein Prinzip dieses Programms war was, Herr Ehlers? Regionalisierung!

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das war abschreckend.)

Die Regionalbeiräte gehen genau auf mich zurück, das will ich hier noch mal feststellen, und die haben die ganze Zeit gearbeitet und die strukturspezifischen Bedingungen sowie die arbeitsmarktpolitischen Bedingungen in den jeweiligen Regionen zur Grundlage ihrer Arbeit gemacht. Wenn das, Herr Ehlers, im Antrag stehen würde, was Harry Glawe hier ausgeführt hat, dann könnten wir dem Antrag zustimmen. So fordern Sie aber eine Analyse, ein Maßnahmenplan muss erarbeitet werden und irgendwann ein Bericht, also Ende 2018.

Deswegen möchte ich beantragen, dass der Antrag in den zuständigen Ausschuss, in dem Fall in den Wirtschaftsausschuss überwiesen wird, damit wir dort über diesen Antrag reden können, und wenn man ihn dort qualifizieren kann im Sinne der Rede des Ministers, dass er dann auch für uns zustimmungsfähig wird. Also, Frau Präsidentin, ich beantrage die Überweisung in den Wirtschaftsausschuss.

Was mich dann schon verwundert hat, ist, dass Sie in dem Antrag das eine schreiben und hier etwas anderes reden. Sie nehmen den Osten, Vorpommern, Ostmecklenburg und die ländlichen Gestaltungsräume in den Fokus Ihres Antrages. In Ihren Reden betonen Sie auf einmal das ganze Land.

(Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Und ich will Sie fragen: Welche Angebote machen Sie denn ganz konkret an die Langzeitarbeitslosen? Etwa das mit der Bürgerarbeit? Wie viel Stellen sollen denn geschaffen werden in Mecklenburg-Vorpommern? Wenn ich mir den Koalitionsvertrag anschau, da haben Sie in Ziffer 291 etwas zum öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gesagt, betonen aber die Bundesebene. Machen Sie denn das, was Harry Glawe hier ausgeführt hat, wirklich zur Grundlage Ihrer Politik und fahren Sie auf der linken Überholspur? Dann reiche ich Ihnen gern die Hand. Noch kann ich das nicht erkennen. Für mich ist die Frage, ob das, was Sie heute mit Worten angekündigt haben, auch Grundlage einer Landesarbeitsmarktpolitik wird. Da bin ich gespannt, ob das so eintreten wird.

Unser Land ist gespalten, sozial und regional, und Harry Glawe und Frau Hesse werden sich erinnern an den 1. Mai 2015 in Stralsund, da habe ich dazu gesprochen und es hat einen Anschluss gegeben. Wie viel Anträge hat meine Fraktion hier in diesem Hause eingebracht, um die gleichwertigen Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern einzufordern? Wie viel Anträge hat meine Fraktion hier eingebracht für eine aktive Arbeitsmarktpolitik der öffentlich geförderten Beschäftigung? Sozialer Arbeitsmarkt waren die Stichworte mit den vielen

Projekten, die Sie alle zunichte gemacht haben, die Sie alle abgelehnt haben, weil Sie das aus ideologischen Gründen nicht wollten.

Deswegen bin ich heute froh, dass Sie eine Kehrtwende vollziehen. Wenn das eine Kehrtwende ist, dann haben Sie meine Unterstützung, und ich hoffe, dass Sie auch dabei bleiben. Sie sind bis heute die Antwort schuldig geblieben, wie Sie die Spaltung des Landes überwinden wollen. Deswegen sind wir da gar nicht kleinlich. Es geht ja nicht darum, dass wir die aktive Arbeitsmarktpolitik erfunden haben, sondern es geht darum, das Beste für die Arbeitslosen in Mecklenburg-Vorpommern herauszuholen. Es geht mir auch nicht um die Urheberschaft, denn jede Maßnahme, die hier ergriffen wird, um für die Arbeitslosen etwas zu verbessern, wird durch mich unterstützt.

Und dann will ich noch mal Ihnen, Herr Komning, Folgendes sagen: Ich habe etwas dagegen, dass der Arbeitsmarkt in verschiedene Kategorien eingeteilt wird. Arbeit ist für mich gleichwertig, egal, ob sie auf dem ersten Arbeitsmarkt durchgeführt wird oder auf dem zweiten Arbeitsmarkt, um auch diese Klassifizierung zu nehmen. Ich halte es für falsch, hier einen Unterschied zu machen, sondern es geht darum, dass Arbeit eine Würde und ein Menschenbedürfnis darstellt. Arbeit muss gleichrangig bewertet und auch gewürdigt werden durch uns in der Politik, aber durch eine entsprechende Entlohnung.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ich möchte, dass wir nicht nur über die strukturschwachen Räume reden, man muss in diesem Zusammenhang natürlich auch über die Städte reden. Über Schwerin, Herr Ehlers, über Rostock, Greifswald, Neubrandenburg und Stralsund müssen wir reden, denn die Hilfebedürftigen, die meisten Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger leben in den Städten. Wenn es um aktive Arbeitsmarktpolitik geht und Langzeitarbeitslose aus der Hilfebedürftigkeit herauszuführen, dann müssen wir auch aktive Arbeitsmarktpolitik in den Städten durchführen und nicht nur in den ländlichen Räumen. Deswegen ist Ihr Antrag zwar ein guter Appell, ein guter Ansatz, er geht aber in die falsche Richtung, weil er die Spaltung nicht aufhebt, sondern er schafft eine neue Spaltung, er schafft einen neuen Neid in diesem Land. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen, wenn Sie ihn nicht überweisen.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen, meine Damen und Herren, sollten wir im Rahmen der Ausschussbefassung den Erwerbslosenbeirat und vielleicht auch andere Verbände und Vereine einladen, um darüber zu reden, was denn aus deren Sicht notwendig ist.

Auch bin ich bei Ihnen, Herr Komning, Bürgermeister, Landräte und andere sind diejenigen, die vor Ort Erfahrungen haben, was ganz konkret vor Ort notwendig ist, denn ich bin der Überzeugung, wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern wir haben ein Umsetzungsproblem. Sie brauchen nur die Antwort auf die Große Anfrage meiner Fraktion zur Verfassungswirklichkeit in Mecklenburg-Vorpommern herzunehmen. Da ist statistisch alles aufgeführt, auch die Situation zur Arbeitsmarktpolitik im Osten des Landes und in den ländlichen Gestaltungsräumen. Es ist alles vorhanden an statistischem Material.

(Sebastian Ehlers, CDU: So soll es sein.)

Natürlich gibt es Weiterentwicklungen, die Zeit ist ja vorangeschritten, aber die Arbeit, die Sie jetzt machen wollen, können wir uns doch sparen. Wir sollten vielmehr darüber reden, welche Programme wir brauchen, damit Menschen eine Zukunft in Arbeit haben, denn es ist immer richtig und wichtig, diese Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit herauszuholen und ihnen eine Perspektive in Arbeit zu eröffnen. Letzten Endes geht es darum, ihnen ein Leben in Würde zu ermöglichen, und letzten Endes geht es auch darum, die Steuerkasse und die Sozialkassen zu füllen.

Deswegen bitte ich noch mal um die Überweisung, damit wir über die Ausrichtung der Arbeitsmarktpolitik in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam diskutieren können. Da bin ich auch bei Ihnen, dass wir dann zu einem gemeinsamen Votum hier in diesem Hohen Hause kommen, sodass wir sagen können, der Landtag möchte das Land voranbringen, der Landtag möchte gemeinsam – ich betone „gemeinsam“ – ein solches Konzept, ein solches Maßnahmenpaket entwickeln, wo man sagen kann, es wird den Langzeitarbeitslosen und den Arbeitslosen geholfen, aus ihrer prekären Situation herauszukommen, damit sie tatsächlich ein Leben in Würde führen können, durch Teilhabe, durch Arbeit. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Kollege Dahlemann.

(Dr. Ralph Weber, AfD:
Flüchtlingsstaatssekretär. –
Jochen Schulte, SPD: Wenn Herr Weber
schon kein Benehmen hat, soll er
wenigstens den Mund halten.)

Patrick Dahlemann, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Herr Holter, zunächst herzlichen Dank für Ihren sehr sachlichen Redebeitrag. An einer Stelle muss ich Ihnen widersprechen. Sie haben gesagt, wir Abgeordnete, wir alle hier im Haus, wollen das Land voranbringen. Ich verspüre eine deutlich andere Entwicklung, wenn ich mir den Redebeitrag von Herrn Komning angucke. Ich glaube, genau das demonstriert auch, warum Sie immer so dünnhäutig sind. Sie sonnen sich doch in den Problemen dieses Landes. Sie sind höchst empfindsam, wenn man sich um Dinge kümmert, wenn man Dinge anpackt, wenn man Dinge wegschiebt, weil das der politische Honig ist, den Sie versuchen zu ziehen, der im Übrigen Ihr Antrieb für den Bundestagswahlkampf ist. Ich verspreche Ihnen: All das, was wir tun können in einem fairen und guten Wahlkampf, werden wir tun, damit es nicht heißt, dass Sie nach dem 24. September Bundestagsabgeordneter werden. Darauf können Sie sich einstellen.

(Zurufe von Enrico Komning, AfD,
und Dr. Ralph Weber, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, ich freue mich über diese Antragsinitiative, denn wir haben ein gemeinsames Ziel. Unser Ziel heißt, Vor-

pommern, das östliche Mecklenburg, ja, das ganze Land weiter voranbringen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider
übernimmt den Vorsitz.)

Ich habe zu Beginn meiner Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär gesagt, dass dafür jede Unterstützung jeder politischen Kraft hoch willkommen ist. Deshalb danke ich den Fraktionen von CDU und SPD.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung legt besonderes Augenmerk auf die Entwicklung der ländlichen Räume. Ich finde, auch das gehört mit in die Betrachtung dieses Themas. SPD und CDU haben sich darauf verständigt, dass alles dafür getan werden muss, um den Menschen diese Sorgen zu nehmen und ihr Vertrauen in politische Entscheidungen zu stärken.

(Thomas Krüger, SPD: Genau. Richtig.)

Insbesondere in ländlichen Regionen bestehen Befürchtungen zu Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge. Da sage ich Ihnen ganz klar: Deshalb erarbeitet die Landesregierung eine integrierte Entwicklungsstrategie für ländliche Räume, natürlich auch, und das ist mein Job, unter besonderer Berücksichtigung Vorpommerns. All das können Sie nachlesen. Die AfD hat heute schon einmal Nachhilfe bekommen, dass die Umsetzung unserer politischen Vorhaben im Koalitionsvertrag verankert ist.

Ziel ist, dass alle Lebensbereiche unter folgenden Fragen und Blickwinkeln auf den Prüfstand kommen: Wie kann die Lebensqualität für die Menschen erhöht und langfristig gesichert werden? Wie werden die ländlichen Räume auch für Unternehmen noch attraktiver, damit die Wirtschaftskraft gestärkt und zukunftsfähige Arbeitsplätze unter guten Bedingungen entstehen? Zweifelsohne ist der Arbeitsmarkt dabei ein ganz zentraler Bereich dieser Entwicklungsstrategie.

Ich freue mich, dass es hier insgesamt positive Entwicklungen gibt. Sie wissen, der Wirtschaftsminister legt zu Beginn des Monats im Kabinett den Arbeitsmarktbericht vor. Ich möchte es einmal am Beispiel des Landkreises Vorpommern-Greifswald verdeutlichen: Im Februar 2017 war das im Vergleich zum Vorjahresmonat der stärkste Rückgang der Arbeitslosigkeit im gesamten Land, und zwar um Minus 13,8 Prozent. Das passt zu dem Bild, was ich bei meinen zahlreichen Vor-Ort-Terminen sehe, bei denen ich im Übrigen – den Schwenk will ich mir in Richtung AfD erlauben – niemanden Ihrer Abgeordneten treffe. Bei allen anderen Abgeordneten der CDU- und SPD-Fraktion und der LINKEN ist das im hohen Maße immer wieder der Fall, aber Sie sind vor Ort nicht anwesend. Sie schwingen große Reden hier im Parlament und in der Realität da draußen kommt davon nichts an.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD –
Thomas Krüger, SPD: Aaah so! –
Zuruf aus dem Plenum: Das sehe ich anders.)

Meine Damen und Herren, das unterstreicht noch einmal den Eindruck, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer engagierte, erfolgreiche Arbeit vor Ort leisten und mittlerweile der Fachkräftemangel das wesentlich häufiger zu hörende Stichwort ist, was fällt, wenn wir mit den Unternehmen, mit den Kammern und auch mit den

Verbänden reden. Also insgesamt ist es eine erfreuliche Entwicklung für unser Land, aber vor allem für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Es ist auch positiv, dass Angebot und Nachfrage der Arbeitskraft der Menschen endlich wieder in ein gesundes Verhältnis gerückt sind, die Arbeitskraft der Menschen der Wirtschaft viel wert ist und die Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass wir gute Bedingungen haben.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, natürlich gibt es weiter große grundsätzliche Unterschiede, wenn wir uns die Arbeitsmarktsituation im Land anschauen. Wenn wir uns auf der einen Seite angucken den Westen des Landes, in Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim, im Landkreis Rostock, mit einer Arbeitslosenquote zwischen 7 und 8 Prozent schwankend und auf der anderen Seite Vorpommern-Rügen, Vorpommern-Greifswald und Mecklenburgische Seenplatte zwischen 12,4 und 13,4 Prozent, dann müssen wir feststellen, der Arbeitsmarkt im Ostteil ist nicht so dynamisch wie in dem westlichen Landesteil.

2012 bis 2017, und auch da wird es noch mal deutlich, konnte sich die Arbeitslosenquote in den drei Flächenkreisen im Westen des Landes um ein Drittel reduzieren, in den drei östlichen Landkreisen hingegen nur um ein Viertel. Ich sage Ihnen, auch diese strukturellen Unterschiede, die hinter dieser Quote verborgen sind, werden wir uns genau anschauen. Mehr Leistungsempfänger von ALG II, längere Zeiten in Arbeitslosigkeit, mehr Langzeitarbeitslose, ich sage Ihnen, das ist ein Umstand, den diese Landesregierung nicht hinnimmt. Deshalb werden wir mit aller Macht und ganz entschlossen hier auch vorgehen.

Lassen Sie mich noch einen Vergleich anstellen, dann habe ich Sie genug mit Zahlen gequält. Der Vergleich der SGB-II-Empfänger zwischen dem Landkreis Vorpommern-Rügen und Ludwigslust-Parchim ist besonders deutlich. Bei fast gleich hoher Anzahl von Einwohnern ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Professor Dr. Weber?

Patrick Dahlemann, SPD: Ja.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte.

Dr. Ralph Weber, AfD: Herr Dahlemann, können Sie mir die Frage beantworten, wie man den Fachkräftemangel beheben will aus Ihrer Sicht, wenn man nichts dafür tut, die Jugend im Land zu halten und ordentlich auszubilden, und die eventuell zur Verfügung stehenden Mittel weder in integrationswillige noch integrationsfähige Menschen investiert?

Patrick Dahlemann, SPD: Ich kann nicht erkennen, dass wir nichts dafür tun, dass junge Leute gut ausgebildet werden. Ich erlebe, dass wir als Land große Bemühungen haben, unsere beruflichen Schulen zu stärken, den Unternehmerinnen und Unternehmern alle Möglichkeiten zu geben, wieder auszubilden, wohnortnah auszubilden,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Wohnortnah ausbilden, ist nicht.)

damit die Menschen gute Perspektiven haben, tatsächlich auch da, wo sie zu Hause sind, Arbeit zu finden. Das ist der Antrieb, den diese Landesregierung hat, und den kann ich in der Realität auch so erkennen.

Ich möchte fortfahren mit dem Vergleich. Bei fast gleich großer Einwohnerzahl der Landkreise Vorpommern-Rügen und Ludwigslust-Parchim haben wir in Vorpommern-Rügen 8.280 SGB-II-Empfänger, im Landkreis Ludwigslust-Parchim hingegen 4.600. Was sind die Schlussfolgerungen aus diesen Zahlen? Die Situation rechtfertigt die Frage nach spezifischen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, wie sie hier in diesem Antrag genannt werden. Die bisherige Arbeit in dieser Sache basiert auf groben Zahlen. Bisher gibt es keine differenzierte Analyse. Sie ist nicht trendscharf nach Gebieten zu erfassen, die möglicherweise besonderer Förderung bedürfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Minister – ist er im Raum,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Na der ist doch nicht zu übersehen!)

ja, da ist er, da sitzt er – ich freue mich hier an dieser Stelle auf die Fortsetzung eines gut geübten Teamworks für Vorpommern, wenn ich das so sagen darf, und glaube, das ist das oberste Ziel. Das hat der Minister deutlich gemacht. Unser Ziel ist und bleibt, die Menschen in gute Arbeit zu bringen, und das nicht nur in den angesprochenen Gebieten, sondern selbstverständlich im ganzen Land.

Und weil gute Arbeit für mich das Ziel ist, aber Vorpommern mein Tätigkeitsgebiet, will ich noch einmal auf den heutigen Artikel in der SVZ eingehen. Vorpommern prägt heute die Titelseite der „Schweriner Volkszeitung“, auch das kommt nicht alle Tage vor. Ich meine damit jetzt nicht den Usedom-Krimi und auch nicht den entführten Affen, sondern ich meine den Artikel zum heutigen Antrag und zum Vorpommern-Budget in meinem Haushalt. Da will ich Ihnen sagen:

Erstens. Ich kann sagen, wir werden nicht die Akteure gegeneinander ausspielen, sondern sind miteinander im Dialog. „Invest in MV“, Tourismusverband, Landesmarketing sind angesprochen. Mit all den Akteuren habe ich bereits Gespräche geführt und beziehe sie in die weitere Entwicklung Vorpommerns ganz, ganz eng mit ein – im Übrigen bei hohem Einverständnis der Angesprochenen.

Zweitens. Ich sage Ihnen, das, was wir tun, ist nicht nur für Vorpommern und auf keinen Fall gegen Mecklenburg, sondern für die Entwicklung unseres gesamten Landes sehr wichtig – Modellvorhaben, die für das Land positive Auswirkungen haben und einen Erkenntnisgewinn für alle bringen.

Drittens. Die Wirtschaftsförderung und der Etat von „Invest in MV“ sind angesprochen. Wenn man sich die Bilanz aus dem Wirtschaftsministerium anguckt, wie viel Millionen wir in die Wirtschaftsförderung gegeben haben, dann verdeutlicht das, dass das selbstverständlich den Haushalt bei uns um ein Vielfaches übersteigt. Das ist gut so, das ist gelebte Praxis. Die meisten der Ansiedlungen, wenn ich für Vorpommern sprechen darf, sind nur möglich, weil wir die attraktiven Förderquoten so angepasst haben und der Minister gleich nach der Wahl das noch mal nachgesteuert hat.

Viertens. Da möchte ich Frau Oldenburg ansprechen. Ich sage, ich bin nicht Ersatzminister, sondern Kümmerer. Ich verspreche Ihnen, wenn das Kümern nur eine Bestandsaufnahme der Probleme ist, aber die Lösung

grundsätzlich weit und bürokratisch, dann, glaube ich, würde das unsere Zielsetzung verfehlen. Im Übrigen findet dieses Kümmern in enger Abstimmung mit Vertretern der Region, vor allem mit Vertretern der Wirtschaft, den Bürgermeistern, den Landräten und Akteuren vor Ort statt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zum Schluss kommen. Der vorliegende Antrag trägt Rechnung, diesen Bedarf ganz genau unter die Lupe zu nehmen, diese Analyse zu erstellen und darauf aufbauend zielgerichtete Maßnahmen zu entwickeln. Über die Fortschritte, ich glaube, da sind sich der Minister und ich einig, werden wir selbstverständlich in Zwischenetappen berichten. Ich denke, dass auch die Ausschüsse des Landtages einen geeigneten Rahmen dafür bieten.

Ich bitte daher vor allem um Ihre Zustimmung für die Menschen in Vorpommern, im östlichen Mecklenburg und damit auch für die Menschen im gesamten Land, denn Mecklenburg-Vorpommern kann sich nur entwickeln, wenn wir endlich ein gelebtes Selbstverständnis entwickeln, beide Landesteile bei jeder politischen Entscheidung gleichermaßen im Blick haben. Ich finde, so viel Selbstkritik muss sein. Auch nach der Frage, richten wir dafür einen Staatssekretär ein, heißt das, das ist uns in der Vergangenheit nicht immer in vollem Umfange so gelungen. Ich verspreche Ihnen, ich werde meine Kraft darin investieren, dass wir eine abrechenbare Bilanz vorlegen können. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Debatte macht deutlich, welchen Stellenwert dieser Antrag der Koalitionsfraktionen heute hier in dem Hause hat und wie wichtig er ist. Ich will noch eines vorwegnehmen, um da kein falsches Bild zu zeichnen,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

und zwar an die Fraktion der AfD: Es ist selbstverständlich, dass kein Politiker und kein Minister Arbeitsplätze schaffen kann. Das sind die vielen fleißigen Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land. Unsere Verantwortung liegt darin, dass wir die Rahmenbedingungen zu gestalten haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, AfD und CDU)

Genau um diese Sache geht es in diesem Antrag, Rahmengestaltung, sodass unser Land sich gleichmäßig entwickeln kann, sowohl in Mecklenburg wie auch in Vorpommern.

(Torsten Renz, CDU: Wir sind nicht nur die Partei der Sicherheit, sondern auch die Partei der Wirtschaft.)

An dieser Stelle will ich auch den Kollegen Holter einladen, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen, und zwar aus folgendem Grunde: Es hätte die Möglichkeit bestanden, einen Änderungsantrag einzureichen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Den hätten Sie hundertprozentig angenommen!)

Die Debatte hat recht deutlich gemacht, welchen Stellenwert dieser Antrag hat und wie wichtig es für das Wirtschaftsministerium, das Arbeitsministerium und für die gesamte Landesregierung ist, in diese Richtung Analysen anzustellen.

Ich komme noch auf den Punkt, weshalb mich die Situation in Vorpommern sehr umtreibt. Sie werden im Ausschuss, denke ich, grundsätzlich zu diesen Themen auch weiter informiert. Von daher meine Bitte an Sie: Stimmen Sie dem Antrag zu. Es gibt keinen Grund, sich dazu zu enthalten oder nach Ihrer Rede gar dagegengustimmen.

(Beifall Sebastian Ehlers, CDU – Helmut Holter, DIE LINKE:

Das war aber schwach formuliert. – Zuruf von Sebastian Ehlers, CDU)

Auch an Herrn Schulte, Sie haben es angesprochen, wir reflektieren so ein Stück weit auch die Hartz-IV-Regelungen. Es ist richtig, dass die Bundestags-CDU der Novellierung und der Anpassung von Hartz IV 2008 zugestimmt hat, weil das richtig war. Die Arbeitsmarktentwicklung zeigt, dass diese Anpassung geboten war und man natürlich auf die aktuellen Gegebenheiten eingehen muss, vollkommen richtig.

(Jochen Schulte, SPD: Es ist gut, dass Sie das dem Kollegen Ehlers noch mal deutlich sagen.)

Aber gerade diese grundlegende Arbeitsmarktregelung hat dafür gesorgt, dass wir heute in unserem Land auf eine sehr gute Entwicklung im Vergleich zu den Jahren von 1990 bis 2005 zurückblicken können. Von 2005 bis heute ist die Zahl der Arbeitslosen um 60 Prozent reduziert worden. Das ist eine unglaubliche Leistung, die unsere Unternehmerinnen und Unternehmer und die vielen fleißigen Arbeiterinnen und Arbeiter in den Unternehmen anhand der Rahmenbedingungen geschafft haben. Dazu gehört auch, dass sich mit dem Aspekt der Ansiedlung der Werften für uns eine riesengroße Chance auftut. Ich glaube, wir sind alle dankbar in diesem Haus, dass die Landesregierung diese Chance aufgegriffen und diese Ansiedlung begleitet hat, und das im gesamten Land, sowohl in Vorpommern, also am Standort Stralsund, wie in Wismar und in Rostock.

Aber in den zurückliegenden Jahren der letzten Wahlperiode haben wir sehr ausführlich auch über Ausgründungen aus den Universitäten und Fachhochschulen gesprochen. Es ging immer um wissensbasierte Arbeitsplätze, zum Beispiel die Plasmaforschung in Greifswald oder CORTRONIC in Rostock. Vielen von Ihnen ist das ein Begriff. Da kann man einfach nur den Hut ziehen vor den Leistungen, die dort Ausgründungen tagtäglich erbringen.

Neben Genting sind viele weitere Investoren nach Mecklenburg und nach Vorpommern geholt worden. Zu den internationalen Positionierungen der Großgewerbestandorte in Schwerin und Laage, es ist angesprochen worden – Sebastian, ich glaube, du warst es, du hast es angesprochen –: Die Hersteller für die Flugzeugsitze sind hier nach Schwerin gekommen. Es wird also kein Unterschied bei dem Antrag an Städte, an Ballungsgebiete gemacht. Wir müssen aber sehr deutlich zur Kenntnis

nehmen, dass die Metropolregion Hamburg nicht bis Vorpommern ausstrahlt. Die Metropolregion Stettin – und das ist auch richtig, dass in Polen die Unternehmen mit dem Höchstfördersatz gefördert werden, weil es dort um eine Wirtschaftsentwicklung ging. Wir in Mecklenburg-Vorpommern haben viele, viele Jahre auch von dieser Höchstförderung profitiert. Dann kann man das dem Nachbarland Polen auch nicht streitig machen und das irgendwo schlechtreden. Das ist einfach nicht in Ordnung, das hat mit Realpolitik nichts zu tun.

Ich will noch mal auf die Entwicklung im Landesteil Vorpommern eingehen. Da will ich folgende Standorte nennen: das Großgewerbegebiet am Pommerndreieck in Grimmen und den Hafen Sassnitz-Mukran. Hier hat das Rohrumwicklungswerk wieder seinen Betrieb aufgenommen. Hier werden 150 Arbeitsplätze entstehen. In der Nähe von Greifswald, in Mesekenhagen, wird die Braun-Gruppe 340 Millionen Euro investieren und 100 Arbeitsplätze schaffen. Meine Güte, das darf man doch nicht schlechtreden! Da können wir doch alle zusammen stolz sein auf diese Leistungen.

Wir sind aber noch lange nicht am Ziel. Deshalb ist dieser Antrag außerordentlich wichtig und dass wir den auf den Weg bringen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Aber, um noch mal auf die Städte zu kommen, es sind zum Beispiel der Russlandhandel und die Russlandverbindungen angesprochen. Die Kirow-Werke in Rostock produzieren genau die Drehkränze – ich weiß auch, dass der eine oder andere ein anderes Verhältnis zu den erneuerbaren Energien hat –, aber die produzieren in Rostock die Drehkränze für die Gondeln auf den Windkraftanlagen.

Wir hier im Haus und die Landesregierung sind bestrebt, das Land insgesamt gleichmäßig zu entwickeln. Das wird auch deutlich anhand der Arbeitsmarktzahlen, die am 1. März 2017 von der Chefin der Regionaldirektion Frau Hopp-Kuppmann vorgestellt worden sind. Da gibt es deutliche Unterschiede zwischen dem Mecklenburger Raum, der angebunden ist an die Metropolregion Hamburg, und dem vorpommerschen Raum. Es treibt mich schon um, dass es, wenn wir die Arbeitsmarktentwicklung sehen, Jahre – zwei bis drei Jahre – dauert, um die prozentualen Unterschiede aufzuholen, und zwar liegt die Mecklenburgische Seenplatte regelmäßig circa 2,5 Prozentpunkte hinter der allgemeinen Entwicklung von Mecklenburg-Vorpommern. Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald liegen regelmäßig circa 3 Prozent hinter der Arbeitsmarktentwicklung im Bundesland. Statistisch betrachtet haben Vorpommern-Greifswald und die Mecklenburgische Seenplatte erst mit dreijähriger Verspätung zu der Entwicklung der Arbeitslosenquote in der Hansestadt Rostock aufgeschlossen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das erfordert doch gerade das Handeln und das Anpassen, um Maßnahmen festzulegen, um das auszugleichen, um in allen Landesteilen von Mecklenburg-Vorpommern gleiche Bedingungen zu schaffen für die Menschen, die hier ihr tägliches Arbeitswerk zu verrichten haben. Deshalb, meine Damen und Herren, werbe ich ausdrücklich dafür, dem Antrag zuzustimmen. Ich bin mir ganz, ganz sicher, dass dieses Ressort in guten Händen bei unserem Minister Harry Glawe ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall und Heiterkeit
vonseiten der Fraktion der CDU –
Der Abgeordnete Dietmar Eifler stößt auf dem
Weg zu seinem Platz gegen das Saalmikrofon.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: So voller Taten-drang?!

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Komning für die Fraktion der AfD.

Enrico Komning, AfD: Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren Kollegen! Ich will es mir nicht nehmen lassen, die paar Minuten, die mir hier noch zur Verfügung stehen, zu nutzen, weil meine Vorredner mir ausreichend Anlass geben, noch mal auf die eine oder andere Fragestellung einzugehen.

Herr Kollege Schulte, ich finde es schon ziemlich anmaßend, mir etwas zu unterstellen, der AfD etwas zu unterstellen, was ich ...

(Jochen Schulte, SPD: Sie können das im
Protokoll nachlesen, was Sie gesagt haben!)

Ich werde es Ihnen gleich noch mal vorlesen, das können Sie dann selbst im Protokoll lesen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Wissen Sie
nicht mehr, was Sie gesagt haben?)

Ich weiß sehr wohl, was ich gesagt habe.

Ja, zum Teil ist meine AfD auch wirtschaftsliberal, das kann man durchaus sagen, denn in uns vereinen sich Wirtschaftsliberale mit Nationalkonservativen. Das ist gut und richtig so, weil wir sind eine Volkspartei und das wollen wir auch bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber, Herr Kollege Schulte, was wir ablehnen, ist Staatssozialismus. Und der Weg, den Deutschland nimmt, geht geradewegs in den Staatssozialismus und das wollen wir nicht. Denn wenn man anderen Leuten etwas wegnimmt oder einigen Leuten etwas wegnimmt, um es anderen Leuten zu geben, ...

(Jochen Schulte, SPD:
Das ist Staatssozialismus?)

Nein, das ist noch nicht Staatssozialismus,

(Tilo Gundlack, SPD: Das ist Robin Hood!)

aber das ist auf einem guten Weg zum Staatssozialismus.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

... dann muss man hinterfragen dürfen, ob das grundsätzlich in Ordnung ist und in welchem Umfang es in Ordnung ist. Und das hinterfragen wir. Deswegen wollen wir, Herr Kollege Schulte, keine Bettler schaffen. Wie kommen Sie auf diese Idee? Wir wollen, und ich lese es Ihnen noch mal vor, was ich vorhin gesagt habe: „Der Staat soll sich beschränken auf den Schutz von Personen und Eigentum“ – und jetzt hat wahrscheinlich Ihr Gehör ausgesetzt – „und nach Bedarf Infrastruktur schaf-

fen-, soziale Stütze, Familienförderung und Bildung bereitstellen“. Das war mein Wortlaut und dabei bleibt es auch.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Martina Tegtmeier, SPD: Das werden
wir im Protokoll noch mal überprüfen.)

Ich weiß nicht, ob Sie unsere vergangenen zwei Pressemitteilungen über das Arbeitslosengeld gelesen haben, und zwar über den Umfang beziehungsweise die Berechnungsgrundlagen des Arbeitslosengeldes, denn wir sind dafür, dass sich das Arbeitslosengeld beispielsweise nicht am Alter, sondern an der Lebensarbeitszeit bemessen soll.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Das waren zwei unserer letzten Pressemitteilungen. Wir wollen also keineswegs Bettler produzieren, wie Sie behaupten, sondern wir haben sehr wohl soziale Verantwortung.

Zu Herrn Minister Glawe möchte ich auch noch ganz kurz was sagen. Sie haben auf meine Zwischenfrage sehr dezidiert geantwortet, aber dennoch ist die Antwort aus meiner Sicht nicht hinreichend gewesen, denn, Herr Minister, wir müssen uns doch fragen, wenn die Verhältnisse so sind, wie sie sind, insbesondere in Vorpommern und in den ländlichen Regionen, dann kann nur derjenige dafür Verantwortung tragen und muss sich auch zu dieser Verantwortung bekennen, der in den letzten Jahren hier die Macht hatte, und das waren nun mal Sie – immerhin über zwei Legislaturperioden, jetzt inzwischen in der dritten.

(Beifall Ralf Borschke, AfD –
Zuruf von Dirk Friedriszik, SPD)

Zu Herrn Holter möchte ich sagen: Herr Holter, ich bin gar nicht so weit weg von Ihnen. Dass Arbeit immer gleichwertig gesehen werden muss, das sehen wir auch so. Dennoch muss man zwischen erstem und zweitem Arbeitsmarkt unterscheiden, denn der zweite Arbeitsmarkt ist nun mal staatlich subventioniert.

(Zuruf von Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Insofern sind es zwei unterschiedliche Paar Schuhe. Wir stehen dafür, dass der erste Arbeitsmarkt gefördert wird. Wir möchten eigentlich gar keinen zweiten Arbeitsmarkt haben. Der erste Arbeitsmarkt muss so stark sein, dass er den zweiten Arbeitsmarkt quasi obsolet macht.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Aber, Herr Holter, Ihre Idee, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen, finden wir gut. Wir würden uns dieser Idee anschließen. Ich hatte vorhin gesagt, wir würden uns enthalten wollen, weil bei der Grundrichtung sind wir überein. Die Grundrichtung des Antrages stimmt, die Umsetzung allerdings nicht. Insofern muss man über die Umsetzung noch mal diskutieren. Das kann man am besten in den Ausschüssen machen. Insofern würden wir uns Ihrem Antrag auf Überweisung dieses Antrages in den Ausschuss anschließen.

Herr Dahlemann, ein Wort noch zu Ihnen: Wir werden uns sicher in den nächsten Monaten öfter treffen in meiner alten Heimat zwischen Pasewalk und Torgelow. Ich stamme aus Viereck. Ich weiß, wie die Menschen dort ticken,

(Tilo Gundlack, SPD: Ja, klar!)

insofern freue ich mich darauf. Wenn Sie mir allerdings vorwerfen, dass bisher die AfD auf den Veranstaltungen, auf denen Sie auftreten, nicht zugegen war, dann wäre es schön, wenn Sie uns vielleicht demnächst eine Einladung schicken. Dann, das kann ich Ihnen versprechen, kommen wir auch. Wenn wir natürlich nicht wissen, wo Sie sich rumtreiben dort im Land, dann können wir leider auch nicht auf Ihren Veranstaltungen zugegen sein. Das kann ich Ihnen gerne versprechen.

(Tilo Gundlack, SPD: Lesen
bildet aber. Das wissen Sie, ja?!)

Ja, das war es zu meiner kurzen Stellungnahme zu den hier gehaltenen Reden. Wie gesagt, meine Fraktion wird sich dem Antrag der LINKEN auf Überweisung anschließen. Sollte dieser Antrag nicht durchgehen, wird es bei der Enthaltung bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Noch ein Wort auf den Weg, Herr Komning: Ich weiß, dass hier gestern eine Aktuelle Stunde lief zu Fragen des Umgangs miteinander. Ich glaube, es ist nicht die richtige Wortwahl, wenn man hier über einen Staatssekretär oder wen auch immer in der Form spricht, dass sie sich irgendwo herumtreiben. Die Menschen arbeiten, geben ihr Bestes für andere. Ich denke, das gehört sich so nicht.

(Thomas de Jesus Fernandes, AfD:
Um Gottes willen! Das ist schon peinlich.)

Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor.

Im Rahmen der Debatte ist seitens der Fraktion DIE LINKE beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/293 zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der LINKEN und der AfD, Gegenstimmen der Fraktion der SPD und der CDU abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/293 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Vielen Dank. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 7/293 bei Zustimmung der Koalitionsfraktionen, Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE und Stimmenthaltung der Fraktion der AfD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Sicherheit durch Aufklärung – Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden konsequent ermöglichen, auf Drucksache 7/283.

Antrag der Fraktion der AfD
Sicherheit durch Aufklärung –
Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden
konsequent ermöglichen
– Drucksache 7/283 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Komning für die Fraktion der AfD.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Es sind Menschen!)

Enrico Komning, AfD: Wertes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Liebe Bürger dieses Landes! Der zentrale Auftrag unserer Demokratie heißt immer noch, Recht und Sicherheit für das Volk zu gewährleisten. Es heißt nicht

... also die in Ungarn auf dem Hauptbahnhof befindlichen Menschen

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Na sehen Sie, geht doch!)

(Peter Ritter, DIE LINKE: Für die Menschen.)

ungeprüft in unser Land zu lassen. Wenn ich künftig „Grenzöffnung“ sage, meine ich das damit.

Für das Volk. Das Volk sind Menschen, Herr Ritter.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Es stimmt aber trotzdem nicht.)

Es heißt nicht, wie der Philosoph Lothar Fritze jüngst mahnte, dass – Frau Präsidentin, ich zitiere mit Ihrer Genehmigung – „die Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaats ... befugt (sind), im Resultat einer spontanen Gefühlswallung ... oder in kalkulierter Verwirklichung einer politischen Utopie ... die gesamte Menschheit als potentielle Mitbürger zu behandeln und von ihrem Volk die dazu notwendigen Solidaritätsleistungen zu erzwingen. Denn die ‚Rettung der Welt‘ ist kein Verfassungsziel.“ Zitatende.

Es braucht nämlich Solidarität gegenüber den Frauen, die unter sexuellem Missbrauch leiden und im schlimmsten Falle auf brutalste Art und Weise vergewaltigt oder umgebracht werden. Die Namen von Maria L. aus Freiburg und Soopika P. aus Ahaus warnen uns. Es braucht auch Solidarität gegenüber den Jugendlichen, die beispielsweise in Rostock und Schwerin von jungen Ausländern angegriffen und teilweise mit Messern verletzt wurden. Das von der Regierung auf den Weg gebrachte Schicksal dieser Menschen sollte eigentlich mahnendes Beispiel für eine schnelle Umkehr sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Der durch die Grenzöffnung erfolgte Rechtsbruch der Bundesregierung Anfang September 2015 hat ein massives Sicherheitsrisiko geschaffen.

(Tilo Gundlack, SPD: Was denn für eine Grenzöffnung?)

Die vielfältig auftretenden Vorfälle sollten in Erinnerung rufen, dass die von der AfD seit Beginn der Migrationskrise vorhergesehene Gewalt keinen guten Weg in die Zukunft bedeutet.

Wir müssen wissen, wer in unser Land gekommen ist. Nach den Ereignissen der letzten zwei Jahre gilt es, endlich die Solidarität der Regierung gegenüber dem eigenen Volk wiederherzustellen.

Bedenken Sie, je fragmentierter eine Gesellschaft ist, desto höher werden die Konflikte und Spannungen und damit auch die Kosten für die Sicherheit in unserem Land, denn wer ständig in einen Polizeistaat investieren muss, hat weniger Geld für Infrastruktur in Vorpommern, Kultur, Bildung und Wissenschaft. Die Bürger dieses Landes haben es verdient, dass in der Innenstadt unserer schönen Landeshauptstadt keine permanente Polizeipräsenz notwendig ist. Eine Politik für die Bürger darf die Integrationsfähigkeit nicht überschreiten.

Und vielleicht eine kurze Nachhilfe: Wenn ich von „Grenzöffnung“ spreche, dann haben Sie natürlich recht, die Grenzen waren auch schon im September 2015 offen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die letzte war 89.)

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Ja, das ist richtig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die letzte war 89.
Da waren Sie noch in Berlin. Sie erinnern sich?)

Ich will nicht wissen, wo Sie waren, Herr Ritter, zu dieser Zeit.

Liebe Bürger in Mecklenburg-Vorpommern, der Staat muss die Initiative zurückgewinnen und Vorreiter für konsequente Maßnahmen werden.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Peter Ritter, DIE LINKE: In Basepohl.
In Basepohl, Herr Komning.)

Meine Damen und Herren, in unserem Antrag haben wir vier Punkte aufgeführt, die aus unserer Sicht dringend beschlossen werden müssen.

Also, mit „Grenzöffnung“ ist natürlich

Erstens. Zunächst ist für die Sicherheit in unserem Land essenziell, dass wir wissen, wer sich in unserem Mecklenburg-Vorpommern befindet. Der Journalist Roland Tichy schildert rückblickend das Schlaglicht der einsamen Entscheidung der Bundeskanzlerin wie folgt. Mit Ihrer Genehmigung, Frau Präsidentin, zitiere ich: „Hunderttausende kamen vor allem in Bayern an und wurden unkontrolliert ... auf die anderen Bundesländer verteilt. Meist setzte man dabei die Deutsche Bahn ein. Nicht selten fuhr ein Zug mit ca. 1.000 unregistrierten Flüchtlingen in Bayern los und kam nach sechs bis acht Stunden mit nur noch 200 bis 300 Personen an seinem Bestimmungsort ... an. ... Schätzungen zufolge“ sind es „100.000 bis 200.000 illegale Migranten, von denen wir

(Peter Ritter, DIE LINKE: Da müssen Sie sich doch mit auskennen, ne?)

die Entscheidung der Bundeskanzlerin gemeint, ohne Prüfung die auf dem ungarischen Hauptbahnhof befindlichen Asylanten, Flüchtlinge, wie auch immer man das nennen möchte, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Menschen.
Nennen Sie das doch einfach mal Menschen!)

Menschen, ja, von mir aus auch Menschen.

nicht wissen, wo sie sich in Deutschland aufhalten.“
Zitatende.

Meine Damen und Herren, dieses Bild ist symptomatisch für die fahrlässige Relativierung auch unserer Landesregierung. Kann die Landesregierung in diesem Hohen Hause mit Sicherheit davon sprechen, dass wir wissen, wer sich in unserem Mecklenburg-Vorpommern aufhält? Herr Caffier, sorgen Sie dafür, dass in unserer Heimat genau überprüft wird, welche Missstände durch die verantwortungslose Grenzöffnung bis heute existieren! Emanzipieren Sie sich von dem Gedanken, nur auf Linie zu fahren und in Nibelungentreue zur Kanzlerin zu stehen! Geben Sie uns einen ehrlichen Lagebericht über die Situation in unserem Bundesland!

Zweitens. Es stimmt, dass seit März letzten Jahres in den Erstaufnahmeauf..., in den Erstaufnahmeauf...,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

in den Erstaufnahmeeinrichtungen – Entschuldigung, das ist ein schwieriges Wort, was man hier kreiert hat –,

(Simone Oldenburg, DIE LINKE: Nein, das ist ein einfaches zusammengesetztes Substantiv.)

Erstaufnahmeeinrichtungen die Fingerabdrücke erfasst

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

und damit aktuell die Identitäten von Asylsuchenden kontrolliert werden. Herr Ritter, ich werde nächsten Dienstag nach Nostorf fahren

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach, endlich!)

und werde mir das auch ansehen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Mensch!)

Dort gibt selbst der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Hans-Günter Henneke zu, dass dies zuvor anders gewesen sei. Man hat also vorher keine Identitätsfeststellungen gemacht.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Wer überprüft also eigentlich diese vielen Menschen, die seit Beginn der Migrationskrise in unser Land gekommen sind? Auch hierfür, Herr Caffier, stehen Sie uns in der Pflicht.

Wenn nach der Information des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge nur zehn Prozent der Ausländerbehörden entsprechend mit der sogenannten PIK (Personalisierungsinfrastrukturkomponente) ausgestattet sind, dann können selbst bereits erhobene biometrische Daten nicht felsenfest verglichen werden. Sorgen Sie dafür, dass alle Ausländerämter technisch so ausgestattet sind, dass Fingerabdrücke oder andere biometrische Daten von allen Asylsuchenden und unbegleiteten minderjährigen Ausländern erfasst und verglichen werden können!

Meine Damen und Herren, Informationen, die zwar grundsätzlich zugänglich sind, jedoch keinen Abgleich ermöglichen, sind ein schwelendes Sicherheitsrisiko und bedeuten auch die Einladung zum Sozialbetrug.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Eine technische Aufrüstung der Behörden muss daher schnellstmöglich erfolgen. Sorgen Sie dafür, dass alle Ausländerbehörden des Landes digital aufgerüstet werden!

Und drittens. Aus diesem technischen Missstand folgt eine sicherheitspolitische Frage. Laut Angabe der Gewerkschaft der Polizei in Bayern von vor wenigen Tagen sind 2015, auf dem Höhepunkt der Massenmigration, etwa 80 Prozent der Asylsuchenden ohne Papiere nach Deutschland gekommen. Der Aussage des Gewerkschafters Sven Hüber in der FAZ vom 02.03.2017 zufolge werden viele Verdachtsfälle von Identitätsverschleierung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht zur Anzeige gebracht. Ganz unabhängig davon, wie viele Menschen mit gefälschter Identität sich in Mecklenburg-Vorpommern befinden, muss uns klar sein, dass jeder Einzelne von ihnen letztlich ein Sicherheitsrisiko darstellt. Denn warum sonst sollte er seine Identität fälschen?! Wir fordern daher die Landesregierung auf, eine Verordnung zu erlassen, mit der festgestellte Mehrfachidentitäten unverzüglich an die Strafverfolgungsbehörden weiterzuleiten sind!

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Und viertens. Meine Damen und Herren, der letzte Punkt unseres Antrages ist von ebenso großer Dringlichkeit. Die gängige Praxis in unserem Land, unbegleitete minderjährige Ausländer, sogenannte umA, in der Vergangenheit meist nicht als Asylbewerber registriert zu haben, ist ein gefährlicher Zustand. Der Fall von Hussein K., dem Mörder von Maria aus Freiburg, hat uns in dramatischer Weise gezeigt, wie es die gesetzliche Lage Straftätern ermöglicht hat, ohne Probleme als Minderjährige in unser Land zu kommen. Man muss sich diesen Fall einmal vor Augen führen: Ein wegen versuchtem Mord verurteilter Straftäter aus Griechenland flieht nach Deutschland in ein neues Leben, gibt sich hier als minderjährige Person aus und ermordet ein junges Mädchen, das echten Flüchtlingen helfen wollte!

Natürlich sind nicht alle unbegleiteten minderjährigen Ausländer als potenzielle Mörder anzusehen, aber der Fakt, dass laut Informationen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Finde ich schon erstaunlich, dass Sie überhaupt von „echten Flüchtlingen“ reden. Das ist wirklich erstaunlich, dass Sie von echten Flüchtlingen reden. –

Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

aber der Fakt, dass laut Informationen der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ bislang nur 30 bis 50 Prozent dieses Personenkreises ordnungsgemäß von den Ausländerämtern erfasst worden sind, führt auch hier zu einem dringenden Handlungsbedarf.

Meine Damen und Herren, werfen Sie Ihre Scheuklappen ab und stimmen Sie unserem Antrag zu! – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat in Vertretung des Innenministers der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit. Herr Glawe, bitte schön.

Minister Harry Glawe: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD hat einen umfangreichen Antrag zum Thema „Identitätsfeststellung bei Asylsuchenden“ vorgelegt. Zu dem detaillierten Lagebericht über die biometrische Erfassung von Asylbewerbern ist zunächst einmal festzustellen, dass im EASY-Erfassungssystem keine Einzelpersonen erfasst werden. Es handelt sich um ein reines Verteilungssystem zwischen den Bundesländern.

Zur biometrischen Erfassung. Wenn der Flüchtling in einer Erstaufnahmeeinrichtung wie Horst ankommt und Asyl beantragt, geschieht Folgendes: Der Flüchtling kommt in die Aufnahme und wird dort registriert, in Klammern: ohne Ausnahme. Dafür verwenden wir die Personalisierungsinfrastrukturkomponenten. Es werden persönliche Daten gespeichert, die Fingerabdrücke genommen und ein Lichtbild erstellt. Eine Asylvorakte wird angelegt. Doppelregistrierungen werden sofort angezeigt. Zugriff auf die Daten der Asylbewerber haben spätestens alle öffentlichen Stellen, die sie für ihre jeweiligen Aufgabenbereiche benötigen. Der Flüchtling erhält nach der Registrierung einen Ankunftsnachweis, um sich ausweisen zu können. In Mecklenburg-Vorpommern hat dieser Ankunftsnachweis jedoch fast keine Relevanz, weil die Flüchtlinge bei uns in der Regel noch am selben Tag oder am nächsten Tag einen Asylantrag stellen können und damit eine Aufenthaltsgestattung mit entsprechender Bescheinigung erhalten.

Personen, die unerlaubt einreisen, aber keinen Asylantrag stellen, werden ebenfalls registriert, dann aber direkt im Ausländerzentralregister und in unserer Landesasyldatenbank erfasst. Ziel ist es, die PIK auch für diese Personen nutzbar zu machen. Das ist bislang nicht möglich, es wird aber mit Hochdruck daran gearbeitet. Die Konstellation betrifft jedoch nur eine Handvoll Fälle, weil die meisten natürlich einen Asylantrag gestellt haben. So viel also zum detaillierten Lagebild über die biometrische Erfassung.

Zu den Gefährdern ist zunächst festzustellen, dass es keine Legaldefinition des Begriffes „Gefährder“ gibt. Gleichwohl verwenden die Bundesländer eine abgestimmte interne Definition. Ich bitte um Verständnis, die Definition unterliegt der Geheimhaltung. Von daher kann ich Ihnen die nicht vortragen.

Zur Forderung nach einer umgehenden technischen Aufrüstung der Ausländerbehörde in Mecklenburg-Vorpommern kann ich nur erneut betonen, dass Asylbewerber und andere unerlaubt Eingereiste in den Aufnahmeeinrichtungen registriert werden. Gleichwohl sollen auch die Ausländer- und Sozialbehörden entsprechend technisch ausgestattet werden. Hier hat die Bundesregierung bereits zugesagt, die entsprechenden finanziellen Mittel bereitzustellen. Der Ministerpräsident Erwin Sellering hat sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz im Februar an das Bundeskanzleramt gewandt, um das weitere Verfahren abzustimmen, denn natürlich ist ein Einsatz dieser Systeme nur bundesweit sinnvoll. Insofern sind wir hier auf einem guten Weg.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stehen im Übrigen in der Obhut der Jugendämter. Nur diese können die

erkenntnisdienstlichen Behandlungen veranlassen. Von unter 14-Jährigen dürfen aus rechtlichen Gründen derzeit keine Fingerabdrücke genommen werden.

Etwas skurril ist die Forderung nach der Verordnung, mit der festgestellte Mehrfachidentitäten unverzüglich an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben sind. Bei Polizeibeamten gilt das Legalitätsprinzip. Haben diese Kenntnis von einer möglichen Straftat, wird ein Ermittlungsverfahren eröffnet und gegebenenfalls Anklage erhoben.

Die Mitarbeiter in den Ausländerbehörden wiederum haben die Pflicht, bei begründetem Verdacht auf Verstöße gegen Bestimmungen des Ausländerrechtes Anzeige zu erstatten. Darunter fällt zum Beispiel die Anzeigepflicht bei unrichtigen oder unvollständigen Angaben des Ausländers, um einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu erlangen. Das können Gründe sein. Das steht auch so in der Antwort auf die Kleine Anfrage der AfD-Fraktion.

Zur Frage der erkenntnisdienstlichen Behandlung von allen unbegleiteten minderjährigen Ausländern betone ich erneut, von unter 14-Jährigen dürfen keine Fingerabdrücke genommen werden. Allerdings erarbeitet das Innenministerium gemeinsam mit dem Sozialministerium derzeit ein Verfahren zur erkenntnisdienstlichen Behandlung.

Im Ergebnis sollte dieser Antrag aus Sicht des Innenministers abgelehnt werden. Bei der Registrierung von Flüchtlingen und anderen Ausländern sind wir schon viel weiter als noch vor zwei Jahren und wir werden nicht ruhen, bis wirklich alles vernetzt und kompatibel ist. Vor Kurzem war das auch der Albtraum der Datenschützer. Heute ist es zum Glück kompatibel.

Meine Damen und Herren, so viel zu den Ausführungen, die der Innenminister durch mich verlesen ließ. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Tegtmeier für die Fraktion der SPD.

Martina Tegtmeier, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Vorhin hat hier anscheinend so eine kleine Völkerwanderung stattgefunden, die Bänke sind relativ leer. Ich weiß auch, warum. Wir könnten an dieser Stelle die Debatte, die wir zu TOP 24 geführt haben, noch mal genauso wiederholen, vor allen Dingen, was die Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland und im Speziellen natürlich in Mecklenburg-Vorpommern angeht. Denn die Begründung des Antrages der AfD schließt dann mit den Worten: „Unser Land hat ein Sicherheitsproblem. Wir brauchen mehr Aufklärung durch die staatlichen Behörden“, und so weiter und so fort.

Heute Morgen wurden viele Statistiken genannt, wie sich die tatsächliche Sicherheitslage in der Bundesrepublik Deutschland entwickelt hat seit den 90er-Jahren oder Anfang der 90er-Jahre. Hinzuzufügen ist dem noch, dass wir ja in der zweiten Januarsitzung zur Sicherheitslage in Mecklenburg-Vorpommern den Innenminister im Innenausschuss gehört haben. Auch dort hat der Innenminister ganz klar zur Kriminalität von Flüchtlingen Stellung ge-

nommen und hat ganz klar gesagt, wo die Hauptdelikte liegen und wie sie sich entwickeln. Deswegen ist diese Aussage, wie wir sie hier als Begründung in diesem Antrag finden, wieder einmal schlichtweg falsch.

Noch schlimmer ist gleich im ersten Absatz der Begründung der zweite Satz. Da steht nämlich wörtlich: „Wenn von der Landesregierung bis heute zugelassen wird, tausende Menschen aus Räumen der Gewalt nach Mecklenburg-Vorpommern kommen zu lassen, dann ist eine Antwort auf das erodierende Sicherheitsgefühl überfällig.“ Was suggeriert dieser Satz? Dieser Satz suggeriert, was man an anderen Stellen auch immer schon durchblicken lässt: dass jeder Flüchtling, der vor Krieg und Gewalt flieht, selbst ein potenzieller Straftäter sein könnte.

(Enrico Komning, AfD:
Völlig falsch, Frau Tegtmeier!)

Das klingt immer durch.

Und was auch immer durchklingt – das hat Frau Weißig heute und gestern in ihren Reden gemacht, aber auch Professor Weber hat das noch mal klar benannt –: der ständige Vorwurf an die Landesregierung, Gelder für Personengruppen auszugeben, die es nicht verdient hätten. Das hat Frau Weißig getan, ohne diese Gruppe zu benennen, Professor Weber hat es vorhin ganz klar mit dem Wort „Migranten“ getan. Das finde ich auch höchst abenteuerlich, denn wir sind in einem Rechtsstaat, und jeder Mensch hat hier einen Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren. Das haben wir gestern in Bezug auf die Abschiebung nach Afghanistan mehrfach herausgearbeitet, aber das trifft natürlich auch auf die Asylverfahren hier in Deutschland zu.

Wenn ich mir Ihren Antrag in den einzelnen Punkten angucke, muss ich sagen, Herr Komning, Sie haben eine Kleine Anfrage gestellt, die wesentlich detaillierter ist, auch in dem, was hier Punkt 1 betrifft. Sie haben heute auch noch mal Nachfragen nachgeschoben. Jetzt frage ich mich, was meinen Sie hier überhaupt mit „detailliert“, mit einem „detaillierten Lagebericht“?

(Zuruf von Enrico Komning, AfD)

Dann müssen Sie es ganz konkret benennen: Was fehlt Ihnen bei der Beantwortung der Kleinen Anfrage? Was fehlt Ihnen bei dem, was uns der Innenminister bereits im Innenausschuss dazu berichtet hat? Worum geht es Ihnen da konkret? Und das haben Sie eben auch nicht gesagt, was Ihnen an der Berichterstattung in diesem Zusammenhang tatsächlich fehlt und was Sie hier detailliert wissen wollen.

Zu der technischen Aufrüstung der Ausländerämter und so weiter hat der Wirtschaftsminister in Vertretung des Innenministers eben Etliches ausgeführt. Aber dazu möchte ich Ihnen auch noch mal eins sagen, Herr Komning: Sie haben hier den Geschäftsführer des Deutschen Landkreistages zitiert,

(Enrico Komning, AfD: Ja.)

in Bezug darauf, dass er zugegeben hätte – aber er hat da gar nichts zuzugeben, weil er dafür gar nicht zuständig ist –, dass ein Teil der Flüchtlinge seinerzeit nicht erfasst wurde. Aber was Sie dabei natürlich nicht gesagt

haben und was in dem Zusammenhang viel interessanter ist – weil Sie in Ihrer Antragsbegründung ja auch behaupten, dass sich die Zahl der Sozialbetrüger in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2016 auf 76 erfasste Vorfälle belaufe und dies eine Größenordnung sei, „die vor dem Hintergrund von nur schwach ausgerüsteten Ausländerämtern nur die Spitze des Eisberges sein könnte“ –, dazu hat Professor Hennecke natürlich auch was zu sagen gehabt, nämlich der Deutsche Landkreistag, und ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren, hat auch in einer Pressemitteilung am 10.02. dieses Jahres ausgeführt: „Die Darstellung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“ – und das bezog sich auf den Vorwurf des BAMF in Bezug auf die Ämter, die auf Kreisebene angesiedelt sind –, also „die Darstellung des Bundesamtes ..., ein Missbrauch von Sozialleistungen sei nicht ausgeschlossen, weil die Sozialämter nicht in der Lage seien, Fingerabdrücke zu nehmen, entbehrt jeder Grundlage. Denn die Sozialbehörden sind gesetzlich nicht befugt, Fingerabdrücke zu nehmen.“

(Enrico Komning, AfD: Richtig.)

„Ein Missbrauch von Sozialleistungen“, so heißt es weiter, „wird bereits durch den fälschungssicheren sogenannten Ankunftsnachweis bzw. die sonstigen Nachweispapiere ... wirkungsvoll verhindert. Auch das im Aufbau befindliche Datenaustauschsystem“, dazu hatte der Minister eben schon was gesagt, „zwischen Bund, Ländern und Kommunen wird hierbei hilfreich sein. Die Nachregistrierung der Flüchtlinge ist nach den Aussagen des BAMF bereits abgeschlossen. Mit seinen Äußerungen erweckt das Bundesamt den Eindruck, als finde landesweit Leistungsmissbrauch in großem Stil statt. Das entspricht nicht den Tatsachen.“

In der Pressemitteilung – vom 07.02., meine ich, war es – wurde auch gesagt, dass dieser Missbrauch mittlerweile fast unmöglich sei, es sei denn, jemand hat eine außerordentlich hohe kriminelle Energie in sich und schafft es, eigentlich relativ sichere Ausweispapiere zu fälschen.

Zu der Verordnung hat der Minister auch schon ausgeführt. Selbstverständlich braucht man keine Verordnung für etwas, was gesetzlich vorgeschrieben ist. Was soll eine Verordnung daran noch verbessern? Das ist doch eine reine Schaufenstergeschichte.

Und was die Minderjährigen angeht, ist es vollkommen richtig, was der Minister hier gesagt hat, aber es ist ja nicht so, dass die Behörden auf Kreisebene da gar nichts machen. Die haben ein ganz großes Interesse daran, zu gucken, ob die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge tatsächlich welche sind, um die sich die Kreisbehörden kümmern müssen. Das ist ja eine wahnsinnig teure Angelegenheit. Natürlich wird ganz genau hingeguckt, ob man es sicherstellen kann. Das wird untersucht. Es gibt ein sogenanntes Screening. Das geht bis dahin, dass man sogar die Handwurzeln röntgt, um zu erfahren, ob die Angaben dieser Personen tatsächlich der Wahrheit entsprechen.

Natürlich gibt es auch hier eventuell mal den einen oder die andere, die dabei durchrutscht – wie überall, bei allen Systemen, kein System ist 100-prozentig sicher –, aber gleichwohl gibt es ein ganz großes Engagement auf kommunaler, kreislicher Ebene, hier den Missbrauch auszuschließen, denn das ist auch für die Kreise eine Kostenfrage. Solange die im Zuständigkeitsbereich der

örtlichen Jugendhilfe sind, kommen die Kreise und kreisfreien Städte, natürlich unterstützt durch Land und Bund, für die Kosten an dieser Stelle auf. Es ist ein sehr großer Aufwand und auch die Integrationsanforderungen dieses Personenkreises sind ja besonders hoch.

Also Ihr ganzer Antrag ist für die Katz. Ich würde sagen, er ist insgesamt für die Katz.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die Katze würde sich mit Abscheu abwenden von diesem Antrag.)

Wir brauchen ihn nicht. Er enthält Bestandteile, die sind vollkommen überholt und gehen an der Realität vorbei, und in der Begründung ist er von Unwahrheiten, alternativen Fakten oder was weiß ich durchgezogen. Man kann diesen Antrag einfach nur ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD und Peter Ritter, DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dem heute vorgestellten Entwurf des Wahlprogramms für die Bundestagswahl fordert die AfD die umgehende Schließung der Grenzen, um die wilde „Massenimmigration“ zu beenden. Die Grenze soll also verhindern, dass Menschen zu uns kommen. Die Grenze früher verhinderte, dass Menschen das Land verlassen können. So oder so, ob zu uns kommen oder das Land verlassen – auf ein solches Deutschland habe ich einfach keine Lust mehr und vor allen Dingen aufgrund der eigenen politischen Erfahrungen.

(Enrico Komning, AfD: Das ist doch ein Riesenunterschied, Herr Ritter.)

Das unterscheidet uns offensichtlich und das ist an der Stelle in der politischen Auseinandersetzung auch gut.

Ferner fordert die AfD in ihrem Wahlprogramm, dass im Bundestag ein „Untersuchungsausschuss“ gebildet werden soll, „um die Verantwortlichen für die ab ... 2015 geduldete Massenzuwanderung zur Rechenschaft zu ziehen“. Da kann ich nur sagen: Viel Vergnügen in Berlin! Aber noch besser wäre, wenn Sie sich den wirklichen Problemen des Landes zuwenden würden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Tegtmeier hat darauf aufmerksam gemacht, es ist auch bei diesem Antrag das gleiche Strickmuster. Mögliche Probleme müssen in Dramatik gekleidet und vorhandene Lösungen angezweifelt werden. Das ist in den Redebeiträgen jetzt schon deutlich geworden, sowohl bei der Einbringung durch Herrn Komning als auch bei dem Redebeitrag des Wirtschaftsministers in Vertretung des Innenministers.

„Unser Land“, liebe Kolleginnen und Kollegen, so der AfD-Antrag, „hat ein Sicherheitsproblem.“ Unsere Menschen, so die AfD, sind geplagt von einem „erodierenden Sicherheitsgefühl“. Unser Land, so die AfD, wird von einer „beispiellosen Gefahr“ einer „andauernd hohen Einwanderung“ bedroht. In Mecklenburg-Vorpommern, so der AfD-Antrag, herrschen „Gewalt auf den Straßen“ und Sozialbetrug.

Die AfD hat nachgefragt, sie hat eine Antwort erhalten, was den Sozialbetrug angeht. In der Antwort wurde deutlich, dass es 76 Fälle von Sozialbetrug gab bei 8.000 Antragstellerinnen und Antragstellern. In der entsprechenden Pressemitteilung auf der Internetseite der AfD-Fraktion hat man die letzte Zahl allerdings nicht gefunden. Da hieß es nur, 76 Fälle von Sozialbetrug. Man hat ganz gekonnt die Anzahl der Antragsteller/-innen weggelassen, weil damit nämlich deutlich geworden wäre, dass das Problem gar nicht so groß ist, wie es die AfD beschrieben hat.

Dieses Zerrbild, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht Mecklenburg-Vorpommern und der AfD-Antrag ist keine Lösung von Problemen. Das ist auch der AfD bekannt. Den Komplex „Sozialbetrug, Mehrfachregistrierung, Mehrfachidentitäten“ hat die Landesregierung umfassend beantwortet, siehe Landtagsdrucksachen 7/132 und 7/176. Der vorliegende Antrag der AfD-Fraktion hat sich eigentlich damit erledigt, allerdings nicht für die AfD-Fraktion, die geht einen ganz anderen Weg, denn wenn die Faktenlage gegen den eigenen Antrag spricht, dann müssen eben die Fakten bezweifelt werden, so nach dem Motto „Das kann doch wohl nicht wahr sein“ oder, wie vorliegend, „Das kann ja wohl nur die Spitze des Eisberges sein“. Also billige Vermutungstaktik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kommentar unserer Landesverfassung unterstreicht die Bedeutung des Frage- und Auskunftsrechtes der Abgeordneten. Insbesondere für die Parlamentarische Opposition sind Kleine Anfragen ein wichtiges Kontrollmittel. Sie sollen den Informationsvorsprung der Regierung kompensieren helfen. Daher sind die Kleinen Anfragen auch der AfD zu diesem Bereich sehr zu begrüßen. Und ich füge als Parlamentarischer Geschäftsführer meiner Fraktion die Erwartungshaltung an die Regierung ein, dass die Regierung bitte die Fristen zur Beantwortung von Kleinen Anfragen auch einhält. Das würde uns den einen oder anderen Tagesordnungspunkt hier auf der Landtagssitzung ersparen.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Verfassungskommentar spricht dann allerdings auch das Missbrauchsverbot Kleiner Anfragen an, und ich zitiere:

(Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke übernimmt den Vorsitz.)

„Die Missbrauchsgrenze ... könnte etwa dann überschritten sein, wenn ein Abg. mit einer Frage ... bezweckt, die LReg mit einer Anfrage zu beschäftigen ..., ohne Interesse an der Antwort der LReg zu haben.“ Zitatende. Das ist in dem Fall ganz deutlich das Anliegen auch des Antrages.

Also, liebe Kollegen der AfD-Fraktion, lesen Sie bei Gelegenheit auch mal den Kommentar zu unserer Landesverfassung oder fragen Sie einen der Verfasser dieses Kommentars, den Sie in der Verwaltungsspitze unserer Landtagsverwaltung finden. Das ist manchmal erhellend, um Handwerkszeug zu erlernen oder besser nutzen zu können, auch und vor allen Dingen, wenn man konstruktive Oppositionsarbeit leisten will.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Antrag zeugt also von sehr wenig Sachinteresse an fachlichen Antworten. Gerade als Opposition kann und muss man auch die Landesregierung kritisieren – da bin ich der

Letzte, der das nicht machen würde –, aber nicht unter Umgehung von Tatsachen. Deshalb ist der vorliegende Antrag überflüssig, eigentlich nur Zeitverschwendung, und deshalb lehnen wir diesen Antrag ab. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE
und Martina Tegtmeier, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter Ritter.

Das Wort erhält von der Fraktion der AfD Herr Dr. Manthei.

Dr. Matthias Manthei, AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte nur auf zwei Vorredner eingehen, zunächst einmal auf den Wirtschaftsminister Herrn Glawe. Er hatte gesagt, was jetzt die unbegleiteten minderjährigen Ausländer angeht, hier würde das Jugendamt tätig werden, was erkennungsdienstliche Maßnahmen angeht. Da möchte ich aus meiner eigenen beruflichen Praxis berichten, das ist nicht richtig. Das Jugendamt versorgt die Jugendlichen, kümmert sich, dass die eine Wohnung bekommen, Kleidung und so weiter und so fort, aber diese rechtlichen Dinge, das macht das Jugendamt überhaupt nicht.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Das Screening auch nicht?)

Ich selbst hatte damit beruflich zu tun als Familienrichter und hatte für die Kinder und Jugendlichen einen Vormund zu bestellen. Das läuft also im Grunde so ab, dass die Kinder und Jugendlichen einfach bei irgendeinem Jugendamt an die Tür klopfen, dort plötzlich erscheinen und sagen, ja, ich bin jetzt hier, ich bin so und so geflohen, und sie erzählen dann ihre Entwicklung. Das Jugendamt stellt dann einen Antrag beim Familiengericht auf Bestellung eines Vormundes.

Was dann passiert, ist Folgendes: Das Gericht setzt einen Anhörungstermin fest für diesen Jugendlichen oder für das Kind, und was aber tatsächlich dann immer wieder passiert – und das muss man eigentlich mal sagen, das ist in der Öffentlichkeit gar nicht bekannt –, ist, dass diese Termine regelmäßig wieder ausfallen. Ich sage Ihnen auch, warum: Weil diese Kinder und Jugendlichen einfach wieder verschwinden. Die kommen aus dem Nichts, gehen zu irgendeinem Jugendamt und verschwinden dann wieder, werden ausgestattet und verschwinden wieder. Das habe ich immer wieder selber, persönlich erlebt, dass ich Termine angesetzt habe, bitte, dann und dann, Jugendamt, bringt die Jugendlichen/Kinder vorbei, ich bestelle einen Vormund, höre mir ein bisschen die an und die Betroffenen an und dann geht das seinen Gang. Aber es passiert immer wieder, dass diese Kinder und Jugendlichen einfach kommen und gehen. Es gibt in ganz Deutschland keine einzige Statistik, keine Übersicht, wo sie sich zum Beispiel überall melden bei irgendwelchen Jugendämtern. Die können im Grunde theoretisch in Schleswig-Holstein eine Woche später wieder aufkreuzen.

Es weiß niemand, was eigentlich los ist auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie viele Kinder und Jugendliche – wenn es denn überhaupt noch Jugendliche sind, das kennen Sie ja nun auch, dass es mitunter in Wahrheit schon Erwachsene sind –, wie viele überhaupt in unserem Land unterwegs sind. Das finde ich gerade – und es sind ja nun tatsächlich Kinder dabei –, da muss ich sagen als Familienrichter/Familienvater,

dass wirklich Kinder unterwegs sind in Deutschland und niemand eigentlich weiß, wo sie sich aufhalten, das ist ein äußerst bedenklicher Zustand. Das muss an dieser Stelle auch mal gesagt werden.

Was passiert, wenn sie zum Gericht kommen? Dann versuchen wir zu klären, wie die Identität ist. Da sind wir am Gericht die Ersten, die versuchen, den Namen zu klären. Am Anfang habe ich mich recht intensiv bemüht, herauszufinden, wie denn das Kind, der Jugendliche eigentlich nun wirklich heißt. Sie haben irgendeinen Namen angegeben beim Jugendamt, oft ohne Dolmetscher, da wird irgendwas aufgenommen, und wenn man dann da sitzt – ich habe Dolmetscher beigezogen –, erfährt man plötzlich, dass der Vorname ganz anders ist, dass der Nachname ganz anders ist und das Geburtsdatum ganz anders ist. Das ist kein seltener Fall. Es gibt überhaupt gar keine Identitätsprüfung, das haut meistens überhaupt gar nicht hin. Irgendwann haben wir uns dann entschieden, dass wir das einfach erst mal so annehmen, das heißt, als Identität, also Name und Geburtsdatum, wird einfach nur das genommen, was der Jugendliche, was das Kind sagt. Das wird einfach erst mal so hingenommen vom Jugendamt, denn was sollen wir anderes machen. So, das passiert als Erstes.

Dann bestellt das Familiengericht einen Vormund. Das ist deshalb notwendig, weil das Kind sich nicht selber vertreten kann, keinen Asylantrag stellen kann. So, dann wird ein Asylantrag gestellt, darum kümmert sich der Vormund. Erst dann, und das ist das Interessante, erst dann, wenn der Asylantrag gestellt ist beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, erst dann wird begonnen, die Identität (Name, Geburtsdatum) überhaupt zu prüfen. Das ist eigentlich der Stand bei den Kindern und Jugendlichen.

Nur noch ein Wort zu der Vorrednerin Frau Tegtmeier von der SPD.

(Martina Tegtmeier, SPD: Oh,
danke, dass Sie „Rednerin“ sagen!)

Ich würde einfach um ein bisschen mehr Sachlichkeit bitten und um die Verwendung korrekter Begriffe. Man kann verschiedener Meinung sein, damit habe ich kein Problem, aber ich bitte darum, dass wir alle die gleichen Begriffe verwenden. Es gibt keine „unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge“, sondern das sind „unbegleitete minderjährige Ausländer“. Das ist einfach der sachlich korrekte Begriff, auch das Gesetz redet davon. Generell haben Sie immer wieder den Begriff „Flüchtling“ verwendet,

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

aber es ist nicht jeder ausländische Staatsbürger, der illegal die Grenze übertritt, damit automatisch ein Flüchtling. „Flüchtling“ ist ein Status, den sie zuerkannt bekommen müssen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Wenn Sie jetzt jeden, der hier illegal einreist, schon als „Flüchtling“ bezeichnen, ist das einfach unsachlich und polemisch, sage ich mal.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Also ich würde Sie einfach bitten, auch wenn man verschiedene Ansichten hat, dass man wenigstens die Begrifflichkeiten zutreffend verwendet, denn sonst nimmt

man Wertungen vorweg und dann können wir hier eigentlich nicht mehr vernünftig miteinander diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Jetzt haben Sie es aber gekriegt, Frau Tegtmeier.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Für die Fraktion der CDU erteile ich das Wort Frau von Allwörden.

Ann Christin von Allwörden, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der AfD hat, wie inzwischen ja schon üblich, ein Stirnrünzeln bei mir hervorgerufen. Da fordert die AfD die Landesregierung auf, „einen detaillierten Lagebericht über die biometrische Erfassung von Asylbewerbern ... vorzulegen“, verschweigt in dem Antrag aber, wem dieser Bericht vorgelegt werden soll. Innenausschuss oder Landtag kommen wohl am ehesten in Betracht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: An die AfD-Fraktion.)

Aber vielleicht wäre es für die Zukunft hilfreich, wenn die AfD ihre Anträge konkreter fassen würde.

Dann soll dieser Bericht seinen Schwerpunkt auf den sogenannten Gefährdern haben. Die Gefährder sind seit dem Terroranschlag in Berlin in aller Munde. Schon aus den Presseberichten und Stellungnahmen der Bundesregierung war zu entnehmen, dass es noch keine juristisch verbindliche Definition des Begriffes „Gefährder“ gebe, wir haben das schon gehört. Der Staatssekretär hatte es im Ausschuss ebenso mehrfach erklärt und die AfD hatte zu der Problematik auch eine Kleine Anfrage gestellt. Auch dort wurde nochmals erklärt, dass es sich bei der Begrifflichkeit „Gefährder“ derzeit um ein Hilfsmittel der Polizei handelt, um intern die Gefährdungsstufen von Personen festzulegen, eine juristische Definition liege aber noch nicht vor.

Ich frage mich auch, wie dieser Schwerpunkt genau ausgestaltet sein soll. Allenfalls können Sie doch nach der Anzahl fragen, und die ist bekannt. Ich muss mich da erneut wiederholen. Der Minister hat es öffentlich gesagt, der Minister hat es im Ausschuss gesagt, die Zahl der sogenannten Gefährder beläuft sich in Mecklenburg-Vorpommern auf eine Zahl im unteren einstelligen Bereich. Oder wollten Sie Namen, Adressen, Passfoto und Fingerabdrücke in einem öffentlich zugänglichen Bericht? Die Polizisten und Mitarbeiter des Landesverfassungsschutzes würden sich bedanken, dass Sie ihre Arbeit durch einen solchen Bericht so erheblich verkomplizieren würden und auch noch deren Sicherheit in Gefahr bringen würden. Was eine solche öffentliche Bezeichnung für Auswirkungen auf das Sicherheitsniveau im Land haben könnte, darüber will ich gar nicht erst nachdenken. Mal wieder ein handwerklich schlecht gemachter und inhaltlich schlecht durchdachter Antragspunkt. Dem wird meine Fraktion nicht zustimmen können.

Kommen wir zu Punkt 2 des Antrages. Auf der Grundlage des Datenaustauschverbesserungsgesetzes wurde im Februar 2016 das Kerndatensystem vom Bund eingeführt. Mit diesem System werden im Ausländerzentralregister die biometrischen Merkmale und Stammdaten von Asylsuchenden erfasst, wenn sich Ausländer als Asylsuchende bei einer deutschen Behörde melden. Mit diesem

System soll sichergestellt werden, dass Mehrfachidentitäten über die Zuordnung zu einem Fingerabdruck unterbunden werden. Vor Einführung dieses Kerndatensystems war in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes bereits ein System in Betrieb, welches die Fingerabdrücke mittels des automatisierten Fingerabdruckidentifizierungssystems erfasste und abglich. Gerade wir hier in Mecklenburg-Vorpommern waren also vorbildlich, was die Erfassung biometrischer Daten anbelangt. Sofern Mehrfachregistrierungen festgestellt werden, werden diese auch angezeigt. Die betreffende Person wird an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung zurückverwiesen.

Punkt 3 Ihres Antrages befasst sich dann auch mit den Mehrfachidentitäten und dem Asylbetrug. Die Landesregierung soll eine Verordnung erlassen, die vorschreibt, dass „festgestellte Mehrfachidentitäten unverzüglich an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben“ seien. Auch hier fehlt es zunächst am Adressaten. Wer soll dazu verpflichtet werden? Die Menschen auf der Straße? Sollen diese ausländisch aussehenden Mitbürgern hinterherschneffeln? Oder soll die Verordnung nur an die Behördenmitarbeiter gerichtet sein? Dafür gibt es bereits einen Erlass des Innenministeriums. Auch das ist Ihnen bekannt, zumindest wurde Ihnen das in der Antwort einer Kleinen Anfrage mitgeteilt. Ich gehe davon aus, dass Sie diese auch lesen.

Interessant ist in dem Zusammenhang auch Ihr Rechtsverständnis. Eine Rechtsverordnung bedarf einer Verordnungsermächtigung in einem formellen Gesetz. Ein Hinweis, worauf Sie diese Rechtsverordnung stützen wollen, fehlt im Antrag und in der Begründung. Sie haben doch einige Juristen bei sich in den Reihen sitzen und dann legen Sie uns so einen Antrag vor? So viel zum Handwerklichen.

Kommen wir wieder zum Inhaltlichen. Der Sozialbetrug – so ist die richtige juristische Bezeichnung – ist bereits nach der heutigen Gesetzeslage strafbar. Der deutsche Rechtsstaat toleriert es nicht, wenn seine Hilfsbereitschaft ausgenutzt wird. In den vergangenen Monaten kam es deshalb auch zu einer Reihe von Prozessen. Um dies zu verdeutlichen und auch um die Auswirkungen eines Sozialbetruges auf ein laufendes Asylverfahren zu konkretisieren, plant die Bundesregierung bereits eine Gesetzesänderung. Danach kann ein laufendes Asylverfahren dann beendet werden, wenn der Asylsuchende wegen fortgesetzten Sozialbetruges verurteilt wurde. Das Verfahren kann natürlich erst dann beendet werden, wenn es eine Verurteilung durch ein deutsches Gericht gegeben hat, da auch gegenüber Asylsuchenden die Grundgesetze des Rechtsstaates – wie die Unschuldsvermutung bis zum Urteil – gelten. Diese Änderungen sollen noch im Sommer in Kraft treten und zusammen mit Verschärfungen der Ausreiseregeln beraten werden.

Dann kommen wir schließlich zum letzten Punkt, der biometrischen Erfassung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen.

(Martina Tegtmeier, SPD: Ausländern!
Ausländern, nicht Flüchtlingen!)

Es ist rechtlich derzeit gar nicht möglich, von unter 14-Jährigen einen Fingerabdruck zu nehmen, das verbietet uns das Asylgesetz. Da die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in der Obhut des Jugendamtes stehen, entscheiden und veranlassen diese eine erkennungsdienst-

liche Behandlung von über 14-Jährigen. Eine entsprechende Verfahrensweise wird gerade zwischen dem Sozialministerium und dem Innenministerium besprochen.

Auch zu diesem Antrag kann man also sagen, dass Sie kein neues Problem aufzeigen. Sowohl auf Bundesebene als auch auf Landesebene laufen die Verhandlungen, um dem Thema Mehrfachidentitäten entgegenzutreten. Im Gegenteil, Ihre Vorschläge dienen nicht mal ansatzweise der Lösung der Fragestellung. Meine Fraktion wird Ihren Antrag deshalb ablehnen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU –
Heiterkeit und Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat noch einmal das Wort für die Fraktion der AfD Herr Komning.

Enrico Komning, AfD: Wertes Präsidium! Meine Damen und Herren Kollegen! Liebe Bürger! Auch hier möchte ich mir nicht die Gelegenheit nehmen lassen, auf die bisherigen Redebeiträge noch in aller Kürze einzugehen. Es wird wirklich kurz, Sie werden es nicht mehr lange ertragen müssen.

Herr Glawe, Sie sagten, in der Erstaufnahmeeinrichtung Horst sei ausnahmslos durch die PIK, also durch die Personalisierungsinfrastrukturkomponente, eine Registrierung erfolgt. Ja, das ist richtig. Das ist wohl auch so und das ist auch gut so, dass es erfolgt. Aber das Ganze geschieht erst seit März 2016.

Und, Frau von Allwörden, Sie haben völlig recht, vorher gab es dort ein Verfahren, das sogenannte Fast-ID-Verfahren, bei dem offensichtlich Fingerabdrücke aufgenommen werden. Aber das reicht nicht. Es reicht deshalb nicht, weil beide Systeme nicht kompatibel sind, beziehungsweise, wer vorher mit Fingerabdruck registriert wurde, bei dem ist gar nicht ausgeschlossen, dass er nach März 2016 eben noch mal über das PIK-System registriert worden ist. Deshalb heute auch meine weitergehende Fragestellung auf die Antwort des Innenministers auf die Kleine Anfrage, ob es dort irgendeinen Ausgleich gibt und wie denn gerade diese beiden Zeiträume zusammengeführt werden sollen, denn das ist derzeit nicht der Fall.

Es mangelt bei dem Abgleich der jetzt zum Glück genommenen biometrischen Daten eben dennoch an den Mitteln bei den Ausländerbehörden, denn die Vorsitzende beziehungsweise die Leiterin des BAMF Jutta Cordt wies gerade darauf hin, dass lediglich zehn Prozent der Ausländerbehörden technisch überhaupt dazu imstande sind, einen Abgleich vorzunehmen. Wir dürfen davor schlichtweg nicht die Augen verschließen. Selbst wenn es gesetzliche Grundlagen dafür gibt, dass eine Aufnahme von biometrischen Daten jetzt möglich ist, muss der Abgleich aber auch möglich sein, und das ist eben gerade nicht der Fall.

Frau Tegtmeier, ganz kurz zu Ihnen. Sie suggerieren, dass wir als AfD meinen, dass alle Flüchtlinge in irgendeiner Form kriminell seien. Nein, dieser Meinung sind wir nicht, wir unterstellen das auch nicht, aber man muss doch Folgendes sagen: Wenn wir nicht wissen, wer sich

in unserem Lande aufhält, habe ich damit tatsächlich ein Problem. Ich habe damit ein Problem, weil ich nicht weiß, was derjenige hier tut, wo er gemeldet ist, wer das überhaupt ist. Wenn Sie damit kein Problem haben, dann kann ich das schlichtweg menschlich nicht nachvollziehen. Wie kann man ein Land öffnen und die Menschen, die hierherkommen, schlichtweg nicht registrieren,

(Zuruf von Torsten Renz, CDU)

ihnen ermöglichen, hier oder dort zu sein, im Süden oder im Norden oder vielleicht in Norditalien oder in Südfrankreich. Es kann doch nicht Sinn eines Staates sein, seine Grenzen so weit zu öffnen, keine Kontrollen zu machen und eben auch im Nachhinein nicht zu kontrollieren, wer hineingekommen ist. Wenn Sie damit kein Sicherheitsproblem haben, dann tut es mir ganz persönlich leid für Sie. Vielleicht haben Sie einen anderen Eindruck, wenn wir zusammen nach Berlin, nach Köln oder nach München fahren und mal durch ein solches Viertel laufen. Da können Sie sich Frau von Allwörden gerne mitnehmen. Ich schicke Sie beide mal zusammen in eine solche No-go-Area. Ich möchte mal sehen, ob Sie beide unversehrt wieder herauskommen. Das wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nämlich nicht der Fall sein.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Dirk Friedriszik, SPD: Da kann Herr Holm doch noch was dazu sagen, der wohnt doch da.)

Herr Ritter, ganz kurz zu der Grenzfrage. Sie haben ja sicher noch in einem anderen System studiert ...

(Der Abgeordnete Enrico Komning spricht bei abgeschaltetem Mikrofon.)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Herr Abgeordneter, gestatten Sie dem Abgeordneten Heydorn eine Zwischenfrage? (Zustimmung)

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wer war 89 bei Feliks? Ich nicht! Sie doch wohl!)

Jörg Heydorn, SPD: Ja, herzlichen Dank, Herr Komning.

Sie haben gerade ausgeführt über No-go-Areas in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Wahrscheinlichkeit, dass man nicht unversehrt wieder herauskommt, doch sehr hoch ist.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Als Frau, meint er wahrscheinlich.)

Als Frau.

Können Sie mir also insoweit eine dieser No-go-Areas hier nennen, wo die Wahrscheinlichkeit, dass da eine Frau nicht unversehrt wieder rauskommt, dergestalt hoch ist, und können Sie das mit entsprechenden Tatsachen untersetzen, also Vorgängen, was da passiert ist, und so weiter und so fort? Denn das sind ganz schwerwiegende Anschuldigungen, die Sie hier erheben.

Enrico Komning, AfD: Ja, Herr Heydorn, ich habe nun heute keine Statistiken dabei. Ich wusste nicht, dass Sie heute diese Anfrage an mich stellen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Man muss auf alles vorbereitet sein, Herr Komning.)

Ich kann Ihnen das gerne im Nachhinein auch belegen, aber es ist doch in den Medien, im Fernsehen, in den Zeitungen, überall ist es verbreitet worden,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Lügenpresse! Lügenpresse!)

dass selbst Polizeibeamte,

(Christian Brade, SPD:
Die „Bild-Zeitung“ ist voll davon.)

dass selbst die Gewerkschaft der Polizei davon ausgeht, dass es Gebiete in Deutschland gibt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Meinen Sie die
Stellungnahme der Thüringer GdP zu Höcke?)

in denen eben Parallelgesellschaften stattfinden, in denen keine Integration stattfindet. Das ist zum Beispiel in Marxloh der Fall. Also da können wir gerne zusammen hinfahren. Wir können gerne die Polizeibeamten vor Ort befragen, ob es sich dort um eine solche No-go-Area handelt, und die werden uns das bestätigen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Herr Ritter, zur Grenze.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Immer anwesend.)

Ich sehe es für einen Nationalstaat schlichtweg als Pflicht an, seine Grenze zu schützen, wenn sie schutzbedürftig ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Die DDR war kein
Nationalstaat, sie war nicht schutzbedürftig.)

Ich gebe Ihnen ja recht, dass vielleicht vor der Migrationskrise eine offene Grenze das war, was wir uns alle vorstellen hin zu unseren europäischen Nachbarn, aber die Schutzbedürftigkeit unserer Grenze hat sich geändert mit der Migrationskrise. Diese Schutzbedürftigkeit hat sich erhöht. Dann muss man eben auch mal einen Schritt zurückgehen. Und wir wollen ja keine Mauer bauen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nicht?)

wir wollen auch keinen Zaun bauen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ah nein?!)

Nein, das wollen wir nicht.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Was
dann? Was wollen Sie dann tun?)

Wir wollen die Grenzen schützen,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Wie denn? Wie denn?)

das heißt nicht, eine Mauer zu bauen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, wie denn?)

Es gibt technische Möglichkeiten, ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Selbstschussanlagen, oder was?!)

Nein.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Nein? Was denn dann?)

... es gibt technische Möglichkeiten ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ja, sagen Sie doch mal eine!)

Ja, zum Beispiel Infrarotschranken, wo also, wenn dort ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Und was passiert,
wenn die Infrarotschranke losgeht?)

Dann muss im rückwärtigen Raum die Polizei und der Grenzschutz,

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

dann müssen die dafür da sein und müssen denjenigen festnehmen, der dort illegal über diese Grenze übergetreten ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sie sind ein Träumer!)

Ja, so sieht es das Gesetz vor. Das hat gar nichts mit der DDR zu tun, da, wo wir eingesperrt waren, das ist etwas völlig ...

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wo Sie mit eingesperrt haben!)

Wo wir beide zusammen eingesperrt waren, jawohl.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Wo Sie mit eingesperrt haben!)

Ich habe nicht eingesperrt,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Ach, Sie waren bloß Heizer!)

ich war nicht Mitglied der Grenze.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Entschuldigung,
Sie waren bloß Heizer bei Feliks!)

Ja, ja, ja, genau.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist das, jaja.)

Also, wir wollen uns doch beide nicht über unsere Vergangenheit unterhalten, Herr Ritter. Ich glaube, da ziehen Sie den Kürzeren.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie doch, wieder etwas zur Ruhe zu kommen. Der Abgeordnete ist nicht mehr zu verstehen.

Aber ich möchte Sie auch darauf hinweisen, Herr Abgeordneter, Sie haben noch maximal eine halbe Minute Zeit.

Enrico Komning, AfD: Diese halbe Minute möchte ich nutzen, Herr Ritter, um Sie zu einem Bierchen einzuladen, ...

Jetzt hört er nicht zu.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ich höre immer zu. Ich höre immer zu.)

... Sie auf ein Bierchen einzuladen, dann können wir uns gerne über unsere DDR-Vergangenheit unterhalten.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Haben wir doch schon mal gemacht beim Straßenfest. Erinnern Sie sich nicht?)

Wir werden vielleicht das eine oder andere Gemeinsame, aber sicher sehr viel Trennendes haben.

Ja, ich hätte gern noch was zu Frau von Allwörden gesagt, meine Zeit ist leider um. Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren Kollegen, das war es.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Um das Wort hat noch mal der Abgeordnete Heydorn für die SPD-Fraktion gebeten.

Jörg Heydorn, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich bin 1957 in Nordrhein-Westfalen geboren. Das heißt, ich gehöre zu einer Generation, die in NRW mit Migranten groß geworden ist. Ich kenne Marxloh, ich kenne den Dortmunder Norden, ich kenne Köln-Porz und ich weiß, dass es da Probleme gibt. Aber wenn man sich die Frage stellt, woraus denn die Probleme resultieren, habe ich in meiner Analyse ganz andere Antworten.

Wir sind damals davon ausgegangen, dass die Menschen, die kamen, ein paar Jahre bleiben und dann wieder gehen. Es sind ja nur Gastarbeiter, die aufgrund von zwischenstaatlichen Verträgen für eine bestimmte Zeit zu uns kommen, um Arbeit zu verrichten, aber irgendwann sind sie wieder verschwunden. Das war der große Trugschluss. Die Leute sind nicht verschwunden, die Leute sind geblieben und wir haben es damals versäumt, uns für Integration einzusetzen.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Das tun Sie immer noch.)

Wir haben sie also sich selbst überlassen, das Thema Sprachförderung spielte keine Rolle. Wir haben uns nicht intensiv genug um die Kinder gekümmert und so weiter und so fort.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Die Ergebnisse, die wir daraus hatten, haben letztendlich mit der Flüchtlingssituation überhaupt nichts zu tun, erst mal gar nichts zu tun. Es kann sein, dass die Flüchtlingssituation das eine oder andere verschärft hat, aber die Ursachen für die Probleme in dem Stadtteil von Duisburg, also Marxloh, den Sie angesprochen haben, oder auch im Dortmunder Norden oder Köln-Porz sind letztendlich völlig anders determiniert.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

Das muss man zur Kenntnis nehmen.

Die Frage, die man jetzt auch politisch daraus ableiten muss, ist ja die: Wie gehen wir damit um? Machen wir es

so wie Sie und sagen, wir halten diese Leute völlig außen vor, die passen nicht in unseren Kulturkreis, mit denen haben wir nur Schwierigkeiten, da sind gegebenenfalls Schwerstkriminelle dabei und so weiter und so fort?

(Dr. Ralph Weber, AfD: Richtig erkannt.)

Das ist Ihre Schlussfolgerung. Unsere und meine ist eine andere. Meine ist im Grunde genommen die, dass ich sage, man muss es einfach beim Thema Integration besser machen. Wir müssen heute einfach mehr tun und dürfen die Leute nicht sich selbst überlassen, sondern wir müssen ihnen Angebote machen

(Peter Ritter, DIE LINKE: So ist es.)

und müssen sie letztendlich auch verpflichten, Integrationsangebote wahrzunehmen und denen Folge zu leisten.

(Dr. Ralph Weber, AfD: Da wird gut Geld dran verdient.)

Wissen Sie, Herr Komning, Sie waren heute hier ein paar Mal am Pult und Sie tragen Dinge vor, die Sie nicht zueinanderbringen. Auf der einen Seite weisen Sie darauf hin – und das ist eine Tatsache –, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern jeden Monat, glaube ich, rund 1.200 Menschen im arbeitsfähigen Alter verliert, also Arbeitsplätze frei werden, wo wir Schwierigkeiten haben, diese zu besetzen, und auf der anderen Seite geben Sie keine Antworten, wie solche Dinge besetzt werden können.

Natürlich ist diese Anfangseuphorie, dass die Flüchtlinge, die kommen, die Arbeitsplätze jetzt alle nachbesetzen, nicht aufgegangen,

(Beifall Enrico Komning, AfD)

aber dass die Leute letztendlich zur Arbeit nicht fähig sind, ist auch eine Geschichte, die nicht stimmt. Da sind Möglichkeiten, die wir haben, auch auf dem Arbeitsmarkt, aber auch da wird es darum gehen, dass man die Dinge in die Hand nimmt, dass man auch Geld in die Hand nimmt und die Leute integriert.

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

Dann sind die für unser Land letztendlich auch hilfreich.

Und ich sage Ihnen, nach meinem historischen Verständnis hat Einwanderung letztendlich immer positive Entwicklungen mit sich gebracht.

(Beifall Jochen Schulte, SPD)

Also wenn ich mir Ihre Fraktion angucke, Sie sind doch Leute, die nur rückwärtsgewandt sind. Mit Ihnen kann man doch die Zukunft nicht gestalten. Das heißt, wenn man Zukunft gestalten will, dann muss man letztendlich Diversität haben, man braucht Vielschichtigkeit. Wissen Sie, mit Ihrer „Volkszugehörigkeit“ oder auch hier Herr Professor Weber immer mit dem Begriff der „Volkskultur“, damit kann ich nicht viel anfangen. Das sind Dinge, die sind dem zeitlichen Wandel unterworfen. Ich kann Ihnen sagen, mit Ihnen verbindet mich kulturell rein gar nichts,

(Dr. Ralph Weber, AfD: Gott sei Dank!)

habe ich nichts gemein, aber auch gar nichts.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD
und AfD – Dr. Ralph Weber, AfD:
Da bin ich sehr froh drum.)

Das heißt, wenn man hier argumentiert, dann muss man auch gucken, dass man die Fakten zueinanderbringt. Wenn man sagt, uns fehlen Arbeitskräfte, dann muss man auf der anderen Seite auch Antworten geben, wie die Arbeitsplätze besetzt werden sollen.

(Enrico Komning, AfD: Familienförderung.)

Und wissen Sie, Ihre ...

Ja, heute und in den nächsten fünf Jahren wird das nichts, oder wollen Sie jetzt so weit gehen, dass Sie sagen, wir kommen zum Thema Zwangsbefruchtung?

(Enrico Komning, AfD: Jetzt
wollen wir geregelte Zuwanderung.)

Das wäre ja noch eine ganz andere Geschichte.

Und noch mal ein Satz: Ich bin zutiefst der Meinung, dass es richtig war, die Leute in unser Land zu lassen. Auch da fragt man sich, welche Kultur man hat. Lässt man Menschen an Zäunen krepieren oder hilft man Menschen weiter? Die Frage muss jeder mit sich selber abmachen und ich habe und wir haben unsere Antwort darauf gefunden und sagen, es war richtig. Natürlich ist es ein bisschen schwierig, dann Schritt für Schritt da ein Stück weit Ordnung und Struktur reinzukriegen, auch wenn es darum geht, letztendlich Leute zu registrieren und Identitäten festzustellen. Auch da muss ich sagen, eine ganz klare Geschichte, das ist richtig, was an der Stelle passiert ist. Da habe ich auch eine ganz klare Position an der Stelle.

Wissen Sie, Sie haben heute hier, was das Thema „ländlicher Raum“ angeht, eine sehr wirtschaftsliberale Position vertreten. Auch das kriegen Sie ja nicht zueinander. Auf der einen Seite ist die AfD die Partei, die gerade in diesen Regionen unterwegs ist und sagt, guckt euch die Etablierten an, die hängen euch ab, aber wenn dann die etablierten Parteien hergehen

(Enrico Komning, AfD: Fördermittel-
bescheide verteilen, genau. Ja.)

und sagen, wir müssen gerade in den Regionen auch beim Thema Arbeitsmarkt was machen, dann kommen Sie hier mit Ihren wirtschaftsliberalen Lösungsangeboten. Das heißt, Ihre Politik ist an keiner Stelle konsistent, die ist nicht konsistent. Das ist alles fragmentiert und von Emotionen getragen, wahrscheinlich alles von Ausländerfeindlichkeit, das spielt da, glaube ich, eine große Rolle. Eine klare Sachpolitik sieht anders aus, obwohl Sie Sachpolitik immer hier an dieser Stelle einfordern, und das wollte ich noch mal in aller Deutlichkeit zum Ausdruck bringen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/283. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke schön. Gegenprobe. – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/283 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27:** Beratung des Antrages der Fraktion DIE LINKE – Gleichstellung von Frauen und Männern überall – Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm endlich vorlegen, auf Drucksache 7/289.

**Antrag der Fraktion DIE LINKE
Gleichstellung von Frauen und Männern
überall – Gleichstellungspolitisches
Rahmenprogramm endlich vorlegen
– Drucksache 7/289 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist so albern, nein, eigentlich ist es traurig, denn auch in den letzten zehn Jahren gab es, als ich als gleichstellungspolitischer Sprecher meiner Fraktion hier nach vorne gegangen bin, von der Fensterfront die gleichen dümmlichen Zwischenrufe.

(Enrico Komning, AfD: Wir haben
doch noch gar nicht gerufen.)

Gut.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestern war Frauentag. Fast alle Rednerinnen und Redner haben die Frauen und ihr Engagement in diesem Land gewürdigt. Ich bin gespannt, was heute am Ende dieser Debatte zum Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm für Mecklenburg-Vorpommern davon übriggeblieben ist. Ja, es die dritte oder vierte Klappe zu diesem Thema, ich gebe die Hoffnung nicht auf. Aber es ist meine letzte Legislaturperiode in diesem Landtag und vielleicht machen Sie mir eine Freude und wir kriegen das noch hin.

(Torsten Renz, CDU: Man weiß es nicht,
Herr Ritter, man weiß es nicht.)

Man weiß es nicht, man weiß es nicht. Die Hoffnung stirbt zuletzt, aber sie stirbt eben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Torsten Renz, CDU: Oder
schriftlich schon mal niederlegen.)

Der Frauentag ist der Tag, der symbolisch für den Kampf der Rechte der Frauen steht, der seit Jahrhunderten in männerdominierten Gesellschaften geführt wird. Was für Männer selbstverständlich war und ist, ist es für Frauen noch lange nicht. Mit welchem Recht eigentlich, frage ich? Was berechtigt das eine Geschlecht dazu, sich über das andere zu erheben?

Frauen mussten sich elementare Rechte wie den Zugang zu Bildung, das Wahlrecht und die Selbstbestimmung im

persönlichen und familiären Leben allen Widerständen zum Trotz und mit hohen persönlichen Entbehrungen erst erkämpfen. Es sei gemahnt und daran erinnert, die Errungenschaften zu würdigen und zu verteidigen, vor allem angesichts der Versuche in der Gegenwart, das Recht der Frau auf Selbstbestimmung, auch in westlichen demokratischen Gesellschaften, wieder einzuschränken: so die Verwehrung des Rechts auf körperliche Selbstbestimmung durch ein Verbot, das deutliche Erschweren von Abtreibungen, wie etwa in Polen oder den USA, oder die Legitimierung von häuslicher und sexualisierter Gewalt in Russland.

Es ist noch nicht lange her, dass in einigen Lebensbereichen erste Rechte für Frauen, wenn auch noch in bescheidenem Maße, eingeführt wurden. So wurden in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts erste Rechte zum Arbeitsschutz von Arbeiterinnen formuliert und eine Art Mutterschutz gewährt. Dabei ging es zunächst um die Einführung des 11-Stunden-Tages und das Verbot der Arbeit von Frauen unter Tage sowie um drei Wochen Ruhepause nach der Geburt eines Kindes, allerdings zunächst unbezahlt.

Erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts ist es Frauen gestattet, Hochschulen zu besuchen. 1918 erhielten sie endlich das Wahlrecht. Aber noch bis 1958 hatte der Ehemann das alleinige Bestimmungsrecht über Frau und Kinder. Auch wenn der Mann seiner Frau erlaubte zu arbeiten, verwaltete er ihren Lohn. Das änderte sich erst schrittweise. Ohne Zustimmung des Mannes durften Frauen bis 1962 kein eigenes Bankkonto eröffnen. Erst nach 1969 wurde eine verheiratete Frau als geschäftsfähig angesehen. Noch später kam die Selbstbestimmung bei der Erwerbstätigkeit. Bis 1977 war es den Frauen in der Bundesrepublik nicht erlaubt, einen Arbeitsvertrag ohne Erlaubnis des Ehemannes zu unterzeichnen. Und erst 1997 ist die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt worden.

Viele Rechte wurden erkämpft, aber gleichberechtigt bedeutet noch lange nicht gleichgestellt und das ist das Problem, um welches wir uns heutzutage kümmern müssen. Es ist notwendig, an verschiedenen Hebeln anzusetzen, um gleiche oder gleichwertige Bedingungen für Frauen und Männer zu erreichen. Denn pro forma können zwar die gleichen Rechte bestehen, aber strukturelle Hürden können Frauen weiterhin daran hindern, dieses Recht uneingeschränkt wahrzunehmen, auch in Mecklenburg-Vorpommern. Ein Beispiel ist die viel zitierte gläserne Decke beim beruflichen Aufstieg von Frauen und beim Besetzen von Führungspositionen.

Ein weiteres Beispiel ist das Entgelttransparenzgesetz des Bundes, das in den Medien und von der hiesigen Landesregierung hoch gelobt wird, jedoch nicht die notwendigen Veränderungen bringt, weil die Möglichkeiten, die es hätte, nicht genutzt werden. Es ist ein Gesetz, das vorgibt, die Entgeltgleichheit von Frauen und Männern voranzubringen. Es ist aber nahezu wirkungslos in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern, in dem in kaum einem Unternehmen mehr als 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Beschäftigung finden. Auch die zweihunderterte Marke in diesem Gesetz ist für unser Land nahezu unrealistisch. In Island hingegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde gestern ein Gesetz angekündigt, das gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchsetzen wird. Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten müssen in Island nachweisen, dass die Angestellten gleichen Lohn für

gleiche Arbeit erhalten, unabhängig vom Geschlecht. Das kleine Island kriegt das hin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Auch ist die Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern mit dem in der letzten Legislaturperiode verabschiedeten Gleichstellungsreformgesetz der Landesregierung in weite Ferne gerückt. Es hat nichts mit einer modernen Gleichstellungspolitik zu tun, denn höchstens mit einem „Weiter so“, weil es bestimmte Berufsgruppen privilegiert, aber keine Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft herbeiführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gleichstellungspolitische Regelwerke sind oft noch wie der angekündigte Sturm, der als laue Windböe leise verpufft: kraftlos, wirkungslos, ergebnislos, ähnlich wie die Ankündigungen und Paukenschläge der Landesregierung, allen voran unser Ministerpräsident. Nichts als Schall und Rauch sind davon übriggeblieben. Ich hätte mir schon die Energie gewünscht beim Erhalt der Funktion der Parlamentarischen Staatssekretärin für Gleichstellung in diesem Land, wie sie aufgewandt worden ist für die Schaffung des Postens des Staatssekretärs für Vorpommern.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Ja.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wollen und müssen wir ändern! Deshalb fordern wir erneut ein Programm, das den Rahmen für das Voranbringen der Gleichstellung in allen gesellschaftlichen Ebenen und Bereichen gibt. Es ist eine Bündelung von Maßnahmen und ein Programm, das die Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure befördert.

Zur Ausgangssituation: Frauen und Männer verfügen noch nicht in allen gesellschaftlichen Bereichen über gleiche Bedingungen, Chancen und Möglichkeiten, ihr Leben nach ihrem Willen zu gestalten. Die Voraussetzungen sind nach wie vor ungleich zwischen den Geschlechtern verteilt. Es besteht deshalb ein grundlegendes Gerechtigkeitsdefizit. Ohne die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen wird es keine gerechte Gesellschaft geben. Das zeigt sich insbesondere an verhärteten Rollenzuschreibungen im privaten wie im öffentlichen Leben, an schwer überwindbaren hierarchischen Systemen, zum Beispiel im Job oder in der wissenschaftlichen Karriere, oder an dem ungleich verteilten Zugang zu Ressourcen, zum Beispiel auch zu öffentlichen Haushaltsmitteln. Wie oft haben wir an dieser Stelle über das Gender Budgeting gesprochen? Wie oft haben wir Versprechungen gehört, dass wir uns auf den Weg machen? Wie oft wurden diese Versprechungen gebrochen? Wir haben bis heute keinen geschlechterspezifischen Haushalt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Gleichstellungspolitik hat das Ziel, allen Menschen im Land die gleichen Möglichkeiten einer selbstbestimmten Lebensweise zu eröffnen und strukturelle Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen. Hierfür brauchen wir geeignete Mittel. Die vorhandenen Instrumente in der Landespolitik reichen dazu nicht aus. Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm ist ein solches Mittel, dessen Wirksamkeit bereits in mehreren Bundesländern bewiesen wurde. Es soll in weite Teile der Gesellschaft hineinwirken und von weiten Teilen der Gesellschaft gemeinsam erarbeitet werden. Mit dem Programm sollen praxisnahe und alltagstaugliche Handlungsempfehlungen, Maßnah-

men und Projekte für die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen entwickelt werden. Sie sollen in allen gesellschaftlichen Bereichen und Ebenen greifen und in die Fläche hineinwirken. Festgefahrene Prozesse, strukturelle Sackgassen und tradierte Rollenbilder sollen damit aufgedeckt und durchbrochen werden.

Handlungsfelder eines solchen Rahmenprogramms sind unter anderem: Kindheit und Jugend, Ausbildung und Studium, Wirtschaft und Wissenschaft, berufliche Entwicklung, Familie, Zeitverwendung, Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben, Erwerbsverhältnisse, Medien, die gleichstellungspolitische Ausrichtung des Landshaushaltes, Vergabe öffentlicher Aufträge, Seniorinnen und Senioren, Alterssicherung, bürgerschaftliches Engagement, Sport und Kultur, Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten, Bekämpfung der Armut, soziale Sicherung, Partizipation und vieles andere mehr, kurz: das gesamte gesellschaftliche Leben in unserem Land.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Ziel ist es, den Prozess der landesweiten Implementierung von Gender-Mainstreaming weiterzuentwickeln sowie die Geschlechtergerechtigkeit in allen Lebensbereichen voranzubringen.

Jahrelange Erfahrungen aus anderen Bundesländern, wie Hamburg, Brandenburg, Berlin und Sachsen-Anhalt, verdeutlichen, dass Gleichstellungspolitische Rahmenprogramme den Abbau von Benachteiligungen und die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen in der geteilten Gesamtverantwortung von Staat und Gesellschaft deutlich voranbringen. Die Delegiertenversammlung des Landesfrauenrates im vergangenen Jahr in Waren, bei der Gäste aus Sachsen-Anhalt zugegen waren und wo wir uns zu der Problematik „Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm“ verständigt haben, hat deutlich gemacht, welche Vorteile ein solch erarbeitetes Programm für die Landespolitik bringt.

Wir fordern dieses Programm nicht zum ersten Mal. Bereits im Jahr 2015 haben wir im Landtag einen Antrag gestellt. Er wurde abgelehnt. Im Rahmen der Befassung mit dem Gleichstellungsreformgesetz der Landesregierung, das nach unserer Sicht am Ende nur ein „Reformchen“ wurde, haben wir mehrere Anträge, so auch einen Entschließungsantrag für die Erarbeitung eines Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramms in Mecklenburg-Vorpommern, gestellt – auch abgelehnt.

Das Rahmenprogramm ist ein weiterführendes Instrument zur bestehenden Gleichstellungskonzeption des Landes, die Gleichstellung als ressortübergreifende Querschnittsaufgabe auf Landesebene regelt. Sie soll auch für die Jahre 2017 bis 2021 ein weiteres Mal fortgeschrieben werden – eine gute Zeit also, uns an die Arbeit zu machen und mit den gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm für Mecklenburg-Vorpommern auf den Weg zu bringen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke, Herr Abgeordneter.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat ums Wort gebeten die Sozialministerin. Frau Ministerin Drese, Sie haben das Wort.

Ministerin Stefanie Drese: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Dem politischen Anliegen des vorliegenden Antrages schließe ich mich an. Die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen ist eine wichtige und unerlässliche Querschnittsaufgabe auf dem Weg zu einer gerechteren Gesellschaft. Diese Aufgabe betrifft alle gesellschaftlichen Bereiche und Politikfelder und sie kann nur umgesetzt werden, wenn alle daran mitarbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, die allermeisten hier im Hohen Haus streben eine Gesellschaft mit gleichen Verwirklichungsmöglichkeiten für Frauen und Männer an, in der die Chancen und Risiken im Lebenslauf gleich verteilt sind. Das haben die regierenden Parteien auch im Koalitionsvertrag nachdrücklich deutlich gemacht. Insgesamt 15 Ziffern des Koalitionsvertrages beziehen sich auf diese Thematik. So setzen wir uns für gleiche Chancen für Frauen und Männer beim Aufstieg in wissenschaftliche Spitzenpositionen ein, wir setzen uns für gleichen Lohn für gleiche Arbeit für Frauen und Männer ein und begrüßen den Gesetzentwurf des Bundes zu mehr Transparenz von Entgeltstrukturen. Davon profitieren in M-V rund 72.000 Frauen in 309 Unternehmen. Das Gesetz strahlt natürlich auch auf kleinere Unternehmen aus.

Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen: in der Wirtschaft, in der Politik, im Ehrenamt. In der Landesverwaltung gehen wir mit gutem Beispiel voran. Noch nie arbeiteten so viele Frauen als Staatssekretärinnen und Abteilungsleiterinnen wie zurzeit. Wir setzen uns weiter für die bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflegearbeit für Frauen und Männer ein, damit sie gleiche Verwirklichungschancen haben. Frauen benötigen vor allem Unterstützung im Erwerbsleben und Entlastung bei der Betreuungsarbeit. Männer brauchen mehr Möglichkeiten bei ihrer Teilhabe am Familienleben. Wir arbeiten weiterhin daran, Mädchen und Jungen das breite Berufswahlspektrum aufzuzeigen. Mit geeigneten Maßnahmen unterstützen wir alle Jugendlichen bei einer individuellen Berufs- und Studienwahl, damit sie sich nicht nur auf die traditionellen Berufe festlegen, weder die Mädchen noch die Jungen.

Sehr geehrte Damen und Herren, an diesen Zielen arbeiten wir beständig und durchaus erfolgreich. Und wie bereits erwähnt, glaube ich, dass eine breite Mehrheit hier im Haus diese Ziele gemeinsam mit mir verfolgt. Worin wir uns von der Linksfraktion unterscheiden, meine Damen und Herren, das ist der Weg dorthin. DIE LINKE glaubt an Pläne und Festschreibungen und hat diesen Antrag hier heute platziert. Das ist alles legitim, muss aber nicht richtig sein. Ich weiß, es gibt Bundesländer wie Sachsen-Anhalt oder Brandenburg, die ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm erstellt haben. Dass sie damit besser vorangekommen sind, kann ich nicht erkennen. Ich habe nicht das Gefühl, wenn ich in Halle oder Potsdam bin, dass die Welt der Frauen durch das existierende

Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm eine andere ist.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Brandenburg spricht aber eine andere Sprache.)

Ich befürchte sogar, die allermeisten Frauen dort werden von einem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm gar keine Kenntnis haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir haben uns entschieden, andere Wege zu gehen, um Verbündete für gleichstellungspolitische Dialoge zu gewinnen. Ein zentrales Instrument ist und bleibt für mich die Konzeption der Landesregierung zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern gemäß Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes und Artikel 13 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben diese Konzeption in der letzten Legislatur das vierte Mal fortgeschrieben, also den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Und nun geht es nicht einfach darum, diese erneut fortzuschreiben, da wären wir wieder bei den Formalien, sondern wir haben erst einmal den Dialog mit den einzelnen Häusern geführt und sie danach befragt, wie sie ihre Vorhaben umgesetzt haben, und sie gebeten, uns zu berichten. Der Bericht zur Umsetzung der Vierten Gleichstellungskonzeption liegt im Entwurf vor und ist im Moment in der Ressortabstimmung. Es scheint nur auf den ersten Blick so, dass diese Gleichstellungskonzeption auf die Ministerien und Politikfelder der Landesregierung beschränkt sind.

Zunächst erreichen wir damit, dass die Gleichstellung von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern mitgedacht wird. Die einzelnen Ministerien zeigen auf wann, wo und wie sie das tun. Doch für wen und mit wem setzt man denn als Landesregierung diese Inhalte um? Politik wird für die Menschen in unserem Land gemacht, das heißt, umgesetzt werden konnten die Vorhaben in den einzelnen Ressorts der Landesregierung nur mit den Verbündeten in unserem Land: mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern, mit den Vertreterinnen und Vertretern von Vereinen, Verbänden und Institutionen, mit den Schulen, Hochschulen und Kommunen im Land.

Sehr geehrte Damen und Herren, neben der Gleichstellungskonzeption für die Landesverwaltung haben wir weitere Instrumente und Maßnahmen entwickelt, um den gleichstellungspolitischen Dialog mit vielen Akteurinnen und Akteuren im Land zu führen. Im Rahmen der von mir verantworteten ESF-Richtlinie zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Privatleben werden ganz konkret Projekte gefördert, die zur Umsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern beitragen. Das sind zum Beispiel Berufsorientierungswerkstätten für Mädchen und Jungen, die eine klischeefreie Berufswahl unterstützen sollen, das sind unsere Projekte zur Erhöhung des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Kunst.

Die außerordentlich hohe, auch finanzielle Beteiligung von Unternehmen am Mentoring-Programm „Zukunft durch Aufstieg“ für Frauen in der Wirtschaft belegt das Interesse in unserem Land, moderne Personalpolitik umzusetzen. Gemeinsam mit den Hochschulen und Universitäten des Landes setzen wir die Mentoring-

Programme für Wissenschaftlerinnen und Absolventinnen um, um gezielt Frauen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und die Wirtschaft zu gewinnen. Gemeinsam mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern und dem Landesfrauenrat unterstützen wir öffentlichkeitswirksame Aktionen anlässlich des Equal Pay Days, um auf die ungleiche Bezahlung von Frauen und Männern hinzuweisen.

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das wird uns aber helfen.)

Mit dem Projekt „Selbstverständnis Entgeltgleichheit“ in Trägerschaft des Instituts für Sozialforschung und berufliche Weiterbildung gGmbH Neustrelitz soll das öffentliche unternehmerische Bewusstsein für die Bedeutung von Entgelttransparenz und Lohngerechtigkeit bei der Fachkräftegewinnung gestärkt werden. Unternehmen stehen immer mehr vor der Herausforderung, familienfreundliche Angebote zu unterbreiten. Hier unterstützen wir ebenfalls mit Projekten aus der oben genannten Richtlinie. Insbesondere geht es darum, für eine Personalpolitik zu werben, die auch die Rolle des Mannes bei der Familienarbeit stärkt. Für die Alltagsbewältigung sind zudem auch im nicht betrieblichen Umfeld, zum Beispiel bei der Kinderbetreuung, in der Daseinsvorsorge oder beim ÖPNV flexiblere Zeitkonzepte notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren, das ist der Weg, den wir in Mecklenburg-Vorpommern gehen, um mehr Geschlechtergerechtigkeit im Land herzustellen. Das ist unser Rahmen für ein gleichstellungspolitisches Handeln und der ist sehr verbindlich und durchaus erfolgreich.

Sehr geehrte Damen und Herren, nicht zuletzt bestärkt uns der äußerst große Zuspruch unserer Veranstaltung anlässlich des diesjährigen Internationalen Frauentags am Montag in Stralsund darin, dass wir viele Akteurinnen und Akteure im Land gewinnen konnten, um den gesellschaftspolitischen Dialog abseits eingefahrener Gleise zu führen. Rund 200 Gäste sind unserer Einladung gefolgt, um gemeinsam das Thema „Wie machen wir es Morgen? Vereinbarkeit Partnerschaftlich verhandeln“ zu diskutieren. Das sind ermutigende Zeichen. Insofern bleiben wir auf dem eingeschlagenen praxis- und dialogorientierten Weg. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Mignon Schwenke: Danke schön, Frau Ministerin.

Ich erteile das Wort Frau Friemann-Jennert für die CDU-Fraktion.

Maika Friemann-Jennert, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei dem heutigen Landtagsantrag fühle ich mich ein bisschen wie bei einem Déjà-vu,

(Helmut Holter, DIE LINKE: Wir auch!)

aber Herr Ritter hat es eben selbst schon gesagt, wir haben das Thema nicht das erste Mal. In unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Frauentag stellt DIE LINKE einen Antrag, die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen voranzubringen. Diese Intention stand ja auch auf der Karte, die wir Frauen gestern nebst Primeln bekamen.

(Heiterkeit bei Helmut Holter, DIE LINKE: Die haben Sie ja eingerahmt und aufgehangen, ne?! – Heiterkeit vonseiten der Fraktion der SPD)

Nee, aber ich habe mich sehr amüsiert über die andere Karte, die ich neulich bekam mit dem Bundestagskandidaten aus dem Landkreis, der gemeinsam mit Frau Bernhardt am Abwaschen war.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Schön, ne?!)

Ja, ganz witzig.

(Peter Ritter, DIE LINKE: So sind wir.)

Beim Lesen Ihres Antrages, um wieder zur Sache zu kommen, fiel mir unweigerlich meine Rede zu einem früheren Landtagsantrag zum selben Thema ein. Auch wenn der damalige Antrag kürzer formuliert gewesen ist, war er doch inhaltlich gleich.

Ja, der 8. März ist der Internationale Frauentag. Er entstand als Initiative sozialistischer Organisationen in der Zeit um den Ersten Weltkrieg im Kampf um die Gleichberechtigung und insbesondere um das Wahlrecht der Frauen. Ohne Zweifel waren das wichtige Ziele, die aber auch schon in Teilen erreicht wurden. Der Internationale Frauentag war in dieser Woche bereits Anlass für die Sozialministerin, sich für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbs- und Familienleben auszusprechen. Und darum geht es heute wohl am ehesten. Das Statistische Landesamt wies ebenfalls zu Wochenbeginn darauf hin, dass Frauen in Mecklenburg-Vorpommern souverän auf dem Arbeitsmarkt sind, aber häufiger mit geringerem Erwerbseinkommen als Männer nach Hause gehen.

Ich las gerade einen Artikel der Böckler-Stiftung, in dem über ein Experiment zur Bewertung von Lohngerechtigkeit berichtet wird. Das war sehr spannend, denn darin heißt es, dass die Teilnehmer, egal ob Frau oder Mann, die im Beruf mit großer Lohnlücke arbeiten, diese Discrepanz reproduzieren. Nun, das sind erst einmal Tatsachen und insoweit kann ich das Bestreben nach Gleichstellung von Mann und Frau sehr wohl nachvollziehen.

Der Antrag der LINKEN mit den dort angesprochenen umfassenden Tätigkeitsfeldern bleibt mir jedoch etwas schleierhaft. Die Landesregierung soll nach dem Antrag ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm auflegen, welches sich mit verschiedenen Handlungsfeldern auseinandersetzen soll, ohne aber zu begründen, warum dafür die bestehende Gleichstellungskonzeption des Landes nicht geeignet ist. Die Felder, welche DIE LINKE gerne behandelt wissen will, finden sich in der Begründung auf der zweiten Seite des Antrages. Sie lesen sich wie eine Sammlung sämtlicher Themen der LINKEN, die nun unter dem Deckmantel der Gleichstellung bearbeitet werden sollen.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Na, na, na, na!)

Es werden unter anderem „Kindheit und Jugend“, „berufliche Entwicklung“, „Familie“, „Zeitverwendung“ oder „Erwerbsverhältnisse“ angesprochen. Herr Ritter hat das alles ausgeführt, das spare ich mir an der Stelle mal. Als Querschnittsaufgabe werden Lebenslagen und -bereiche gleichstellungspolitisch aber sehr wohl in unserem Land betrachtet. Auch an dieser Stelle möchte ich nicht all das

wiederholen, was die Ministerin eben schon aufgezählt hat.

Leider fehlt bei dieser Auflistung völlig, was denn die Lösungsansätze, Verbesserungsvorschläge oder Initiativen dazu sein sollen. Das überlassen Sie dann vielleicht der Koalition, Herr Ritter?!

(Heiterkeit bei Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, weil ich die Hoffnung habe, dass die Koalition etwas auf die Beine stellen kann.)

Sie haben ja gesagt, die Hoffnung stirbt zuletzt.

Wenn ich mir beispielhaft das hamburgische Rahmenprogramm ansehe, finde ich an sich nichts anderes als das, was unsere Konzeption und unser Gesetz nicht auch hergeben, inklusive eines Maßnahmenkataloges von Instrumenten und Strukturen bis hin zu Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf, Familie und auch Pflege. Der Mehrwert für ein zusätzliches Programm lässt sich also bei dem Antrag nicht wirklich erkennen. Ziel dieses Antrages soll offensichtlich die Umsetzung des Begehrens Ihrer Fraktion nach umfassender Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Arbeits-, Lebens- und gesellschaftlichen Bereichen sein, ohne zu fragen, ob die Betroffenen das auch wollen. Denn in dem Antrag bleiben jegliche Ausführungen zur Notwendigkeit einer Änderung unerwähnt.

Für meine Fraktion möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass aus unserer Sicht zu einem selbstbestimmten Menschen, egal ob Frau oder Mann, auch immer das Recht gehört, seine Entscheidungen frei und unabhängig zu treffen. Bei zu treffenden politischen Entscheidungen mit dem Ziel der Gleichstellung ist auch immer der Wille der betroffenen Personen zu berücksichtigen. In die Elternzeit beispielsweise gehen heute noch zuallermeist Frauen, obwohl auch die Männer dies könnten. Für meine Fraktion ist es deshalb zwingend notwendig festzustellen, ob a) tatsächlich eine Ungleichbehandlung vorliegt und b) der Betroffene auch eine Änderung der Situation wünscht. Diese Feststellung kann nicht allein auf Grundlage von Zahlenmaterial und einem Vergleich der verfügbaren Einkommen getroffen werden, vielmehr müssen auch die selbstbestimmten Entscheidungen von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Es gibt nun mal Personen, egal ob Frau oder Mann, welche sich aus familiären Gründen oder um mehr Zeit für die Kinderbetreuung zu haben, dafür entscheiden, weniger zu arbeiten. Eine solche Entscheidung ist eine selbstbestimmte und freie Entscheidung, welche sowohl die Politik und die Gesetzgebung als auch wir als Berufspolitiker zu akzeptieren haben.

(Beifall Dr. Ralph Weber, AfD – Peter Ritter, DIE LINKE: Gesetzlich?)

Ich habe in der heutigen Debatte – oder nicht nur heute – bisweilen das Gefühl, dass sich eine Frau fast schämen muss, wenn sie sich in der gegenwärtigen Gesellschaft für eine Betreuung ihrer Kinder und damit für die Reduzierung ihrer Arbeitszeit entscheidet. Ich möchte es noch einmal betonen, für die CDU-Fraktion gehört auch die Entscheidung für dieses traditionelle Rollenbild zu den zu akzeptierenden Entscheidungen, wenn sie freiwillig erfolgen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider übernimmt den Vorsitz.)

Deshalb kann nicht nur auf dem Papier der Lohnunterschied zwischen gleich qualifizierten Frauen und Männern festgestellt werden. Selbst wenn es nun möglicherweise ein Bundesgesetz über mehr Lohngerechtigkeit geben soll, wonach Frauen einen gesetzlichen Anspruch auf Auskunft darüber haben, was ihre männlichen Kollegen in gleichwertigen Positionen verdienen, überzeugt es mich nicht davon, ob das in unserem Land irgendeine Wirkung erzielt,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Sehr richtig.)

denn es geht dabei um Arbeitgeber ab 500 Beschäftigte.

Selbstverständlich ist die Lage anders zu beurteilen, meine Damen und Herren, wenn Frauen gerne länger arbeiten würden, es durch die Gestaltung des Arbeitsmarktes aber nicht möglich ist oder nachgewiesenermaßen eine unterschiedliche Behandlung allein aufgrund des Geschlechts vorliegt. In genau diesen Fällen muss für eine Gleichstellung und auch für eine gleichberechtigte Bezahlung gesorgt werden. Dieses Bestreben ist durch die Landesregierung bereits in der Gleichstellungskonzeption aufgegriffen worden. Eine Auswertung dieser Konzeption erfolgt gerade, und danach wird eine Entscheidung getroffen, wie und welche Maßnahmen in Zukunft für das Ziel der Gleichstellung unternommen werden sollen. Dazu haben sich die Koalitionspartner auch im Koa-Vertrag verständigt. Das könnte gegebenenfalls zu einem erweiterten Maßnahmenbündel führen, sodass die Konzeption mit mehr Leben gefüllt wird. Dabei kann auch das Gutachten der Bundesregierung für den Zweiten Gleichstellungsbericht helfen, der den Titel „Erwerbs- und Sorgearbeit neu gestalten“ trägt.

Dieser Antrag will jedoch schon heute vor der Auswertung der Landeskonzepktion und der Ermittlung der Ergebnisse ein neues Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm festschreiben, ohne das Wissen darüber, wie, wo und ob überhaupt – das „noch“ sage ich mal in Klammern – eine Notwendigkeit zum Handeln besteht. Deshalb lehnen wir den vorliegenden Antrag ab, nicht, weil wir dem Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern entgegenstehen, sondern weil zunächst eine Auswertung der Gleichstellungskonzeption abgewartet werden soll und erst danach überzeugend über weitere Handlungsschritte entschieden werden kann.

Es dürfte hier allseits bekannt sein – und Frau Drese hat das, glaube ich, eben auch gesagt –, dass in der Arbeitsplanung des Ministeriums und auch in der Arbeitsplanung des Sozialausschusses bereits ein Bericht zur Umsetzung der Gleichstellungskonzeption aufgenommen wurde. Da der Antrag dieser Auswertung vorgreifen will, wird er von uns abgelehnt. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU und Thomas Krüger, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Arppe für die Fraktion der AfD.

Holger Arppe, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Werte Kollegen! Liebe Bürger! Wer zu Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau, wer zur Familie an sich eine andere Haltung hat als sie in dem vorliegenden Antrag der Partei DIE LINKE zum ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Der Fraktion DIE LINKE! Wir sind hier im Parlament.)

Entschuldigen Sie, Herr Ritter, der Fraktion DIE LINKE ...

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ja, mein Gott, das ist Handwerkszeug.)

Ja, Herr Ritter, wir hatten gerade gestern irgendwie so eine Art Neuanfang,

(Zuruf von Dr. Ralph Weber, AfD)

so eine Art Neuanfang vereinbart, was den zwischenmenschlichen Umgang hier angeht. Also ich habe mir Ihre Kritik ja zu Herzen genommen,

(Peter Ritter, DIE LINKE:
Das war nur eine höfliche Hilfe. –
Zuruf von Susann Wippermann, SPD)

aber bei Ihnen hat sich offensichtlich nicht viel geändert.

(Torsten Renz, CDU: Dann hatte die CDU das Thema ja gut gewählt gehabt. –
Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

Aber sei es drum, ohne Ihre Zwischenrufe wäre es ja auch langweilig.

(Zuruf von Peter Ritter, DIE LINKE)

Also wer das anders sieht, als es in dem vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Ausdruck kommt, der rührt, wie bei so vielen anderen Themen auch, an Tabus, der muss sich schnell der Frauenfeindlichkeit zeihen lassen, der Rückwärtsgewandtheit und einer reaktionären Gesinnung. Das wird uns und die AfD freilich niemals davon abhalten, das zu vertreten, was wir für richtig halten.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu gehört natürlich die Gleichberechtigung von Mann und Frau, vor allem aber der Schutz und die Förderung der Familie. Im deutschen Grundgesetz steht seit 1994 in Artikel 3 Absatz 2 der Satz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Sehen Sie!

Für die AfD ergibt sich daraus ganz klar die Forderung nach einer Chancengleichheit, also nach einer Gleichheit der Ausgangschancen, nicht aber nach einer Ergebniseinheit.

(Martina Tegtmeier, SPD: Das beste Mittel wäre Gender-Mainstreaming. –
Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Die administrative Durchsetzung eines angenommenen und in aller Regel ideologisch grundierten Idealzustandes lehnen wir ab.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Dazu gehören Quoten ebenso wie eine sogenannte positive Diskriminierung, das heißt die bewusste und zielgerichtete Bevorzugung einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe zuungunsten einer anderen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Das heißt, die
Frauen ergreifen nur die Chance nicht, ja?!)

Nein, aber es ist gerade vor wenigen Tagen in Nordrhein-Westfalen von den dortigen Gerichten eine Regelung im dortigen Dienstrecht gekippt worden, wonach Frauen, selbst wenn sie weniger qualifiziert sind als zur Verfügung stehende Männer, zu bevorzugen sind. Allein im Finanzministerium von Nordrhein-Westfalen sind laut Presseberichten 699 Männer auf Listen für Beförderungskandidaten um Hunderte Plätze zurückgestuft worden und wurden von Frauen überrundet, die nachweislich schlechter qualifiziert waren.

(Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Das nenne ich positive Diskriminierung, liebe Kollegen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Nadine Julitz, SPD: Dann geben Sie
doch den Frauen bei sich in der
Fraktion auch eine Chance!)

Diesen Geist atmet aber auch jene Vierte Gleichstellungskonzeption der Landesregierung, deren Fortschreibung in dem vorliegenden Antrag gefordert wird. Die AfD hält weder eine Gleichstellungskonzeption noch irgendwelche gleichstellungspolitischen Rahmenprogramme für erforderlich.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Ja, das glaube ich. Das
glaube ich auch, das glaube ich wirklich. Dass das
Ihre Auffassung ist, das glaube ich wirklich.)

Sehen Sie, so gut kennen wir uns schon, Herr Krüger.

(Susann Wippermann, SPD: Leider!)

Es ist abzulehnen, wenn mit den Mitteln des Sozialingenieurs eine Gesellschaft umgebaut werden soll, um äußerst fragwürdigen Zukunftsvisionen einer politischen und intellektuellen Elite zum Durchbruch zu verhelfen.

(Thomas Krüger, SPD:
Frauen meinen Sie jetzt, ja?! –
Heiterkeit bei Susann Wippermann, SPD)

Hier ist ganz besonders das sogenannte Gender-Mainstreaming anzusprechen – ein Anglizismus, der immer öfter auftaucht und hinter dem sich weit mehr verbirgt als nur die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

(Thomas Krüger, SPD: Da habe ich auf
Facebook auch was von Ihnen gelesen. –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Nein, Gender-Mainstreaming, auch in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen zur Grundlage des Regierungshandelns geworden, ist im Kern eine pseudowissenschaftliche Wahnidee, deren Ziel die Auflösung der biologischen Geschlechter

(Zurufe von Martina Tegtmeier, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

zugunsten von herbeifantasierten sozialen Geschlechtern ist.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD: Das heißt, die
Gleichstellung von Mann und Frau ist eine
Wahnideologie?! Alles klar. Himmel!)

Ich habe von Gender-Mainstreaming, nicht von Gleichberechtigung gesprochen. Sie müssen mir mal zuhören!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Herr Schulte hat sich ja vorhin damit gebrüstet, dass er unseren Rednern immer sehr gut zuhört.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Dann haben Sie aber
das Problem des Gender-Mainstreamings
nicht verstanden. Das ist das Problem.)

Vielleicht sollten Sie sich von ihm mal eine Scheibe abschneiden, Herr Krüger?!

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Martina Tegtmeier, SPD: Sie reden,
aber wir verstehen Sie gar nicht.)

Folgerichtig will dann auch die Gleichstellungskonzeption der Landesregierung, dass schon in der Schule einengenden Geschlechterrollenzuschreibungen entgegenge wirkt wird. Diese und andere abstruse Strategien werden derzeit deutschlandweit von ungefähr 200 Professorinnen für Gender Studies erdacht. Dazu gehört auch eine sogenannte und teils bizarre, teils kuriose geschlechtergerechte Sprache,

(Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

die dazu geführt hat, dass sich an einigen Hochschulen bereits die männlichen Professoren mit „Herr Professorin“ anreden lassen müssen.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Martina Tegtmeier, SPD: Ja, in
„Herr Professorin“ ist alles drin.)

Das geht über die vom Grundgesetz postulierte Chancengleichheit von Männern und Frauen weit hinaus. Es rüttelt an den Grundfesten unserer Gesellschaft.

(Thomas Krüger, SPD: Deswegen
haben so viele Chancen auch die
Frauen in Ihrer Fraktion, ne?!)

Das sind und bleiben aus Sicht der AfD intakte Familie. Innerhalb der Familie wird Identität gestiftet, werden Traditionen und Erzählungen von Generation zu Generation weitergegeben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Christian Brade, SPD,
und Peter Ritter, DIE LINKE)

Ohne Familien als Fundament einer jeden Gesellschaft kann es kein Volk geben,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Können Sie mal definieren, was eine intakte Familie ist?)

ohne Volk keine Nation,

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ohne Volk kein Raum.)

und ohne Nation gibt es weder Freiheit noch Demokratie.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Darum werden wir nicht müde, die konstituierende Bedeutung der Familie für einen jeden funktionierenden Staat immer wieder zu betonen und solche Anträge wie den vorliegenden abzulehnen.

(Zuruf von Elisabeth Aßmann, SPD)

Für die AfD geschieht ein durchaus sinnvolles Streben nach Gleichberechtigung von Männern und Frauen im Spannungsfeld zwischen uneingeschränkter, individueller Selbstverwirklichung einerseits

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

und den Bedürfnissen der Gesellschaft andererseits. Eine vollumfängliche Übereinstimmung dieser beiden Sphären werden wir durch kein noch so ambitioniertes Regierungshandeln erreichen.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Zurufe von Christian Brade, SPD,
und Martina Tegtmeier, SPD)

Eine ideologische Herangehensweise an die Problematik der Gleichstellung verschärft diesen Konflikt, statt ihn aufzulösen. Das geschieht, indem geleugnet wird, was durch die Natur so offensichtlich eingerichtet wurde,

(Thomas Krüger, SPD: Na?!)

nämlich, dass Mann und Frau mitnichten austauschbare Geschlechteridentitäten sind, sondern jedes eine exklusive Rolle zu spielen hat.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Heiterkeit bei Nadine Julitz, SPD –
Thomas Krüger, SPD: Na, dann definieren
Sie doch mal die Rolle, die die Frau zu
spielen hat! Definieren Sie doch mal! –
Zuruf von Nadine Julitz, SPD)

Für die AfD ist die Wertschätzung der Frau als Mutter, sei es als Hausfrau oder im Berufsleben stehend, kein Zeichen von Antimodernität. Diese Wertschätzung könnte in der Gesellschaft etwas besser ausgeprägt sein, vor allem in der Politik.

(Thomas Krüger, SPD: Und der Vater?)

Gleiches gilt für die traditionelle Familie. Wichtiger als gleichstellungspolitische Konzeptionen und Rahmenprogramme sind für uns als AfD daher solche Maßnahmen wie ein Familiendarlehen oder ein verlängertes Elterngeld.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Abschließend möchte ich meine Stellungnahme zum Antrag der Fraktion DIE LINKE mit einem Zitat der be-

kannten Journalistin und Autorin Bettina Röhl – wenn ich darf – beenden.

(Vincent Kokert, CDU: Ungern!)

Zitatanfang: „Was hier als Gleichberechtigung daher kommt, ist jedoch tatsächlich Frauenbevorzugung und Männerbenachteiligung mit zweifelhaftem Nutzen für Frauen und zweifellosem Schaden für Männer.“ – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD –
Thomas Krüger, SPD:
Fühlen Sie sich benachteiligt? –
Zuruf von Martina Tegtmeier, SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Nadine Julitz für die Fraktion der SPD.

Nadine Julitz, SPD: Sehr geehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausführungen von Herrn Arppe erklären, warum in der Fraktion der AfD nur eine Frau sitzt.

(Beifall vonseiten
der Fraktionen der SPD und DIE LINKE –
Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig! Sehr richtig!)

Herzlichen Glückwunsch!

(Zuruf von Nikolaus Kramer, AfD)

Wir haben noch viel zu tun.

(Zuruf von Holger Arppe, AfD)

Die Rechte, ohne Erlaubnis des Ehemannes berufstätig zu sein,

(Zuruf von Thomas de Jesus Fernandes, AfD)

über ein eigenes Konto zu verfügen,

(Heiterkeit und Unruhe
vonseiten der Fraktion der AfD)

wählen zu können und sich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt

(Zurufe von Thomas de Jesus Fernandes, AfD,
und Elisabeth Aßmann, SPD)

in der Partnerschaft und überhaupt wehren zu dürfen, sind zum Teil noch nicht einmal 50 Jahre alt – kaum zu glauben. Die völlige Gleichstellung ist ein weites Ziel, aber auch Teilziele sind Erfolge, und die möchte ich nicht kaputtreden lassen. Ich bin überzeugt, dass wir in den letzten Jahren und auch in diesem Jahr gute und wichtige Schritte erreicht haben, sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Die Ministerin hat es bereits ausgeführt, ich möchte es nicht wiederholen.

Vielleicht nur kurz einige Merkmale: Die Familienzeit, der Unterhaltsvorschuss, das Entgeltgleichheitsgesetz, die Ratifizierung der Istanbul-Konvention – all das hat uns weitergebracht, kleine Schritte, aber immerhin. Eine Selbstverständlichkeit sollte man meinen, allerdings zeigen auch hier die aktuellen Debatten, dass dies wohl noch nicht in allen Köpfen angekommen ist.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Was der einfache Grundsatz „Nein heißt Nein“ ausgelöst hat, muss ich wohl nicht erläutern.

Wenn ein polnischer Abgeordneter im Europaparlament in der letzten Woche offen davon spricht, dass Frauen weniger verdienen müssen, weil sie kleiner, schwächer und weniger intelligent sind, ist das von Dummheit und Arroganz kaum zu überbieten.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Wenn ein männlicher Abgeordneter im Parlament vermeintlich jammert und man wiederum von anderen männlichen Kollegen Zwischenrufe hört, wie „Zieh dir ein Kleid an und geh heulen!“, dann zeigt das unser eigentliches Problem.

(Vincent Kokert, CDU: War das hier im Parlament?)

Ja.

Und das lässt sich leider nicht in Konzepten festschreiben.

(Martina Tegtmeier, SPD:
Waren Sie das, Herr Kokert? –
Vincent Kokert, CDU: Nein!)

Es fängt genau mit diesen Denkweisen an.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

All die Debatten um Quoten und Rollenbilder werden dadurch erst hervorgerufen. Solche Aussagen sind nicht lustig. Sie zeugen von einem klischeebehafteten Geschlechterbild, gegen das wir uns wehren müssen.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Im Übrigen ist es wirklich anstrengend, dass Gleichstellungspolitik – auch heute wieder – mit Genderwahn und mit Frauen, die die Familien durcheinanderbringen und zerstören und Männer unterdrücken, in Zusammenhang gebracht wird.

Meine Damen und Herren, es geht um Gleichstellung. Das sind tatsächlich Mann und Frau. Es geht um gleiche Rechte und Pflichten. Es geht um Freiheitsrecht und Demokratie, um nicht mehr und nicht weniger. Im Koalitionsvertrag – die Ministerin sagte es bereits – sind Punkte festgeschrieben, die auf genau jene Gleichstellung zielen, und daran halten wir uns. Welchen Mehrwert das geforderte Landesprogramm hätte, ist gar nicht klar, zumal entsprechende Regelungen für die kommunale Ebene nicht bindend wären. Insofern halten wir das Programm für verzichtbar, da die Aufgaben eines Rahmenprogramms bereits durch Aktivitäten der Landesregierung abgedeckt werden. – Vielen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Ritter für die Fraktion DIE LINKE.

Peter Ritter, DIE LINKE: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Einwohnerinnen und Einwohner des Landes!

(Beifall und Heiterkeit bei
Manfred Dachner, SPD: Ja, wunderbar. –
Beifall Karen Larisch, DIE LINKE)

Warum wir ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm wollen und es erneut beantragen, das haben wir hier im Landtag schon oft diskutiert, zuletzt auf dem Parlamentarischen Tag gemeinsam mit dem Landesfrauenrat im letzten Jahr kurz vor den Landtagswahlen. Viele von Ihnen haben auf dem roten Sofa des Landesfrauenrates gesessen und haben ihr Herz für Gleichstellungspolitik geöffnet. Aber es sind die gleichen Erklärungsmuster, die wir auch in den letzten Jahren immer wieder gehört haben, warum wir ein solches Programm nicht brauchen. Und ich finde es schade, dass wir nicht mal, ...

(Torsten Renz, CDU: Hier haben wir
neue junge Abgeordnete, und die
haben die Lage neu analysiert und
sind zum gleichen Ergebnis gekommen.)

Ich finde es schade, Herr Renz, ich finde es schade, Herr Renz, dass Sie außer Zwischenrufen nichts zur Debatte beizutragen haben.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

... ich finde es schade, dass wir nicht mal den Versuch unternehmen, gemeinsam mit den gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren darüber nachzudenken und zu reden, wie wir zu einem solchen Programm kommen und was Bestandteile dieses Programms sein könnten. Das war genau der Ansatzpunkt des Landesfrauenrates im vergangenen Jahr, mit uns diese Debatte zu führen.

Ja, auch der Landesfrauenrat ist in seiner Forderung nach einem Gleichstellungspolitischen Rahmenprogramm leiser geworden. Das liegt aber nicht daran, dass der Landesfrauenrat auf ein solches Programm verzichtet, sondern es liegt einzig und allein daran, dass der Landesfrauenrat die Hoffnung verloren hat, dass das mit dieser Koalition etwas wird. Das ist ganz deutlich geworden bei der letzten Delegiertenkonferenz des Landesfrauenrates vor wenigen Wochen in Güstrow, wo sich einige von uns entweder am Freitag oder am Sonnabend der Diskussion der Mitgliedsverbände des Landesfrauenrates gestellt haben.

Und ja, man kann sich natürlich hier hinstellen und sagen, also die Wirksamkeit der gleichstellungspolitischen Rahmenprogramme in anderen Bundesländern wie zum Beispiel in Brandenburg sind nicht nachvollziehbar. Wenn ich aber sehe, dass der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten, für das das Land Brandenburg das Besetzungsrecht hat, mittlerweile bei 58,3 Prozent liegt, und dann die Zahlen unseres Landes dagegensetze, wäre ich mit solchen Einschätzungen etwas vorsichtiger. Und natürlich werden wir auch zum Equal Pay Day, der in wenigen Tagen stattfindet, wieder hören, dass wir alles daransetzen müssen, die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen zu schließen.

Frau Ministerin Drese hat ja schon in der letzten Woche via Pressemitteilung gefordert, die Diskriminierung zwischen Frauen und Männern müsse endlich beendet werden, und hat auch heute hier auf die öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen der Landesregierung, mit denen diese Forderung unterstützt werden soll, hingewiesen. Na, dann bin ich mal gespannt, welche Auswirkungen

das am Ende auf den Gesetzgebungsprozess hat, nämlich null. Gleichzeitig hat Frau Ministerin aber darauf hingewiesen, dass in Mecklenburg-Vorpommern die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern nicht so groß ist wie im Bundesdurchschnitt, und hat dann einen Punkt gesetzt.

Das suggeriert, dass die Situation bei uns im Land ja nicht ganz so schlecht ist, aber das Gegenteil ist der Fall. Dass die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern in Mecklenburg-Vorpommern kleiner ist als im Bundesdurchschnitt, liegt einzig und allein daran, dass auch die Männer in Mecklenburg-Vorpommern so wenig verdienen.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE: Genau.)

Deswegen ist es eine gemeinsame Herausforderung, auch eines solchen Gleichstellungspolitischen Rahmenprogrammes, über verschiedene Instrumente zum Beispiel auch diese Lohnlücke zu schließen. Wir sind unterwegs, uns Gedanken zu machen, wie wir Armut, besonders Kinderarmut, in diesem Land bekämpfen können. In der Delegiertenberatung des Landesfrauenrates gab es dazu mehrere Tafeln, auf denen der Diskussionsprozess zusammengefasst worden ist. Und ohne dass wir es als Politik beeinflusst hätten, hat genau diese Frage „Bekämpfung von Armut in all ihren Facetten“ auf dieser Delegiertenkonferenz eine deutliche Rolle gespielt.

(Jacqueline Bernhardt, DIE LINKE:
Für SPD und CDU nicht.)

Da war die Frage der Bekämpfung der Kinder- und Jugendarmut und da war die Bekämpfung der Altersarmut. Das war sozusagen die Klammer, die diese Delegierten in der Beratung miteinander verbunden hat, mit der Erwartungshaltung, dass die Landespolitik reagiert. Und das kriegen Sie mit Ihrer gleichstellungspolitischen Landeskonzption nicht hin, weil sie nicht dafür ausgerichtet ist. Dafür brauchen wir andere Instrumente.

(Zuruf aus dem Plenum: Wieso nicht?)

Wieso nicht? Weil das in dieser gleichstellungspolitischen Konzeption einfach nicht drinsteht.

Aber okay, die Auswertung ist angekündigt, die Fortschreibung. Dann warten wir mal ab, was uns die Koalition vorlegt. Vielleicht gibt es ja Ansatzpunkte, wo wir dann sagen, da lohnt es sich, gemeinsam voranzuschreiten. Vielleicht gibt es Ansatzpunkte, wo wir sagen, da müssen wir nachsteuern und nach neuen Instrumenten suchen. Also ich gebe die Hoffnung nicht auf und will mit einem Zitat des isländischen Sozialministers schließen, das er gestern anlässlich der Vorstellung des neuen Gesetzesentwurfes in Island geäußert hat. Thorsteinn Viglundsson sagte gestern: „Die Zeit ist reif, um mal etwas Radikales in diese Richtung zu unternehmen.“ Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns doch endlich mal gemeinsam etwas Radikales in Richtung „Gleichstellung in Mecklenburg-Vorpommern“ unternehmen! Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag, auch nach den ablehnenden Reden. – Herzlichen Dank.

(Beifall vonseiten der Fraktion DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/289. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Drucksache 7/289 bei Zustimmung der Fraktion DIE LINKE, Gegenstimmen der Fraktion der SPD, der CDU und der AfD abgelehnt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 28:** Beratung des Antrages der Fraktion der AfD – Abschaltung von Windkraftanlagen des Typs „DeWind D4/48-600“, auf Drucksache 7/284.

**Antrag der Fraktion der AfD
Abschaltung von Windkraftanlagen
des Typs „DeWind D4/48-600“
– Drucksache 7/284 –**

Das Wort zur Einbringung hat der Abgeordnete Herr Borschke für die Fraktion der AfD.

Ralf Borschke, AfD: Sehr geehrtes Präsidium! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenige Wochen ist es her, da wurden auf Verfügung des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt im Windpark Rakow 20 Windkraftanlagen stillgelegt

(Zuruf aus dem Plenum: Siehste!)

mit der schwerwiegenden Begründung, es würde Gefahr für Leib und Leben bestehen – eine sehr begrüßenswerte Maßnahme.

Nun stehen in Mecklenburg-Vorpommern aber weitere Anlagen jenes Typs, der im Dezember 2016 havarierte

(Dietmar Eifler, CDU: Das ist ja auch unglaublich.)

und zur Abschaltung des Windparks führte. Bis heute haben die eingeleiteten Untersuchungen kein Ergebnis hervorgebracht, was zum Abknicken des Windparks bei Rakow geführt hat.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU –
Zurufe von Rainer Albrecht, SPD,
und Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE)

Somit wird der Windpark weiterhin abgeschaltet bleiben,

(Philipp da Cunha, SPD: Der ganze
Windpark wurde nicht abgeschaltet.)

eine vollkommen logische und nachvollziehbare Tatsache in meinen Augen.

Nun würde die Sorgfaltspflicht der Behörden gegenüber den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern allerdings verlangen, dass auch aus Sicherheitsgründen die weiteren Anlagen des gleichen Bautyps im Land abzuschalten sind. Erst wenn die Ergebnisse der Untersuchung des havarierten Windrades belegen, dass es kein bautypbedingter Mangel war, der zum Einsturz führte, sind die Anlagen wieder in Betrieb zu nehmen.

Die Sicherheit der Menschen vor Ort verlangt und rechtfertigt diese drastische Maßnahme. Hier sind Sie in der Pflicht, Herr Minister Pegel, zumal es erst vor Kurzem zu

einem ähnlichen Vorfall mit dem gleichen Windradtyp in Neu Wulmstorf bei Hamburg kam.

(Thomas Krüger, SPD: Aber haben wir das nicht schon zweimal diskutiert?)

Bereits im Jahr 2014 zerlegte es gleich zwei dieser Anlagen im brandenburgischen Elbe-Elster-Kreis. Vier Einzelfälle, vier Einzelfälle von einem Typ! Man kann hier nun wirklich nicht mehr von einem Zufall sprechen. Also kommen Sie Ihrer Pflicht nach und sorgen Sie für die Stilllegung dieses Sicherheitsrisikos!

Ich möchte an dieser Stelle auch noch mal auf die letzte Landtagssitzung zurückkommen. In der letzten Landtagssitzung behaupteten Sie, Herr Minister Pegel, es gebe keine weiteren Vorfälle, höchstens diese zwei, drei unerfreulichen Ereignisse. Es wäre Unfug und Sie empfinden es als eine Unverschämtheit, dieses Thema anzusprechen.

(Manfred Dachner, SPD:
„Unverschämtheit“ hat er nicht gesagt.)

Die einzige Unverschämtheit ist Ihr Umgang mit dieser Sache

(Zuruf von Manfred Dachner, SPD)

und das kategorische Leugnen jeglicher Gefahren in Ihrer Energiewende.

(Thomas Krüger, SPD: Wenn ein Kohlekessel explodiert, ist die Gefahr auch da.)

Ich habe eine Liste mit 60 Einzelfällen, Herr Minister, mit 60 Einzelfällen, die problemlos weitergeführt hätten werden können. Die zahlreichen Vorfälle der letzten Woche sind übrigens nicht dabei. Ich verzichte hier auf das Verlesen, Sie können sich die Liste aber gern bei mir abholen.

Ein Zentralregister zur Erfassung solcher Havarien scheint es laut Auskunft Ihres Ministeriums ja auch nicht zu geben. Schützenhilfe erhielten Sie an diesem Tag natürlich von Ihrem Juniorpartner, der CDU.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ach was?)

So trumpfte Herr Liskow mit großem Fachwissen auf,

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD –
Simone Oldenburg, DIE LINKE:
Genauso groß wie bei Ihnen?)

es werde schließlich im Genehmigungsverfahren klar vorgeschrieben,

(Thomas Schwarz, SPD: Junior oder senior?)

welche Sicherheitsvorkehrungen und -abstände einzuhalten wären. So gebe es klar geregelte Mindestabstände zur sensiblen Infrastruktur, wie zum Beispiel Autobahnen. Die entsprechenden Gesetzestexte hierzu dürfen Sie uns gern einmal vorlegen. Sie existieren schlichtweg nicht. Lediglich das Bundesfernstraßengesetz und das Immissionsschutzgesetz scheinen Ihren wilden Ausbauplänen im Ansatz Einhaltung zu gebieten. Das Bundesfernstraßengesetz schreibt nämlich einen Abstand von 40 Metern zur

Autobahn für sämtliche Baumaßnahmen und Ähnliches vor und Mecklenburg-Vorpommern empfiehlt lediglich einen Abstand von 100 Metern. Die Anlagen bei Grimmen sind aber circa 200 Meter hoch und stehen in einem Abstand von circa 170 und 180 Metern zur Autobahn.

Ihre Worte, Herr Liskow, waren: 40 Meter plus die Höhe der Anlage. Da frage ich Sie: Wie kommen die denn da hin?

(Egbert Liskow, CDU:
Wer hat das denn gesagt?)

Aber man kann sich ja mal verrechnen. Peinlich, wenn man aber in der Regierung ist.

(Unruhe vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Thomas Schwarz, SPD)

Danke.

(Vincent Kokert, CDU: Klatschen! –
Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der zuständige Minister für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung.

Minister Christian Pegel: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diesen Antrag hatten wir in ähnlicher Form bereits bei der vergangenen Landtagssitzung und schon damals habe ich darüber informiert, dass es weder sinnvoll noch möglich ist, wegen des Versagens einer Windkraftanlage alle anderen im Land dafür haftbar zu machen.

Herr Borschke züchtet und sammelt jetzt Listen, von seinem tiefen Hass auf die Windkraft getrieben.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Ich bin mal gespannt, wann wir bei 600 sind oder bei 6.000.

(allgemeine Unruhe)

Die Sprache spricht für tiefen Hass, Herr Abgeordneter. Die Sprache ist nicht mehr geprägt von einer sachlichen Auseinandersetzung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE –
Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Ich hatte Sie schon beim vergangenen Mal darüber informiert, dass es weder sinnvoll noch möglich ist, wenn Sie alle Windkraftanlagen im Land dafür haftbar machen, wenn eine in der Tat Schwierigkeiten bereitet, gegen die wir vorgehen.

(Ralf Borschke, AfD: Den Typ,
haben wir gesagt, den Typ!)

Eine Anlage vom selben Typ wie die der havarierten Anlage im Windpark Rakow steht nur noch in einem Windpark, nämlich in Bütow/Zepkow im Landkreis Mecklenburgische Seenplatte. Wir werden gemeinsam zur Kenntnis zu nehmen haben, auch wenn Ihnen die Vorstellung wahrscheinlich schwerfällt, diese 32 Anlagen drehen sich bisher vollkommen störungsfrei. Es gibt auch keinerlei Anzeichen, dass dort Defekte, ähnlich wie im Windpark Rakow, auftreten können.

(Ralf Borschke, AfD: Das gab es bei den anderen auch nicht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir leben zum Glück – ich finde, zum Glück, ob Sie mir zustimmen, darüber bin ich mir an der Stelle nicht sicher – in einem Rechtsstaat und in diesem ist auch Eigentum geschützt. Ich hoffe, dass zumindest größere Teile dieses Hohen Hauses mir beipflichten, das ist auch gut und richtig so.

(Ralf Borschke, AfD: In einem Rechtsstaat sind auch die Menschen geschützt, Herr Pegel.)

Für bauordnungsrechtliche Maßnahmen, wie der Anforderung zur Stilllegung eines Windparks, bedarf es hieb- und stichfester Gründe in einem rechtsstaatlichen und vor allem in einem willkürfreien Verfahren. Im Falle eines Windparks kann die untere Bauaufsichtsbehörde auf Grundlage der Landesbauordnung die Nutzung von Anlagen untersagen, wenn diese im Widerspruch zu öffentlich-rechtlichen Vorschriften stehen.

(Unruhe bei Ralf Borschke, AfD)

Mensch, wenn Sie zuhören würden, dann könnten wir uns auch in der Sache streiten! Das wäre leichter, Herr Borschke. Sie erwarten doch von mir auch, dass ich zuhöre.

Zu diesen Regelungen zählt im Übrigen auch der Paragraph 12 der Landesbauordnung, der über die Standsicherheit von Windenergieanlagen entsprechende Anordnungen trifft, aber alle diese Regelungen erfordern klare Erkenntnisse, die einen solch weitreichenden Eingriff des Staates rechtfertigen. Da geht es nicht um Bauchgefühl, da geht es nicht um Vermutung und da geht es erst recht nicht, so schwer Ihnen das fällt, um politische Treibjagdinstinkte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich gern wiederholen: Es liegen uns keinerlei Anhaltspunkte vor, dass von den Anlagen vom Typ „DeWind D4/48-600“ in Bütow/Zepkow eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ausgeht. Um das mal zu übersetzen: Es werden nicht alle Fahrzeuge einer gewissen Marke stillgelegt, weil ein Fahrzeug dieser Marke in einer Fahrzeugflotte erhebliche Schwierigkeiten bereitet hat.

(Zuruf von Ralf Borschke, AfD)

Das Versagen kann typenbezogen sein, das ist ja Ihre These. Und Sie sagen einfach, Ihre These ist richtig. Aber so ist es im Rechtsstaat nicht, da sagt nicht einer, das ist richtig, sondern wir machen es an Tatsachen fest. Ihre Überzeugung ist, das Versagen ist typenbezogen. Es kann aber genauso gut nutzerbedingt sein.

Bei dem wir die Anlage stillgelegt haben und bei dem eine Anlage schon versagt hat, ist es momentan nicht

ganz so erheblich, ordnungsrechtlich, ob er es verbockt hat oder der Anlagenhersteller. Das ist ja egal, wer es war, seine Anlagen sind in einem von beiden Fällen auf jeden Fall ein Problem. Wenn ich aber einen Dritten an die Kandare nehme, bei dem noch nichts passiert ist, dann muss ich eine hinreichende Gewissheit haben, dass es an dem Anlagentyp liegt, weil ich dem kaum vorwerfen kann, dass er im Zweifel als Nutzer irgendwas falsch gemacht hat, denn er ist gerade ein anderer Nutzer und Betreiber als der, von dem wir als Problemnutzer geredet haben.

Bei Windkraftanlagen kommt es zudem darauf an, ob der Fehler in der Windkraftturbine, also dem Ding, was in der Gondel steckt, liegt oder im Turm, oder ob die Kombination aus einem Turm mit einer Gondel ein Problem ist. Im Übrigen gibt es eine Untersuchung, bei der beim havarierten Windkraftanlagentyp besonders angeguckt wird, ob wir einen Pflege- und Wartungszustand haben, der einen Schaden auslöst, weil unzureichend Betreiberpflichten erfüllt worden sind. Und genau das verlangt der Rechtsstaat, dass wir das einem Betreiber zurechnen können, dass wir dafür Anhaltspunkte haben, wenigstens Anhaltspunkte, die als Tatsachen ausreichend sind, um zu sagen, da gehen wir jetzt ordnungsrechtlich vor.

Daher fehlt es in unserem Fall des anderen Windparks an einer Rechtsgrundlage zum Erlass einer Stilllegungsverfügung. Eine Stilllegung würde einen Eingriff in Artikel 14 des Grundgesetzes bedeuten, der in der Bundesrepublik Deutschland das Eigentum besonderem Schutz unterwirft. Ein solcher Eingriff kann im Übrigen, wenn er rechtswidrig erfolgt, einen erheblichen Schadenersatzanspruch des Windparkbetreibers auslösen. Um es mal konkret zu übersetzen, weisen wir als Landesregierung die untere Bauaufsichtsbehörde des dortigen Landkreises an, in dem sich diese Anlagen befinden, diese stillzulegen, und wird hinterher ein Gericht zu einer anderen Entscheidung kommen, wird die untere Bauaufsichtsbehörde, wenn sie in Ersatzpflicht genommen wird – und dann reden wir über erhebliche Schäden finanzieller Natur pro Tag –, diesen Anspruch bei der Landesregierung wiederholen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ihrem Antrag kann zurzeit niemand folgen, der durch Recht und Gesetz gebotene Verfahren für richtig hält. Für die Landesregierung steht fest, wir schränken Grundrechte unserer Bürgerinnen und Bürger, aber auch unserer Unternehmen nur so weit ein, wie es innerhalb der rechtsstaatlichen Rahmenbedingungen möglich ist. Und genau diese haben wir durchgeprüft, das haben die Kolleginnen und Kollegen aufmerksam, ordentlich und vertieft getan. Sie werden sicherlich nicht vom Landtag verlangen wollen, dass der Landtag uns und die untere Bauaufsichtsbehörde zu einem Rechtsbruch auffordert. Es bleibt an der Stelle bei meiner Antwort aus der letzten Sitzung.

Die zuständigen Behörden haben gründlich geprüft. Und das sind nicht wir, sondern das sind untere Bauaufsichtsbehörden, die sind dann auch personengetrennt, das sind andere Behörden. Denen vorzuwerfen, sie hätten jetzt meinem Sinne als vielleicht windkraftaffinem Minister entsprochen, kann man kaum unterstellen. Die zuständigen Behörden haben sich angesehen, was wir wissen, und sie haben sich angesehen, was unsere Gesetze auf dieser Erkenntnisgrundlage an Eingriffsbefugnissen zulassen. Die Behörden mussten aber in diesem zweiten Windpark, in dem noch nichts havariert ist und

hoffentlich auch nichts havarien wird, feststellen, dass es keinen Anlass gibt, den dortigen Betrieb zu untersagen, weil die gesetzlichen Grundlagen und die passenden Erkenntnisse nicht ausreichend sind, um das zu tun.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe heute Morgen schon gesagt, dass ich viel Verständnis habe, wenn man unterschiedliche Meinungen hat. Und Sie werden in mir auch in der Regel einen Verfechter finden, das offen auszutragen, natürlich immer ausgetragen mit dem wechselseitigen Respekt, was Gegenstand der gestrigen Aktuellen Stunde war. Ich kann mich aber auch vorwiegend wieder, wie schon heute früh, nicht des Eindrucks erwehren, dass es hinter dem Antrag auf der Metaebene um etwas völlig anderes geht. Es geht um eine tiefe Ablehnung der Energiewende.

(Thomas Krüger, SPD: Sehr richtig.)

Auch das ist im politischen Wettstreit – das habe ich heute Morgen auch schon gesagt – nichts Ehrenrühriges, aber dann muss man genau das zum Antrag machen und sich über das streiten, wo man eigentlich streiten will, dann muss man sich auch den Argumenten stellen, denen man ausgesetzt wird.

Und noch mal wiederholt: Dann redet man über die Frage Klimawandel, ob man ihn bekämpfen will oder nicht, ob man den Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie, der Kernspaltung zur Stromerzeugung möchte oder nicht, und die Folgen muss man dann auch gemeinsam tragen. Man wird eigene Alternativen benennen und die kritische Auseinandersetzung anderer mit eben diesen Alternativen aushalten müssen. Dazu haben wir wiederholt eingeladen. Ich höre immer ganz offen zu, bin ganz Ohr, da mal tatsächlich nachvollziehbare Alternativbenennungen zu hören, wo der Strom aus den Steckdosen – da kommt er nämlich nicht ursprünglich her – eigentlich herkommt, damit er da hineingerät.

Außerdem drehen sich die Diskussionen sehr schnell gegen jene Gegner der Energiewende, der Windkraft, die sich mit guten Gegenargumenten momentan wegduckten, aber nicht sagen, was sie wollen. Danach sucht man auch gern – das ist mir klar, wenn man weiß, dass das eine blöde Situation bringt, weil man eigentlich bei einer Mehrheit der Bevölkerung eher auf Widerstand stoßen wird mit seiner Kritik, wenn man sagt, was man stattdessen möchte, und kommt nämlich zu Ergebnissen, die vielen Menschen nicht gefallen werden –, dann sucht man gern nach einer vermeintlich moralisch durchsetzungsfähigeren Kritik an dem, was man dort nicht möchte. Das mag total verlockend wirken, wenn man glaubt, einer unzweifelhaft klimafreundlichen Technologie wie der Windkraft möglichst große Unsympathie anheften zu können. Und dann sind solche Argumente, wie „gesundheitsschädlich“, wie „die kippen immer um“, natürlich wunderbare Versuche, Emotionen von Menschen zu erreichen, damit man sich gegen etwas wenden kann, ohne eine Alternative nennen zu müssen. Das ist aber ungeeignet für einen Einzelfall, der unstreitig – noch mal – klare Konsequenzen im betroffenen Windpark erfordert und auch bekommen hat. Durch wiederholte Antragstellungen, wie sie hier getätigt werden, indem man das dreimal innerhalb von anderthalb Sitzungszyklen dreht, versucht man, einen Einzelfall zum Massenphänomen hochzustilisieren.

(Thomas Krüger, SPD: Genau so.)

Sie können sich alle Mühe der Welt geben, Atom Müll bleibt für die große Mehrheit der Menschen eine abschreckende Alternative, die eben keine Alternative ist.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

Und die Menschen wissen, dass ein Einzelfall keinen Generalverdacht gegen alle anderen begründet, ein Einzelfall, der zudem im betroffenen Windpark längst zu den gebotenen Konsequenzen der Ordnungsbehörden geführt hat, gerichtsfest geführt hat. Auch in dem entsprechenden einstweiligen Rechtsschutzverfahren haben wir das Verfahren durchgestanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin auf die gleichlautenden Anträge unter dem Motto „Und täglich grüßt das Murmeltier“ der nächsten Landtagszyklen zu dieser Frage gespannt. Für heute darf ich mich aus dieser Diskussion nicht verabschieden,

(Heiterkeit bei Ministerin Birgit Hesse)

sondern muss mich zunächst in die Zuhörerrolle begeben.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit. Ich bin mir sicher, das Thema wird uns noch häufiger begleiten. – Vielen Dank. Viel Erfolg!

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE –
Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Eifler für die Fraktion der CDU.

Dietmar Eifler, CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich war schon etwas überrascht, als die Anträge ausgetauscht wurden und die Vorlagen gleichlautend wie die bei der Sitzung am 25. Januar hier in dem Hause waren. Übrigens weder inhaltlich noch substantiell wurde etwas anderes dazugetragen.

Herr Minister Pegel, meinen Respekt und meine Achtung vor der Geduld, die Sie aufbringen, die Sachverhalte und die Rechtslage darzulegen, wozu ich nichts ergänzend sagen kann. Es ist so, wie es ist und wie Sie es dargestellt haben.

(Vincent Kokert, CDU: Das war Lob genug.)

Wenn wir jetzt am Biertisch wären, würde ich eine Wette abgeben, aber hier in dem Hohen Haus gebührt sich das nicht und mein Anstand lässt das nicht zu. Am Biertisch würde ich sagen, zur nächsten Landtagssitzung treffen wir uns zum selben Thema wieder. Ansonsten müsste ich jetzt auch noch meine Rede von heute Morgen wiederholen.

(Vincent Kokert, CDU: Nein, tue es nicht! –
Zuruf von Burkhard Lenz, CDU)

Da habe ich alles gesagt. Ich gehe deshalb davon aus – und ich weiß es auch –, dass meine Fraktion und die Koalitionsfraktionen den Antrag ablehnen werden. Ich bin gespannt auf die Anträge der nächsten Landtagssitzung. – Danke, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Schwenke für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe auch die Geduld und den Umfang bewundert und mit welchem Respekt Sie diesen doch ziemlich tendenziösen und unsinnigen Antrag behandelt haben, denn da liegt uns wieder einer vor, der unter der Rubrik „weitere Panikmache“ abgelegt werden muss. Herr Kollege Borschke hat uns schon in der letzten Landtagssitzung mit seinem unglaublichen Fachwissen

(Heiterkeit vonseiten der Fraktionen
der SPD, CDU und DIE LINKE)

über den Klimawandel überrascht.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Daraufhin hat er pauschal alle Windenergieanlagen als die gefährlichsten Bauwerke der Welt dargestellt. Nun geht es in die nächste Runde. Es geht wieder um die Abschaltung von Windenergieanlagen. So eine Forderung muss man ja nicht pauschal verurteilen, nur dann, wenn sie berechtigt wäre.

Aber was ist denn eigentlich der Anlass, dass der Landtag hier einschreiten soll? Können wir erkennen, dass die zuständigen Behörden Fehler machen, etwas vertuschen wollen oder gar versagen? Regieren die Behörden Ihrer Meinung nach nicht? Was läuft denn hier schief? Keine dieser Fragen erhält eine Antwort, die uns als Landtag zwingen müsste einzuschreiten. Sie versuchen, Gefahren zu konstruieren, um weiter Stimmung zu machen, die Leute zu verunsichern und daraus politisches Kapital zu schlagen.

Meine Damen und Herren, diese Art und Weise, Politik zu betreiben, ist durch nichts zu rechtfertigen. Die zuständigen Behörden haben reagiert: Die Anlagen im betroffenen Windpark wurden abgeschaltet. Der abschließende Bericht liegt noch nicht vor, aber vom verantwortlichen Techniker – das habe ich nämlich auch diesmal gemacht, ich habe dort nachgefragt – erfuhr ich, dass es am Wahrscheinlichsten ist, dass die Drehzahl des Rotors nicht ausreichend reguliert wurde und somit eine Überlastung der Maschine die Folge war. Aber, wie gesagt, auch das steht noch nicht endgültig fest. Sollte aber die Ursache nicht endgültig geklärt werden können, ist sogar an einen Rückbau zu denken. Alle anderen Anlagen werden auf das Genaueste überwacht.

Ich bin davon überzeugt, dass die Behörden über eine Abschaltung anderer Anlagen verfügen werden, wenn auch dort Mängel erkennbar sind und Gefahr für Leib und Leben, insbesondere der dort arbeitenden Techniker, besteht. Denn Einwohner sind und waren zu keinem Zeitpunkt in Gefahr.

(Zuruf von Minister Harry Glawe)

Sie stellen sowohl die Behörden als auch die Windbranche unter einen Generalverdacht, der nicht zu akzeptieren ist. Unterschiedliche Ausgangssituationen, Bedingungen und Fakten interessieren Sie nicht. Aber das brauchen sie ja auch nicht, Ihnen kommt es ohnehin nur

auf die Stimmung an. Wozu braucht es da eine seriöse Auseinandersetzung? Wir lehnen den Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr da Cunha für die Fraktion der SPD.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Wenn man regelmäßig über dasselbe Thema spricht, dann häufen sich die Sachen und man muss schon gucken, dass man nicht das Gleiche sagt. So musste ich meine Rede ändern. Ich wollte sie beginnen mit „Es war einmal ...“ und „Täglich grüßt das Murmeltier“. Dann fange ich eben an mit „Es war einmal im Märchenland“ oder wie wir an dieser Stelle sagen würden „Wenn mal wieder ein Antrag der AfD ohne inhaltliche Fundiertheit über das Thema Windenergie kommt“, obwohl wir Ihnen nachweisen können, dass Windkraftanlagen zu den sichersten Bauwerken gehören, die extrem hohen Standards für Konstruktion, Errichtung und Betrieb unterstehen.

Verfolge ich den Antrag richtig, so möchte die AfD nun Druck ausüben, um einen Windpark mit Windkraftanlagen des Typs „DeWind D4/48-600“ in Bütow-Zepkow – und ich habe gelesen, es gibt sogar noch eine Einzelanlage in Trollenhagen –, um diese abzuschalten, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten. Auf den ersten Blick fragt man sich natürlich, ob eine Überprüfung nicht längst überfällig wäre. Doch, werte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, nun können Sie wieder beruhigt schlafen, denn diese Prüfung ist bereits durch das StALU erfolgt, mit dem Ergebnis, dass die Wartung akkurat durchgeführt wurde. Somit kommen wir doch zu der Erkenntnis, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Ja, es gibt einen Vorfall, den auch wir als Koalition zu tiefst bedauern. Doch möchte ich Sie nochmals strengstens ermahnen, dass wir aus solchen einzelnen Zwischenfällen keine Pauschalhandlungen ableiten können, die unsere politischen Kompetenzen übersteigen. Die Betriebsautonomie liegt bei den Betreibenden. Und es ist nicht unsere politische Aufgabe, in die damit verbundenen Pflichten einzugreifen. Im Gegenteil: Wir treten öffentlich dafür ein, dass es wichtige Vorschriften gibt, welche eingehalten werden müssen, und dass die Betreibenden im Sinne der herrschenden Rechtsordnung diese zu befolgen haben.

Gerne möchte ich an dieser Stelle noch einmal die Gelegenheit nutzen, Sie an meine Rede zur letzten Aktuellen Stunde im Januar zu erinnern. Bereits dort habe ich Ihnen mitgeteilt, dass die jährliche Haftpflichtversicherung für ein Windrad deutlich geringer ausfällt als die reine Haftpflichtversicherung für einen Kleinwagen. Die Schadensquote liegt nach Angaben von Versicherungen bei ungefähr 0,01 Prozent. Treten doch mal Zwischenfälle auf, dann sind es eben gerade nicht die abgeknickten Windräder, sondern Schäden bei Mäharbeiten am Fuß der Anlage. Ebenso sind es auch diese Versicherer, die im gesamten Bundesgebiet jährlich von ein bis zwei Schadensereignissen aufgrund von Flügelbruch oder Anlagenumsturz sprechen.

Wir bleiben also bei der Erkenntnis, dass diese Unfälle extrem selten vorkommen und dieser Vorgang der AfD aus dem Populismushandbuch stammen könnte. Ein Thema wird unendlich in die Länge gezogen, öffentliche Debatten finden unter dem Deckmantel der Sicherheit für Leib und Wohl der Bevölkerung statt. Und im Endeffekt müssen wir als Politiker und Politikerinnen immer wieder die gleichen Zahlen nennen, um es auch dem letzten Vertreter der AfD verständlich zu erklären. Anscheinend ist es Ihnen wichtiger, der Regierung Versagen vorzuwerfen und ihr zu unterstellen, die Gefährdung der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern zu billigen, anstatt mit uns gemeinsam dieses Land voranzubringen.

Werte Kolleginnen und Kollegen der AfD-Fraktion, unsere Aufgabe als älteste Partei Ihrer sogenannten Altparteien ist es, Pro und Kontra von Handlungsoptionen umfassend gegeneinander abzuwägen. Als Altparteien müssen wir streng das Ziel verfolgen, zwischen wirtschaftlichen Interessen, geltenden Sicherheitsstandards, Umweltschutzbelangen und ebenso den Interessen der Bürgerinnen und Bürger abzuwägen und einen Ausgleich beziehungsweise einen Kompromiss zu finden. Von uns als jung gebliebene Altpartei erwarten die Menschen in diesem Land, dass wir eine klare Antwort finden, und diese lautet im expliziten Fall Ihres Antrages, wir werden keine Windkraftanlagen abstellen, wenn es keine fundierte Begründung gibt. Und nach der von Ihnen hier vorgebrachten Darbietung sind Sie in meinen Augen alles andere als Sachverständige zu diesem Thema.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Arppe?

Philipp da Cunha, SPD: Gerne.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Bitte schön.

Holger Arppe, AfD: Vielen Dank.

Herr Abgeordneter da Cunha, Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass die sogenannte Energiewende ausgelöst wurde von einem sogenannten Einzelfall in einem Tausende Kilometer entfernten Ort namens Fukushima und dass diese Energiewende aufgrund von Panikmache ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter!

Holger Arppe, AfD: ... und Populismus ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter!

Holger Arppe, AfD: ... ausgelöst wurde? Würden Sie mir da zustimmen?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Arppe, hören Sie mir mal bitte einen Moment zu!

Es gibt eine klare Festlegung in der Geschäftsordnung, wie Zwischenfragen auszusehen haben. Sie müssen kurz und präzise sein, es dürfen keine Schachtelsätze sein und sie sollten eine Frage beinhalten und nicht eine Wertung. Also bitte.

(Manfred Dachner, SPD:
Also konzentrieren bitte!)

Holger Arppe, AfD: Soll ich sie noch mal stellen?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Also, klare Frage bitte!

Holger Arppe, AfD: Würden Sie mir zustimmen, dass die sogenannte Energiewende ausgelöst wurde von einem sogenannten Einzelfall im japanischen Fukushima?

(Rainer Albrecht, SPD: Stehen bleiben!)

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrter Abgeordneter Arppe, ich bin mir nicht sicher, ob Sie sich vorher schon für Politik interessiert haben und mitbekommen haben, wie in Deutschland und in vielen Ländern in solare Energiewirtschaft investiert wurde. Es geht nicht erst seit Fukushima, sondern schon viel länger darum, Windenergieanlagen aufzubauen. Selbst das Windrad, von dem wir gerade sprechen, wurde 1992, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, genehmigt. Ich bin mir nicht sicher, ob Sie den Unterschied zwischen 2011 und 1992 auswendig können.

(Beifall vonseiten der Fraktionen
der SPD und DIE LINKE)

Ich kann Ihnen da gerne einen Zeitstrahl fertig machen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktion der SPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Obereiner für die Fraktion der AfD.

Bert Obereiner, AfD: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr da Cunha, wenn Sie hier hingehen und anderen mangelnde Kenntnisse vorwerfen, sollten Sie vielleicht ein bisschen vorsichtig sein.

(Andreas Butzki, SPD: War das eine Drohung?)

Sie hatten heute Morgen mehrfach den Begriff „erneuerbare Energien“ verwendet. Schauen wir doch einfach mal in ein Physikbuch, Abteilung Thermodynamik! Da gibt es den ersten und zweiten Hauptsatz der Thermodynamik, den kann man unterschiedlich formulieren. Ich verwende mal die Formulierung, die mir persönlich am besten gefällt: Entropie – also nicht Energie, sondern Entropie – kann nur erzeugt, aber nicht vernichtet werden in geschlossenen Systemen. Jede Entropieerzeugung ist irreversibel. Das trifft auf Öl zu, auf Gas, auf Kohle, auf die Sonne. Es gibt keine erneuerbaren Energien.

(Thomas Krüger, SPD: Da befinden wir uns im semantischen Bereich, oder?)

Also wenn Sie schon Begriffe verwenden ...

(Zuruf von Christian Brade, SPD)

Jetzt könnte man sagen, Herr Krüger, das ist nur eine Begrifflichkeit, Schwamm drüber, gehen wir auf die Inhalte. Okay, kann man machen.

(Susann Wippermann, SPD:
Ja, das wäre mal was.)

Schauen wir uns mal die technische Seite der Energiewende an!

(Zuruf von Patrick Dahlemann, SPD)

Notwendige Bedingung einer jeden Energieversorgung ist die Grundlastfähigkeit. Wenn ich die nicht habe, kann ich in einem Industrieland kein Energieversorgungssystem betreiben.

(Thomas Krüger, SPD: Aber Sie haben die Grundlast sichergestellt, oder?)

Ich bin doch noch nicht fertig. Hören Sie doch ruhig zu!

(Thomas Krüger, SPD: Ich frage ja nur.)

Wenn Sie die nicht haben, eine Windkraftanlage für sich genommen ist natürlich nicht grundlastfähig, aber man kann das System ja so bauen, dass es insgesamt grundlastfähig wird. Richtig?

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Man kann das mit Speichertechnologien machen, man kann das mit Sektorenkopplung machen, Power-to-Gas, Power-to-Heat, was Sie wollen. Das kann man alles machen.

(Manfred Dachner, SPD: Oh, stark!)

Aber schauen wir uns doch mal an, wie das in Deutschland läuft. Im Jahr 2015 – die Zahlen für letztes Jahr habe ich leider nicht – hatten wir über 6.000 Netzeingriffe. Vor der Energiewende hatten wir in ganz Deutschland etwa 30, 40, 50 Netzeingriffe pro Jahr in die Stabilität des Netzes.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das ist ein logischer Vorgang, weil es mehr Erzeuger gibt am Netz. Das ist ein völlig logischer Vorgang.)

Warten Sie doch mal ab!

(Vincent Kokert, CDU: Ich bin ganz ruhig. Ich erkläre Ihnen nur, warum wir mehr Netzeingriffe haben.)

Wir sind uns also einig, dass die Zahl der Netzeingriffe exponentiell angestiegen ist in den letzten Jahren.

(Vincent Kokert, CDU: Selbstverständlich.)

Das kann man auch nachvollziehen, man kann sich die Zahlen für die letzten Jahre durchaus anschauen, der Anstieg ist exponentiell.

(Thomas Krüger, SPD: Ich weiß noch nicht, wo Sie hinwollen, aber machen Sie ruhig weiter! – Vincent Kokert, CDU: Sie wollen uns jetzt sagen, dass unsere Netze gleich zusammenbrechen. Das ist ja die Schlussfolgerung, die Sie daraus ziehen.)

Das ist falsch.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ich bin nicht der Meinung, dass die Netze gleich zusammenbrechen. Aber wenn die Zahl der Netzeingriffe in dem Stil weitersteigt, dann ist das ungefähr so, als ob Sie auf einem Schiff Löcher in die Schiffswand bohren mit der Meinung, die Lenzpumpen schaffen das schon,

(Heiterkeit bei Ralf Borschke, AfD: Ja. – Vincent Kokert, CDU: Nein, deshalb bauen wir die Netze ja aus.)

sodass wir im Falle eines Blackouts – der ja in der Stromversorgung durchaus eintreten kann, das kann auch ganz andere Gründe haben, das muss gar nicht mit der Energiewende zusammenhängen – natürlich nur eine begrenzte Schwarzstartfähigkeit haben. Das dauert eine Weile, die Netze müssen langsam wieder hochgefahren werden.

(Thomas Krüger, SPD: Deswegen werden ja gerade neue Anlagen entwickelt, die schwarzstartfähig sind. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Ja, aber solange Sie die Zahl der Netzeingriffe exponentiell hochtreiben, steigern Sie auch die Schadensanfälligkeit des Systems. Da sind wir uns sicherlich einig.

Und jetzt schauen wir uns mal die ökonomische Seite an: Die deutschen Haushaltskunden zahlen die zweithöchsten Strompreise in Europa.

(Dirk Friedriszik, SPD: Führen wir jetzt hier eine Grundsatzdiskussion, oder was?)

Die Belastung mit Steuern und Abgaben liegt bei über 50 Prozent bei den Privathaushalten – nicht bei den Gewerbekunden, bei den Privathaushalten!

(Zuruf von Dietmar Eifler, CDU)

In Europa sind das durchschnittlich 33 Prozent. Abgesehen von diesem postfaktischen Begriff „erneuerbare Energien“ –

(Dirk Friedriszik, SPD: Was hat das denn mit dem Thema zu tun?)

die Aussage, dass die Zahl der Netzeingriffe beliebig steigerbar sei, halte ich für Fake News. Das wird technisch nicht funktionieren.

(Zuruf aus dem Plenum: Bingo!)

Im letzten Jahr, im Jahre 2015, mussten die Stromnetzbetreiber 1 Milliarde Euro für Redispatchmengen an die Stromerzeuger zahlen. Das sind Kosten, die sie dann zahlen müssen, wenn Netzeingriffe stattfinden und die Anlagenbetreiber ihre Anlagen nicht laufen lassen können.

Von den vier Netzbetreibern in Deutschland sind ja vorwiegend TenneT und 50Hertz von der Windenergieerzeugung betroffen, die beiden anderen haben da weniger. 1 Milliarde Euro für nicht gelieferte Energie – Fake-Energie, können wir das so nennen?

(Dr. Mignon Schwenke, DIE LINKE: Was hat das eigentlich mit den Windenergieanlagen zu tun?)

700 Millionen durch TenneT, 300 Millionen durch 50Hertz.

(Peter Ritter, DIE LINKE: Ist deswegen das Windrad umgeknickt?)

Wenn wir die Energiewende so fortsetzen und den Windenergieausbau in der Form fortsetzen und jede Kritik daran unterbinden,

(Jochen Schulte, SPD: Wenn ich Windrad wäre, bei der Rede könnte ich das nachvollziehen. – Heiterkeit vonseiten der Fraktionen der SPD und DIE LINKE)

dann werden wir nicht nur unser Energieversorgungsnetz ruinieren, wir treiben auch die Kosten in ungeahnte Höhen und Deutschland macht dort weltweiten Alleingang.

(Zuruf von Thomas Krüger, SPD)

Danke.

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ums Wort gebeten hat noch einmal der Abgeordnete Philipp da Cunha für die Fraktion der SPD.

Philipp da Cunha, SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will das gar nicht in die Länge ziehen, ich will nur ganz kurz auf zwei Punkte eingehen. Einmal, ich weiß nicht, ob Sie meine Rede im Januar verfolgt haben, da bin ich auf genau die Punkte eingegangen, Energiewende und die erneuerbaren Energien. Sie haben recht, „erneuerbar“ – ich bin selbst Diplomingenieur,

(Christian Brade, SPD:
Da ist was hängengeblieben.)

habe Physik besucht, darauf möchte ich gar nicht eingehen. Ich habe beim letzten Mal gesagt – und mit Verlaub, ich würde gerne zitieren –: „Energiewende meint heute den Wechsel von endlichen Energieträgern“ – Kohle, Erdöl, Erdgas und Uran – „auf faktisch – nach menschlichen Maßstäben – unendliche Energieträger, sprich auf Sonne und Sonnenenergie basierende Nutzungsformen wie Wind oder Biomasse.“ Dass die „Energiewende ... notwendig ist“, ist „keine neue Erkenntnis“.

Und als zweiten Punkt: Ja, Sie haben gesagt, es gibt Redispatchkosten. Und auch dazu habe ich beim letzten Mal etwas gesagt. Ich habe eben gerade in meiner Rede schon gesagt, es ist schade, jedes Mal dasselbe sagen zu müssen.

(Vincent Kokert, CDU: Ja, das macht aber nichts, das festigt.)

Es gibt Transformationskosten in der Übergangsphase, in der wir die Netze auf- und umbauen, die mit dem Systemwechsel weg von wenigen großen Erzeugern hin zu ganz vielen kleinen Erzeugern auftreten. Da gehören die Redispatchkosten hin

(Vincent Kokert, CDU: Das hat auch niemand anders behauptet.)

und ich denke, das wird in den nächsten Jahren auch noch eine Lösung finden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/284. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 7/284 bei Zustimmung der Fraktion der AfD und Gegenstimmen aller anderen Fraktionen abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 5. April 2017, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen. Schönen Feierabend!

Schluss: 17.57 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Dr. Till Backhaus, Lorenz Caffier und Wolfgang Waldmüller.

Namentliche Abstimmung

über den Antrag der Fraktion der AfD Kleine Küstenfischerei stärken – Stellnetzfisherei erhalten – Drucksache 7/280 –

Jastimmen

AfD

Arppe, Holger
Borschke, Ralf
Grimm, Christoph
Hersel, Sandro
Holm, Leif-Erik
Dr. Jess, Gunter
de Jesus Fernandes, Thomas
Komning, Enrico
Kramer, Nikolaus
Kröger, Jörg
Lerche, Dirk
Dr. Manthei, Matthias
Obereiner, Bert
Reuken, Stephan J.
Strohschein, Jürgen
Dr. Weber, Ralph
Weißig, Christel
Wildt, Bernhard

Neinstimmen

SPD

Albrecht, Rainer
Aßmann, Elisabeth
Brade, Christian
Bretschneider, Sylvia
Brodkorb, Mathias
Butzki, Andreas
da Cunha, Philipp
Dachner, Manfred
Dahlemann, Patrick
Drese, Stefanie
Friedriszik, Dirk
Gundlack, Tilo
Hesse, Birgit
Heydorn, Jörg
Julitz, Nadine
Krüger, Thomas
Mucha, Ralf
Pegel, Christian

Schulte, Jochen
Schwarz, Thomas
Stamer, Dirk
Tegtmeier, Martina
Wippermann, Susann

CDU

von Allwörden, Ann Christin
Berg, Christiane
Ehlers, Sebastian
Eifler, Dietmar
Friemann-Jennert, Maika
Glawe, Harry
Lenz, Burkhard
Liskow, Egbert
Liskow, Franz-Robert
Renz, Torsten
Schlupp, Beate

DIE LINKE

Bernhardt, Jacqueline
Holter, Helmut
Kolbe, Karsten
Koplin, Torsten
Kröger, Eva-Maria
Larisch, Karen
Oldenburg, Simone
Ritter, Peter
Rösler, Jeannine
Dr. Schwenke, Mignon
Dr. Weiß, Wolfgang

Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen	63
Gültige Stimmen	63
Jastimmen	18
Neinstimmen	45
Enthaltungen	-